

**Arbeiten zur Rheinischen Landeskunde**

Herausgegeben vom Geographischen Institut der Universität Bonn

ISSN 0373-7187

Heft 17

**Wald, Bauernland und Holzindustrie  
im östlichen und mittleren  
Hunsrück**

von

**Reinhard Gildemeister**

1962

Bonn

**Reinhard Gildemeister, Wald, Bauernland und Holzindustrie  
im östlichen und mittleren Hunsrück  
Wirtschaftslandschaft und sozialgeographisches Gefüge**

# **Arbeiten zur Rheinischen Landeskunde**

Herausgegeben vom Geographischen Institut der Universität Bonn

durch Carl Troll und Karlheinz Paffen

Schriftleitung: Hans Voigt

---

Heft 17

Reinhard Gildemeister

## **Wald, Bauernland und Holzindustrie im östlichen und mittleren Hunsrück**

**Wirtschaftslandschaft und sozialgeographisches Gefüge**



1962

---

In Kommission bei

**Ferd. Dümmlers Verlag, Bonn**

**Wald, Bauernland und Holzindustrie  
im östlichen und mittleren  
Hunsrück**

**Wirtschaftslandschaft und sozialgeographisches Gefüge**

von

**Reinhard Gildemeister**

**Mit 11 Abb. + 2 farbigen Karten**



In Kommission bei

**Ferd. Dummlers Verlag, Bonn**

Wird beauftragt, den ...  
...  
...

...



...

Götzy-Drucke, Bonn

## INHALTSÜBERSICHT

<b>I. Allgemeiner Überblick über das Untersuchungsgebiet</b> . . . . .	9
<b>II. Die geschichtliche Entwicklung der Waldwirtschaft</b> . . . . .	17
1. Anfänge der Waldwirtschaft . . . . .	17
2. Die wichtigsten Formen der Waldnutzung durch die Hunsrück- bevölkerung bis ins 19. Jahrhundert . . . . .	18
a) Die Waldweide . . . . .	18
b) Die Entnahme von Brennholz und Nutzholz . . . . .	19
c) Die Anlage von Waldwiesen . . . . .	20
d) Die Streunutzung . . . . .	21
3. Die Eisenindustrie und ihre Beziehungen zum Wald . . . . .	22
a) Standortbedingungen . . . . .	22
b) Die Entwicklung der Hunsrücker Eisenindustrie bis zu ihrer Blütezeit . . . . .	23
c) Besitzverhältnisse . . . . .	25
d) Produktion . . . . .	25
e) Die Köhlerei und ihr Einfluß auf das Waldbild . . . . .	26
f) Der Niedergang der Eisenindustrie . . . . .	27
g) Die Rheinböllerhütte, Entwicklung und gegenwärtige Situation	30
4. Glashütten und Pottaschegewinnung . . . . .	33
5. Anfänge einer geregelten Forstwirtschaft im 17. und 18. Jahrhundert . . . . .	34
6. Die Waldverwüstungen während der französischen Besatzungs- periode von 1794 bis 1814 . . . . .	37
7. Der Zustand der Wälder zu Beginn des 19. Jahrhunderts . . . . .	38
8. Die Entwicklung von 1814 bis zur Gegenwart . . . . .	39
a) Allgemeine Entwicklungstendenzen . . . . .	39
b) Die forstwirtschaftlichen Maßnahmen im einzelnen . . . . .	40
c) Die Eichenlohwirtschaft . . . . .	44
d) Die jüngste Entwicklung . . . . .	46
<b>III. Wald und Waldwirtschaft in der Gegenwart</b> . . . . .	47
1. Die Verbreitung des Waldes . . . . .	47
2. Zusammensetzung nach Holzarten und Verbreitung des Niederwaldes . . . . .	49
3. Der wirtschaftliche Wert des Waldes in Abhängigkeit von Boden und Klima . . . . .	53
4. Die Besitzverhältnisse . . . . .	53
a) Die Besitzarten . . . . .	53
b) Flächenanteil und lokale Verbreitung der einzelnen Besitzarten	54
c) Die Entstehung der heutigen Waldbesitzverhältnisse . . . . .	55
d) Hochwald- und Niederwaldanteil bei den einzelnen Besitzarten	57
e) Der Einfluß der Besitzverhältnisse auf Holzartenzusammen- setzung und wirtschaftliche Erträge des Waldes . . . . .	59
5. Die Organisation der Forstverwaltung . . . . .	61
6. Einschlag, Verkauf, Transport, wirtschaftliche Verwertung und Absatz des Holzes . . . . .	62

7. Die Waldarbeit in sozialgeographischer Sicht . . . . .	69
a) Beschäftigtenzahlen, Art der Arbeit, Einteilung der Wald- arbeiter nach der jährlichen Beschäftigungsdauer . . . . .	69
b) Lokale Unterschiede in der jährlichen Beschäftigungsdauer und deren Ursachen . . . . .	72
c) Einzugsbereiche der Waldarbeiter . . . . .	74
d) Berufliche Verbindungen mit Landwirtschaft und Baugewerbe . . . . .	76
e) Nachwuchsfragen . . . . .	80
f) Die Frondearbeit . . . . .	83
8. Die Bedeutung des Waldes für die Wirtschaft der Gemeinden . . . . .	84
9. Forstwirtschaftliche Nebennutzungen . . . . .	90
a) Die Jagd . . . . .	90
b) Steinbruchnutzung . . . . .	92
c) Das Sammeln von Raff- und Leseholz . . . . .	93
d) Die Waldstreuentnahme . . . . .	93
e) Das Sammeln von Beeren und Pilzen . . . . .	93
f) Das Sammeln von Moos . . . . .	94
g) Die Gewinnung von Schmuckreisig . . . . .	94
h) Grassamengewinnung . . . . .	95
i) Nutzung von Waldwiesen . . . . .	95
k) Die Bedeutung der forstwirtschaftlichen Nebennutzungen in Abhängigkeit von der Wirtschaftslage . . . . .	95
10. Der Fremdenverkehr . . . . .	95
<b>IV. Die Holzindustrie . . . . .</b>	<b>98</b>
1. Allgemeiner Überblick . . . . .	98
2. Geschichtliche Entwicklung . . . . .	100
3. Zum Standort der Betriebe . . . . .	106
4. Produktion . . . . .	109
5. Rohstoffbezug . . . . .	110
6. Absatz, Verkehrsfragen . . . . .	113
7. Arbeiterprobleme . . . . .	115
8. Das Schreinerhandwerk und seine Beziehungen zur Holzindustrie . . . . .	124
9. Die Wirkungen des Gewerbes, insbesondere der Holzindustrie, auf die Verhältnisse in der Landwirtschaft . . . . .	126
<b>Zusammenfassung . . . . .</b>	<b>134</b>

## Verzeichnis der Abbildungen im Text

	Seite:
Abb. 1a: Naturlandschaftliche Gliederung (nach K. H. Paffen)	11
Abb. 1: Grenzen der Arbeitereinzugsbereiche auswärtiger Wirtschaftszentren	15
Abb. 2: Eisenhütten u. -hämmer im Gebiet von Idarwald und Soonwald um 1800	24
Abb. 3: Arbeitereinzugsbereich der Rheinböllerhütte	32
Abb. 4: Holzeinschlag im Forstamt Büchenbeuren 1882—1955	46
Abb. 5: Anteil von Hochwald und Niederwald an den einzelnen Besitzarten	57
Abb. 6: Einzugsbereich der Waldarbeiter des Idar-Waldes (Staats-, Vierherren- und Viergemeinde-Wald)	74
Abb. 7: Haushaltspläne walddreicher und waldarmer Hunsrückgemeinden (Planansätze für 1956, vereinfachte Darstellung)	85
Abb. 8: Abhängigkeit der Steuerhebesätze vom Waldreichtum der Gemeinden (Die fm-Zahlen geben den jährlichen Hiebsatz pro 100 Einwohner an. Die Hebesätze der einzelnen Gruppen sind Durchschnittswerte)	88
Abb. 9: Holzindustrie im östlichen und mittleren Hunsrück (Kreis Simmern und Hunsrückteile der Kreise Zell und Bernkastel)	98
Abb. 10: Rohstoffbezug und -verbrauch der größeren Holzindustriebetriebe im östlichen und mittleren Hunsrück	112

## VORWORT

Der Wald als Objekt kulturgeographischer Untersuchungen hat bereits seit einigen Jahrzehnten Eingang in die Literatur gefunden. Unter den Versuchen, für eine geographische Behandlung des Problems Anregungen grundsätzlicher Art zu geben, sind als richtungweisend vor allem Arbeiten von P. DEFFONTAINES (1933) und W. MÜLLER-WILLE (1938) hervorzuheben. Bei der Untersuchung von Einzellandschaften wurde zunächst die etwas einseitige Fragestellung Wald-Bevölkerungsdichte in den Vordergrund gestellt (u. a. SCHMID [1913] und SCHUMANN [1922]). Arbeiten mit primär geographischer Fragestellung und somit dem Bemühen, den Wald als Bestandteil des gesamten Landschaftsgefüges zu sehen, fallen überwiegend erst in das zweite Viertel dieses Jahrhunderts. Für das Gebiet des Rheinischen Schiefergebirges lieferten dabei J. SCHMITHÜSEN (1934) und K. H. PAFFEN (1940) wertvolle Beiträge. Mit zunehmender Bedeutung wirtschafts- und sozialgeographischer Arbeitsweisen werden nunmehr auch bei einer geographischen Betrachtung des Waldes neue Perspektiven zu berücksichtigen sein. Die Arbeit von BOECK (1954) vermochte hier bereits wesentliche Anregungen zu vermitteln.

Mit der vorliegenden Abhandlung wird der Versuch unternommen, durch eingehendere Betrachtung der Verhältnisse im östlichen und mittleren Hunsrück einen methodischen Beitrag zur neueren waldgeographischen Forschung zu leisten. Die spezielle Situation im Untersuchungsgebiet machte es dabei erforderlich, den Wald in enger Verbindung mit den Verhältnissen in der Landwirtschaft zu sehen und darüber hinaus auch die Holzindustrie in die Betrachtung mit einzubeziehen.

Die Anregung zu der vorliegenden Arbeit verdanke ich meinem verehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Carl TROLL, dem ich an dieser Stelle für wertvollen Rat, ständiges Interesse und großzügige Hilfe meinen aufrichtigen Dank sagen möchte.

Mein Dank gilt ferner allen öffentlichen und privaten Stellen, die mir ihre Hilfe zuteil werden ließen. Besonders erwähnen möchte ich hierbei die Regierungsforstämter in Koblenz und Trier, die Forstämter des Untersuchungsgebietes, das Statistische Landesamt in Bad Ems, die Landratsämter in Simmern, Zell und Bernkastel, das Landesarbeitsamt in Koblenz, die Arbeitsämter des Untersuchungsgebietes, die Landwirtschaftsschulen in Simmern und Büchenbeuren, den Verband Rheinischer Sägewerke in Koblenz, die Firmen Felke/Sohren, Holzindustrie Hunsrück/Ellern und Kirchberg, Steffen/Mastershausen, Theisen/Altstrimmig, Mettler/Hinzerath, Kuntz/Kirn (Werk Morbach) und Thees/Hoxel, sowie die Firmenleitung der Rheinböllerhütte. Die Fertigstellung der Arbeit in der vorliegenden Form habe ich zu einem wesentlichen Anteil der Mithilfe dieser Stellen zu verdanken.

REINHARD GILDEMEISTER

## I. Allgemeiner Überblick über das Untersuchungsgebiet

Der Hunsrück, der südwestliche Teil des Rheinischen Schiefergebirges, wird im Osten, Norden und Westen begrenzt durch die Täler von Rhein, Mosel und Saar, im Süden durch die geologische Grenze des Unterdevons gegen das Rotliegende und die vulkanischen Gesteine des Saar-Nahe-Grabens. Im Volksgebrauch und in der heimatkundlichen Literatur wird sein südwestlicher Teil meist als Hochwald bezeichnet und als selbständige Landschaft dem in diesem Falle enger begrenzten Hunsrück des Ostens und Nordostens gegenübergestellt. Das Gebiet um den Idarwald nimmt zwischen diesen Teilen eine Übergangstellung ein und kann bei einer Abgrenzung im erstgenannten Sinne als mittlerer Hunsrück bezeichnet werden.

Das in dieser Arbeit untersuchte Gebiet umfaßt den größten Teil der Hochfläche des Nordostens unter Ausschluß des nordöstlichen Winkels zwischen Rhein und Mosel, den südlich anschließenden Soonwald einschließlich Lützelsoon, ausschließlich Binger und Ingelheimer Wald, ferner den Idarwald und die angrenzenden Gebiete unter Ausschluß nur der moselnahen Teile, im Süden unter Einschluß der Senke zwischen Idarwald und Wildenburger Höhenzug. Die südlich von Soonwald, Lützelsoon und Wildenburger Höhenzug gelegenen Gebiete wurden nicht zur Untersuchung herangezogen. — An Verwaltungseinheiten (vgl. Karte Nr. 1) umschließt dieses Gebiet den gesamten Kreis Simmern mit den Forstämtern Simmern, Kirchberg und Kastellaun, vom Kreis Kreuznach die Soonwaldteile der Forstämter Neupfalz und Entenpfuhl (die teilweise auch in den Kreis Simmern übergreifen), vom Kreis Zell das FA <sup>1)</sup> Büchenbeuren unter Ausschluß der Moselgemeinden, ferner die Hunsrückgemeinden des Amtes Senheim, zum Forstamt Zell gehörig, schließlich vom Kreis Bernkastel das Gebiet um den Idarwald im Bereich der Forstämter Morbach, Rhaunen und Kempfeld.

Die Abgrenzung des Untersuchungsgebietes wurde in der angegebenen Weise vorgenommen, um einmal die Kerngebiete der besiedelten, nur stellenweise mit Wald bestandenen Hochfläche des Nordostens und das geschlossene große Waldgebiet des Soonwaldes vergleichend betrachten zu können, zum anderen da eine Gegenüberstellung des Gebietes um den Idarwald und der genannten östlichen Teile unter wirtschaftlichen, aber auch physischen und historischen Gesichtspunkten interessante Vergleichsmöglichkeiten bietet.

Das Gebiet läßt sich hinsichtlich seines Reliefs und seines geologischen Baus zunächst in zwei Haupteinheiten gliedern: die Quarzitrücken im

---

<sup>1)</sup> FA = Forstamt.

südlichen Teil und zum anderen die vorwiegend nördlich davon gelegenen Gebiete der Hochfläche im Bereich des Hunsrückschiefers und der sich nördlich anschließenden, stärker sandsteinhaltigen Koblenzschichten. Alle genannten geologischen Formationen gehören dem Unterdevon an.

Das größte zusammenhängende Quarzitgebiet bildet der Soonwald mit seinen drei parallelen, überwiegend sanft geformten Quarzithöhenzügen und dazwischenliegenden flachen Einsenkungen. Der Soonwald erreicht in seinen beiden nördlichen Rücken Höhen bis über 650 m. In dem sich an den nördlichen Höhenzug westlich anschließenden Lützelsoon sind die Formen etwas steiler, jedoch beträgt die Höhe nur knapp 600 m. Die markanteste Erhebung bildet trotz seiner ruhigen Formen der Idarwald mit einer Maximalhöhe von 766 m. Der südlich parallel dazu verlaufende Wildenburger Höhenzug mit Erhebungen bis über 650 m tritt neben dem Idarwald landschaftlich wenig stark in Erscheinung. — Anstehender Quarzit findet sich nur im Bereich der Bergkämme, hier meist von einem dünnen, wenig fruchtbaren Sandboden bedeckt. Weitaus größere Teile sind von Verwitterungsprodukten des Quarzits eingenommen, die überwiegend diluvialer Entstehung sind. Obwohl diese Gebiete infolge stärkeren Lehmgehaltes der Böden eine größere Fruchtbarkeit aufweisen, sind sie doch wegen der zahlreichen darin enthaltenen größeren und kleineren Quarzitblöcke einer landwirtschaftlichen Nutzung nicht zugänglich und, ebenso wie die Böden über anstehendem Quarzit, fast ausschließlich mit Wald bestanden. Landwirtschaft greift nur an den äußersten Rändern in diese Quarzitschuttgebiete hinein.

Die Hochflächen schließen sich nördlich an die genannten Quarzitgebiete an, im Nordosten breit ausgebildet, im Gebiet des Idarwaldes wesentlich schmaler und durch die kleinen Quarzitauftragungen von Hardtkopf und Halster Höhe unterbrochen. Bei einer morphologischen Untergliederung der Hochflächen lassen sich drei Teile voneinander unterscheiden:

1. Der Mosel-Hunsrück im Norden, mit zahlreichen tief eingeschnittenen Bachtälern, zwischen denen breitere Ridelflächen bis dicht an die Mosel heranreichen.

2. Das Gebiet der Wasserscheide zwischen Mosel und Nahe, etwa zwischen der Halster Höhe und dem Hochwald bei Oberwesel: die Hochfläche im engeren Sinne (PAFFEN, Lit. 170), mit Höhen meist zwischen 450 und 500 Metern.

3. Die „Simmern-Kirchberger Hochmulde“ (PAFFEN), das weitverzweigte, insgesamt sanft nach Süden einfallende obere Einzugsgebiet von Hahnenbach und Simmerbach-Kellenbach.

Die Wasserscheide zwischen Mosel und Nahe verläuft, wie aus dem Gesagten hervorgeht, nicht über die höchsten Teile des Hunsrücks im Bereich des Quarzits, sondern wesentlich weiter im Norden, was durch die tertiärpleistozäne Hebung des Gebirges und die damit zusammenhängende gesteinsbedingte unterschiedliche Herausbildung der Oberflächenformen unter Erhaltung des vorher angelegten Netzes „antecedenter“ Flüsse und Bäche zu erklären ist. Guldenbach, Kellenbach, Hahnenbach, Fischbach



und Idarbach haben im Bereich des Quarzits antecedente Durchbruchstäler.

Der Wald ist im Gebiet der Hochflächen in kleinen Inseln oder etwas größeren Komplexen vorhanden, an keiner Stelle findet er sich jedoch in so großen zusammenhängenden Flächen wie im Bereich des Quarzits. Über die Hälfte der Hochflächen ist von landwirtschaftlich genutzter Fläche eingenommen.

Das Klima des Untersuchungsgebietes ist entsprechend der Höhenlage rau, der Frühlingseinzug erfolgt in den höheren Teilen des Gebietes 3—4 Wochen später als an Mosel, Nahe und Rhein. Infolge seines Hochflächencharakters ist das Gebiet in besonders starkem Maße den Winden ausgesetzt. — Die Niederschläge sind einmal abhängig von der Höhenlage, zum anderen zeigt sich eine Abnahme von Westen nach Osten. Auf dem Idarwald fallen über 1 000 mm, in den höheren Teilen des Soonwaldes über 800 mm, während auf der Hochfläche, vor allem in den östlichen Gebieten, der Niederschlag vielfach weniger als 700 mm beträgt. Die Höhe der Niederschläge ist für Land- und Forstwirtschaft im allgemeinen ausreichend.

Im Gebiet der besiedelten Hochflächen bildet das Haufendorf die fast ausschließlich anzutreffende Siedlungsform. Alte Siedlungskerne aus der Zeit vor 500 n. Chr. finden sich in einigen Teilen der Simmern-Kirchberger Hochmulde (MÜLLER-WILLE, Lit. 105; FABER). In der frühmittelalterlichen Rodeperiode wurden die größten Teile der Hochmulde und weite Bereiche im Gebiet der Wasserscheide und des Mosel-Hunsrücks besiedelt, ferner wahrscheinlich auch die Senke südlich des Idarwaldes. Die restlichen Flächen in den genannten Gegenden, vor allem aber fast der gesamte Bereich nördlich des Idarwaldes, wurden in der hochmittelalterlichen Rodeperiode besiedelt. — Unter den Ortsnamen der Altsiedelgebiete finden sich einige auf die Endung -heim, vielleicht ist auch ein Teil der -weiler-Orte der Altsiedelperiode zuzurechnen. -bach, -beuren und -hausen sind die häufigsten Namen aus der Zeit der früheren Rodungen, während -rath, -roth, -schieid und -scheid der letzten Rodeperiode angehören. Die Besiedlung des Hunsrücks war, abgesehen von vereinzelt späteren Neugründungen, im wesentlichen mit dem Ende des 13. Jahrhunderts abgeschlossen.

Die Landwirtschaft des Hunsrücks ist durch zu kleine Betriebsgrößen bei Ungunst der natürlichen Verhältnisse gekennzeichnet. — Der Anbau wird meist im System der verbesserten Dreifelderwirtschaft durchgeführt; die wichtigsten Anbaupflanzen sind Roggen, Hafer und Kartoffeln; neuerdings hat auch der Weizen etwas Eingang gefunden. Etwa 40 % der Fläche sind Grünland. Während der Ackerbau in stärkerem Maße der Selbstversorgung dient, bildet die Viehzucht die wichtigste Einnahmequelle der Hunsrücker Landwirtschaft. — Die heutigen Besitzverhältnisse sind durch die Realteilung der vergangenen Jahrhunderte bedingt. Im Kreis Simmern beträgt die durchschnittliche Betriebsgröße etwa 5 ha. (1925: 4,7 ha, nach HAGMANN, 1929), ein Wert, der im Vergleich zu anderen Gebieten des Rheinischen Schiefergebirges noch relativ hoch ist, absolut jedoch in Anbetracht der natürlichen Ungunst und der Marktferne dennoch als zu niedrig anzusehen ist. Weiter westlich in den Hunsrückteilen der Kreise

Zell und Bernkastel sind die Betriebe im Durchschnitt noch kleiner. — Die Realteilung hatte nicht nur eine Verkleinerung der Betriebsgrößen zur Folge, sondern bewirkte daneben auch eine starke Zersplitterung des Besitzes beim einzelnen landwirtschaftlichen Betrieb. Ein typisches Beispiel bot ein Betrieb in Niederkostenz bei Kirchberg im Jahre 1932: Bei 10,5 ha. Nutzfläche gehörten zum Betrieb 195 Parzellen<sup>2)</sup>, tatsächlich zu bewirtschaften waren 147 Wirtschaftsstücke (SCHWEICKERT, S. 25). — Die Betriebszersplitterung ist schon vor 1900 im allgemeinen zum Stillstand gekommen, seit einigen Jahren läßt sich eine leichte, in neuester Zeit sogar stärkere Tendenz zur Betriebsvergrößerung feststellen, bei entsprechender Abnahme der Betriebszahl. So ist beispielsweise in Buch bei Kastellaun die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe von 1920 bis 1957 von 148 auf 88 zurückgegangen. (Mündl. Mitt. d. Ortsbürgermeisters). Eine ähnliche, wenn auch in ihren Ausmaßen meist weniger krasse Entwicklung zeigt sich bei der überwiegenden Zahl aller Hunsrückgemeinden. — Im Gegensatz zur Betriebszersplitterung ist die Besitzzersplitterung mit der häufigen Folge des Flurzwanges noch bis in die Gegenwart weitergegangen, wobei es jedoch in Anbetracht einer größer werdenden Zahl freiwillig weichender Erben dennoch durch Heirat, Zukauf und Pacht unter Umständen zu einer Vergrößerung der Betriebe kommen konnte. Erst in neuester Zeit scheint man in stärkerem Maße auch von der Aufteilung des Besitzes abgehen zu wollen, einmal bedingt durch das Vorhandensein von lokalem Gewerbe und durch die Erfolge der Flurbereinigungen, letztlich aber vor allem durch eine allgemein zunehmende Aufgeschlossenheit der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Die Realteilung ist, wenn auch langsam, im Zurückgehen begriffen und weicht einer locker gehandhabten Anerbensitte. Von der Möglichkeit einer Eintragung in eine Höferolle, die mit der Verpflichtung zur Unaufteilbarkeit des Besitzes verbunden ist, haben im ganzen Untersuchungsgebiet allerdings bisher nur 55 Hofbesitzer Gebrauch gemacht. Die Wirksamkeit einer solchen Höferolle ist auch zweifelhaft, da Streichung jederzeit möglich ist. Die Tendenz zur Aufgabe der Realteilung zeigt sich am stärksten in den überwiegend evangelischen östlichen Teilen, in den westlichen, meist katholischen Gebieten ist sie vorläufig noch schwächer. — Die Flurbereinigung ist in etwa 90 % aller Gemeinden erfolgt, zum Teil handelt es sich jedoch um ältere Umlegungen, in einigen Fällen aus der Zeit vor der Jahrhundertwende, bei denen meist von vorne herein zu kleine Besitzstücke ausgeschieden wurden und ferner durch erneute Aufteilung unter Umständen der Erfolg dieser älteren Flurbereinigungen nachträglich gemindert wurde, eine Gefahr, die allerdings in der Gegenwart, trotz Fehlens einer ausreichenden rechtlichen Handhabe dagegen, geringer geworden ist. — Zweitumlegungen sind im Untersuchungsgebiet noch nicht erfolgt.

Trotz einer allgemeinen Besserung der Verhältnisse, die auch in gestiegenen Hektarerträgen und in zunehmender Rationalisierung und Mecha-

---

<sup>2)</sup> Parzellen: Rechtliche Besitzeinheiten; u. U. können zwei oder mehrere nebeneinanderliegende Parzellen ein Wirtschaftsstück bilden.

nisierung der Betriebe ihren Ausdruck findet, muß dennoch die Gesamtsituation der Hunsrücker Landwirtschaft auch heute noch als relativ ungünstig bezeichnet werden, wofür in erster Linie die Besitzverhältnisse maßgebend sind, die sich gerade bei dem durch die Höhenlage bedingten ungünstigen Klima und durch die relativ weite Entfernung von größeren Absatzmärkten besonders nachteilig auswirken müssen. — Im vergangenen Jahrhundert haben diese ungünstigen Verhältnisse in Verbindung mit einem starken Bevölkerungsüberschuß zahlreiche Ab- und Auswanderungen zur Folge gehabt (vgl. DIENER 1935 und 1938), heute wird die überschüssige Bevölkerung teilweise durch das lokale Gewerbe aufgefangen. Dieses bietet daneben auch den in der Landwirtschaft verbleibenden Kleinlandwirten, ebenso wie die winterliche Arbeit im Wald, eine gute Nebenerdienstmöglichkeit.

Die Verkehrserschließung des Hunsrücks erfolgte relativ spät, die heute vorhandenen Eisenbahnlinien wurden erst in der Zeit um 1900 gebaut:

- 1889 Eröffnung der Bahnlinie Bingerbrück—Simmern
- 1901 Eröffnung der Bahnlinie Simmern—Hermesheil
- 1908 Eröffnung der Bahnlinie Boppard—Simmern
- 1922 Eröffnung der Bahnlinie Simmern—Gemünden

Die Eisenbahn war für die wirtschaftliche Entwicklung des Hunsrücks von größter Bedeutung, heute hat sie einen großen Teil ihrer ursprünglichen Funktionen an den Kraftwagen abgeben müssen. — Für den Kraftwagenverkehr ist vor allem die Hunsrückhöhenstraße Koblenz—Hermeskeil über Kastellaun und Morbach von Bedeutung, 1939 aus strategischen Gründen innerhalb weniger Monate gebaut, heute die wichtigste Verkehrsader des Hunsrücks. Von Bedeutung ist ferner eine Bundesstraße von Bingen über Stromberg, Rheinböllen, Simmern und Kirchberg, bei Büchenbeuren in die Hunsrückhöhenstraße einmündend. Der Zustand der kleineren Kreis- und Gemeindestraßen hat sich in den letzten Jahren stark gebessert, nur noch wenige Hunsrückgemeinden sind ohne Asphaltstraßenanschluß an das Hauptstraßensystem.

Unter dem lokalen Gewerbe ist an erster Stelle die Holzindustrie zu nennen, die in einem eigenen Kapitel noch ausführlicher behandelt werden soll.

Als Überrest der alten Hunsrücker Eisenindustrie ist für das Wirtschaftsleben des östlichen Hunsrücks die Rheinböllerhütte im Guldenbachtal von Bedeutung (über 400 Beschäftigte)<sup>3)</sup>, heute auf Verarbeitung umgestellt. — Ein kleinerer Betrieb in Rheinböllen, die sogenannten Radowerke (ca. 80 Besch.), wurde erst nach 1900 gegründet.

Der Dachschieferbergbau im Hahnenbachtal und Kellenbachtal ist stark zurückgegangen, eine Folge der Konkurrenz verkehrsmäßig günstiger

---

<sup>3)</sup> Die in dieser Arbeit angegebenen Beschäftigungszahlen beruhen auf Angaben der Betriebsleitungen oder der Arbeitsämter. — Zum Vergleich: Die Einwohnerzahl des Untersuchungsgebietes beträgt 75 000, die Zahl der Erwerbspersonen ca. 43 000.

gelegener Gebiete, vor allem des Abbaugebietes bei Kaub am Rhein. Zentrum des Schieferbergbaues im Hunsrück ist Bundenbach im Hahnenbachtal, ferner Rhaunen. Im Kellenbachtal ist nur noch eine Grube bei Gemünden in Betrieb. Standortbedingend für den Abbau in diesen Gebieten ist neben der Qualität der Schiefer der geringe Grad der Verwitterung in den jungen Taleinschnitten; die Neigung der Hänge ermöglicht hier außerdem einen einfachen Stollenbau. — Im Schieferbergbau sind heute noch etwa 200 Personen beschäftigt.

Ein nicht unbedeutender Wirtschaftsfaktor im Hunsrück ist das Baugewerbe, vor allem der Straßenbau. Die Zahl der in der Bausaison Beschäftigten schwankt von Jahr zu Jahr, im Durchschnitt sind es mehrere hundert. — Der Aufschwung des Baugewerbes hatte auch eine zunehmende Bedeutung der Steinbruchbetriebe in den Quarzitgebieten zur Folge; der Quarzit findet sowohl im Straßen- wie auch im Häuserbau Verwendung. Mehrere größere Steinbrüche befinden sich am Nord- und Westrand des Soonwaldes, kleinere im Gebiet des Idarwaldes. (Beschäftigtenzahl: 100—150). Teilweise sind es selbständige Betriebe, teils sind sie auch Straßenbauunternehmungen angegliedert. Daneben gibt es einige forstamtseigene Steinbrüche, die vor allem für den Waldwegebau Bedeutung haben.

Vor großer Bedeutung für den östlichen Hunsrück ist zur Zeit ein amerikanischer Flugplatz nördlich von Büchenbeuren. Neben dem deut-

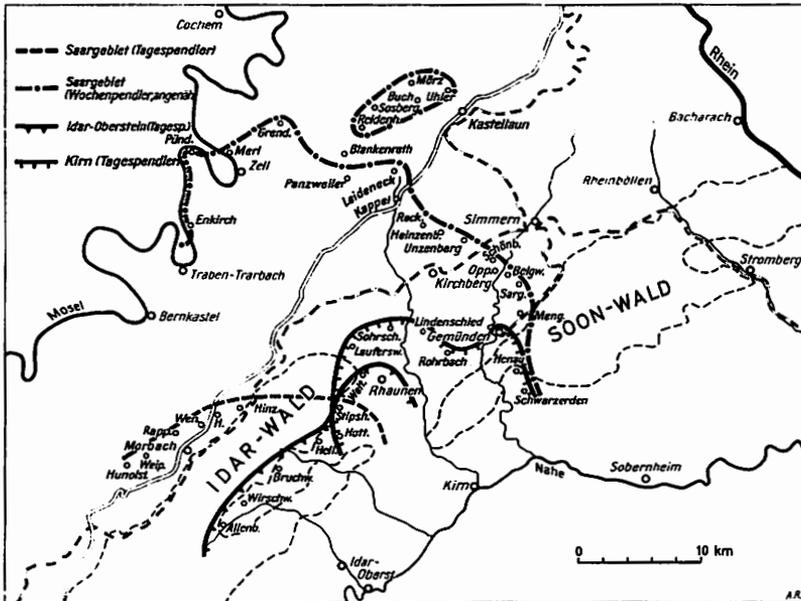


Abbildung 1

schen Stammpersonal, bei dem es sich meist um Nichteinheimische handelt, sind etwa 700 Hunsrücker aus dem Gebiet der ganzen nordöstlichen Hochfläche auf dem Flugplatz tätig.

Das Gebiet der Edelsteinschleiferei um Idar-Oberstein hat sich infolge der Elektrifizierung in jüngerer Zeit stärker ausgedehnt; in den Gemeinden südlich des Idarwaldes sind heute etwa 300 Personen im Edelsteingewerbe beschäftigt. Neben einem größeren Betrieb in Bruchweiler handelt es sich durchweg um kleinere handwerkliche Betriebe.

Für den westlichen und südwestlichen Teil des Untersuchungsgebietes sind ferner die Arbeitereinzugsbereiche einiger auswärtiger Wirtschaftszentren von Bedeutung (vgl. Abb. 1). An erster Stelle ist hier das Saargebiet zu nennen. Aus dem Gebiet um den Idarwald, vor allem aus den nördlichen Bereichen, pendeln täglich etwa 550 Personen ins Saargebiet, zum großen Teil im Baugewerbe tätig, in geringerem Maße in Industrie und Bergbau. Der Einzugsbereich der Saar-Wochenpendler reicht weit in die nordöstliche Hochfläche hinein; die Zahl ist jedoch wesentlich geringer. — Das Gebiet südlich des Idarwaldes gehört ferner dem Einzugsbereich von Idar-Oberstein und dem des Truppenübungsplatzes Baumholder an (Beschäftigung: Baugewerbe u. a.). — Die Anziehungskraft des Gewerbezentrums Kirn (Lederindustrie, Steinindustrie, Baugewerbe) wirkt sich vor allem in den Talgebieten von Hahnenbach und Kellenbach aus. — Als arbeitsorientierte Zweigbetriebe der Kirner Lederindustrie wurden in den letzten Jahren je ein Betrieb in Gemünden und Rhaunen gegründet; jeder beschäftigt etwa 50 Personen, meist Frauen.

In allen anderen genannten Wirtschaftszweigen sind überwiegend oder ausschließlich Männer beschäftigt, was für die Situation in der Landwirtschaft insofern bedeutsam ist, als die meisten Beschäftigten kleinere landwirtschaftliche Betriebe besitzen und der größte Teil der dort anfallenden Arbeit von den Frauen verrichtet werden muß. Als Folge der geringen Verdienstmöglichkeiten für Frauen ist die Tendenz zur Aufgabe der Landwirtschaft relativ gering. Ob diese Verhältnisse, auch unter menschlichen Gesichtspunkten, unbedingt als positiv anzusehen sind, erscheint fraglich.

## II. Die geschichtliche Entwicklung der Waldwirtschaft

### 1. Anfänge der Waldwirtschaft

Die Anfänge einer Geschichte der Waldwirtschaft sind für den Hunsrück etwa in der Zeit des Ausganges der hochmittelalterlichen Rodeperiode zu sehen; in einigen älter besiedelten Teilen mögen sich Ansätze auch schon früher gezeigt haben. (LAMPRECHT I, 1, 1886, S. 139 f.; HABEL 1956; vgl. PAFFEN 1940, S. 159).

Bis zum Ende des 13. Jahrhunderts war der Wald im allgemeinen im Überfluß vorhanden. Zwar bot er neben seiner Bedeutung als Jagdgebiet auch hinsichtlich der Holznutzung und der Waldweide bereits große wirtschaftliche Vorteile, doch dürften diese Werte zunächst noch relativ wenig in das Bewußtsein der Menschen getreten sein. Die Siedlungsfeindlichkeit großer Waldgebiete und die Notwendigkeit mühsamer Rodungen bei der Neugründung von Siedlungen, von denen noch heute die Siedlungsnamen vor allem der letzten Rodeperiode zeugen, bedingten eher eine negative Wertschätzung des Waldes. Etwa mit dem Abschluß dieser Phase trat jedoch eine Änderung der Verhältnisse ein: Durch eine vielerorts zu große Ausdehnung der Ackerfläche begann der Wald knapp zu werden und wurde nun in seiner Bedeutung als wirtschaftlicher Faktor erstmalig deutlich erkannt. Aus dem ehemals freien Gut war ein wirtschaftliches Gut geworden. Widerstreitende Interessen hinsichtlich der Waldnutzung zwischen Territorialherren und Hunsrückbevölkerung — Jagd einerseits, Waldweide und Holzentnahme andererseits — begannen schärfer hervortreten. Es ergab sich die Notwendigkeit zur Abgrenzung gewisser Rechte: des *ius venandi* (Jagd), des *ius pascendi* (Waldweide) und des *ius lignandi* (Holzentnahme). Man begann zunächst die Jagdrechte der Bevölkerung stärker einzuschränken. Die inneren Teile großer zusammenhängender Waldgebiete waren schon seit der merovingischen und karolingischen Zeit alleiniges Jagdgebiet der Könige (HARTMANN, S. 42), doch war in Nähe der Dorffluren Wald noch in so ausreichendem Maße vorhanden, daß sich für die Bevölkerung kaum Einschränkungen hinsichtlich der Jagd ergaben. Auch die anderen Waldnutzungen waren zunächst noch frei. Waldweide und Holzentnahme erfolgten ohnehin nur in Nähe der Siedlungen, so daß die verschiedenen Arten der Beanspruchung des Waldes zunächst noch nicht zu Streitigkeiten führten. Mit dem Kleinerwerden der Waldflächen jedoch begannen die Interessensbereiche sich zu berühren und zu überschneiden. Die Jagd ging auch in den dorfnahe Teilen allmählich an die Landesherren und kleineren Grundherren über (HARTMANN, S. 42). Auch die Entnahme von Bauholz sowie die Waldweide wurden mit Rücksicht auf die Walderhaltung schon ziemlich früh Beschränkungen unterworfen; die Kontrolle der Brennholzentnahme setzte später ein. Oft bildete die Vergebung dieser

Nutzungsrechte eine wertvolle Einnahmequelle für die Territorialherren. — Während man also einerseits in den dorfnahen Teilen die Waldnutzung der Aufsicht unterzog, mußten andererseits wegen der Verringerung und zunehmenden Verschlechterung der flurnahen Waldflächen nun auch in den landes- und grundherrlichen Jagdgebieten der Bevölkerung gewisse Nutzungsrechte eingeräumt werden; nur die innersten „Kernwälder“ blieben ausschließlich der Jagd der Landes- und Grundherren vorbehalten und waren dem Zutritt der Bevölkerung versagt. Der Name „Verbotener Soon“ für einen Teil des Soonwaldes gibt uns heute noch Zeugnis über diese Verhältnisse in früheren Jahrhunderten. — Charakteristisch für die Zeit nach 1300 ist somit eine häufige gemeinschaftliche Nutzung großer Waldgebiete durch die Territorialherren und durch die Landbevölkerung. Gleichzeitig begann jedoch mit der Verknappung des Waldes ein stärker werdendes Rechtsempfinden für den Besitz des Waldes sich herauszubilden. Wenn auch gerade in Anbetracht der gemeinschaftlichen Nutzung die Auffassungen der Dorfbewohner und der Obrigkeiten, daneben auch der Gemeinden untereinander, hinsichtlich des Eigentums am Wald oft voneinander abwichen und erbitterte Rechtsstreitigkeiten um den Waldbesitz, häufig bis in die Neuzeit hinein, die Folge waren, so hat doch die Herausbildung der Waldbesitzverhältnisse, wie wir sie heute finden, mit großer Wahrscheinlichkeit in der Zeit um 1300 ihren Anfang genommen. — In die gleiche Zeit fallen auch in Form einschränkender Verordnungen und schriftlicher Abgrenzung von Rechten, die ersten Anfänge einer Forstwirtschaft, zunächst jedoch nur in Form eines einfachen Waldschutzes. Der Gesichtspunkt der Walderhaltung stand im Vordergrund, die Erneuerung des Waldes wurde vorläufig noch der Natur überlassen. — Während zunächst fast ausschließlich Jagdinteressen für die Anfänge des Waldschutzes maßgebend waren (SOMBART S. 647 ff.), begannen später, vor allem in der Zeit der Eisenindustrie und mit steigenden Holzexporten, auch bei den Territorialherren wirtschaftliche Gesichtspunkte in den Vordergrund zu treten.

## **2. Die wichtigsten Waldnutzungsformen durch die Hunsrückbevölkerung bis ins 19. Jahrhundert**

### *a) Die Waldweide*

Sie war bis ins ausgehende Mittelalter die wichtigste Nutzungsform. Erhöhte Bedeutung erlangte sie vor allem nach der Einführung der Dreifelderwirtschaft in karolingischer Zeit und durch die damit verbundene Verringerung der Grünlandflächen (EDELMAUN, S. 43). — Man unterschied einmal die „Rauch- oder Blumenweide“ für Rinder, Pferde, Schafe und Ziegen und zum anderen die jahreszeitlich sich anschließende „Schmalzweide“ für Schweine, bei der vor allem die abgefallenen Eicheln und Bucheckern Verwertung fanden (PALM, 1954).

Die Waldweide wirkte sich in mancher Hinsicht schädlich für den Wald aus, vor allem für den Jungwuchs, und konnte über längere Zeiten nicht unwesentlich zu seiner Degeneration beitragen. Von Schaden waren vor

allem der Verbiß an Pflanzen und Rinden sowie das Zertreten des Waldbodens; bei der Schweinemast kamen noch das Aufwühlen des Bodens und das Zerbeißen der Wurzeln hinzu. — Von den einschränkenden Maßnahmen seit dem Ende des 13. Jahrhunderts wurde in besonders starkem Maße der Eintrieb von Schafen und Ziegen betroffen, die dem Wald durch Rindenverbiß die schwersten Schäden zufügten (EDELHANN, S. 160). — Die Waldweide hielt sich im Hunsrück bis ins 19. Jahrhundert; nach scharfen Beschränkungen in der napoleonischen Zeit wurde sie unter der preußischen Verwaltung allmählich ganz abgeschafft.

Noch heute geben zahlreiche Forstortnamen, besonders im Soonwald und Idarwald, Zeugnis von der ehemals großen Bedeutung der Waldweide. Im Soonwald sind es u. a. Trifthütte, Kuhjakobsbrunnen, Ippenschieder Trift, Gebrother Trift, Seusteerrech (FA. Entenpfuhl), An der Gaulswiese, Trift, Gäulstäbel und Fohlenweide (FA. Neupfalz). (Nach BOECK, S. 161). Abgesehen von wenigen Ausnahmen liegen die genannten Waldstücke in den randlichen, siedlungsnahen Teilen des Waldes. Im Idarwald findet man entsprechend: Schweinetrift (FA. Morbach), Viehtrift, Koppelrech, Kuhplatz (FA. Rhaunen), Schafborn, Kälberstrich, Oberes und Unteres Geisrech, Roßberg und Geisenwies (FA. Kempfeld). Mehrere Forstortnamen auf -born weisen u. a. auch auf die ehemals große Bedeutung der Quellen für das im Wald befindliche Vieh hin. — Schließlich bedeutet wahrscheinlich auch das Wort Soon seiner Entstehung nach soviel wie Weide oder Bergweide, Soonwald wäre demnach gleichbedeutend mit Weidewald (PALM, 1954).

#### b) Die Entnahme von Brennholz und Nutzholz

Der große Bedarf an Brennholz in früheren Jahrhunderten erklärt sich aus dem Fehlen anderer Heizmaterialien. Im Gegensatz zu heute, wo etwa 70—80 % des Holzes aus dem Walde als Nutzholz Verwendung finden, stand ursprünglich die Brennholzgewinnung an erster Stelle. Aber auch das Bauholz hatte gegenüber der Gegenwart eine relativ größere Bedeutung, die Verwendung von Steinen im Häuserbau findet sich in bescheidenem Maße etwa erst seit dem 14. Jahrhundert (BOECK, S. 174; HARTMANN, S. 43 f.).

Die gleichzeitige Bau- und Brennholznutzung führte auf großen Flächen zur Herausbildung der Mittelwälder, einer Wirtschaftsart, die seit dem ausgehenden Mittelalter bis ins 18. Jahrhundert starke Verbreitung hatte. Zwischen dem Niederwald (Stockausschlag) ließ man einzelne Kernwüchse stehen, deren Stämme als Bauholz Verwendung fanden. Durch übermäßige Bauholzentnahme wurden diese Mittelwälder stellenweise zu reinen Niederwäldern degradiert, und nicht selten waren wertlose Ödlandflächen das Endergebnis einer zu starken Inanspruchnahme des Waldes. — Der Bauholzversorgung dienten neben den Mittelwäldern die sogenannten Bauwälder, reine Hochwälder, die meist in Ortsferne lagen und sich unter strenger Aufsicht der Territorialherren befanden. Sie stellen die ersten Vorläufer unserer heutigen Wirtschafts-Hochwälder dar (BOECK, S. 151). Die Holzgewinnung erfolgte hier im allgemeinen in Form des Plenter-

betriebes, einer meist extensiven Wirtschaftsform, die im Hunsrück in der Gegenwart nicht mehr anzutreffen ist. Aus dem Hochwald schlug man jeweils einzelne Stämme heraus, die natürliche Verjüngung des Waldes erfolgte durch Samenabfall.

Im Zusammenhang mit der Brennholzerzeugung war die Rottwirtschaft von Bedeutung, eine Wirtschaftsform, bei der Niederwald mit 12- bis 20jähriger Umtriebszeit und ein- oder mehrjähriger Ackerbau einander abwechselten. Ihre stärkste Verbreitung hatte sie im Gebiet der großen Flußtäler, doch hat sie auch im Hunsrück, namentlich an den Hängen der tiefer eingeschnittenen Bachtälchen, nicht unbeträchtliche Ausmaße erreicht. Innerhalb des Untersuchungsgebietes dürfte sie besonders stark im Gebiet des Dhronbachtals verbreitet gewesen sein (SCHMITHÜSEN, 1934). Diese extensive Form der Landnutzung — vielfach eine Folge der zu großen Ausdehnung des Ackerlandes in der hochmittelalterlichen Rodeperiode — hat sich, gefördert durch die spätere Eichenlohwirtschaft, an einzelnen Stellen bis in die Gegenwart gehalten, zum Beispiel wurde sie noch 1956 in Heinzenberg am unteren Kellenbach ausgeübt (mündl. Mitt. Rektor HOPSTÄTTER, Simmern). In den zentralen Teilen des Hunsrücks ist sie jedoch nicht mehr anzutreffen.

Bei der Nutzholzgewinnung erlangte neben dem lokalen Bauholzeinschlag nach dem dreißigjährigen Krieg das sogenannte Holländerholz größere Bedeutung, dessen Export aus fiskalischen Gründen von den Territorialherren stark gefördert wurde. Meist handelte es sich um starke Eichen-, seltener auch Buchenstämme, die von holländischen Floßherren für den Schiffbau in Holland aufgekauft und als Flöße mosel- und rheinabwärts transportiert wurden. Aus Kostengründen kamen jedoch für den Einschlag nur die Gebiete in Nähe der großen Flüsse in Frage. Insgesamt erreichte der Handel mit Holländerholz im Hunsrück nicht den Umfang wie beispielsweise im Schwarzwald, weil es an flößbaren Gewässern fehlte. Ein Versuch, in den Jahren nach 1770 den Ellerbach im Soonwald zu kanalisieren, mißlang (BOECK, S. 174 f.). — Seine letzte Blüte erlebte der Holzexport in der Französischen Zeit um 1800 (MICHEL; RITGEN); im 19. Jahrhundert kam er bald zum Erliegen.

### *c) Die Anlage von Waldwiesen*

Es handelt sich hier um eine Waldnutzung im weiteren Sinne des Wortes; eine kurze Erwähnung erscheint jedoch als notwendig, namentlich in Anbetracht des in früheren Jahrhunderten allgemein engen funktionellen Zusammenhanges zwischen Wald und Landwirtschaft.

Waldwiesen wurden innerhalb des Untersuchungsgebietes wahrscheinlich nur im Soonwald angelegt, wo sie größtenteils bis in die Gegenwart erhalten geblieben sind. Sie finden sich vor allem in den inneren Teilen im Gebiet der ehemaligen Herrenwälder. Die Anlage erfolgte zum überwiegenden Teil nach Abschluß der letzten Rodeperiode; die Notwendigkeit ihrer Einrichtung ergab sich durch Übervölkerung, vor allem in den Alt-siedelgebieten südlich und nördlich des Soonwaldes, in Verbindung mit

einem empfindlichen Mangel an Futterfläche. Die Wiesen wurden von den Waldbesitzern gegen Entrichtung eines Zinses in Zeit- oder Erbpacht vergeben. Heute sind es teils Privatwiesen, — in der französischen Zeit um 1800 konnten sie als Eigentum erworben werden —, zum anderen Teil befinden sie sich in staatlichem Besitz, die Erträge werden durch die Forstverwaltung jährlich versteigert. (BOECK, S. 162, nach V. PALM.)<sup>4)</sup>

#### d) Die Streunutzung

Sie ist ihrer Entstehung nach wesentlich jünger als die bisher genannten Nutzungsformen. Größere Bedeutung erlangt sie erst seit dem 18. Jahrhundert und stand in engem Zusammenhang mit der Einschränkung der Waldweide und dem Übergang zu vermehrter Stallhaltung, was einen erhöhten Bedarf an Streu und Futter zur Folge hatte. Ein weiterer Grund kam etwa seit der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert noch hinzu: Mit dem Übergang von der einfachen zur verbesserten Dreifelderwirtschaft, bei der an die Stelle der Brache jetzt der Anbau einer Blattfrucht trat, wurde die Tendenz zur Stallhaltung abermals verstärkt, vor allem aber vergrößerten die Bauern wegen der jetzt günstigeren Futterverhältnisse ihren Viehbestand so stark, daß der Bedarf an Streu weiter anstieg. (EDELMAUN, S. 135).

Bei der Streunutzung wurde dem Walde vor allem Laub entnommen, daneben auch Moose und Kräuter, letztere meist mit der anhaftenden Bodenschicht (EDELMAUN, S. 104). Hatte man mit der Einschränkung der Waldweide dem Wald einen gewissen Schutz geben wollen, — auch die Einführung des Futteranbaues in der Landwirtschaft war teilweise auf das Betreiben von Forstleuten zurückzuführen (F. MICHEL) —, so war im Endergebnis nur ein Übel durch ein noch weitaus größeres abgelöst worden. Durch die Streuentnahme wurde der Waldboden seiner schützenden oberen Schicht und damit auch wertvoller Nährstoffe beraubt; die Bodenmächtigkeit wurde verringert. Durch die schädigende Wirkung hinsichtlich des Wasserhaushaltes — verringerte Speicherfähigkeit des Bodens, erhöhter Abfluß und Abspülung von wertvollen Humus- und Feinerdebestandteilen — konnte es in der Folge zu einer fast völligen Vernichtung des Waldbodens kommen.

Nach ersten Einschränkungen der Streunutzung im 18. Jahrhundert setzte vor allem unter der preußischen Verwaltung ein heftiger Kampf dagegen ein. Trotz des noch gestiegenen Bedarfs an Waldstreu konnte im Laufe des 19. Jahrhunderts dieser schädlichen Nutzungsform weitgehend Einhalt geboten werden. In der Gegenwart ist die Streuentnahme nur noch in sehr geringem Maße möglich; nur in Notjahren werden Ausnahmen gewährt (Landesforstgesetz, § 22).

---

<sup>4)</sup> Das heute allgemein stark schwindende Interesse an der Landwirtschaft (vgl. S. 126 ff.) ist hier, mitbedingt durch die weite Entfernung von den Ortschaften, in seiner Wirkung besonders deutlich erkennbar: Die Erlöse der Versteigerungen sind im Vergleich zu früheren Jahren minimal, ein Teil des gemähten Grases muß verbrannt werden (Mitt. d. FA. Neupfalz).

### 3. Die Eisenindustrie

Die Geschichte des Hunsrücker Waldes war mehrere Jahrhunderte hindurch eng verknüpft mit der Geschichte der Eisenindustrie des Hunsrücks, die deshalb in den folgenden Abschnitten ausführlicher behandelt werden soll.

#### a) Standortbedingungen

Mit der Entwicklung der Eisenerzeugung zu einer industriellen Produktionsform im Laufe des 15. Jahrhunderts trat der Wald, dessen wirtschaftliche Nutzung bisher im wesentlichen eine Ergänzung zur Landwirtschaft gebildet hatte, erstmalig in den Dienst der Industrie. Zwar fand das Holz in seiner Eigenschaft als Ausgangsmaterial für die Holzkohleerzeugung ausschließlich als Hilfsstoff Verwendung, — seine vorherrschende Funktion als industrieller Rohstoff gehört erst einer viel jüngeren Entwicklungsphase an —, doch war dennoch der Verbrauch so groß, daß unter den verschiedenen Standortfaktoren der alten Eisenindustrie dem Holz und somit dem Vorhandensein großer Wälder zweifellos die größte Bedeutung zukam.

Die Eisenindustrie des Hunsrücks war, ebenso wie in anderen Mittelgebirgslandschaften, in ihren Standorten an natürliche Verhältnisse gebunden. Absatz und Verkehrslage waren von untergeordneter Bedeutung, ebenso dürfte der Faktor Arbeit unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zunächst noch wenig bedeutsam gewesen sein. Neben dem Holz waren vor allem das Vorhandensein von Erzen und von Wasserkraft maßgebend, als Hilfsstoff beim Hochofenprozeß fanden ferner die Stromberger Kalke Verwendung (UHLIC, S. 213; LICHT, S. 7).

Unter den zahlreichen, meist minderwertigen Erzarten des Hunsrücks (vgl. VIERSCHILLING; ferner Lit. 28, S. 44) waren für die Eisengewinnung vor allem zwei von Bedeutung: die „Hunsrückerze“ und die „Soonwalderze“. Während erstere bei der Verwitterung des Hunsrückschiefers als Brauneisenstein ausgeschieden wurden und sich in Form kleiner Nester an der Basis der Verwitterungslehme bildeten, sind die Erze vom Soonwaldtyp Auswaschungsprodukte aus dem vielerorts eisenhaltigen Taunusquarzit, die im Eozän durch fließendes Wasser als große, linsenförmige Magnetit-Anreicherungen in den Vertiefungen der alten Gebirgsoberfläche zur Ablagerung gebracht wurden (Lit. 28, S. 43; UHLIC, S. 197). Die Soonwalderze zeichnen sich gegenüber den Hunsrückerzen durch einen höheren Mangangehalt aus. Die Abbaustellen der Erze waren über das ganze Gebiet des Hunsrücks verteilt; nach VIERSCHILLING befinden sich zwischen dem Rhein und dem Gebiet des Idarwaldes insgesamt 203 alte Erzgruben, von denen allerdings nur jeweils ein geringer Teil zur gleichen Zeit betrieben wurde. Bei den Hunsrückerzen war die lokale Streuung des Abbaues besonders groß, alte Gruben finden sich fast im gesamten Gebiet der Schieferhochfläche. Die Gewinnung der Soonwalderze, deren Verbreitung im wesentlichen auf die Quarzitgebiete von Soonwald und Binger Wald beschränkt ist, war stärker auf die Nähe der dort gelegenen Hütten konzentriert; der Abbau erfolgte vor allem beiderseits des Guldenbachtals,

daneben auch in einigen Gruben am Nordrand und Südrand des Soonwaldes (vgl. BOECK, Abb. S. 168)<sup>5)</sup>.

Die Wasserverhältnisse waren für die Hunsrückler Eisenindustrie besonders günstig: Die große Speicherfähigkeit des Quarzits bedingt eine über das ganze Jahr relativ ausgeglichene Wasserführung der in diesem Gebiet entspringenden Bachläufe, was im allgemeinen einen ganzjährigen Betrieb der Werke ermöglichte, während sich vergleichsweise bei den eisernerzeugenden Betrieben der Eifel infolge der hier meist stärker schwankenden Wasserführung der Bäche eine saisonale Stilllegung oft nicht vermeiden ließ (SCHUMACHER, J., S. 21). Die Hunsrückler Eisenhütten und -hämmer lagen ausnahmslos an Wasserläufen im Bereich des Quarzits, wo auch das Vorhandensein großer geschlossener Waldgebiete als weiterer günstiger Faktor hinzukam (vgl. Abb. 2). Im Guldenbachtal waren es zwei Hütten bei Stromberg, von denen die kleinere bereits um die Mitte des 18. Jahrhunderts stillgelegt wurde (nicht eingezeichnet), weiter nördlich die Stromberger Neuhütte und die heute noch tätige, auf Verarbeitung umgestellte Rheinböllerhütte. Inmitten des Soonwaldes lag am Gräfenbach die Gräfenbacher Hütte. Südlich des Idarwaldes befanden sich um 1800 an Idarbach, Fischbach und deren Nebenbächen die Asbacher Hütte, der Hammerbirkenfeld, der Sensweiler Hammer und der Allenbacher Hammer, an der Ostspitze des Idarwaldes die Weitersbacher Hütte. Die Schieferhochfläche wurde wegen der undurchlässigen tonigen Verwitterungsdecke und der dadurch bedingten unregelmäßigen Wasserführung der Bäche gemieden, ebenso im Quarzitbereich die Täler von Kellenbach und Hahnenbach, deren Haupteinzugsgebiet weiter nördlich im Hunsrückschiefer liegt. Der geringere Grad der betrieblichen Konzentration der Eisenindustrie, ersichtlich aus der großen Anzahl relativ eng beieinanderliegender, in ihrer Produktionshöhe begrenzter Betriebe, erklärt sich vor allem aus dem großen Verbrauch und dem später sich ergebenden Mangel an Holz (UHLIC, S. 213), ein Problem, das im folgenden noch ausführlicher behandelt werden soll.

#### b) Die Entwicklung der Eisenindustrie bis zu ihrer Blütezeit

Die Eisenerzeugung läßt sich geschichtlich weit zurückverfolgen, wahrscheinlich wurde im Hunsrück schon in keltischer (UHLIC, S. 165 f.) und römischer Zeit (HOPSTÄTTER, S. 145 f.; vgl. BÖMMELS) in sogenannten Windlöchern ein minderwertiges Roheisen gewonnen. Der erste sichere Beleg für den Hunsrück findet sich in einer Urkunde des Klosters Lorsch vom Ende des 8. Jahrhunderts, in der eine Eisenschmelze an der Villa Canthey

---

<sup>5)</sup> Der Abbau der Soonwalderze wurde auch nach Stilllegung der letzten Hunsrückler Hochöfen zeitweise wieder aufgenommen, die Erze fanden jetzt in der Eisenindustrie des rheinisch-westfälischen Industriegebietes Verwendung. Im 1. Weltkrieg wurde — im Gegensatz zu früher jetzt vorwiegend mit maschinellen Methoden — in der Grube Neufund bei Argenthal der Abbau wieder aufgenommen und bis 1928 betrieben, wobei durchschnittlich etwa 100 Arbeiter Beschäftigung fanden (Hunsrückler Heimat 1928, S. 103 f.). Die Grube Märkererei bei Tiefenbach, ebenfalls am Nordrand des Soonwaldes, wurde noch in den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts wieder in Betrieb genommen und war bis in den zweiten Weltkrieg hinein in Tätigkeit (HOPSTÄTTER, in: Hunsrückler Zeitung 1956, Nr. 49).

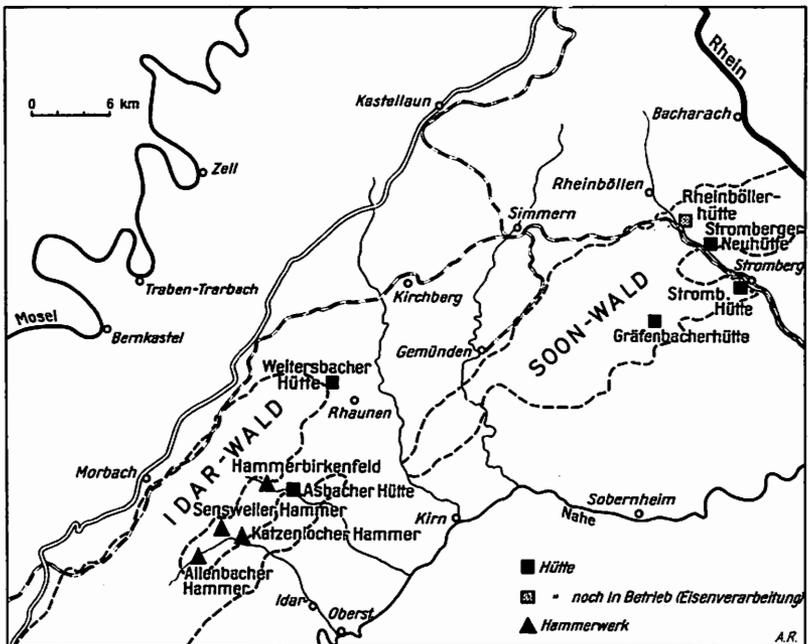


Abbildung 2

im Guldenbachtal unweit des heutigen Daxweiler erwähnt wird (BOECK, S. 165 f.). Später im Mittelalter werden verschiedentlich die Rennfeuer genannt (UHLIG, S. 213; LICHTI, S. 4), in denen das Eisen weiterhin in primitiven Methoden gewonnen wurde.

Ein Aufschwung setzte im 15. Jahrhundert ein (MARTINY, 1909; UHLIG, S. 209 ff.; HABEL, 1956, S. 5). Die Eisengewinnung verlagerte sich an die Bäche, wo man jetzt die Wasserenergie zum Betreiben der Blasebälge und Hämmer ausnutzte, die Betriebe vergrößerte und die Produktion wesentlich erhöhte. Wenig später dürfte auch der Übergang zur Hochofenproduktion erfolgt sein (UHLIG, S. 213). Bei der Holzkohlerzeugung ging man von der Grubenköhlerei zur Meilerköhlerei über, wobei es durch die jetzt erfolgende Gewinnung der Kohle am Einschlagsort des Holzes zu einer standörtlichen Trennung von Holzkohle- und Eisenerzeugung kam. Die Verkohlung am Ort des Holzeinschlages bot vor allem den Vorteil eines rentableren Transportes des Feuerungsmaterials zum Ort der Eisengewinnung.

Trotz dieser entscheidenden Wandlungen, durch die sich bei der Eisenerzeugung erstmalig eine industrielle Produktionsweise herausbildete, blieb der Umfang dieser Industrie im Hunsrück bis zum 30jährigen Krieg noch relativ gering; in der benachbarten Eifel dürfte zur gleichen Zeit die Eisenindustrie schon eine wesentlich größere Bedeutung gehabt haben (vgl. BÖMMELS). Innerhalb des Untersuchungsgebietes haben vor dem 30jährigen Krieg wahrscheinlich nur eine der Stromberger Hütten und die

Rheinböllerhütte bestanden; erstere wird 1446 und 1605 urkundlich erwähnt (PALM, 1941), letztere 1590 (UHLIG, S. 213).

Nach einem wahrscheinlich völligen Stillstand der Produktion im 30jährigen Krieg erfolgte der große Aufschwung der Hunsrücker Eisenindustrie in der zweiten Hälfte des 17. und zu Beginn des 18. Jahrhunderts, zu einem nicht unwesentlichen Teil dadurch mitbedingt, daß durch die Territorialherren, die unter dem Einfluß merkantilistischer Ideen (LICHTI, S. 1) die Eisenindustrie stark förderten, belgische Hüttenherren als Fachleute und Kapitalgeber ins Land geholt wurden, die, ebenso wie in Eifel und Westerwald, der Eisenerzeugung und in Verbindung damit der Waffenproduktion zu ihrer großen Blütezeit verhalfen (PALM, 1941; vgl. JANSEN, S. 103; BÖMMELS). Alte, während des 30jährigen Krieges stillgelegte Werke wurden wieder in Betrieb genommen, — die Stromberger Hütte 1649 und die Rheinböllerhütte wahrscheinlich 1661 (PALM, 1941) —, andere neu begründet, so nach 1700 eine zweite Hütte bei Stromberg, ferner die Stromberger Neuhütte 1710 und die Gräfenbacher Hütte 1712. Am Idarwald entstanden um 1670 die Asbacher Hütte, um 1708 der Sensweiler Hammer, um 1710 die Weitersbacher Hütte und 1714 der Hammerbirkenfeld (KELLER, A.). Der Aufbau der Eisenindustrie im östlichen Hunsrück erfolgte durch Jean de Marioth, der gleichzeitig im Westerwald mehrere Eisenhütten begründete und gegen Ende des 17. Jahrhunderts der bedeutendste Schwerindustrielle und Waffenproduzent am Mittelrhein gewesen ist (PALM, 1941). Die Werke um den Idarwald sind meist durch Einheimische begründet worden (KELLER, A.), während im Hochwald, außerhalb des Untersuchungsgebietes, vor allem der belgische Hüttenherr de Hauzeur als Gründer hervortrat (ACHTER, S. 19). Die belgischen Hüttenherren zogen zahlreiche wallonische Facharbeiter nach sich, die teils in den Betrieben selbst, zum größten Teil aber als Köhler in den Wäldern tätig waren. Im Guldenbachtal, vor allem in Stromberg, zeugen noch heute zahlreiche französische Familiennamen von der Einwanderung der wallonischen Arbeiter (UHLIG, S. 209 ff.).

#### *c) Besitzverhältnisse*

Die Eisenwerke wurden zunächst in Form von Hüttengewerkschaften gegründet, in denen einige besonders kapitalkräftige Teilhaber, meist die genannten belgischen Eisenindustriellen, als die eigentlichen Hüttenherren hervortraten (MARTINY, 1909). Im allgemeinen haben die Gründer der Betriebe schon nach relativ kurzer Zeit den Besitz an den Hütten wieder aufgegeben, die Leitung ging in der Folgezeit an die durch die Landesherren eingesetzten Hüttenmeister über. So gaben die Marioths schon 1685 die Rheinböllerhütte wieder ab (LICHTI, S. 50); das Werk wurde durch den Hüttenmeister Martin Schmid, einen Vorfahren der späteren Eigentümerfamilie Utsch, übernommen.

#### *d) Produktion und Absatz*

Die Produktion der Hunsrücker Eisenindustrie war zunächst auf die Roheisenerzeugung in den Hütten und die Frischeisenherstellung in den Hammerwerken gerichtet. Bei der angeschlossenen Weiterverarbeitung wurden vor allem Halbfabrikate und relativ einfache Fertigwaren her-

gestellt. Im Hammerbirkenfeld z. B. produzierte man in der Zeit um 1700 landwirtschaftliche Geräte wie Schaufeln, Spaten u. a. (KELLER, A.). Einige Betriebe, mit Sicherheit die Rheinböllerhütte und die ältere Stromberger Hütte, haben sich auch, zumindest zeitweise, mit der Waffenproduktion befaßt (PALM, 1941). — Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Produktion der Hunsrücker Eisenindustrie weit über den lokalen Bereich hinaus Bedeutung hatte (Hunsr. Zeit 1955, Nr. 51, nach DR. GARD), daneben dürften jedoch die Werke auch für die Versorgung des Hunsrücks selbst, namentlich für die Eisenlieferung an das einheimische Schmiedegewerbe, von großer Wichtigkeit gewesen sein (KELLER, A.).

#### e) Die Köhlerei und ihr Einfluß auf das Waldbild

Die Holzverkohlung für die Eisenindustrie bildete im 17. und 18. Jahrhundert die wichtigste Nutzungsform in den Wäldern des Hunsrücks, sie übertraf in ihrer Bedeutung noch die bisher genannten Nutzungsarten. Wie groß der Verbrauch an Holz und Holzkohle war, wird durch ein Beispiel von MÜLLER-WILLE verdeutlicht (1938, S. 77): Für die Herstellung eines Wagens Roheisen in 24 Stunden waren 4,5 Wagen Holzkohle und hierfür wiederum 36 Wagen Holz erforderlich. Das entspricht der Rodung einer Fläche von 1,5 ha bei 16- bis 18jährigem Niederwald. — Im Soonwald soll der Holzverbrauch für die Eisenindustrie im 18. Jahrhundert jährlich 12 000 bis 24 000 rm betragen haben. (BOECK, S. 167, nach PALM).

Die Spuren der Köhlerei sind noch heute, namentlich in Soonwald und Idarwald, aus Hunderten verlassener Meilerplätze, runder, meist nur schwach bewachsener Verebnungen, deutlich erkennbar. — Der Köhlerberuf dürfte von Hunsrückern selbst kaum ausgeübt worden sein, zumal sich dieser Berufsstand oft nicht eben des besten Rufes unter der Bevölkerung erfreute. Meist waren es die aus Belgien eingewanderten Wallonen, die diese Tätigkeit ausübten, später sollen auch Böhmen hinzugekommen sein. Den Transport der Holzkohle von den Meilerplätzen zu den Eisenhütten besorgten meist einheimische Fuhrleute und Bauern. Heute noch erhaltene Namen wie Kohlweg (Soonwald) und Kohlenschneise (Idarwald) bezeichnen die wichtigsten Waldwege, auf denen der Kohlentransport erfolgte. Von der Meilerköhlerei selbst zeugen die Forstortsnamen Kohlplacken im Soonwald und Kohlwasen, Kohlweise, Kohlengeheu im Idarwald. — Es ist anzunehmen, daß in den Wäldern des Hunsrücks mehrere hundert Personen im Dienste der Eisenindustrie tätig gewesen sind, im Jahre 1808 waren allein in der Umgebung der Rheinböllerhütte mehr als 60 Köhler und Holzhauer beschäftigt (Hunsr. Zeit. 1956, 214)<sup>9)</sup>. Meist war der Holzeinschlag eines Betriebes durch Verfügung des Landesherren auf einen bestimmten Waldbezirk begrenzt, in dem das Holz frei oder gegen ein geringes Entgelt entnommen werden durfte. Die Menge des einzuschlagendes Holzes war innerhalb dieses Bezirkes in ihrer

---

<sup>9)</sup> Außerhalb des Untersuchungsgebietes, im Bereich der Hütten Züsch und Abentheuer südöstlich des Erbeskopfes, kam es in diesem Zusammenhang zur regelrechten Neugründung von Ortschaften, der sogenannten Waldhüttendörfer (SCHMITHÜSEN 1934, S. 15).

Höhe zunächst oft noch unbegrenzt; erst mit zunehmender Zerstörung der Wälder ging man auch zur Mengenanweisung über (HAMM II, S. 90 ff.; БОЕЦК, S. 168 f.). — In den Verfügungen der Landesherrn wurde es den Hüttenherren bisweilen nahegelegt, auf die Schonung der Wälder bedacht zu sein (HAMM II, S. 90 ff.), doch konnte einer ständig zunehmenden Waldvernichtung hierdurch auf die Dauer kein Einhalt geboten werden.

Für den Verkohlungsprozeß war seiner Beschaffenheit nach das Buchenholz am besten geeignet, andere Holzarten fanden kaum Verwendung. Die Buche hatte in früherer Zeit in den Wäldern des Hunsrücks eine noch wesentlich stärkere Verbreitung als heute, sie bildete die vorherrschende Baumart in der natürlichen Vegetation der reinen Laubwälder. Menschlich bedingte Veränderungen der Holzartenzusammensetzung waren bis zum Beginn der Nadelholzaufforstungen höchstens durch die künstlich geförderte Verbreitung der Eichenbestände erfolgt (БОЕЦК, S. 126; УНЛИГ, S. 189).

Die starke Inanspruchnahme der Wälder für die Köhlerei führte in weiten Teilen zu einer starken Veränderung des Waldbildes; der hohe Holzverbrauch der Hütten und, in geringerem Maße, auch der Hämmer zwang zu einer Verkürzung der Umtriebszeiten und somit häufig zum Übergang zur Niederwirtschaft. Teilweise entwickelten sich auch Mittelwälder, in denen die Kernwüchse als Samenbäume dienten. Während bisher die großen zusammenhängenden Herrenwälder weitgehend unberührt geblieben waren und nur in Nähe der Ortschaften durch die Nutzung der landwirtschaftlichen Bevölkerung eine Degradierung des Waldes erfolgt war, fand nun als Folge der Köhlerei auch hier der Nieder- und Mittelwald größere Verbreitung. So dürften gegen Ende des 18. Jahrhunderts weite Teile von Soonwald und Idarwald mit Niederwald bedeckt gewesen sein, am stärksten in der Umgebung der Eisenbetriebe, d. h. in der Nähe des Guldenbaches, in der Umgebung der Gräfenbacher Hütte und im Idarwald, namentlich an dessen Süd- und Ostseite, desgleichen auch im Gebiet des Wildenburger Höhenzuges. Ob die Köhlerei bis zu einer völligen Vernichtung des Waldes und im Gefolge davon zu einer Vergrößerung der Ödlandflächen geführt hat, wie beispielsweise in der Eifel (PÄFFEN 1940, S. 163 f.), erscheint für den Bereich des Untersuchungsgebietes als fraglich, zumindest darf es für das Gebiet der großen landesherrlichen Waldungen im Soonwald und Idarwald als unwahrscheinlich gelten (vgl. КУПНАЛ, Blatt 60 und 64). Der Eingriff in die Wälder durch die übertriebene Holznutzung, bei der neben der Köhlerei gebietsweise auch die Pottaschegewinnung für die Glaserzeugung hinzukam, war aber dennoch so stark, daß in weiten Teilen eine Veränderung des gesamten Landschaftsbildes die Folge war. Die Waldvernichtung erreichte im Hunsrück gegen Ende des 18. Jahrhunderts einen vorläufigen Höhepunkt und sollte in ihren Ausmaßen nur noch von der Verwüstungen während der französischen Besatzungsperiode übertroffen werden.

#### f) *Der Niedergang*

Die Ursachen, die zum Niedergang der Eisenindustrie des Hunsrücks und auch anderer Mittelgebirgslandschaften führten, waren recht mannig-

faltiger Art; es lassen sich jedoch zusammenfassend zwei Ursachenkomplexe unterscheiden:

1. Von außen her erfolgende Einwirkungen auf die Industrie der Bergländer: Änderungen der Produktionsmethoden, bedingt durch technische Fortschritte auf verschiedenen Gebieten; in der Folge davon Entwicklung neuer, überlegener Industriegebiete in anderen Räumen.
2. Fortfall natürlicher Produktionsgrundlagen innerhalb des Bereiches der alten Eisenindustrien.

Zu 1: Durch die Möglichkeit der Koksherstellung wurde im Prozeß der Eisengewinnung die Steinkohle der Holzkohle überlegen. Gleichzeitig machte die Erfindung der Dampfmaschine die Eisenindustrie von ihren Standorten an den Wasserläufen frei und ermöglichte, begünstigt durch die rasch fortschreitende Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, die Entwicklung größerer und rentablerer Eisenindustrien in den Steinkohlegebieten an der Saar und im rheinisch-westfälischen Raum. Nachdem ferner die lothringischen Erze durch die Möglichkeit des Phosphorentzuges große wirtschaftliche Bedeutung erlangt hatten, konnten auch die minderwertigen Hunsrück-Eisenerze nicht mehr konkurrenzfähig bleiben. Die natürlichen Grundlagen der Hunsrück-Eisenindustrie, Holz, Wasserkraft und Erze, waren somit als Standortfaktoren bedeutungslos geworden.

Zu 2: Der zweite Ursachenkomplex wird in seiner Bedeutung vielfach übersehen. Schon bevor die genannten äußeren Gründe wirksam wurden und für den endgültigen Niedergang der Eisenindustrie des Hunsrücks den letzten entscheidenden Anstoß bildeten, hatte sich durch eine ständig zunehmende Verknappung des Holzes und auch der einheimischen Erze eine ernsthafte Gefährdung der Betriebe ergeben. In der Eifel wurden wegen Holzmanns schon zu Anfang des 17. Jahrhunderts einige Hütten stillgelegt (SCHUMACHER, J., S. 22), und es erscheint möglich, daß auch die frühe Schließung der kleineren Stromberger Hütte (um 1750) durch Mangel an Holzkohle mitbedingt wurde. Besonders empfindlich machte sich die Holzknappheit im 19. Jahrhundert bemerkbar. So wurden 1822 im Soonwald durch die preußische Regierung nur noch ca. 9 000 bis 10 000 rm für den Einschlag freigegeben; der dauernde Fortbestand der dortigen Hütten war auch aus diesem Grunde zu damaliger Zeit schon in Frage gestellt. — Gleichzeitig ergab sich ein empfindlicher Mangel an Erzen, besonders im Bereich des Idarwaldes, wo gegen Ende des 18. Jahrhunderts von häufigen Streitigkeiten zwischen den Hüttenherren der Weitersbacher und der Asbacher Hütte um das knapp gewordene Eisenerz berichtet wird; als Folge wurde den Hüttenherren die Verpflichtung auferlegt, sich beim Erzgraben auf bestimmte Bereiche zu beschränken (HAMM II, S. 90 ff.). Da man außerdem die besten und rentabelsten Lager im allgemeinen zuerst abgebaut hatte, machte sich in zunehmendem Maße eine Verschlechterung der Qualität bemerkbar. Hätte man die Produktion an Roheisen auf gleicher Höhe halten wollen, so wäre jetzt der Einschlag noch größerer Holz-mengen erforderlich gewesen (vgl. SCHUMACHER, J., S. 22). Der Mangel an Holz mußte sich also in Verbindung mit der sinkenden Qualität der Erze

besonders empfindlich bemerkbar machen. Es erscheint demnach durchaus fraglich, ob auch ohne das Hinzutreten äußerer Faktoren der Hunsrücker Eisenindustrie in ihrer alten Form noch eine lange Lebensdauer beschieden gewesen wäre. Mit Rücksicht auf die Erhaltung der ohnehin schon stark degradierten Wälder konnte das vorzeitige Ende dieses Industriezweiges nur dankbar begrüßt werden.

Nachdem die Eisenindustrie im Hunsrück in der französischen Zeit von 1794 bis 1814, begünstigt durch den hohen Eisenbedarf der französischen Armee und den zeitweiligen Schutz der Kontinentalsperre, ihre letzte Blütezeit erlebt hatte, setzte im Verlaufe des 19. Jahrhunderts der Niedergang ein und führte, vor allem in der Zeit nach 1850, zur Stilllegung der meisten Werke. Der letzte Hochofen im Hunsrück wurde 1880 in der Rheinböllerhütte ausgeblasen. Nach Fortfall der natürlichen Standortfaktoren war ein Weiterbestehen der Betriebe nur durch eine stärkere Ausnutzung der vorhandenen billigen Arbeitskräfte und somit durch Übergang zur Eisenverarbeitung möglich. Während die meisten Werke ihre Produktion gänzlich einstellten, schlugen innerhalb des Untersuchungsgebietes zwei Betriebe, die Rheinböllerhütte und die Stromberger Neuhütte, begünstigt durch späteren Anschluß an das Eisenbahnnetz, den zweiten Weg ein. Nach Stilllegung der Stromberger Neuhütte im Jahre 1932 ist heute nur noch die Rheinböllerhütte tätig. Im südwestlichen Hunsrück hat sich, ebenfalls nach Umstellung auf Weiterverarbeitung, die Mariahütte bei Nonnweiler bis in die Gegenwart halten können.

Aus der Eifel ist bekannt, daß an verschiedenen Stellen nach dem Eingehen der Eisenbetriebe auf gleichem Standort Sägewerke entstanden sind (SCHUMACHER, J., S. 23; JANSEN, S. 103 f.). Diese Erscheinung läßt sich in mindestens zwei Fällen auch im Hunsrück feststellen. So befindet sich das heutige Sägewerk am Katzenloch südlich des Idarwaldes an der gleichen Stelle wie der frühere Katzenlocher Hammer. Allerdings hat sich zwischen der Schließung des Hammerwerkes und der Gründung des Sägewerkes etwa 60 Jahre lang, unter Ausnutzung des vorhandenen großen Wasserrades, eine Edelsteinschleiferei an dieser Stelle befunden. Außerhalb des Untersuchungsgebietes liegt auf dem Gelände der ehemaligen Abentheuerhütte bei Birkenfeld heute ebenfalls ein größerer Holzindustriebetrieb.

Im Zusammenhang mit dem Niedergang der Hunsrücker Eisenindustrie und der Begründung neuer Industriegebiete im Bereich der Steinkohle verdient die Familie Stumm besondere Erwähnung. Dieser Industriellenfamilie, ursprünglich aus Sulzbach bei Rhaunen stammend, gehörten um 1800 sämtliche Hütten und Hämmer am Idarwald sowie die Gräfenbacher Hütte im Soonwald, außerhalb des Untersuchungsgebietes ferner ein Werk bei Veldenz unweit von Bernkastel und die Abentheuerhütte bei Birkenfeld (BÖCKING). Vom Stammwerk des Hammerbirkenfeld ausgehend (KELLER, A.), hatte man in der folgenden Zeit alle anderen Betriebe als Familienbesitz erworben. Doch schon um die Wende zum 19. Jahrhundert erkannte man klar, daß die Blütezeit der Hunsrücker Eisenindustrie vorüber sei und die wirtschaftliche Weiterentwicklung durch die Steinkohle bestimmt sein würde. Nachdem 1794 mit Beginn der französischen Zeit

das Obereigentum der Territorialherren an den Eisenbetrieben endgültig aufgehoben worden war und man die völlige Freiheit erlangt hatte, wurde im Jahre 1806 durch die Familie Stumm die erste moderne Eisenhütte des Saargebietes in Neunkirchen gegründet, die im Laufe des 19. Jahrhunderts eine gewaltige wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung erlebte. Die Werke im Hunsrück, zuletzt im Besitz der Stumm-Enkel Böcking, wurden im Verlauf der folgenden Jahrzehnte freiwillig aufgegeben. Während dank ihres Weitblicks und ihrer Tatkraft an einer entscheidenden Wende der wirtschaftlichen Entwicklung die Stumms heute zu den bedeutendsten Industriellen im Saargebiet gehören, war vergleichsweise der mehr konservativen Haltung der Hüttenbesitzer im Guldenbachtal ein geringerer Erfolg beschieden. Allerdings konnte man hier, wenn auch als einziges Werk, die Rheinböllerhütte bis in die Gegenwart hinüberretten. Wenn noch heute dieser Betrieb im Wirtschaftsleben seiner weiteren Umgebung eine bedeutsame Rolle spielt und andererseits im Gebiet der ehemaligen Stummschen Werke die Eisenindustrie schon seit fast hundert Jahren der Vergangenheit angehört, so mag dieses Beispiel zeigen, wie wirtschaftliche Verhaltensweisen einzelner Personen in ihren Auswirkungen noch bis in die Gegenwart hineinreichen, wie frei getroffene Entscheidungen in früheren Zeiten noch heute im Gefüge der Wirtschaftslandschaft ihren Einfluß erkennen lassen.

Die Geschichte der Stumms zeigt nur einen der zahlreichen Fälle, in denen Industriellenfamilien aus den Gebieten der alten Eisenindustrie Westdeutschlands beim Aufbau der modernen Industriezentren den entscheidenden Anstoß gaben. So waren beispielsweise auch die Vorfahren der Familien Poensgen und Hoesch, die heute im Wirtschaftsleben des rheinisch-westfälischen Raumes große Bedeutung haben, ehemals Eisenhüttenbesitzer in der Eifel (SCHUMACHER, J., S. 23).

#### *g) Die Rheinböllerhütte, Entwicklung und gegenwärtige Situation*

Die erste Erwähnung der Rheinböllerhütte findet sich aus dem Jahre 1590. Nach vorübergehender Schließung während des 30jährigen Krieges wurde das Werk durch Jean de Marioth wiedereröffnet und 1685 an die Familie Utsch (zunächst Hüttenmeister Schmid) abgegeben; der Name Utscherhütte ist vielfach noch in der Gegenwart gebräuchlich. 1791 heiratete der Italiener Puricelli ein, 1836 erbten dessen Söhne den Betrieb, der jetzt unter dem Namen „Gebr. Puricelli“ weitergeführt wurde. — Die Produktion des Betriebes umfaßte im 18. Jahrhundert vor allem Öfen und Herde, ferner gußeiserne Töpfe, Platten u. a. (LICHT, S. 50). — Genauere Angaben liegen aus den Jahren um 1862 vor (HARDT). Der Betrieb verfügte zu dieser Zeit über drei Hochöfen und drei Kuppelöfen; die Befeuerng erfolgte noch zum Teil mit Holzkohlen, daneben wurde jedoch auch schon unter hohen Transportkosten Koks aus dem Ruhrgebiet und dem Saargebiet bezogen, nicht zuletzt mitbedingt durch den zu dieser Zeit sehr empfindlichen Mangel an Holz. Neben dem aus einheimischen Erzen erzeugten Eisen wurde in der Weiterverarbeitung teilweise auch schon auswärtiges Roheisen verwendet. Der Betrieb beschäftigte 1862 550 Per-

sonen, von denen 109 im Eisenbergbau in der Umgebung tätig waren. Zum Werk gehörten damals 30 Eisengruben, von denen jedoch nur der kleinere Teil in Betrieb war. Produziert wurden Gußeisen aller Art, u. a. auch Munition. — In den Jahren bis 1880 wurden alle drei Hochöfen gelöscht, es blieb nur noch die Gießerei. Um den Betrieb am Leben erhalten zu können, mußte man zwangsläufig zu einer Verfeinerung der Produkte übergehen. Mit dem Anschluß an das Eisenbahnnetz im Jahre 1888 hatte das Werk seine kritischste Zeit überstanden. Die Beschäftigtenzahl war vorübergehend stark gesunken, betrug 1896 noch 313, stieg dann bis 1913 auf 648. Produziert wurden um 1900 Ofen- und Handelsguß, Poterie und Röhren (LICHTL, S. 52). — Nach einer zunächst schwierigen Situation nach dem ersten Weltkrieg (HOPSTÄTTER, S. 145) erholte sich der Betrieb wieder und hatte in den Jahren bis 1939 meist etwa seine heutige Größe. Hinsichtlich der Produktion erfolgte keine grundlegende Änderung mehr. — Nach dem 2. Weltkrieg ging die Erzeugungsmenge zunächst stark zurück, die Beschäftigtenzahl sank bis auf etwa 100. Im Mai 1954 wurde das Werk durch den Eigentümer Baron Kirsch-Puricelli an die Firma Meier und Weichelt (früher Leipzig) verpachtet, unter deren Leitung ein neuer Aufstieg begann. Durch den Übergang vom kernlosen Guß zum Kernguß erfolgte eine weitere Verfeinerung der Produktionsmethoden. Produziert werden heute:

1. Kundenguß (nach Kundenmodellen), vor allem für die Fahrzeugindustrie,
2. Werkzeugmaschinen,
3. Öfen und Herde.

Eine Bindung des Betriebes an natürliche Standortfaktoren besteht nicht mehr, die ursprünglichen Beziehungen zum Walde sind schon seit mehreren Jahrzehnten nicht mehr vorhanden. Heute werden Koks und Roheisen vor allem aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet bezogen, ferner Schrott aus der weiteren Umgebung, Sand von verschiedenen Stellen Südwest- und Westdeutschlands und Kalke aus der Gegend von Eßlingen in Württemberg. Auch hinsichtlich des Absatzes besteht keine strenge standörtliche Bindung, beliefert werden neben der näheren Umgebung vor allem der rhein-mainische Raum und einige Orte in Süd- und Norddeutschland. Den wichtigsten lokalen Standortfaktor bilden die relativ billigen und in ausreichendem Maße vorhandenen Arbeitskräfte. — Der Betrieb beschäftigt heute 424 Personen, davon 45 Frauen. Abgesehen von 57 Arbeitern, die in der Siedlung Rheinböllerhütte selbst wohnen, pendeln die Beschäftigten täglich zwischen dem Betrieb und ihrem Heimatort. Abb. 3 zeigt den heutigen Arbeitereinzugsbereich des Betriebes. Die meisten Beschäftigten wohnen im Norden im Gebiet der Hunsrückhochfläche (274), ein kleinerer Teil kommt aus den weiter südlich gelegenen Bereichen (85) und nur wenige Betriebsangehörige, meist Angestellte, haben ihren Wohnsitz in Gebieten außerhalb des Hunsrücks, vorwiegend in Ortschaften am Rhein. Zu Ende der zwanziger Jahre wird der Radius des Arbeitereinzugsgebietes mit nur 8 km angegeben (Hunsrücker Heimat 1928, S. 104). Demgegenüber ist heute eine beachtliche Erweiterung festzustellen, was



besonders empfindlich auswirken muß, stärker als z. B. für die mehr arbeitsintensiven Betriebe der Holzverarbeitung.

Wenn auch die Rheinböllerhütte und die sie umgebenden Wälder in der Gegenwart in keinerlei wirtschaftlicher Beziehung mehr zueinander stehen, so ist doch dieser Betrieb seiner Entstehung nach eng mit der Geschichte des Waldes verbunden und kann auch in seiner heutigen Struktur und in seiner heutigen Bedeutung im Wirtschaftsleben des östlichen Hunsrücks nur aus dieser Vergangenheit heraus verstanden werden \*).

#### 4. Glashütten und Pottaschegewinnung

Die Glaserzeugung als waldegebundener Industriezweig hatte im Hunsrück nicht die gleiche Bedeutung wie die Eisenindustrie, wenn auch der Holzverbrauch im engeren Bereich der Glashütten sehr hoch war und im Verhältnis zur Produktion den der Eisenhütten noch überstieg.

Aus dem Soonwald, wo neben dem Holz die durch die Quarzitverwitterung entstandenen Sande als weiterer natürlicher Standortfaktor hinzu kamen, sind zwei Hütten nachgewiesen, die zeitlich nacheinander betrieben wurden, die erste von 1683 bis 1700 am heutigen Forsthaus Thiergarten, die zweite von etwa 1700 bis 1730 im Gebiet der noch in der Gegenwart so genannten Glashütter Wiesen (mündl. Mitt. Dr. PALM). Die ca. 50 ha Wiesenfläche sind ihrer Bedeutung nach wahrscheinlich auf die Waldvernichtung im Bereich dieser Hütte zurückzuführen. Der hohe Holzverbrauch dürfte auch der Grund für die zeitliche Aufeinanderfolge und den Wechsel des Standortes gewesen sein. Nach 1730 hat sich vermutlich die Konkurrenz der überlegenen saarländischen Glasindustrie bemerkbar gemacht, die seit 1724 zur Steinkohleverwendung übergegangen war und infolge ihrer dadurch erlangten Überlegenheit eine Fortsetzung des Glashüttenbetriebes im Hunsrück als unrentabel erscheinen ließ.

Beim Glasgewinnungsprozeß diente das Holz einmal als Ausgangsstoff der für die Glaserzeugung erforderlichen Pottasche, wobei wegen seines Kaligehaltes nur Buchenholz in Betracht kam, zum anderen als Brennstoff bei der Glasschmelze, meist in Form von Holzkohle (BOECK, S. 169).

Pottasche wurde ferner im Bereich der Dörfer gebrannt, namentlich in den an die großen Waldgebiete von Soon und Idar angrenzenden Ortschaften. Sie fand vor allem bei der Herstellung von Seife Verwendung, zum anderen hatten ihre Rückstände auch als Düngemittel einen hohen Wert. Am Südrand des Soonwaldes sind zu Anfang des 18. Jahrhunderts 20 Pottaschekessel tätig gewesen (BOECK, S. 169, nach PALM), und es kann als sicher gelten, daß auch in anderen Teilen des Hunsrücks in starkem Maße Pottasche gewonnen wurde. Zum Schutze des Waldes wurde jedoch das private Brennen von Pottasche häufig scharfen Beschränkungen unter-

---

\*) Nachtrag 1962: Die Firma Meier und Weichelt ist inzwischen in Konkurs gegangen. Es besteht jedoch die Möglichkeit, daß nach Aufkauf des Betriebsgeländes und der Werksgebäude durch eine auswärtige Firma die Produktion von Eisenerzeugnissen fortgesetzt wird. Mitt. der Industrie- und Handelskammer Koblenz.

worfen und in manchen Gegenden ganz verboten (vgl. HAMM II, S. 75 f.). — Ebenso wie bei der Köhlerei, der Waldweide und anderen Nutzungsformen ist auch die ehemals große wirtschaftliche Bedeutung der Pottasche noch heute aus mehreren Forstortnamen ersichtlich: Im Soonwald findet man am Forsthaus Wildburg (FA Entenpfuhl) den Platz „Am Pottaschplacken“, im Idarwald den „Pottaschebruch“ (FA Morbach), die „Pottaschschneise“ (FA Morbach und Rhaunen) und den „Aschenbrennerbruch“ (FA Rhaunen).

## 5. Anfänge einer geregelten Forstwirtschaft im 17. und 18. Jahrhundert

Die Intensivierung und Zentralisierung der Forstwirtschaft im 17. und vor allem im 18. Jahrhundert, eine Entwicklung, bei der es sich aus heutiger Sicht freilich nur um erste bescheidene Ansätze handelte, stand in engem Zusammenhang mit der wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung des Waldes für die Landesherren, denen durch die Eisen- und Glasindustrie sowie die etwas später einsetzenden Holzexporte hohe Einnahmen zuflossen. Wie die Entwicklung der Industrie und des Holzhandels durch den Einfluß merkantilistischen Gedankengutes gefördert wurde (LICHTI, S. 1), so sind auch die steigende Wertschätzung des Waldes und die dadurch bedingten Anfänge einer Forstwirtschaft in entscheidender Weise durch den Merkantilismus mitverursacht worden (HABEL 1956, S. 9).

Die ersten Anfänge eines Waldschutzes hatten sich, wie eingangs schon erwähnt, bereits in der Zeit um 1300, in verstärktem Maße nach 1500 herausgebildet, doch standen in dieser frühen Periode meist die Jagdinteressen der Territorialherren im Vordergrund. Das in den Wäldern eingesetzte Forstpersonal hatte in erster Linie bei den Jagden mitzuwirken und die Waldnutzungen der Landbevölkerung von den Jagdgebieten der Landesherren fernzuhalten (MICHEL, F.).

Etwa zu Anfang des 17. Jahrhunderts begann man jedoch auch auf Seiten der Landesherren den Wald als einen bedeutsamen Wirtschaftsfaktor zu erkennen (EDELMAUN, S. 50 ff., vgl. EBELING, S. 13 ff.). In diese Zeit fallen auch die ersten Aufforstungsmaßnahmen. In einer Verordnung des Kurfürsten von Trier aus dem Jahre 1613 finden sich bereits Anweisungen zur Aufforstung zerstörter Waldflächen (MICHEL). Zunächst handelte es sich meist um das Ausstecken von Eichensaat, das den Waldberechtigten zur Pflicht auferlegt wurde (BOECK, S. 126; UHLIC, S. 189). Wenn auch die Erneuerung des Waldes durch menschliche Maßnahmen zuerst nur langsam und zögernd erfolgte und mit der fortschreitenden Waldvernichtung bei weitem nicht Schritt halten konnte, so sind dennoch in dieser Zeit die ersten Anfänge eines Waldbaues zu erblicken (BOECK, S. 126). Gleichzeitig führte die zunehmende Wertschätzung des Waldes durch die Landesherren zu einer stärkeren Zentralisierung der gesamten forstlichen Organisation. Während man bisher vor allem darum bemüht gewesen war, die Rechte der Gemeinden abzugrenzen und lokal zu beschränken, ging man jetzt zur direkten Aufsicht in den Gemeindewäldern über; ferner wurden auch die kleineren grundherrlichen Waldungen der landesherrlichen Aufsicht unterstellt. Im Kurfürstentum Trier erfolgte dieser Übergang zu Beginn des

17. Jahrhunderts (EDELMAUNN, S. 50), in der Kurpfalz 1658 (BOECK, S. 100)<sup>7)</sup>. Die Wirtschaftsführung in den Wäldern der Gemeinden, die bisher in den einzelnen Weistümern selbständig festgelegt worden war, wurde nun durch kurfürstliche Verordnungen geregelt. Durch den Kurfürsten eingesetzte Förster unterzogen die Nutzungen einer schärferen Kontrolle; Bauholz- und auch Brennholzentnahme wurden mengenmäßig festgelegt; Waldweide, Holzeinschlag und Streunutzung konnten nur noch an bestimmten „Waldtagen“ erfolgen. Die Zahl der Nutzungsberechtigten wurde auf diejenigen begrenzt, die einen eigenen Haushalt führten; die Nutzung konnte nur noch gegen einen, wenn auch geringen, Waldzins erfolgen, der meist in Form von Hafer zu entrichten war. Gleichzeitig erfuhr auch das Forststrafrecht eine schärfere Ausbildung (EDELMAUNN, S. 50 f.).

Die trotz dieser Entwicklungen ständig weitergehende Devastierung ganzer Waldgebiete, verursacht vor allem durch die seit Ende des 17. Jahrhunderts zu voller Blüte gelangte Eisenindustrie, zwang in der folgenden Zeit zu einer noch weitergehenden Intensivierung des Forstwesens, eine Entwicklung, die im Verlaufe des 18. Jahrhunderts zum Erlaß umfassender Forstordnungen in fast allen Teilen Westdeutschlands führte. Die erste vollständige Forstgesetzgebung erfolgte im Jahre 1720 im Kurfürstentum Trier (MICHEL); in den östlichen, zu Kurpfalz gehörigen Teilen des Untersuchungsgebietes setzte eine schärfer geregelte Forstwirtschaft etwa um 1780 ein (BOECK, S. 125)<sup>8)</sup>.

Die kurtrierische Forstordnung von 1720 betraf in gleicher Weise alle Waldbesitzer; die gemeindlichen und privaten Wälder wurden denen der Landesherren im Rahmen der Bestimmungen rechtlich gleichgesetzt. In 101 Paragraphen finden sich u. a. Anweisungen über die Durchführung von Waldbeschreibungen, über den Einsatz sachkundiger, vom Kurfürsten ernannter Förster, über Genehmigungen und Durchführung des Holzeinschlages, ferner Anordnungen über Jagd und Fischerei und vor allem über die Aufforstung von Ödlandflächen, wobei auch bereits die Anpflanzung von Nadelholz, vor allem von Kiefern empfohlen wird, ein Versuch, der jedoch wegen des Widerstandes der Bauern, die vor allem an der Erhaltung der Waldweide interessiert waren, zunächst nur geringen Erfolg hatte (HABEL 1956, S. 9; MICHEL).

In den östlichen, kurpfälzischen Gebieten zeigt sich ebenfalls im Laufe des 18. Jahrhunderts eine weitere Intensivierung der Forstwirtschaft. Zu erwähnen ist zunächst die Gründung der sogenannten Waldhütten im Innern und an den Rändern des Soonwaldes durch die kurpfälzische Regierung (BOECK, S. 81 ff.). Die Gründung erfolgte einmal, um dem Bevölke-

---

<sup>7)</sup> Innerhalb des Untersuchungsgebietes gehörten zum Erzbistum Trier (Kurtrier) der ganze westliche Teil und von der nordöstlichen Hochfläche ein breiter Streifen entlang der Mosel, zu Kurpfalz die südlich anschließenden Teile der Hochfläche und das Gebiet des Soonwaldes.

<sup>8)</sup> Dem Kurfürstentum Trier folgten in den benachbarten Gebieten 1732 Jülich-Kleve-Berg, 1744 Kurmainz und 1759 Kurköln (RITGEN). Im Binger Stadtwald, zu Kurpfalz gehörig, ging man auf eigene Initiative schon um 1770 zu einer intensiven Forstwirtschaft über (UHLIG, S. 189).

rungsüberschuß der Gegend abzuhelpen, zum anderen aber auch, um die Holzwirtschaft in den inneren Teilen des Soonwaldes, vor allem in der weiteren Umgebung der holzverbrauchenden Eisenhütten, zu beleben. Die Waldhüttenbesitzer waren meist Köhler und Holzhauer, die die Gebäude und Einrichtungen sowie das umgebende Rodungsland teils zur Pacht, teils als Eigentum erhielten. Im Zusammenhang mit der Gründung der Waldhütten erfolgte auch die Errichtung der ersten Forsthäuser im und am Soonwald; die Mehrzahl der heute vorhandenen 25 Förstersitze stammt jedoch aus der preußischen Zeit. Die meisten Waldhütten, — 1856 waren es noch 22 —, sind im 19. und 20. Jahrhundert wieder eingegangen. Erhalten geblieben sind vor allem einige Höfe am Südrand des Soonwaldes, in den inneren Teilen nur diejenigen, die gleichzeitig Sitz einer Försterei wurden oder in Nähe einer Försterei lagen: die heutigen Forsthäuser Thiergarten, Reichenbacherhof und Wildburg sowie die Trifthütte am Forsthaus Alteburg.

Die Mehrzahl der Forstverordnungen durch die kurpfälzische Regierung stammt jedoch aus der Zeit um 1780. Die Verordnungen betrafen u. a. Vermessung und Waldeinrichtung, Aufforstung verödeter Flächen und Entwässerung der versumpften Teile des Soonwaldes (BOECK, S. 125). 1786 führte man im Soonwald den ersten Kiefernsaatenversuch durch, von dem die noch heute vorhandenen Kiefern am Forsthaus Entenpfuhl herühren sollen (UHLIG, S. 55). Drei Jahre später, 1789, pflanzte man im Soonwald die ersten Fichten; die Samen hatte man unter großen Mühen aus dem Bayrischen Wald herangeschafft. Einige dieser Fichten sind noch heute in den Distrikten 126 und 133 des Forstamtes Neupfalz erhalten (BOECK, S. 125). — Es zeigt sich, daß sowohl in Kurtrier wie in Kurpfalz die ersten Anfänge der Nadelholzaufforstung schon lange vor Beginn der preußischen Zeit erfolgten. Die Verbreitung der Nadelhölzer war im 18. Jahrhundert allerdings noch sehr gering, was zu einem wesentlichen Teil in der gegenüber heute sehr unterschiedlichen Bedeutung begründet lag, die man dem Nadelholz im Rahmen des Waldbaues beimaß. Wie überhaupt der Gedanke der Produktivitätsförderung in der Forstwirtschaft noch weitgehend fehlte und sich in diesem Punkte die Forstordnungen des 18. Jahrhunderts von den heutigen Forstgesetzen grundlegend unterschieden, — man war trotz aller beschriebenen Wandlungen letztlich noch immer vornehmlich auf die Erhaltung des Waldes bedacht (TERWEY) —, so waren auch bei den ersten Nadelholzanpflanzungen wirtschaftliche Gesichtspunkte von untergeordneter Bedeutung. Vor allem sollten mit Nadelholz die Böden bepflanzt werden, die wegen ihrer schlechten Qualität dem Laubholz nicht zuträglich waren (HABEL 1956, S. 13). Die Fichtenanpflanzungen im Soonwald erfolgten zunächst in den sumpfigen, wenig ertragreichen Gebieten zwischen den Härtlingszügen, später dann auch in anderen Teilen, wo die Fichte im dort vorhandenen Mittelwald die Stelle des Schlagholzes (Brennholzes) einnehmen, bodenverbessernd wirken und nach kurzem Umtrieb wieder verschwinden sollte. Die einfache Anbauweise der Fichte und ihre ständig wachsende wirtschaftliche Bedeutung führte dann jedoch in den folgenden Jahren und Jahrzehnten zu einem ständig zunehmenden Fichtenanbau (BOECK, S. 125 f.).

Kennzeichnend für die Entwicklung im 17. und 18. Jahrhundert ist die Tatsache, daß trotz der Herausbildung des Forstwesens die Waldzerstörung durch die Eisen- und Glashütten zunächst fast ungehindert weiterging. Das Streben der Landesherren nach Erhaltung des Waldes einerseits und die Förderung des Gewerbes andererseits ließen sich schwerlich miteinander in Einklang bringen. Zunächst behielt das Gewinnstreben und somit die Förderung der Hüttenindustrie die Oberhand; von den Beschränkungen der Waldnutzung wurde in dieser Zeit lediglich die einheimische Bevölkerung betroffen. Erst mit fortschreitender Vernichtung des Waldes wurde schließlich das Bedürfnis nach seiner Erhaltung so dringend, daß man auch bei der Köhlerei zur Mengenanweisung des Holzes überging und so der schädigenden Wirkung der Industrie vorläufig Einhalt gebot.

## **6. Die Waldverwüstungen während der französischen Besatzungsperiode von 1794 bis 1814**

Die relativ kurze Zeit unter französischer Herrschaft ist für die Geschichte des Waldes insofern besonders bedeutsam, als in diesen Jahren, namentlich während der ersten, republikanischen Phase, im Hunsrück wie auch in den anderen westdeutschen Mittelgebirgen die im Verhältnis zum Zeitraum wohl größte Waldvernichtung aller Zeiten stattgefunden hat (LAMPRECHT I 1886, S. 90)<sup>9)</sup>.

Mit dem Einmarsch der französischen Truppen 1794 wurden die bis zu dieser Zeit geltenden Forstordnungen außer Kraft gesetzt; an ihre Stelle trat eine veraltete, den westdeutschen Verhältnissen nicht entsprechende französische Forstordnung aus dem Jahre 1669 (RITGEN). Die seit dem 17. Jahrhundert bestehende Aufsicht in den Gemeindewäldern wurde aufgehoben, was eine starke Ausplünderung dieser Waldungen durch die einheimische Bevölkerung zur Folge hatte. Weitere Eingriffe in den Gemeindewald ergaben sich einmal aus der Tatsache, daß man den Gemeinden hohe Kontributionen auferlegt hatte, die zum großen Teil nur aus dem Erlös des eingeschlagenen Holzes gedeckt werden konnten, zum anderen waren die Gemeinden auch zu direkten Holzabgaben verpflichtet. — Gleichzeitig wurden die Wälder der Landesherren und kleineren Grundherren enteignet und in französischen Staatsbesitz überführt. Wegen der zunächst mangelnden Kontrolle setzte auch hier eine rücksichtslose Ausbeutung durch die Bevölkerung ein, zu der noch die hohen Einschläge der französischen Armee hinzukamen. Noch empfindlicher als die Holzentnahmen für den Eigenbedarf der französischen Truppen machten sich jedoch die in diesen Jahren besonders hohen Einschläge für den Holzexport nach Holland bemerkbar, die in gleicher Weise die Dominal- wie auch die Gemeindewälder betrafen (MICHEL; EDELMANN, S. 103 f.). — Als weitere Ursache der Waldvernichtung kam der gewaltige Holzverbrauch der Eisenindustrie hinzu, die vor allem die französische Armee mit Waffen zu versorgen hatte (NEUHOFF, S. 15; vgl. BÖMMELS) und unter dem Schutz

---

<sup>9)</sup> Nur in den ersten Jahren nach 1945 dürfte das Ausmaß der Zerstörungen evtl. ähnlich gewesen sein.

der nach 1806 einsetzenden Kontinentalsperre ihre letzte „Treibhausblüte“ (RITGEN) erlebte.

In der napoleonischen Zeit trat, obwohl die Zerstörung des Waldes namentlich durch die Eisenindustrie weiterging, infolge einer strafferen Regelung des Forstwesens eine gewisse Besserung der Verhältnisse ein. Die staatliche Aufsicht in den Gemeindewäldern wurde wieder eingeführt, und auch in den Dominalwäldern trat eine geregelte Waldwirtschaft an die Stelle der bisher weitgehend planlosen Ausbeutung. Die Waldweide, die in den vorangegangenen Jahren an Verbreitung stark zugenommen hatte, wurde eingeschränkt und teilweise verboten (HABEL 1956, S. 49; EDELMANN, S. 105), der regellose Holzeinschlag in Form des Plenterbetriebes unterbunden und durch eine geordnete Mittelwaldwirtschaft ersetzt. Stellenweise ging man auch bereits zur Umwandlung in Hochwald über (MICHEL).

### 7. Der Zustand der Wälder zu Beginn des 19. Jahrhunderts

Die Zeit gegen Ende der französischen und zu Beginn der preußischen Verwaltungsperiode stellt einen Wendepunkt in der Entwicklungsgeschichte des Hunsrückes dar: Trotz zahlreicher forstlicher Gegenmaßnahmen war die Waldvernichtung bis zu diesem Zeitpunkt ständig weitergegangen und hatte zu Ende der französischen Zeit ihren absoluten Höhepunkt erreicht; erst unter preußischer Verwaltung setzte dann im Laufe des 19. Jahrhunderts allmählich eine entgegengesetzte Entwicklung ein.

Der Wald im Hunsrück dürfte sich, ebenso wie in anderen Teilen des Rheinischen Schiefergebirges, in den ersten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts in einem heute nur schwer vorstellbaren Zustande befunden haben. J. N. SCHWERZ berichtet noch 1831 in einer Beschreibung der Umgebung von Trier, die unter den Einschlügen der französischen Zeit besonders stark gelitten hatte, die meisten Höhen seien „von Holz entblößt, daher ohne Schmuck, ohne Schutz und ohne Nutzen“. (J. N. SCHWERZ 1931, S. 27). Vielfach war der Wald ganz verschwunden, seine ehemaligen Standorte waren von Heide- und Ödländern eingenommen<sup>10)</sup>, die meist als kümmerliche Viehweide, in geringerem Maße auch als Schiffelland genutzt wurden<sup>11)</sup>. Eine anschauliche, wenn auch vielleicht ein wenig übertriebene Schilderung dieser verheideten, ehemals meist waldbedeckten Gebiete gibt O. BECK in einer Beschreibung der nördlich des Idarwaldes gelegenen Hochgerichtsheide vor der Aufforstung durch die preußischen Forstbehörden: „... und erinnerte jene Landschaft mit ihrer Einförmigkeit und Stille lebhaft an die ödesten Theile der schottischen Hochlande. Feuchtkalte Nebel entstiegen jahraus, jahrein dem verheideten Boden und lagerten, eine Pflanzenpest, auf diesen Höhen oft wochenlang.“ (O. BECK II,

---

<sup>10)</sup> Die großen Ödlandflächen zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren zum großen Teil aus ehemaligem Wald hervorgegangen (vgl. PAFFEN 1940).

<sup>11)</sup> Die Schiffelwirtschaft hatte im Hunsrück geringere Bedeutung als beispielsweise in der Eifel (LAMPRECHT I, 1, S. 88).

S. 107). Die große Ausdehnung der Ödländereien zeigt deutlich die Kuphalsche Karte (Lit. 171). In den westlichen Teilen hatte das Ödland, bedingt durch klimatische Ungunst infolge der größeren Höhenlage und der höheren Niederschläge einerseits, zum anderen durch die hier besonders starken Holzeinschläge in der französischen Zeit die größte Verbreitung. Im Bereich der nordöstlichen Hochfläche blieb es dagegen meist auf kleinere Flächen beschränkt <sup>12)</sup>.

Neben der völligen Verheidung weiter Gebiete waren große Teile der Wälder, vor allem in Nähe der Ortschaften, im Laufe der Jahrhunderte so weit degradiert worden, daß ihr Zustand von dem der Heide nicht mehr weit entfernt war. Die Grenzen zwischen Wald und Heide waren unscharf, eine physiognomische Unterscheidung war ebensowenig wie eine funktionelle Trennung eindeutig möglich (WIEGELMANN, S. 29; Hunsrückkalender 1955, S. 77; vgl. PFAFFEN, S. 25) <sup>13)</sup>. Die besonders starke Beeinträchtigung des Waldbildes in Nähe der Ortschaften und die teilweise Umwandlung in reines Ödland war in erster Linie verursacht durch den schädigenden Einfluß der Nutzungen durch die Landbevölkerung. Aber auch im Innern der großen, zusammenhängenden Waldgebiete waren, bedingt durch den Köhlereibedarf der Hüttenindustrie, große Teile des ehemaligen Laubhochwaldes in armseligen Nieder- und Mittelwald verwandelt worden. Die hohen Holzeinschläge während der französischen Besatzungszeit hatten dem Wald weitere Wunden zugefügt und neben der Ödlandbildung auch die Verbreitung der Niederwälder gefördert.

Waren also einerseits große Waldgebiete sowohl in ihrer äußeren Erscheinung wie auch hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Ergiebigkeit im Laufe der Zeit stark in Mitleidenschaft gezogen und teilweise sogar völlig vernichtet worden, so darf andererseits nicht übersehen werden, daß daneben in den Teilen der Wälder, die sowohl von den Dörfern wie auch von den Eisen- und Glashütten weiter entfernt lagen, große Gebiete noch bis ins 19. Jahrhundert hinein von menschlichen Eingriffen fast unberührt geblieben waren. So sind u. a. weite Teile im Innern des Soonwaldes noch zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts fast reiner Urwald gewesen (БОЕЦК, S. 123 f.).

## **8. Die Entwicklung von 1814 bis zur Gegenwart**

### *a) Allgemeine Entwicklungstendenzen*

Die unter Napoleon vorgenommene, in vielen Punkten vorbildliche Organisation des Forstwesens wurde in ihren wesentlichen Zügen in der preußischen Zeit beibehalten. Auch hinsichtlich der Besitzverhältnisse ergaben sich keine prinzipiellen Änderungen, da die in französischer Zeit enteigneten landesherrlichen und kleinstaatlichen Wälder nach 1814 im Besitz des Staates verblieben. Dem Staatswald zugeschlagen wurden noch

---

<sup>12)</sup> Im engen Zusammenhang mit der großen Ödlandverbreitung stand die Bedeutung der Schafhaltung, die in dieser Zeit ihren Höhepunkt hatte (LAMPRECHT I, 1, S. 90; vgl. PFAFFEN S. 174 u. 202).

<sup>13)</sup> Somit dürften auch die in der Kuphalschen Karte vorgenommenen Abgrenzungen teilweise ungenau sein.

einige Waldgebiete der im Jahre 1804 enteigneten geistlichen Grundherrschaften, im Hunsrück vor allem der ehemals zum Kloster Kumbd gehörige „Klosterwald“ nördlich von Simmern (HABEL-RAUSCH). In den Gemeindewäldern wurde 1816 die gegenüber der „staatlichen Beförderung“ lockere Form der „technischen Betriebsaufsicht“ eingeführt. Die Wirtschaftsführung in den Privatwäldern blieb weitgehend frei.

Während das Forstpersonal in kurfürstlicher Zeit noch keinen eigenen Berufszweig im engeren Sinne darstellte, sondern lediglich „sachkundig“ zu sein hatte, wurde von nun an, mit der Entwicklung einer selbständigen Forstwissenschaft, für die forstliche Laufbahn eine spezielle Berufsausbildung erforderlich, was eine wesentliche Erhöhung des beruflichen Bildungsniveaus der Bediensteten zur Folge hatte. — Die Intensivierung des Waldbaues brachte im Laufe des 19. Jahrhunderts ferner die Herausbildung eines eigenen Waldarbeiterstandes mit sich. Zunächst handelte es sich meist nur um saisonal während des winterlichen Holzeinschlages Beschäftigte, später, mit zunehmender Bedeutung der sommerlichen Kulturarbeiten, ging man auch zur Anstellung ständig beschäftigter Waldarbeiter über (HABEL 1956, S. 58).

Der Hauptaufschwung der Waldwirtschaft begann um 1850, begünstigt durch den wachsenden Holzbedarf der Industrie- und Bergbauggebiete vor allem an Grubenholz, sowie durch den hohen Bedarf an Schwellen für den Eisenbahnbau. Seit dieser Zeit stand die Nutzholzproduktion im Vordergrund der forstlichen Maßnahmen und bedingte vor allem die ständig zunehmende Bedeutung der Nadelholzkulturen. Die Nieder- und Mittelwälder wurden meist in Nadelhochwälder umgewandelt, große Ödlandgebiete ebenfalls mit Fichten und Kiefern aufgeforstet. Nur die zu Beginn der preußischen Zeit noch in gutem Zustand befindlichen Laubhochwälder, innerhalb des Untersuchungsbereichs z. B. größere Gebiete in Soonwald und Lützelsohn, sind zum überwiegenden Teil bis zur Gegenwart als Laubwald erhalten geblieben. Auch in diesen Teilen hat jedoch durch waldbauliche Maßnahmen eine nicht unbeträchtliche Veränderung des ursprünglichen Waldbildes stattgefunden.

Eine weitere Intensivierung der Forstwirtschaft und die von nun an in noch stärkerem Maße angestrebte Erzeugung von Nutzholz wurde bedingt durch die um 1900 im Hunsrück selbst erfolgenden Eisenbahnbauten, die u. a. auch die Gründung der ersten größeren lokalen Sägewerke in Ellern und Morbach zur Folge hatten.

Wie stark unter preußischer Verwaltung der wirtschaftliche Wert des Waldes gehoben worden ist, läßt sich u. a. aus der Tatsache ersehen, daß im Durchschnitt des Regierungsbezirkes Trier von 1818 bis 1910 die Holzträge um etwa das Zwölfwache gestiegen sind (HARTMANN, S. 118).

#### *b) Die Maßnahmen im einzelnen*

Zu den wichtigsten Maßnahmen der preußischen Forstverwaltung im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert gehörten die schon erwähnten Aufforstungen von Ödlandflächen<sup>14)</sup>, die Umwandlung von Niederwald und

---

<sup>14)</sup> Ein Teil des Ödlandes wurde auch in Ackerland umgewandelt.

Mittelwald in Hochwald, die Ausbreitung der Nadelholzkulturen, die Ablösung von Nutzungsrechten der Gemeinden im Statswald und die Beseitigung der schädlichen Nebennutzungen in den Gemeindewäldern.

Die in kaum mehr als 100 Jahren vollzogene Umwandlung eines fast reinen Laubwaldgebietes in einen mehr als zur Hälfte mit Nadelholz bestandenen Wirtschaftswald ist zu einem wesentlichen Teil zu erklären aus der starken Waldvernichtung früherer Jahrhunderte. Die Nadelwälder sind heute vorwiegend auf den Flächen anzutreffen, die ursprünglich von Nieder- und Mittelwald oder Ödland eingenommen wurden<sup>15)</sup>, so daß die früheren Waldnutzungen durch die Bevölkerung sowie die Köhlerei im Bereich der Eisenwerke indirekt Voraussetzungen geschaffen haben für die heutige Nadelholzverbreitung (W. HABEL o. J., Lit. 43)<sup>16)</sup>.

Die Umwandlung in Nadelwald ging zunächst noch relativ langsam vor sich; noch um die Mitte des Jahrhunderts machte z. B. im Regierungsbezirk Koblenz das Nadelholz nur etwa 6 Prozent der Waldfläche aus (PAFFEN, S. 229). Im engeren Hunsrückbereich dürfte der Anteil um diese Zeit allerdings bereits etwas höher gelegen haben (vgl. Tabellen S. 42). Bis etwa 1850 wurden vorwiegend Kiefern angepflanzt, die sich jedoch wenig bewährten und in der Folgezeit durch die von nun an rasch an Verbreitung zunehmende Fichte abgelöst wurden. In die Mitte des Jahrhunderts fällt, bedingt durch die wachsende wirtschaftliche Bedeutung des Fichtenholzes und durch die andererseits noch fehlenden waldbaulichen Erfahrungen, der Übergang zur Fichten-Monokultur (BOECK, S. 128 f.), einem Anbausystem, das noch heute weithin das Waldbild beherrscht und erst in jüngerer Zeit gegenüber dem Mischwald im Zurückweichen begriffen ist.

Die Nadelholzaufforstungen fanden zunächst vorwiegend in den Staatswäldern statt; die Gemeinden setzten der Anpflanzung des „Preußenbaumes“ lange einen heftigen Widerstand entgegen, da man einmal bei einer Umstellung auf Nadelholzkultur auf die gewohnten Waldnutzungen verzichten mußte, zum anderen da die Anpflanzung junger Bestände überhaupt auf längere Zeit keinerlei wirtschaftlichen Erfolg abwerfen konnte und darüber hinaus noch mit hohen Unkosten verbunden war. Wie in anderen Gegenden der preußischen Rheinprovinz nahm auch im Hunsrück der Kampf der Bauern gegen das Nadelholz teilweise recht drastische Formen an. Aus Simmern ist z. B. bekannt, daß in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts durch die Gemeindevorsteher Kiefern Samen in den Backofen gesteckt wurden, um ihnen auf diese Weise die Keimkraft zu nehmen. In späteren Jahren ereignete es sich unter anderem, ebenfalls in der Gegend von Simmern, daß bewaffnete Bauern die gerade mit der Nadelholzanpflanzung beschäftigten Kulturarbeiter aus dem Walde verjagten (HABEL, 1956). Verschiedentlich mußten die Pflanzarbeiten auch

---

<sup>15)</sup> Nach einer Schätzung waren im Jahre 1835 von 426 087 Morgen Gemeindevald im Regierungsbezirk Trier 226 757 Morgen Hochwald zuzüglich 1 803 Morgen Mittelwald und 106 854 Morgen Niederwald (O. BECK II, S. 32).

<sup>16)</sup> Auch die großen Kahlschläge der jüngeren Vergangenheit haben die heutigen Standorte der Nadelholzkulturen mitbeeinflußt.

unter Militärschutz vorgenommen werden. — Eines der bedeutendsten Ödlandaufforstungsprojekte war die 1849 begonnene Umwandlung der Hochgerichtsheide und der anschließenden Stumpfenurmer Höhe nördlich des Idarwaldes. Trotz günstiger Bedingungen durch die preußische Regierung und trotz des nur sehr geringen Wertes dieser Ödlandflächen waren die Gemeinden nur unter Aufwand großer Mühe zur Durchführung dieses Planes zu bewegen. Heute verdanken u. a. die Gemeinden Fronhofen, Kleinich, Oberkleinich, Horbruch, Wederath und Hundheim einen großen Teil ihrer Einnahmen ihrem Waldbesitz in diesem Gebiet. — Erst als die Erfolge in den Staatswäldern sichtbar wurden und man die Nebennutzungen in den Gemeindewäldern durch staatliche Verfügungen ohnehin stark eingengt hatte, ging man in zunehmendem Maße auch von Seiten der Gemeinden zur Nadelholzkultur über. Das Maximum der Nadelholzwandlungen lag im Gemeindewald etwa in den Jahren vor und nach der Jahrhundertwende.

Nachstehend einige Tabellen, die die Entwicklung der Holzarten in einzelnen Forstämtern wiedergeben (in %) <sup>17)</sup>:

#### 1. Forstamt Neupfalz

	1856	1892	1909	1925	1941
Eiche	3	18	13	14	16
Buche	67	54	41	44	38
Fichte	8	30	37	38	40
Laubweichhölzer	21	8	3	2	3
Andere Nadelhölzer	—	—	4	2	3

#### 2. Forstamt Entenpfehl

	1854	1893	1910	1921	1946
Eiche	6	11,3	12	10,3	16,7
Buche	62	53,9	47,3	46,3	38,4
Fichte	13	33	39	41	41,2
Laubweichhölzer	19	1,8	1,6	1,5	1,7
Kiefer u. a. Nadelhölzer	—	—	—	0,9	2

#### 3. Forstamt Rhaunen, Gemeindewald

	1839	1872	1899	1919	1949
Eiche	7	7	10	11	8
Buche	61	44	33	29	20
Nadelholz	21	40	51	56	67
Laubweichhölzer	11	9	6	4	5

Der Anteil von 21 % Nadelholz im Jahre 1839 im FA Rhaunen ist, vor allem für ein Gemeindewaldgebiet, auffallend hoch; in anderen Gegenden dürfte der Nadelholzanteil zu dieser Zeit noch erheblich niedriger gelegen haben, wofür auch die Zahl der FA Neupfalz und Entenpfehl sprechen.

<sup>17)</sup> FA Neupfalz und Entenpfehl nach UHLIG, S. 188 ff.; FA Rhaunen nach Unterlagen der Forstverwaltung.

Mitbedingend für die im FA Rhaunen schon früh einsetzenden Nadelholz-  
anpflanzungen dürfte der besonders hohe Grad der Zerstörung der Wälder  
durch die Eisenindustrie dieses Gebietes gewesen sein. Andererseits zeigt  
sich im Gemeindewald des FA Rhaunen eine Zunahme des Nadelholzes  
bis in die Gegenwart hinein, während in den überwiegend aus Staatswald  
bestehenden FÄ Neupfalz und Entenpfuhl das Nadelholz schon um 1910  
annähernd seinen heutigen Anteil erreicht hatte. — Auffallend ist der  
starke Rückgang der Laubweichhölzer, die, ebenso wie die Buche, vor  
allem der Fichte weichen mußten und erst in neuester Zeit wieder eine  
leichte Zunahme zu verzeichnen haben. Das starke Wachstum des Eichen-  
anteils in Neupfalz und Entenpfuhl zwischen 1856 und 1892 bzw. 1854 und  
1893 dürfte vor allem mit dem starken Aufkommen der Eichenlohwirt-  
schaft in dieser Zeit in Zusammenhang stehen; es gehören zu diesen FÄ  
auch größere Gebiete südlich des Soonwaldes, in denen die Lohewirtschaft  
eine große Bedeutung hatte.

Die Intensivierung des gesamten Forstwesens um die Mitte des 19. Jahr-  
hunderts und die seit dieser Zeit im Vordergrund des staatlichen Inter-  
esses stehende Nutzholzproduktion führte zu einer starken Beschränkung  
der Rechte der Gemeinden sowohl im Staatswald wie auch im Gemein-  
wald. Zahlreiche Gemeinden hatten bis zu dieser Zeit noch Weide-, Streu-  
und Holzberechtigungen in den Staatswäldern, die sich gegenüber den  
geplanten forstlichen Maßnahmen als stark hinderlich erwiesen. In den  
Staatsforsten des Soonwaldes begann man mit der Ablösung im Jahre  
1854. Bis 1884 hatte man die Berechtigungen für Bauholz, Leseholz (Brenn-  
holz) und vor allem auch für die besonders schädliche Streunutzung beseitigt.  
Einige Mast- und Weideberechtigungen bestanden noch bis zum Jahre  
1910 (BOECK, S. 97). Die Ablösung der Rechte erfolgte meist gegen einmalige  
oder laufende Geldentschädigung, in seltenen Fällen auch gegen Land-  
abtretungen (BOECK, S. 97; TERWEY; HARTMANN, S. 117 ff.).

Auch in den Gemeindewäldern begann man um die Mitte des Jahr-  
hunderts eine schärfere Kontrolle auszuüben und die Rechte der einzelnen  
Gemeindebewohner immer stärker einzuengen. Die Notwendigkeit der  
Waldweide war aufgrund zahlreicher Verbesserungen auf dem Gebiete  
des Feldbaues, der Grünlandkultur und der Viehzucht ohnehin weniger  
dringend geworden, so daß ihre endgültige Beseitigung meist noch relativ  
leicht möglich war; die Streunutzung dagegen konnte nur unter heftigen  
Kämpfen auf ein für den Waldbau erträgliches Mindestmaß beschränkt  
werden. Auch die Bauholzberechtigungen wurden weitgehend abgeschafft;  
Brennholzberechtigungen dagegen haben sich, meist in Verbindung mit  
der Frondearbeit, in einer größeren Anzahl von Gemeinden bis in die  
Gegenwart hinein halten können.

Ein typisches Wesensmerkmal der Entwicklungsgeschichte des Waldes  
im 19. Jahrhundert ist die durch die Intensivierung der Forstwirtschaft  
bedingte Lockerung der jahrhundertealten, meist schon seit Beginn der  
menschlichen Besiedlung bestehenden engen funktionalen Bindungen zwi-  
schen Wald- und Landwirtschaft. Neue, indirekte Beziehungen traten an  
ihre Stelle, vor allem durch die in zunehmendem Maße sich ergebenden  
Arbeitsmöglichkeiten im Wald, die für viele Landwirte, namentlich wä-

rend der winterlichen Arbeitspause, einen wertvollen Nebenverdienst bedeuteten und sich auf diese Weise letztlich auch zugunsten des landwirtschaftlichen Betriebes auswirkten. Daneben war durch die wachsenden Gelderträge aus den Gemeindewäldern vielfach eine steuerliche Entlastung der Landwirtschaft möglich geworden.

### c) Die Eichenlohwirtschaft

Die Nutzung der Eichenrinde für die Gerberei und die damit verbundene große Ausbreitung der Eichenschälwälder stellt ein wichtiges Kapitel in der Waldgeschichte des 19. Jahrhunderts dar. Es soll jedoch an dieser Stelle nur eine kurze Behandlung erfolgen, da diese Wirtschaftsform bereits in zahlreichen Abhandlungen eingehend geschildert worden ist (SCHMITHÜSEN 1934, MÜLLER-WILLE 1938 u. a.) und im Vergleich zu anderen Gebieten im Hunsrück relativ geringe Bedeutung hatte<sup>18)</sup>.

Die Eichenlohwirtschaft wurde in bescheidenem Umfange schon seit dem frühen Mittelalter betrieben (LAMPRECHT II, S. 326 ff.), der Hauptaufschwung erfolgte jedoch erst im 19. Jahrhundert, vor allem in der zweiten Hälfte, und fiel somit zeitlich etwa mit dem Niedergang der alten Eisenindustrie und Köhlerei zusammen. Der Grund für den Aufschwung lag vor allem in dem stark steigenden Lederbedarf des Militärs und der Industrie (BOECK, S. 146 f.). Die Ausdehnung des Schälwaldbetriebes im 19. Jahrhundert wurde auch von Seiten der Regierung durch zahlreiche Maßnahmen gefördert (DINTELMANN).

Der Schwerpunkt der Lohwirtschaft lag randlich des Hunsrücks in den Talgebieten von Mosel, Nahe und Rhein, doch wurde sie auch im Hunsrück selbst betrieben, vor allem im Gebiet von Kellenbach und Hahnenbach sowie in den kleinen, zur Mosel gerichteten Tälern, hier wiederum besonders stark im westlichen Teil im Bereich des Dhronbaches, wo sich eine größere Anzahl der im Regierungsbezirk Trier weit verbreiteten Gehöferschaften befand, die in besonders starkem Maße auf die Gewinnung von Eichenlohe eingestellt waren<sup>19)</sup>. — Vielfach entwickelte sich die Lohwirtschaft in den Teilen, wo durch die Rottwirtschaft bereits große Eichen-niederwaldflächen vorhanden waren; daneben erfuhr der Niederwald aber auch noch eine weitere räumliche Ausdehnung. Teilweise wurden Mischwaldbestände in reine Eichenbestände umgewandelt.

Die größeren Gerbereien lagen vorwiegend außerhalb des Hunsrücks in den großen Flußtälern (vgl. SCHMITHÜSEN 1934, S. 21), im Hunsrück selbst hielt sich die Bedeutung des Gerbereigewerbes nur in bescheidenem Rahmen.

---

<sup>18)</sup> Bei der Eichenlohwirtschaft wird der Niederwald (Eichenschälwald) nach etwa 15—20 Jahren gerodet; die gerodete Fläche wird ein oder mehrere Jahre ackerbaulich genutzt und anschließend wieder vom Niederwald eingenommen. Die Besonderheit der Lohwirtschaft liegt darin, daß die gefällten Eichen (mitunter auch andere Holzarten) geschält und die Rinden für Gerbereizwecke genutzt werden.

<sup>19)</sup> Gehöferschaften: Wald- und landbauliche Genossenschaften. Im Gebiet des Dhronbaches gibt es heute noch vier Gehöferschaften.

Der Schälwaldbetrieb wurde am stärksten in den Gemeindewäldern ausgeübt; in den Staatswäldern, die an den mit Niederwald bedeckten Talhängen nur wenig Anteil hatten, war seine Bedeutung nur gering.

Das Maximum der Eichenlohepreise lag in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts (Boeck, S. 147); die flächenhafte Verbreitung der Schälwälder nahm jedoch auch in der Folgezeit noch zu und erreichte erst um 1893 ihr Maximum. Die Einfuhr von Quebrachoholz und Hamlock-Leder nach 1890 bereitete der Lohewirtschaft ein schnelles Ende. Während der beiden Weltkriege lebte sie kurzfristig wieder auf, konnte ansonsten aber im Verlaufe dieses Jahrhunderts keine größere Bedeutung mehr erlangen. Einzelne spezielle Lederarten werden nach wie vor auf Eichenlohe angewiesen sein, so daß mit einem völligen Verschwinden dieser Wirtschaftsform vorläufig nicht zu rechnen ist. Innerhalb des Untersuchungsgebietes gibt es heute keinen Eichenschälwald mehr, die vorhandenen Niederwälder haben lediglich noch Wert für die Brennholzgewinnung; nur in den angrenzenden Talgebieten ist die Loheerzeugung noch stellenweise anzutreffen.

Die meisten der ursprünglich auf Lohe basierenden Gerbereien sind eingegangen; einige konnten sich auf ausländische Gerbstoffe umstellen, im Hunsrück z. B. ein kleinerer industrieller Betrieb in Morbach. An der Nahe, vor allem in Kirn, haben sich aus einigen alten Gerbereien moderne Großbetriebe entwickelt, heute kaum noch an die natürlichen Gegebenheiten des lokalen Bereiches gebunden, in der Produktion vorwiegend auf Feinlederherstellung ausgerichtet. Kleinere arbeitsorientierte Zweigbetriebe der Kirner Lederindustrie wurden in den letzten Jahren in Gemeinden und Rhaunen gegründet.

An dieser Stelle seien noch einmal kurz die verschiedenen Gründe zusammenfassend dargestellt, die für die starke Ausbreitung der Niederwälder in den vergangenen Jahrhunderten maßgebend waren:

1. Die Entnahme von Brennholz und Bauholz durch die Landbevölkerung. Der Niederwald entwickelte sich vor allem in Nähe der Ortschaften.
2. Die Rottwirtschaft in den Talgebieten.
3. Die Köhlerei. Es entstanden erstmalig größere Niederwälder abseits der Täler und abseits der Ortschaften.
4. Der Holzeinschlag zur Pottaschegewinnung im Bereich der Glashütten und in Nähe der Ortschaften.
5. Die hohen Einschläge während der französischen Besatzungszeit nach 1794.
6. Die Eichenlohewirtschaft.

Für die heutige Niederwaldverbreitung, die gegenüber früheren Zeiten ein Rückzugsstadium darstellt (MÜLLER-WILLE, 1938) ist in erster Linie die Lohewirtschaft des 19. Jahrhunderts maßgebend. Während in den anderen Gegenden die Niederwälder während der preußischen Verwaltungszeit weitgehend verschwunden sind, wurden sie in den Schälwaldgebieten erhalten und teilweise noch ausgedehnt. Ein Teil der ehemaligen Schälwälder ist seitdem ebenfalls in Hochwald umgewandelt worden, für die stellenweise Erhaltung des Niederwaldes bis in die Gegenwart waren

innerhalb der ehemaligen Schälwaldgebiete wiederum vor allem die Besitzverhältnisse ausschlaggebend (vgl. Karte 1).

#### d) Die jüngste Entwicklung

Die Entwicklung der Forstwirtschaft im Hunsrück während des 20. Jahrhunderts ist in erster Linie gekennzeichnet durch ständig steigende Holzenerträge, bedingt vor allem durch das Heranwachsen der in der preußischen Zeit angepflanzten Nadelholzbestände. Die großen Kahlschläge nach den beiden Kriegen, zum überwiegenden Teil angeordnet durch die französische Besatzungsmacht, zu denen nach dem 2. Weltkrieg noch schwere Schäden durch Borkenkäferbefall hinzukamen, eine Folge der trockenen Sommer 1947 und 1949, fügten dem Wald schwere Wunden zu, doch konnte die aufsteigende Gesamtentwicklung hierdurch kaum unterbrochen werden. — Von den Waldzerstörungen nach dem letzten Krieg wurden am stärksten die Staatswälder betroffen; vielfach verdanken die Gemeinden es dem Einsatz der Forstbehörden, daß die Eingriffe der Besatzung so weit wie möglich von den Gemeindewäldern ferngehalten wurden.

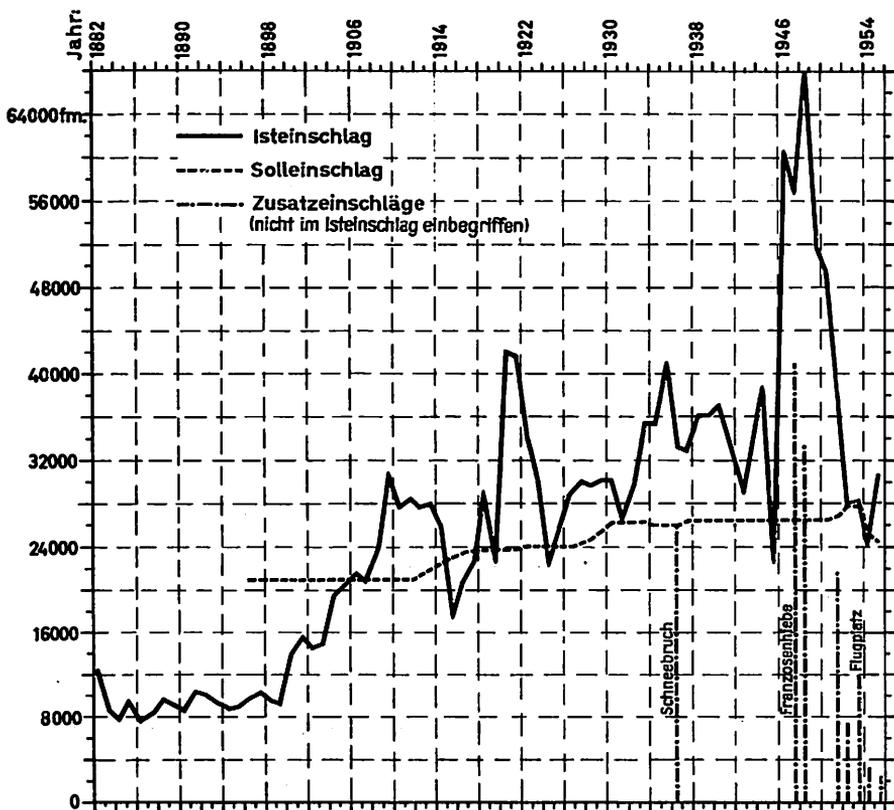


Abbildung 4

Ein gutes Bild über die Entwicklung der Holzerträge bietet die Abb. 4, die die Einschläge im FA Büchenbeuren seit 1882 wiedergibt. Insgesamt zeigt sich eine starke Steigerung der Ist-Einschläge und eine wesentlich schwächere Steigerung der Soll-Einschläge<sup>20)</sup>. Bis zur Jahrhundertwende hielt sich der Ist-Einschlag etwa auf gleicher Höhe, stieg dann bis 1919 steil an, fiel während des ersten Krieges vorübergehend ab und erreichte infolge des Raubbaues nach dem Kriege in den Jahren 1920 und 1921 ein vorläufiges Maximum, das auch von den hohen Einschlägen während der dreißiger Jahre nicht mehr erreicht, durch die abnormen Abholzungen nach dem zweiten Weltkrieg jedoch bei weitem übertroffen wurde. — Die Soll-Einschlagskurve, in ihrem Verlauf jeweils mitbedingt durch die tatsächlichen Einschläge der vorangegangenen Jahre, zeigt trotz der starken Übernutzungen vor und nach dem ersten Kriege zunächst noch einen langsamen Anstieg; die gesetzlich befohlenen Überhiebe während der nationalsozialistischen Zeit und die gewaltigen Holzeinschläge in den Nachkriegsjahren ließen dann jedoch eine weitere Steigerung kaum noch zu. — Das starke Emporschnellen der Ist-Einschlagskurve zwischen 1946 und 1950 gibt nur die von deutscher Seite aus durchgeführten Einschläge wieder; die sogenannten „Franzosenhiebe“ von 1947 und 1948 sind zu den jeweiligen Jahresbeträgen des Ist-Einschlages noch hinzuzurechnen, ebenso auch die Zusatzeinschläge durch Schneebruch 1936 und infolge des Flugplatzbaues 1951—55. Hinsichtlich der Franzosenhiebe ist zu berücksichtigen, daß das FA Büchenbeuren fast ausschließlich aus Gemeindewald besteht, in dem sich das Ausmaß der französischen Eingriffe gegenüber dem Staatswald noch in einem relativ bescheidenen Rahmen hielt. — Das neuerliche Abfallen des Soll-Einschlages ist vor allem verursacht durch die Verminderung der Waldfläche infolge des Flugplatzbaues bei Lautzenhausen.

### III. Wald und Waldwirtschaft in der Gegenwart

#### 1. Die Verbreitung des Waldes

Die größten geschlossenen Waldflächen finden sich in den südlichen und südwestlichen Teilen des Untersuchungsgebietes, im Südwesten bedingt durch die hier weit verbreiteten, für eine landwirtschaftliche Nutzung ungeeigneten Quarzit-Verwitterungsböden. Im Norden wird durch die Steilheit der Talhänge im Gebiet des Mosel-Hunsrücks die landwirtschaftliche Nutzfläche zugunsten des Waldes ebenfalls stark eingeschränkt. Die waldärmsten Gegenden finden sich in den inneren, tiefergelegenen Teilen der Simmern-Kirchberger Hochmulde, hier vor allem bedingt durch die frühe Besiedlung und den sich später ergebenden Bevölkerungsdruck, der zu einer starken Ausdehnung des Ackerlandes und somit zur Zurückdrängung des Waldes führte. In den während der Rodeperioden besiedelten Teilen der Hochfläche, vor allem in der Umgebung des Idarwaldes, im

<sup>20)</sup> Soll-Einschlag: Der von der Forstbehörde festgesetzte Planeinschlag (Festmeter) für ein bestimmtes Jahr, der sich nach der Produktivität, nicht dagegen nach dem Bedarf bemißt. Ist-Einschlag: der in dem betreffenden Jahr tatsächlich erfolgte Einschlag.

Bereich der Mosel-Nahe-Wasserscheide und nordöstlich von Simmern, hat der Wald stärkere Verbreitung, was sich in den nördlichen Gebieten ferner auch aus der teilweise schlechteren Qualität der Böden über den Koblenzschichten erklärt. Die entscheidenden Ursachen für die lokalen Unterschiede im Bereich der Hochfläche scheinen jedoch in der Siedlungsgeschichte zu liegen. Inwieweit der Gang der Besiedlung durch die physischen Verhältnisse — klimatische Begünstigung der südlichen, tiefstgelegenen Teile, schlechtere Böden im Bereich der Koblenzschichten — mitbestimmt wurde, entzieht sich einer genauen Kenntnis.

Insgesamt lassen sich drei Haupttypen des Waldes erkennen, die sowohl nach der äußeren Form der Waldkomplexe wie auch nach ihrer physischen und siedlungsgeschichtlichen Bedingtheit deutlich voneinander unterschieden sind (vgl. Karte 1):

1. Große geschlossene Waldgebiete bedecken die Quarzithöhen: Soonwald, Lützelsoon, Wildenburger Höhenzug, Idarwald, Halster Höhe und Hardtkopf. Das Vorkommen des Waldes ist hier in den geologischen und Bodenverhältnissen begründet: Die geringe Qualität der Sandböden über anstehendem Quarzit und die starke Durchsetzung mit Steinen in den Quarzitschuttböden machen eine landwirtschaftliche Nutzung unmöglich. Von menschlicher Besiedlung sind diese Gebiete seit jeher gemieden worden.

2. Ein weiteres Verbreitungsgebiet des Waldes sind die steilen Talhänge entlang den Bachläufen. Während der Wald in den Quarzitgebieten als geologisch bedingt angesehen werden kann, zeigt dieser zweite Typ eine deutliche Abhängigkeit vom Relief. Die starke Hangneigung einerseits, zum anderen auch die infolge der Steilheit stellenweise geringmächtige oder fehlende Bodendecke machen die Talhänge zu natürlichen Standorten des Waldes. Im Kartenbild zeigt dieser Waldtypus eine entsprechende Anpassung an den Verlauf der Täler: Lange, oft stark gewundene Waldstreifen ziehen sich meist beiderseits entlang den Bächen; die Breite der Streifen ist weitgehend abhängig von der Tiefe des Taleinschnittes. Hauptverbreitungsgebiete dieses Waldtypus sind der Mosel-Hunsrück und der Bereich von Hahnenbach und Kellenbach. Im Mosel-Hunsrück nimmt der Wald nach Norden hin infolge des Tieferwerdens der Täler in seiner Verbreitung zu und bildet in Nähe der Mosel eine fast geschlossene Waldregion, durch die kulturgeographisch die Moseltallandschaft und die Hunsrück-Hochfläche scharf voneinander getrennt werden. — An den heute meist ganz mit Wald bedeckten steilen Talhängen fand vielfach in früheren Zeiten im System der Rottwirtschaft eine landwirtschaftliche Zwischennutzung statt, heute jedoch ist diese Wirtschaftsform innerhalb des Untersuchungsgebietes nicht mehr anzutreffen.

3. Einen dritten Typus stellen die Wälder im Gebiet der Hochfläche dar. Sie finden sich in Form kleinerer Inseln im Gebiet der stark agrarisch genutzten, meist altbesiedelten Simmern-Kirchberger Hochmulde, in Form größerer Komplexe in den vorwiegend jünger besiedelten Teilen des Nordens und Nordostens. Stellenweise, so vor allem im walddreichen Gebiet nordöstlich von Simmern im Bereich der Gemeinden Laubach, Bubach,

Horn, Kisselbach und Liebshausen, liegt das gerodete Land inselartig inmitten des Waldes, der die einzelnen Rodungsinseln gleichsam wabenartig umgibt. Eine Bindung der lokalen Standorte dieser Wälder an die natürlichen Verhältnisse ist im allgemeinen nicht gegeben, was allein schon aus den meist völlig unregelmäßigen äußeren Umrissen der einzelnen Waldkomplexe erkennbar ist. Wo man gewisse Regelmäßigkeiten feststellen kann, wie z. B. in dem genannten Gebiet nordöstlich von Simmern, deutet schon die Art der Anordnung auf eine Bedingtheit durch menschliche Faktoren hin. Vielfach findet sich der Wald auf hochwertigen, für den Ackerbau gut geeigneten Böden, während andererseits minderwertige, für die Landwirtschaft kaum noch brauchbare und von Natur aus mehr für eine forstwirtschaftliche Nutzung bestimmte Böden häufig dennoch ackerbaulich genutzt sind. Bei neueren Flurbereinigungen versucht man, wenn auch nur in beschränktem Rahmen, eine gewisse Abstimmung von Bodenqualität und Waldverbreitung herbeizuführen. — Der zuletzt genannte Waldtyp ist in seiner Verbreitung vorwiegend siedlungsgeschichtlich bedingt. Die innige Verflechtung von Wald und Landwirtschaft in früheren Jahrhunderten zwang zur Erhaltung größerer Waldgebiete. Bei den einzelnen Waldkomplexen auf der Hochfläche handelt es sich meist um während der Rodungen stehengebliebene Reste einer ursprünglich geschlossenen Waldbedeckung; die Waldvernichtungen früherer Zeiten und die schon erwähnten Aufforstungen im 19. Jahrhundert haben allerdings teilweise zu lokalen Veränderungen geführt. Die ursprüngliche Aufteilung in Wald und landwirtschaftliche Nutzfläche erfolgte wahrscheinlich nur in seltenen Fällen nach dem Gesichtspunkt der Bodenqualität, sondern war vorwiegend durch die Lage der Siedlungen bedingt, bei deren Gründung anderen physischen Faktoren größere Bedeutung zukam, z. B. der Grenzlage zwischen feuchtem Talgrund (Wiesenland) und trockener Umgebung (Ackerland), wobei meist die Oberläufe und Quellgebiete der Bäche mit flacheren Geländeformen bevorzugt wurden. Die Lage der Siedlungen bedingte wiederum die lokale Ausdehnung des Rodungslandes, dessen äußere Abgrenzung vor allem nach dem Gesichtspunkt der Entfernung von der Ortschaft erfolgte. Die Verbreitung des Rodungslandes mehrerer benachbarter Gemeinden entschied darüber, welche Flächen zwischen den einzelnen Rodungsgebieten dem Wald erhalten blieben <sup>21)</sup>.

## **2. Zusammensetzung nach Holzarten und Verbreitung des Niederwaldes**

Das Untersuchungsgebiet ist in seiner natürlichen Vegetation ein reines Laubwaldgebiet (RUBNER-REINHOLD). Der Buche kommt dabei die bei weitem größte Bedeutung zu. Heute ist infolge der Umwandlungen im 19. und 20. Jahrhundert mehr als die Hälfte der Waldfläche von Nadelholz ein-

---

<sup>21)</sup> Die historische Sicht ermöglicht vielfach erst das Verständnis für die hinsichtlich der Lage des Waldes sich ergebenden Abweichungen der realen Verhältnisse vom Thünenschen System. Nicht natürliche, sondern vorwiegend siedlungsgeschichtliche Faktoren sind es, die in dem genannten Falle die Abweichungen bedingen. In anderen Gebieten, so vor allem im Mosel-Hunsrück, kommt dem Relief die entscheidende Bedeutung zu.

genommen. Die Verbreitung der Holzarten (%) zeigt die folgende Tabelle <sup>22)</sup> <sup>23)</sup>.

FA	Staatswald				Gemeindewald				FA insgesamt			
	N	(F)	L	(RB)	N	(F)	L	(RB)	N	(F)	L	(RB)
Neupfalz <sup>1)</sup>	45	(44)	55	(44)	—	—	—	—	45	(44)	55	(44)
Entenpfuhl <sup>1)</sup>	41	(38)	59	(44)	—	—	—	—	41	(38)	59	(44)
Simmern	40	(38)	60	(50)	65	(56)	35	(20)	63	(54)	37	(22)
Kirchberg	66	(57)	34	(20)	61	(51)	39	(16)	62	(52)	38	(17)
Kastellaun	65	(55)	35	(25)	64	(50)	36	(22)	64	(51)	36	(23)
Büchenbeuren <sup>2)</sup>	49	(46)	51	(37)	55	(47)	45	(24)	55	(47)	45	(25)
Rhaunen	65	(64)	35	(19)	68	(61)	32	(20)	67	(62)	33	(20)
Kempffeld	64	(60)	36	(34)	82	(81)	18	(10)	69	(65)	31	(28)
Morbach	70	(58)	30	(20)	75	(65)	25	(7)	72	(61)	28	(14)

N = Nadelholz, (F) = Fichte, L = Laubholz, (RB) = Rotbuche.

Auf die teilweise unterschiedlichen Zahlen in Staatswald und Gemeindewald soll zunächst noch nicht eingegangen werden.

Unter den Nadelhölzern macht durchweg die Fichte, unter den Laubhölzern die Rotbuche den größten Anteil aus. An weiteren Laubholzarten sind zu nennen die Eiche (Stieleiche und Traubeneiche), die vor allem lokalklimatisch begünstigte Standorte bevorzugt, ferner die Laubweihölzer, vorwiegend an feuchteren Standorten anzutreffen, u. a. in den Bruchern des Idarwaldes und des anschließenden Hochwaldes (vgl. FIENE, 1957). In neuerer Zeit hat man auch mit dem Anbau der schnellwüchsigen Roteiche begonnen, doch konnte sich diese Holzart in der Wirtschaft noch nicht durchsetzen. Unter den Nadelhölzern nimmt die Kiefer den zweiten Platz ein; infolge ihrer anspruchslosigkeit ist sie meist an von Natur aus besonders ungünstigen Standorten anzutreffen. Die anspruchsvolle Weißtanne zeigt nur geringe Verbreitung. In den letzten Jahren haben Lärche und Douglasie an Bedeutung stark zugenommen. Die Douglasie hat sich vor allem auf flachgründigen Böden an niederschlagsarmen Standorten bewährt, während die Lärche tiefgründige Böden bevorzugt. Der Anbau von Douglasie und Lärche wird in den kommenden Jahren wahrscheinlich noch zunehmen. — Insgesamt zeigt sich die Tendenz zu einer leichten Zurückdrängung der vorherrschenden Holzarten Fichte und Buche zugunsten anderer Nadel- und Laubhölzer.

In der wirtschaftlichen Ergiebigkeit steht das Nadelholz an erster Stelle. Besondere Vorteile sind der gerade Wuchs, der hohe Holzzuwachs und die relativ kurze Umtriebszeit. Der Holzzuwachs pro ha und Jahr beträgt bei der Fichte 6—12 fm, bei der Buche 3—8 fm (vgl. ACHTER, S. 54). Die Um-

<sup>22)</sup> Einschließlich Niederwald.

<sup>23)</sup> Eine genaue Holzartenstatistik war zum Zeitpunkt der Befragung noch nicht abgeschlossen. Die Angaben beruhen auf Mitteilungen der Forstämter.

triebszeit der Fichte liegt bei etwa 100 Jahren, die der Buche bei 120 und die der Eiche bei rund 160 Jahren, bei Furniereichen beträgt sie bis zu 300 Jahren und mehr.

Einen zu hohen Nadelholzanteil versucht man heute dennoch zu vermeiden, einmal mit Rücksicht auf die Erhaltung der Bodenqualität, zum anderen im Hinblick auf die teilweise hohen Verluste durch Krankheits- und Schädlingsbefall, Schneebruch und Windwurf, Schäden, von denen die Nadelhölzer besonders stark betroffen werden. Aus den gleichen Gründen nimmt man heute auch Abstand von Nadelholz-Monokulturen. Das Vorhandensein von Mischwald ermöglicht gegenüber dem reinen Nadelwald ferner auch eine leichtere Eindämmung von Waldbränden. Für Vielseitigkeit des Holzartenanbaues und für die Vermeidung eines allzu hohen Nadelholzanteils spricht ferner die Tatsache, daß es angesichts der langen Umtriebszeiten in der Forstwirtschaft nicht möglich ist, die Art des industriellen Holzbedarfes zur Zeit des Einschlags heute angeplanter Bestände genau vorauszusehen; Vielseitigkeit bedeutet unter diesem Gesichtspunkt den besten Risikoausgleich (vgl. zu diesem Abschnitt auch SCHWICKERATH).

Im Anteilverhältnis von Nadelholz und Laubholz zeigen sich gewisse Unterschiede zwischen den einzelnen Teilen des Untersuchungsgebietes (vgl. Tabelle S. 50). Am geringsten ist der Nadelholzanteil im Soonwald, am höchsten in den Forstämtern am Idarwald; die Gebiete der nordöstlichen Hochfläche nehmen etwa eine Mittelstellung ein. Eine Abhängigkeit von den Bodenverhältnissen ist nicht eindeutig erkennbar, was sich allein schon aus der Tatsache zeigt, daß im einen Quarzitgebiet (Soonwald) der Nadelholzanteil niedriger, im anderen (Idarwald) höher ist als auf der Schieferhochfläche. Zwar läßt sich eine gewisse Bedeutung des geologischen Untergrundes nicht bestreiten, — saure Böden über anstehendem Quarzit begünstigen den Fichtenanbau mehr als die Verwitterungsböden des Schiefers —, doch kommt bei der Erklärung der regionalen Differenzierungen den geschichtlichen Bedingtheiten und gegenwärtigen wirtschaftlich-sozialen Faktoren die bei weitem größere Bedeutung zu. Der unterschiedliche Nadelholzanteil im Soonwald und im Lützelsoon einerseits und im Idarwald andererseits erklärt sich zum Teil aus dem verschiedenen Zustand des Waldes zu Beginn der preußischen Zeit. Die Waldzerstörung hatte in den südwestlichen Gebieten ein wesentlich größeres Ausmaß erreicht als in den östlichen Teilen, wo sich, vor allem in den Quarzitgebieten, noch größere Flächen des ursprünglichen Waldkleides in einem guten Zustand befanden. Wo man zu Beginn der preußischen Zeit noch gute Laubhochwälder antraf, hat man diese meist erhalten, während von den Nadelholzumwandlungen in erster Linie die zerstörten oder stärker in Mitleidenschaft gezogenen Waldgebiete betroffen wurden. Es erklärt sich so der zum Teil heute noch höhere Anteil des Laubholzes im Soonwald und im Lützelsoon und die stärkere Ausbreitung der Nadelhölzer im Gebiet des Idarwaldes. — Der im Gegensatz zur natürlichen Eignung der Böden stehende höhere Anteil des Nadelwaldes auf der Schieferhochfläche gegenüber dem Soonwald erklärt sich einmal wiederum aus der stärkeren Zerstörung des Waldes auf der Hochfläche, in diesem Falle bedingt durch das Vorhandensein ländlicher Siedlungen und die damit verbundenen Wald-

nutzungen früherer Jahrhunderte — das Ausmaß der Waldzerstörung im Soonwald durch die Eisenindustrie blieb demgegenüber mehr auf bestimmte Bereiche beschränkt —, zum anderen auch aus den Besitzverhältnissen: Der Soonwald ist überwiegend Staatswaldgebiet, die Wälder der Hochfläche sind größtenteils Gemeindewälder. Die Gemeinden streben heute aus wirtschaftlichen Gründen einen höheren Nadelholzanteil in ihren Wäldern an als der Staat, eine Erscheinung, die an späterer Stelle (Besitzverhältnisse) noch behandelt werden soll. — Auch der Idarwald ist, ebenso wie der Soonwald, vorwiegend Staatswaldgebiet. Die Wirkung der genannten geschichtlichen Faktoren, zu denen in beschränktem Maße auch noch der Einfluß des infolge der größeren Höhenlage rauheren Klimas hinzukommen mag, ist hier jedoch so stark, daß der Nadelholzanteil im Idarwald gegenüber der nordöstlichen Hochfläche noch überwiegt.

Ein Teil der Laubholzflächen wird von Niederwald eingenommen, seine Verbreitung ist in Karte 1 wiedergegeben. Er findet sich vorwiegend an Talhängen, vor allem im Gebiet von Kellenbach, Hahnenbach und Dhronbach. Die Holzartenzusammensetzung ist wenig einheitlich, „floristische Charakterlosigkeit“ (SCHMITHÜSEN, 1934) ist für die meisten Niederwälder des Hunsrücks bezeichnend. Wie schon erwähnt, stellt der Niederwald in seiner heutigen Verbreitung ein Rückzugsstadium dar. Bedingt wurde seine Erhaltung bis in die Gegenwart einmal durch die Lohewirtschaft, die in ihrer Verbreitung im wesentlichen auf die Talgebiete beschränkt war, zum anderen auch durch die Besitzverhältnisse, was im Zusammenhang mit der Behandlung des Privatwaldes noch eingehender erläutert werden soll. Neben den geschichtlichen und sozialen Faktoren (Lohewirtschaft — Besitzverhältnisse) sind auch die morphologischen Gegebenheiten in Verbindung mit gegenwärtigen wirtschaftlichen Gesichtspunkten für die Erklärung der heutigen Ausbreitung der Niederwälder von Bedeutung, vor allem dann, wenn es sich um Gemeindenederwälder handelt <sup>24)</sup>. — Die Gemeinden haben im allgemeinen ihren Niederwald in weitaus stärkerem Maße umgewandelt als die privaten Waldbesitzer. Die heute noch vorhandenen Gemeindenederwälder liegen vor allem an steilen Hängen, d. h. dort, wo die Umwandlung mit besonders hohen Kosten verbunden wäre. Nach dem ökonomischen Prinzip ist es leicht erklärlich, daß man mit begrenzten Geldmitteln zunächst dort umwandelte, wo dies mit geringeren Kosten pro Flächeneinheit möglich war, andererseits die Niederwälder an den Stellen am längsten erhielt, wo die Umwandlung die höchsten Unkosten verursachen würde. — Zweifellos sind diese Gesichtspunkte grundsätzlich auch für den Privatwald gültig, doch verlieren hier diese Zusammenhänge gegenüber anderen Faktoren, wie Kapitalarmut und Besitzzersplitterung, an Bedeutung.

Die Arten der Niederwaldumwandlung sind schon verschiedentlich beschrieben worden (vgl. SCHMITHÜSEN, 1934). Man unterscheidet einmal das relativ billige „Durchwachsenlassen“ einzelner Stöcke und zum anderen die Neuanspflanzung nach vorangegangener Rodung, bei der meist Nadel-

---

<sup>24)</sup> Niederwald auf Staatswaldgebiet ist kaum noch vorhanden.

hölzer oder neuerdings auch gemischte Bestände, seltener reine Laubholzkulturen zur Anpflanzung gelangen.

Die Niederwälder werden in wenigen Jahrzehnten im Gebiet des Hunsrücks so gut wie völlig verschwunden sein; die Umwandlung ist in den meisten Fällen bereits geplant. Sie ist fast überall technisch möglich, natürliche Standorte des Niederwaldes an sehr steilen und felsigen Hängen haben nur eine sehr geringe lokale Verbreitung.

### **3. Der wirtschaftliche Wert des Waldes in Abhängigkeit von Boden und Klima**

Unter den natürlichen Faktoren sind in erster Linie die Böden ausschlaggebend für die unterschiedliche Ertragsfähigkeit des Waldes. Abgesehen von lokalen Erscheinungen wie Fehlen einer genügend mächtigen Verwitterungsdecke oder Vernässungen — letztere vor allem zwischen den Soonwaldzügen und an einigen Stellen des Idarwaldes, wo Quellwasser über einer undurchlässigen Schieferschicht austritt (FIENE) — zeigt sich deutlich eine Abhängigkeit der Waldqualität von den drei Hauptbodenarten des Untersuchungsgebietes. Am geringsten ist die Ergiebigkeit des Waldes über anstehendem Quarzit, wo die Böden meist flachgründig und sauer sind; aus letzterem Grunde ist vielfach Kalkdüngung des Waldbodens erforderlich (UHLIG, S. 195). Ein meist sehr gutes Wachstum zeigt der Wald auf der Schieferhochfläche, wo er, wie schon erwähnt, zum Teil Standorte einnimmt, die für den Ackerbau gut geeignet wären. Die lehmigen, stark mit Steinen durchsetzten Quarzitschuttböden nehmen hinsichtlich der Waldqualität etwa eine Mittelstellung zwischen den reinen Quarzitböden und den Schieferböden ein. — Ein etwas geringerer Einfluß kommt dem Klima zu. In den höchsten Teilen, namentlich auf dem Kamm des Idarwaldes, wird durch niedrige Temperaturen und starke Winde das Wachstum des Waldes negativ beeinträchtigt. Aufforstungen von Kahlschlägen sind hier dementsprechend mit besonders großen Schwierigkeiten verbunden. In den trockensten Teilen der nordöstlichen Hochfläche zeigt sich, wenn auch nur in schwachem Maße, eine ungünstige Wirkung auf das Wachstum der Fichte, jedoch ist Fichtenanbau an keiner Stelle aus klimatischen Gründen unmöglich.

### **4. Die Besitzverhältnisse** (vgl. Karte 1)

#### *a) Die Besitzarten*

Nach der juristischen Struktur lassen sich drei Hauptbesitzarten unterscheiden: der staatliche, der körperschaftliche und der private Waldbesitz. Beim körperschaftlichen Besitz handelt es sich fast ausschließlich um Gemeindewald, hinzu kommen noch einige kleinere Genossenschaftswälder im Kreis Simmern. Waldbesitzer ist im letztgenannten Falle meist ein kleinerer Personenkreis innerhalb der größeren politischen Gemeinde; anzutreffen ist diese Besitzform in den Gemeinden Tiefenbach (FA Simmern), Gödenroth, Külz (zwei Genossenschaften) und Sabershausen (alle FA Kastellaun). Während diese Genossenschaften ihrer Rechtsstruktur

nach mehr dem Körperschaftswald angehören, werden die Gehöferschaften im Regierungsbezirk Trier meist dem Privatwald zugerechnet. Es handelt sich um die Gehöferschaften Gräfendhron, Merschbach und Morscheid-Riedenburg im FA Morbach. Beim Gemeindewald findet sich stellenweise die Erscheinung, daß bestimmte Waldgebiete von mehreren Gemeinden gemeinschaftlich genutzt werden. Innerhalb des Untersuchungsgebietes ist diese Wirtschaftsform anzutreffen im Viergemeindewald an der Südostabdachung des nordöstlichen Idarwaldes (FA Rhaunen). Die heute angewendete prozentuale Aufteilung der Aufwände und Erträge (Rhaunen 41 %, Stipshausen 32 %, Sulzbach 19 %, Bollenbach 8 %) ist das Ergebnis langer und oft erbitterter Streitigkeiten. Etwas außerhalb des Untersuchungsgebietes ist in diesem Zusammenhang noch der Zwölfgemeindewald westlich des Dhronbaches zu erwähnen. — Beim Privatwald lassen sich der Besitzgröße nach zwei Arten deutlich voneinander unterscheiden: der Großbesitz und der kleine Splitterbesitz. Unter der ersten Gruppe sind vor allem drei Waldgebiete zu nennen: Der Privatwald Baron v. Kirsch-Puricelli im Gebiet des Guldenbaches, der Privatwald Frh. v. Salis-Soglio im südwestlichen Soonwald<sup>25)</sup> und der Vierherrenwald im Idarwald, heute im Besitz der evangelischen Kirche. Bei diesen Wäldern und dem etwas kleineren Privatwald Dr. Purpur auf der Gemarkung Allenbach (FA Kempfeld) handelt es sich um „Eigenbetriebe“ (über 50 ha) im Sinne des Landesforstgesetzes. Beim kleinen Privatwald ist ein Besitz von wenigen ha bereits eine Seltenheit, die Mehrzahl der Besitzgrößen liegt zwischen 0,1 und 0,5 ha, Besitzer sind im allgemeinen Landwirte. Im FA Kirchberg beispielsweise verteilt sich die Privatwaldfläche von ca. 200 ha (betr. nur kleinen Privatwald) auf insgesamt etwa 700 Waldbesitzer. Die Kleinheit des Besitzes ist, ebenso wie in der Landwirtschaft, Folge der Realteilung.

#### *b) Flächenanteil und lokale Verbreitung der einzelnen Besitzarten*

Insgesamt werden 37,7 % der Waldfläche des Untersuchungsgebietes von Staatswald eingenommen, 55,3 % von Gemeindewald und 7 % von Privatwald; letzterer teilt sich zu etwa gleichen Teilen in großen und kleinen Privatwald auf. Der hohe Anteil des Gemeindewaldes ist typisch für die westdeutschen Verhältnisse. In den den Hunsrück umgebenden Tallandschaften und den angrenzenden Hochflächen-Randgebieten ist das Verhältnis der Besitzarten etwas anders als im Untersuchungsgebiet selbst; vor allem ist dort im allgemeinen der Anteil des Privatwaldes höher, der Gemeindewald gehört zum überwiegenden Teil einigen größeren Stadtgemeinden; der Anteil des Staatswaldes ist meist geringer. In dem an das Untersuchungsgebiet nordöstlich anschließenden Kreis St. Goar z. B. beträgt die Staatswaldfläche 8 %, die des Privatwaldes macht 18 % aus, während der Anteil des Gemeindewaldes bei 74 % liegt, wobei allein 53 % (der Gesamtwaldfläche) auf vier Stadtgemeinden entfallen.

Der Staatswald im Untersuchungsgebiet liegt vor allem in den Quarzitgebieten von Soonwald und Lützelsoon, Idarwald und Wildenburger

---

<sup>25)</sup> Der schmale Streifen Privatwald im südlichen Lützelsoon gehört einem österreichischen Besitzer.

Höhenzug, in kleineren Flächen ferner im Bereich der Hochfläche, hier vorwiegend in den zentralen Teilen, namentlich im Bereich der FÄ Kirchberg und Kastellaun. Der Gemeindewald dagegen findet sich überwiegend auf der Hochfläche, ferner an den Talhängen im Mosel-Hunsrück und schließlich an den Rändern der großen Quarzitwälder, mehr oder weniger tief in das Innere eingreifend. Im nördlichen Randgebiet des Soonwaldes nehmen die Gemeindewälder große Flächen ein, während am Südrand vielfach der Staatswald direkt an das offene Land grenzt. Der Lützelsoon besteht in seinem ganzen westlichen Teil aus Gemeindewald. In den Randgebieten von Idarwald und Wildenburger Höhenzug haben die Gemeindewälder nur geringe Verbreitung, mit Ausnahme des Viergemeindewaldes im Osten des Idarwaldes. Die einzelnen Waldkomplexe der Hochfläche sind zum Teil reiner Gemeindewald, an anderen Stellen hat auch der Staatswald daran Anteil, wobei vielfach, gleichsam als verkleinertes Abbild von Soonwald und Idarwald, die Gemeindewälder die zentral gelegenen Staatswälder randlich umgeben. Die Talhänge des Mosel-Hunsrücks sind, abgesehen von einigen Privat- und Gehöferschaftswaldungen, fast ausschließlich Gemeindewald. — Die großen Privatwälder liegen in den Quarzitgebieten, nur ein kleineres Stück des Privatwaldes Salis-Soglio befindet sich auf der Hochfläche nördlich von Gemünden. Der kleine Privatwald dagegen liegt außerhalb der Quarzitgebiete; er ist vorwiegend, aber nicht ausschließlich an den Talhängen gelegen. Lokale Schwerpunkte sind das Gebiet des Dhronbaches, wobei hier ein Teil des eingezeichneten Privatwaldes auf die drei genannten Gehöferschaften entfällt, ferner der äußerste Nordosten des Untersuchungsgebietes und der Einzugsbereich von Simmerbach-Kellenbach und Hahnenbach.

### *c) Die Entstehung der heutigen Waldbesitzverhältnisse*

Da auf die Herausbildung des heutigen Waldbesitzes von Staat und Gemeinden im Rahmen des geschichtlichen Teiles bereits mehrfach hingewiesen wurde, soll an dieser Stelle nur noch einmal kurz ein zusammenfassender Überblick gegeben werden.

Die heutigen Staatswälder sind, abgesehen von einigen späteren Veränderungen durch An- und Verkäufe, aus ehemaligen landes- und grundherrlichen Waldungen hervorgegangen. In der französischen Zeit nach 1794 gingen diese Wälder in französischen Staatsbesitz über, nach 1814 wurden sie vom preußischen Staat übernommen. — Die Wälder der Territorialherren lagen meist im Inneren größerer zusammenhängender Waldkomplexe; ursprünglich dienten sie nur der Jagd, später erlangten sie auch für die Holznutzung Bedeutung. In der heutigen Verbreitung der Staatswälder läßt sich ihre geschichtliche Bedingtheit noch vielfach deutlich erkennen: In Soonwald und Idarwald, aber auch in mehreren Waldgebieten auf der Hochfläche, befindet sich der Staatswald in den inneren Teilen, von Gemeindewäldern randlich umgeben.

Für die Entstehung der Gemeindewälder gibt es grundsätzlich zwei verschiedene Erklärungsversuche. Eine Richtung versucht sie aus den germanischen Ur-Markgenossenschaften, den Vorläufern der heutigen politischen Gemeinden, herzuleiten (s. DANKELMANN). Wenn auch diese Theorie

für die altbesiedelten Teile Deutschlands Gültigkeit haben mag, so ist sie für das meist jünger besiedelte Untersuchungsgebiet doch vermutlich nicht zutreffend. Wahrscheinlich ist vielmehr, daß die heutigen Besitzverhältnisse sich erst herausbildeten, als nach abgeschlossener Besiedlung der Wald knapp wurde, d. h. im wesentlichen in der Zeit nach 1300. Anfänglich bestehende Gewohnheitsrechte dürften sich dabei allmählich zu geschriebenen Rechten entwickelt haben (vgl. БОЕЦК, S. 88 ff., nach LÜTGE). Für die letztere Auffassung spricht auch die lokale Verbreitung von Staats- und Gemeindewäldern. Aus dem Nebeneinander beider Besitzformen bei vielfach zentraler Lage der Staatswälder und randlicher, oft stark zersplitterter Lage der Gemeindewälder kann auf eine erst allmählich sich herausbildende schärfere Abgrenzung der Interessenbereiche der Territorialherren (Jagd in den inneren Teilen) und der Landbevölkerung (Waldweide und Holzentnahme in Ortsnähe) geschlossen werden.

Die kleinen Genossenschaftswälder im Kreis Simmern sind, ebenso wie die Gehöferschaften im westlichen Teil, schon relativ früh entstanden. Bei der Genossenschaft Obertiefenbach (FA Simmern) handelt es sich wahrscheinlich um eine ehemalige landesherrliche Schenkung.

Die großen Privatwälder sind durchweg aus ehemaligen Adelswäldern hervorgegangen, die Entwicklung verlief in den einzelnen Fällen verschieden<sup>20)</sup>. Der Privatwald des Freiherrn von Salis-Soglio ist ehemaliger Lehenswald der Herren von Schmidtbürg. Der heutige Besitzer, aus Österreich stammend, hat in diese Familie eingeheiratet. — Die beiden anderen großen Privatwälder gingen durch Kauf in den Besitz von Industriellenfamilien über. Die drei Stücke des Privatwaldes Kirsch-Puricelli, dem Eigentümer der Rheinböllerhütte gehörig, haben verschiedene Entstehungsgeschichte. Der Seibersbacher Wald, nördlich von Seibersbach, gehörte ursprünglich einer Nebenlinie der Grafen von Sponheim, ging später an die Grafen von Ingelheim über und wurde diesen um 1800 von der Familie Utsch-Puricelli, den Besitzern der Eisenwerke im Guldenbachtal, abgekauft. Das kleinere Waldstück nördlich von Stromberg wurde von Kurpfalz durch Kauf erworben. Das Ockenheimer Rodt im Bingerwald befand sich ebenfalls in kurpfälzischem Besitz, wurde nach 1794 verstaatlicht und durch die Franzosen an die Familie Utsch-Puricelli verkauft. — Der Vierherrenwald im Idarwald befand sich, worauf schon der Name hindeutet, infolge Erbteilung im Besitz mehrerer Adelige und wurde später durch die rheinische Industriellenfamilie Haniel erworben. 1947 ging der Wald durch Schenkung an die evangelische Kirche über.

Über die Entstehung des kleinen Privatwaldes sind Quellen kaum vorhanden; wegen der geringen Bedeutung, die dieser Besitzform im Hunsrück zukommt, hat man auf diese Frage bisher noch keine besondere Aufmerksamkeit verwendet. Man kann aus diesem Grunde lediglich von Vermutungen ausgehen. Als sicher kann nur angesehen werden, daß die ein-

---

<sup>20)</sup> Die Angaben über die großen Privatwälder beruhen meist auf mündlichen Mitteilungen von Akademie-Schulrat Dr. V. PALM, aufgrund von Unterlagen im Staatsarchiv Koblenz.

zelen kleinen Privatwaldflächen verschiedener Entstehung sind. Ein Teil dürfte aus Almendeteilungen hervorgegangen sein, ferner ist vielfach ein Zusammenhang mit der Rottwirtschaft anzunehmen, wofür auch die vorherrschende Hanglage spricht. Es wäre denkbar, daß sich bei der Rottwirtschaft allmählich Privateigentum herausgebildet hat, etwa bei besonderer Pflege der einzelnen Interessenten nach der Rodung zugeteilten Feldstreifen, z. B. durch Entfernung von Steinen. Vermutlich haben die Nutzungsberechtigten in diesem Falle nach der nächsten Rodung dasselbe Landstück wieder erhalten und so im Laufe der Zeit allmählich, aufgrund gewohnheitsrechtlicher Auffassung, als Privateigentum erworben<sup>27)</sup>. — Mitunter können sich auch mehrere Landwirte zum Kauf eines Waldstückes zusammengeschlossen haben; dem einzelnen dürfte es meist an Kapital für den Kauf größerer Flächen gefehlt haben. Auf diese Weise wurde z. B. der Privatwald nordwestlich von Mengerschied (FA Kirchberg) erworben. Der preußische Staat gab 1830 dieses relativ wenig wertvolle und isoliert von anderen Staatswäldern liegende Waldstück zu sehr günstigen Bedingungen an fünf Mengerschieder Bauern ab<sup>28)</sup>. Eine planmäßige Aufforstung ehemals landwirtschaftlich genutzter Flächen kommt als Entstehungsursache nicht in Betracht; die ersten Ansätze zu einer solchen Entwicklung sind erst in der Gegenwart erkennbar.

#### d) Hochwald- und Niederwaldanteil bei den einzelnen Besitzarten

Wie die Abb. 5 verdeutlicht, besteht eine auffallende Abhängigkeit der Niederwaldverbreitung von den Besitzverhältnissen. Im Staatswald ist der Niederwald so gut wie völlig verschwunden, im Gemeindefeld macht er

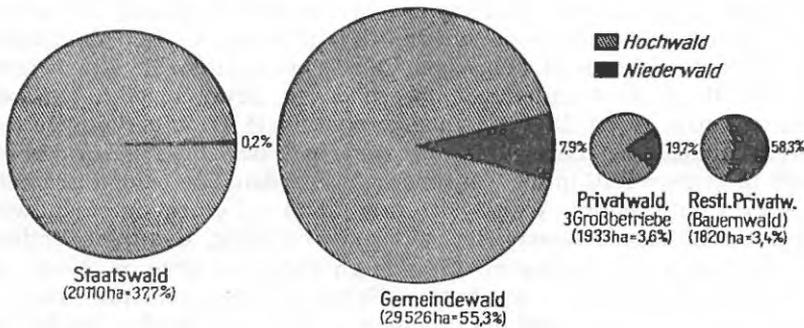


Abbildung 5

noch etwa 8 Prozent aus. Der höhere Anteil im Gemeindefeld darf nicht nur als Folge einer anderen Wirtschaftsführung angesehen werden; er liegt vor allem darin begründet, daß der Gemeindefeld vielfach an steilen Talhängen gelegen ist, wo die Umwandlung besonders hohe Kosten erfor-

<sup>27)</sup> Diese Ansicht über die Entstehung eines Teils der kleinen Privatwälder wird u. a. von V. PALM vertreten (mündl. Mitt.).

<sup>28)</sup> Mündliche Mitteilung Studienrat SIEGEL, Simmern.

dern würde. Staatswald an Talhängen ist kaum anzutreffen, was sich aus der Verbreitung der ehemaligen grund- und landesherrlichen Waldungen erklärt: Wegen der meist geringen flächenhaften Ausdehnung und vor allem wegen der schweren Zugänglichkeit war das Interesse der Territorialherren an diesen Waldgebieten gering. — In den benachbarten Talgebieten von Mosel, Rhein und Nahe liegt der Niederwaldanteil im Gemeindewald noch wesentlich höher, bedingt vor allem durch das Relief und die früher in diesen Gebieten besonders stark verbreitete Eichenlohwirtschaft. — In den großen Privatwäldern des Hunsrücks ist der Anteil des Niederwaldes mit fast 20 Prozent z. Zt. noch ziemlich hoch; der Hauptanteil entfällt auf den Privatwald Kirsch-Puricelli. Das Jagdinteresse ist hier ein wesentlicher Grund für die Erhaltung der Niederwälder gewesen. Der gegenwärtig hohe wirtschaftliche Wert des Holzes bedingt jedoch eine sehr rasch voranschreitende Umwandlung. — Im kleinen Privatwald (Splitterbesitz) macht der Niederwald noch heute mehr als die Hälfte der Fläche aus. Ursache ist vor allem die durch die Realteilung bedingte starke Zersplitterung des Besitzes, die dem einzelnen Waldbesitzer selbst bei vorhandenem Willen und vorhandenem Kapital die Umwandlung seines Waldes in den meisten Fällen unmöglich machen würde, da bei der Kleinheit der Aufforstungsfläche infolge von Windwurf und anderen Schäden der Hochwald nicht existenzfähig sein könnte. In neueren Flurbereinigungen wird der Privatwald trotz großer Schwierigkeiten teilweise miterfaßt, doch würde meist auch dann, wenn ein Waldbesitzer mehrere Parzellen besitzt, der zusammengelegte Besitz immer noch zu klein für eine Aufforstung sein. Die Flurbereinigung ist deshalb vielfach zwangsweise mit Rodung und gemeinschaftlicher Aufforstung der Privatwälder verbunden, bisweilen bei örtlicher Verlagerung des Privatwaldkomplexes. Freiwillige genossenschaftliche Zusammenschlüsse, die die Niederwaldumwandlungen ermöglichen könnten, sind ansonsten, d. h. soweit nicht die Flurbereinigung zu Hilfe kommt und den entsprechenden Druck ausübt, vorläufig noch kaum anzutreffen. Die im Landesforstgesetz (§ 41) angeregte Bildung von Waldwirtschaftsgemeinschaften ist innerhalb des Untersuchungsgebietes noch in keinem Fall in die Tat umgesetzt worden. Die beiden in Rheinland-Pfalz existierenden Waldbesitzerverbände — einer der Landwirtschaftskammer angeschlossen, der andere selbständig, dem Gemeindetag angehörend — sind vorwiegend in anderen Gebieten tätig, in denen der Privatwald größere Bedeutung hat. — Neben der Besitzersplitterung ist vielfach auch Kapitalmangel der Waldbesitzer Grund für das Ausbleiben der Umwandlung, ferner mangelndes Interesse, was sich vor allem aus den langen Produktionszeiträumen in der Hochwaldwirtschaft erklärt. Dieser Gesichtspunkt würde häufig auch im Gemeindewald wirksam sein und eine schlechtere, auf gegenwärtige Ausbeutung gerichtete Wirtschaftsführung zur Folge haben, wenn nicht hier die staatlichen Forstbehörden einen entscheidenden Einfluß hätten. — Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß auch in den kleinen Privatwäldern der Hochwaldanteil allmählich zunimmt. Bisweilen erfolgt die Umwandlung aufgrund gegenseitiger Vereinbarung der einzelnen Waldbesitzer, ohne einen eigentlichen genossenschaftlichen Zusammenschluß. — Kapitalmangel und fehlendes

Interesse sind auch die Hauptursachen für den hohen Niederwaldanteil in den Gehöferschaftswäldern, die nach Fortfall der Rottwirtschaft und der Eichenlohwirtschaft ihre wesentlichsten Zweckbestimmungen verloren haben. Heute sind die Gehöferschaftswälder verwaltungsmäßig weitgehend den Gemeindewäldern gleichgestellt, die Umwandlung schreitet aus diesem Grunde in den letzten Jahren etwas schneller voran.

e) *Der Einfluß der Besitzverhältnisse auf Holzartenzusammensetzung und wirtschaftlichen Ertrag des Waldes*

Wenn noch um 1930 aus der Eifel berichtet wird, in den Gemeindewäldern zeige sich, als Folge der Brennholzberechtigungen, gegenüber den Staatswäldern eine eindeutige Tendenz zum Vorherrschen der Laubholzbestände (SCHUMACHER, J., S. 53) — man darf die gleichen Verhältnisse in dieser Zeit auch für das Untersuchungsgebiet annehmen — so hat sich seitdem das Bild wesentlich gewandelt. Innerhalb des Untersuchungsgebietes ist der Nadelholzanteil bei Staat und Gemeinden heute etwa gleich. In den Forstämtern der Hochfläche zeigt sich bei den Staatswäldern ein leichtes Übergewicht der Nadelholzkulturen (vgl. Tabelle S. 50)<sup>29)</sup>, im Gebiet des Idarwaldes (FÄ Morbach, Rhaunen, Kempfeld) überwiegt der Nadelholzanteil bei den Gemeinden. Wenn insgesamt somit etwa ein gleiches Verhältnis bei beiden Besitzarten festzustellen ist, so dürfen hinter dieser scheinbar uninteressanten Erscheinung nicht die wirkenden Kräfte übersehen werden, die diesen Gleichstand herbeigeführt haben und in Zukunft vielleicht eine weitere Veränderung bewirken können. Entscheidend ist die unterschiedliche wirtschaftliche Einstellung von Staat und Gemeinden gegenüber dem Wald. Während man in den Staatswäldern auf lange Sicht plant und in starkem Maße auch auf die Erhaltung der Waldqualität und auf die Vermeidung zukünftiger Risiken durch eine möglichst vielseitige Holzartenzusammensetzung bedacht ist — auch die genannte Tendenz zur Einführung der Mischkultur ist in den Staatswäldern ausgeprägter vorhanden —, so ist in den Gemeindewäldern der Gesichtspunkt einer möglichst großen wirtschaftlichen Ausnutzung wesentlich stärker vertreten. Die Auswirkungen der Holzberechtigungen sind nur noch gering, das Streben nach hohen Verkaufserlösen steht demgegenüber im Vordergrund. Da einerseits die Preise für Nadelholz höher liegen als für Laubholz und zum anderen junge Laubholzkulturen höhere Kosten erfordern (mehr Pflegearbeiten, Verluste durch Wildverbiß, Errichtung von Wildgattern), läßt sich heute bei den Gemeinden das Bestreben erkennen, möglichst viel Nadelholz anzubauen. Während noch vor hundert Jahren die meisten Gemeinden der Anpflanzung von Nadelholz heftigen Widerstand entgegensetzten, führt die Forstverwaltung heute einen teilweise erbitterten Kampf, um eine zu einseitige Nadelholzwirtschaft in den Gemeindewäldern zu verhindern. Es läßt sich dabei feststellen, daß gerade die finanzschwachen Gemeinden mit geringem Waldbesitz besonders einseitig die Nadelholzkulturen bevorzugen.

---

<sup>29)</sup> Für eine Betrachtung haben dabei nur die Zahlen der FÄ Kirchberg und Kastellaun Wert, da in den anderen FÄ der Hochfläche, Simmern und Büchenbeuren, die Staatswaldflächen nur sehr klein sind.

In den großen Privaldwäldern entspricht die Holzartenzusammensetzung im ganzen gesehen etwa derjenigen in den Staats- und Gemeindewäldern. Auffallend ist allerdings die Tatsache, daß im Hochwald Kirsch-Puricelli die Fichte im Hochwald 62 % ausmacht gegenüber nur 45 % bzw. 41 % im Staatswald der benachbarten FÄ Neupfalz und Entenpfuhl, bei etwa den gleichen natürlichen Bedingungen. Einmal zeigt sich hier wiederum eine Folge unterschiedlicher Wirtschaftsgesinnung, zum anderen sind insofern auch geschichtliche Faktoren mitwirkend, als der Privatwald Kirsch-Puricelli im ehemaligen Holzkohle-Einzugsbereich der Eisenhütten des Guldenbachtals gelegen ist, wo infolge der Köhlerei der Wald besonders stark gelitten hatte; gute Laubhochwälder waren gegenüber den westlich anschließenden Teilen nur in weitaus geringerem Maße erhalten geblieben.

In den kleinen Privatwäldern und Gehöferschaftswäldern ist der Laubholzanteil entsprechend dem Vorherrschen der Niederwälder hoch; bei Umwandlungen hat man jedoch, soweit man die Niederwälder nicht durchwachsen ließ, überwiegend Nadelholz angepflanzt.

Während noch in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts die Holz-erträge pro ha im Gemeindewald weit unter denen des Staatswaldes lagen, hat sich in jüngster Zeit ein Gleichstand oder sogar eine leichte Überlegenheit der Gemeindewälder ergeben, abgesehen von den Gebieten, in denen der Niederwald einen größeren Anteil des Gemeindewaldes ausmacht. So liegen z. B. südlich des Soonwaldes die Holz-erträge bei den Gemeinden noch heute wesentlich niedriger als im Staatswald (UHLIG, S. 193). Innerhalb des Untersuchungsgebietes betragen im Planeinschlag für das Forstwirtschaftsjahr 1955<sup>30)</sup> die Hektarerträge im Staatswald 3,14 fm, im Gemeindewald 3,56 fm, die Erträge im Gemeindewald lagen somit über denen des Staatswaldes. Das starke Anwachsen der Einschlagszahlen im Gemeindewald liegt zu einem wesentlichen Teil darin begründet, daß viele der in preußischer Zeit angepflanzten Nadelholzbestände — die Anpflanzung erfolgte im allgemeinen später als im Staatswald — inzwischen hiebreif geworden sind. Die Tatsache, daß die Erträge heute im Gemeindewald sogar höher liegen, darf nicht nur auf die genannte unterschiedliche Wirtschaftsauffassung und Wirtschaftsweise zurückgeführt werden, zumal diese Entwicklung relativ jung ist und in den Holz-erträgen noch keinen wesentlichen Niederschlag finden kann. Andere Faktoren fallen stärker ins Gewicht und können als Hauptursachen für die scheinbare Unterlegenheit des Staatswaldes angesehen werden: zunächst einmal wirkt sich der überwiegend geschichtlich bedingte höhere Laubwaldanteil im Soonwald aus. Der Holzzuwachs pro ha und Jahr ist, wie schon gesagt, bei Laubholz im allgemeinen geringer. Ferner ist die schlechtere Bodenqualität im Bereich der großen Staatswälder von Soonwald und Idarwald zu berücksichtigen, und schließlich machen sich auch die großen Holzeinschläge der Nachkriegsjahre, unter denen der Staatswald weitaus

---

<sup>30)</sup> Forstwirtschaftsjahr 1955: 1. 10. 54—30. 9. 55; Rechnungsjahr 1955: 1. 4. 55—31. 3. 56.

mehr zu leiden hatte als der Gemeindewald, in den gegenwärtigen Holz-erträgen empfindlich bemerkbar.

## 5. Die Organisation der Forstverwaltung

Nach dem Grundgesetz ist die Forstwirtschaft Angelegenheit der Län-der. Die oberste Forstbehörde in Rheinland-Pfalz ist das dem Ministerium für Landwirtschaft-Weinbau und Forsten angegliederte Landesforstamt in Mainz, ihm unterstellt sind die Regierungsforstämter der einzelnen Regierungsbezirke; das Untersuchungsgebiet gehört dem Zuständigkeitsbereich der Regierungsforstämter Koblenz und Trier an. Die Regierungsforstämter gliedern sich wiederum in eine Anzahl einzelner Forstämter; die zum Untersuchungsgebiet gehörigen FÄ wurden bereits genannt und ist aus der Karte 1 zu ersehen. An der Spitze des Forstamtes steht der Forstmeister (akademische Laufbahn). Das FA ist untergliedert in jeweils durchschnittlich zehn bis zwölf Revierförstereien, von Oberförstern oder Revierförstern (nichtakademische Laufbahn) geleitet. Die FÄ in ihrer heutigen Form, die sogenannten Einheitsforstämter, — geschlossene Verwaltungsgebiete, sowohl Staatswald wie Gemeindewald wie auch kleinen Privatwald umfassend — bestehen in dieser Art erst seit wenigen Jahren; die Einrichtung wurde in den Kriegsjahren begonnen und 1947 abgeschlossen. Bis zu dieser Zeit gab es die sogenannten staatlichen Oberförstereien einerseits und auf der anderen Seite die Gemeindeoberförstereien. Diese Verwaltungseinteilung hatte vor allem den Nachteil, daß die einzelnen Oberförstereien häufig sehr weit ausgedehnt und auch regional stark zersplittert waren.

Die Befugnisse der staatlichen Forstbehörden bei den einzelnen Waldbesitzarten sind verschieden. Der Forstmeister eines Einheitsforstamtes verwaltet den Staatswald, beaufsichtigt den Gemeindewald und betreut den kleinen Privatwald (W. HABEL, o. J.). Die heute im Gemeindewald anzutreffende „technische Betriebsaufsicht“ wird wegen der zu geringen Vollmachten der Forstbehörden vom größten Teil der Forstbeamten abgelehnt; man wünscht sie durch die staatliche „Beförsterung“ zu ersetzen<sup>31</sup>). Die Beförsterung „ist die intensivste Form der staatlichen Einwirkung auf die Waldwirtschaft der Gemeinden. Bei ihr übernimmt die Staatsforstverwaltung kraft gesetzlicher Bestimmungen die gesamte Betriebsleitung mit oder ohne Betriebsvollzug durch eigene Beamte“. „Die technische Betriebsaufsicht stellt im wesentlichen nur die Forderung, daß die Forstbetriebe nach den Prinzipien der Nachhaltigkeit und Planmäßigkeit zu führen sind.“ (IMMEL, S. 284 f.). Ein wichtiger Grund für die staatliche Aufsicht im Gemeindewald, über deren Ausmaß die obengenannten Meinungsverschiedenheiten bestehen, ist das unpersönliche Wesen der Gemeinde. Meist dominiert das Interesse des Einzelnen, was ohne staatliche Mitwirkung leicht zu einer verantwortungslosen Aus-

---

<sup>31</sup>) Die Form der staatlichen Einwirkung im Gemeindewald ist von Regle-rungsbezirk zu Regierungsbezirk verschieden. In den Regierungsbezirken Koblenz und Trier ist die technische Betriebsaufsicht am deutlichsten ausgeprägt, während innerhalb von Rheinland-Pfalz beispielsweise in Rhein-hessen die Beförsterung in ziemlich reiner Form anzutreffen ist.

nutzung des Waldes führen könnte; die Geschichte liefert hierfür genügend Beweise. — Die großen Privatwälder, sogenannte „Eigenbetriebe“, werden von den Eigentümern auf Wunsch völlig selbständig bewirtschaftet. In den Privatwäldern Kirsch-Puricelli und Salis-Soglio sind private Förster eingesetzt, der Vierherrenwald wird durch den Staat mitverwaltet. — Die kleinen Privatwälder werden nur zum Teil durch die staatlichen Forstbehörden betreut, zum anderen Teil sind sie einer Abteilung der Landwirtschaftskammer angeschlossen. Die Betreuung erstreckt sich nicht auf den eigentlichen Betriebsvollzug, sondern vor allem auf Hilfeleistungen bei der Beschaffung von Saatgut und Pflanzen sowie beim Holzverkauf (Landesforstgesetz, § 43).

## **6. Einschlag, Verkauf, Transport, wirtschaftliche Verwertung und Absatz des Holzes**

Der Holzeinschlag erfolgt fast ausschließlich während der Wintermonate zur Zeit der Saffruhe. Unter arbeitstechnischen Gesichtspunkten ergibt sich dabei ein günstiges Zusammentreffen mit dem Arbeitsrhythmus in der Landwirtschaft, da während der winterlichen Arbeitspause meist genügend Arbeitskräfte für den Holzeinschlag vorhanden sind.

Die Höhe des jährlichen Einschlages, ausgedrückt in den Hiebsätzen, wird meist für einen längeren Zeitraum festgelegt; Zusatzeinschläge und dadurch bedingte Einsparmaßnahmen in den folgenden Jahren ergeben sich nicht selten durch Kalamitäten verschiedenster Art: Schneebruch, Windwurf, Schädlingsbefall u. a. Diesen Risiken wird in beschränktem Rahmen auch durch Reservebildungen vorgebeugt. — Die Betriebswerke, in denen der jährliche Einschlag festgelegt wird, im Gemeindewald pro Gemeinde, sollen alle zehn Jahre erneuert werden; für die Neueinrichtung sind umfangreiche und mit Kosten verbundene Vorarbeiten erforderlich. Ein Teil der Betriebswerke der Gemeinden ist z. Zt. noch sehr veraltet, in den meisten Fällen ist die Neueinrichtung jedoch im Gange. — Über den jährlichen Einschlag hinaus können die Gemeinden Sonderhiebe beantragen, die meist der Finanzierung des Baues von Schulen, Gemeindehäusern, Straßen, Wasserleitungen u. a. dienen. Sonderhiebe können aus der Reserve entnommen werden, sie können ferner durch Abzüge vom Planeinschlag der kommenden Jahre oder, wenn es sich um längerwirkende Eingriffe in den Waldbestand handelt, durch geringere Zuteilungen in den folgenden Einschlagsperioden ausgeglichen werden. — Die Reservebildung im Gemeindewald ist erst zum Teil durchgeführt, vorwiegend in walddreichen Gemeinden.

Der Verkauf des eingeschlagenen Holzes erfolgt im Staatswald durch das Forstamt, im Gemeindewald zum überwiegenden Teil durch die Gemeinden oder Ämter; nur in wenigen Fällen, wo die Zusammenarbeit zwischen Forstamt und Gemeinden besonders gut ist, wird auch der Holzverkauf aus dem Gemeindewald ganz oder teilweise durch die Forstbehörden durchgeführt.

Nach der Art des Verkaufssystems unterscheidet man die Versteigerung, die Submission und den freihändigen Verkauf. Das Verfahren der öffent-

lichen Versteigerung wird vor allem dort angewendet, wo es sich um größere Holzbeträge handelt; es hat den Vorteil, daß auch auswärtige Käufer erscheinen und die Preise entsprechend der großen Nachfrage günstig ausfallen. Die Versteigerung findet sich vor allem im Staatswald, doch können sich auch Gemeinden, deren Wald günstig zum Versteigerungsort liegt, anschließen. Versteigerungen aufgrund eigener Initiative der Gemeinden sind selten, die räumliche Streuung des Gemeindewaldes ist ein wesentlicher Hinderungsgrund, ferner vielfach mangelnde wirtschaftliche Beweglichkeit auf Seiten der Gemeinden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die Frage, in wessen Händen der Holzverkauf liegt. — Die Versteigerung findet meist zu Ende des Winters nach dem Holzeinschlag statt. Im Fachblatt wird der Versteigerungstermin angegeben; interessierte Käufer melden sich beim Forstamt an und erhalten daraufhin genauere Unterlagen, z. B. Angabe der Distrikte, in denen das Holz liegt, ferner Bezeichnung der Sortimente (Stammholz, Grubenholz, Brennholz usw.). Das Forstamt entscheidet nach der Qualität, ob das eingeschlagene Holz als Nutzholz oder Brennholz Verwendung finden soll. Der am Kauf interessierte Abnehmer hat dann Gelegenheit, das genau gekennzeichnete Holz am Ort des Einschlages anzusehen und sein Angebot festzulegen. Die eigentliche Versteigerung findet in geschlossenem Raum statt, meistens in einer Wirtschaft. Die einzelnen Posten werden aufgerufen, das Meistgebot entscheidet. — Bei der Submission werden die einzelnen Käufer angeschrieben, das Angebot erfolgt zu einem festgesetzten Termin schriftlich, das Forstamt wählt das Meistgebot aus. Diese zweite Form des Verkaufs ist relativ selten und ebenfalls nur bei großen Holzmengen sinnvoll. Sie ist daher, soweit überhaupt angewandt, vorwiegend auf den Staatswald beschränkt. — Beim freihändigen Verkauf wartet der Verkäufer die Angebote ab und verkauft nach eigenem Ermessen. Oft handelt es sich bei den Käufern um feste Kunden, z. B. lokale Sägewerke. Diese Form des Verkaufs ist vor allem im Gemeindewald anzutreffen.

Käufer sind meist die Abnehmerfirmen selbst. Zwischenhandel ist selten und beschränkt sich vor allem auf Brennholz, Grubenholz und Schwellen.

Der Abtransport des Holzes vom Einschlagsort erfolgt zum kleineren Teil während der Wintermonate — meist werden die Kaufverträge erst zu Ende des Winters oder im Frühjahr abgeschlossen —, in der Hauptsache dann während des Sommers, wenn nach der Frühjahrsschneesmelze die Wege sich wieder gefestigt haben. Bis Anfang August ist der Wald im allgemeinen von geschlagenem Holz geräumt. In Ausnahmefällen lassen die Abnehmerfirmen, so z. B. die Fa. Kuntz in Kirn, der größte Holzabnehmer des Gebietes, das Holz ein ganzes Jahr im Wald liegen. Die Vorteile der Ersparnis von Lagerkosten und des Gewichtsverlustes während der Lagerzeit übertreffen dabei die Nachteile von Diebstahl, Zinsverlust und Holzverschlechterung. — Das Waldwegenetz ist im allgemeinen gut; vor allem Soonwald und Idarwald werden, auf jeder großmaßstäbigen Karte deutlich erkennbar, von zahlreichen breiten Waldwegen durchzogen, die zum großen Teil befestigt sind. Der durch die überwiegend sanften und einheitlichen Geländeformen begünstigte vielfach schnurgerade Verlauf der Wege verleiht diesen großen Wäldern ein typisches Gepräge und

unterstreicht den ruhigen und großzügigen Eindruck des gesamten Landschaftsbildes.

Die Abfuhr erfolgt durch die Abnehmerfirmen oder durch beauftragte Fuhrleute, nicht jedoch durch die Forstverwaltung. Zu unterscheiden sind das „Rücken“ des Holzes an die größeren Waldwege und zum anderen der eigentliche Abtransport. Das Rücken erfolgt überwiegend mit Pferden, bei schweren Buchen- und Eichenstämmen auch mit Traktoren; die Abfuhr wird mit Traktoren, Lastwagen oder auch mit Spezialfahrzeugen der Abnehmerfirmen vorgenommen. Es liegt im Ermessen der einzelnen Firmen, ob sie den Transport selbst übernehmen oder Fuhrleute damit beauftragen. Viele Firmen vergeben sowohl das Rücken wie den Abtransport an Fuhrleute, andere nur das Rücken, der Abtransport wird mit eigenen Fahrzeugen vorgenommen, wieder andere führen sowohl das Rücken wie den Abtransport selbst durch. Die Fa. Kuntz z. B., eine der wenigen Firmen, die selbst rücken, besitzt eine größere Anzahl von Pferden, die per LKW an den Einschlagsort des Holzes gebracht werden. Auswärtige Abnehmer, z. B. die Käufer von Faserholz, lassen sämtliche Arbeiten durch Fuhrleute vornehmen, die das Holz im allgemeinen bis an die nächste Bahnstation bringen, bisweilen auch bis an die Hauptverkehrslinien. Einige im Hunsrück selbst ansässige Firmen legen bewußt Wert darauf, einheimischen Bauern, die im Nebengewerbe ein Fuhrgeschäft betreiben, Beschäftigungsmöglichkeit zu geben. Beim Holzbezug aus dem Gemeindegewald wird auch von seiten der Gemeinden häufig die Forderung gestellt, daß sich der Abnehmer der ortsansässigen Fuhrleute zu bedienen habe. — Innerhalb des Untersuchungsgebietes gibt es ca. 40 Fuhrleute, die vorwiegend mit der Holzabfuhr beschäftigt sind; vielfach sind es Landwirte, die das Fuhrgeschäft in den weniger arbeitsreichen Zeiten betreiben. Nach der regionalen Verbreitung läßt sich eine etwas stärkere Konzentration an den Rändern der großen Waldgebiete von Soonwald und Idarwald feststellen, teilweise auch begünstigt durch den Verlauf der Eisenbahn. Viele Fuhrleute besitzen sowohl Traktoren wie Pferde, einige nur Traktoren, wieder andere nur Pferde. Entsprechend ihrer Ausrüstung sind sie vorwiegend mit dem Rücken oder mit dem Abtransport des Holzes beschäftigt. Landwirte ohne angemeldeten gewerblichen Fuhrbetrieb sind im Holztransport selten zu finden. Die Anmeldung, die Pflicht ist, bedeutet Verlust der Steuerfreiheit des Traktors und der Preisvergünstigung beim Bezug von Dieselkraftstoff; auch für den gewerblichen Einsatz von Pferden müssen Steuern entrichtet werden. Auf der anderen Seite bedeutet das Fuhrgewerbe für manchen kleineren Landwirt eine rentable Einsatzmöglichkeit für Traktoren und Zugvieh sowie auch für die eigene Arbeitskraft. Die Versuchung, ohne Anmeldung des Gewerbes sich am Fuhrgeschäft zu beteiligen, ist daher groß, und nicht immer sind die Bemühungen erfolglos, doch wird im allgemeinen von den Fuhrleuten, die in hartem Konkurrenzkampf untereinander stehen, argwöhnisch darüber gewacht, daß illegale Nebenverdienste dieser Art unterbleiben.

Bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Verwertung des Holzes erscheint es zweckmäßig, zunächst eine Übersicht über die wichtigsten Holzsortimente zu vermitteln:

**Gesamter Holzeinschlag**

Derbholz					Reiser- und Stockholz		
Nutzholz					Brennholz	Nutzholz	Brennholz
Stammholz	Derbstangen	Schwellen	Grubenholz	Faserholz			
Nadelh. und Laubh.	überwiegend Nadelh.	überwiegend Laubh.	Nadelh. und Laubh.	Nadelh. und Laubh.	Laubh.	überwiegend Nadelh.	Laubh.

Das Derbholz verhält sich mengenmäßig zum Reiser- und Stockholz etwa wie 97 : 3, Derb-Nutzholz zu Derb-Brennholz wie 80 : 20. Unter dem Derb-Nutzholz macht das stärkste Sortiment, das Stammholz, fast die Hälfte aus; zuzüglich des ebenfalls noch starken Sortimentes der Derbstangen sind es 50—60 %. Der Rest verteilt sich vor allem auf Grubenholz und Faserholz, der Anteil der Schwellen ist gering. — Die Aufgliederung der Sortimente erfolgt nach Alter und Stärke des Holzes sowie nach der Qualität. Eine Abgrenzung ist nicht immer eindeutig möglich; so sind z. B. Grubenholz und Faserholz vielfach konkurrierende Sortimente.

Das Stammholz wird von den Sägewerken aufgekauft und entsprechend auch als Sägewerksholz bezeichnet. Derbstangen werden im Baugewerbe benötigt, vor allem als Stützen bei Baugerüsten, ferner finden sie auch als Telegraphenmasten Verwendung. Grubenholz ist der Sammelbegriff für alles Holz, das im Bergbau der Abstützung von Hohlräumen dient; die Stärke des Holzes kann im einzelnen recht unterschiedlich sein. Faserholz ist Ausgangsmaterial in der Zellstoffindustrie; Schwellen werden überwiegend im Eisenbahnbau verwendet. Soweit Reiser- und Stockholz als Nutzholz Verwertung findet, handelt es sich meist um Weinbergspfähle.

Als Sägewerksholz, Grubenholz und Faserholz sind sowohl Laubholz wie Nadelholz geeignet. Beim Faserholz ist das Verhältnis etwa ausgeglichen, unter den Laubhölzern kommt dabei fast nur die Buche in Betracht. Bei Sägewerksholz und Grubenholz überwiegt der Nadelholzanteil <sup>32)</sup>. Als Derbstangen verwendet man wegen der Geradwüchsigkeit fast nur Nadelholz, während Schwellen fast ausschließlich aus Laubholz bestehen. Bei den Weinbergspfählen überwiegt das Nadelholz. Als Brennholz ist das Nadelholz wegen seiner geringen Heizkraft im allgemeinen untauglich, im übrigen gibt es kaum Nadelholz, das nicht als Nutzholz Verwertung finden und somit einen höheren Geldertrag abwerfen könnte. Für die Verwendung als Brennholz ist somit fast nur Laubholz geeignet.

<sup>32)</sup> Die Angaben sind selbstverständlich nur für die lokalen Verhältnisse gültig.

Bei der Aufgliederung in Nutzholz und Brennholz ergeben sich sowohl regional wie auch nach den Besitzverhältnissen einige Vergleichsmöglichkeiten. Nachstehende Tabelle gibt eine Übersicht über die Verhältnisse in den zum Untersuchungsgebiet gehörigen Forstämtern des Regierungsbezirkes Koblenz <sup>33)</sup>.

Nutzholzanteil (‰) am Derbholzeinschlag  
(Forstwirtschaftsjahr 1955)

	Staatswald	Gemeindewald
1. FA Neupfalz	74	—
2. FA Entenpfuhl	74	—
3. FA Simmern	77	76
4. FA Kirchberg	85	74
5. FA Kastellaun	86	77
6. FA Büchenbeuren	87	66
	$\phi$ 1.—6. 80,50	$\phi$ 73,25
	$\phi$ 4.—6. 86	

Betrachtet man zunächst nur die Staatswaldreihe, so zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen den Waldgebieten des Soonwaldes und der Hochfläche. Der geringere Nutzholzanteil im Soonwald ergibt sich aus dem hier höheren Laubwaldanteil <sup>34)</sup>. — Bei einem Vergleich zwischen Staatswald und Gemeindewald fällt die Überlegenheit des Staatswaldes in der Nutzholzproduktion auf, die auch dann noch deutlich hervortritt, wenn man die Gebiete des Soonwaldes mit ihrem höheren Laubholzanteil dem Staatswald hinzurechnet ( $\phi$  1.—6.). Die geringeren Nutzholzanteile im Gemeindewald erklären sich einmal aus den in manchen Gemeinden noch vorhandenen Holzberechtigungen, durch die vielfach Laubholz, das als Nutzholz geeignet wäre, als Brennholz abgegeben wird, zum anderen aus dem großen Anteil der Talhänge an der Fläche des Gemeindewaldes, die einen negativen Einfluß auf die Nutzholzpreise ausüben. Der besonders niedrige Prozentsatz des Nutzholzes im FA Büchenbeuren hängt z. B. zusammen mit den hier noch besonders stark verbreiteten Holzberechtigungen. — Die vielfach noch vor dem Kriege feststellbare Abhängigkeit der Nutzholzpreise sowie andererseits auch der Kohle- und Brikettpreise von der Verkehrslage, eine Erscheinung, die auch auf das Verhältnis von Nutzholz zu Brennholz erheblichen Einfluß ausübte, ist heute innerhalb des Untersuchungsgebietes kaum noch festzustellen (vgl. HABEL 1956, S. 47). Die Nutzholzpreise sind, soweit es die allgemeine Verkehrslage — nicht die lokale „Abfuhrlage“! — anbetrifft, ausgeglichen; nur bei den Bezugspreisen für Briketts ergeben sich noch geringe Unterschiede, abhän-

<sup>33)</sup> Für den Regierungsbezirk Trier war eine entsprechende Statistik noch nicht vorhanden.

<sup>34)</sup> Die kleine Staatswaldfläche des FA Simmern gehört größtenteils dem Soonwald an. — Zu den FA Neupfalz und Entenpfuhl gehören auch noch kleinere Staatswaldgebiete südlich des Soonwaldes, die jedoch das Gesamtbild nicht wesentlich beeinflussen.

gig vor allem von der Entfernung von der Eisenbahn. Es muß in diesem Zusammenhang betont werden, daß die Verbesserung der Verkehrserschlossenheit ihrerseits wiederum zu einem großen Teil den Einnahmen aus den Wäldern zu verdanken ist, die den Gemeinden den Ausbau der kleineren Ortsverbindungsstraßen vielfach erst ermöglichte. — Während also die Verkehrslage auf die Holzpreise und somit auf den Nutzholzanteil keinen Einfluß mehr ausübt, kommt der lokalen Abfuhrlage noch immer große Bedeutung zu. Hier sind es vor allem die hohen Rückerkosten an den steilen Talhängen, die die Nutzholzpreise herabdrücken. Der Holzabnehmer muß die Rückerkosten tragen und zahlt dementsprechend an den Waldeigentümer — meist sind es die Gemeinden — einen niedrigeren Holzpreis. Das hat zur Folge, daß vor allem billige Nutzholzsortimente, z. B. Laubfaserholz, nicht als Nutzholz Verwendung finden, sondern für den Eigenbedarf der Gemeindebewohner als Brennholz eingeschlagen werden. Zwar besagt die noch gültige Nutzholzverordnung von 1937, daß alles Holz, das als Nutzholz geeignet ist, auch als Nutzholz Verwendung finden muß, doch wird diese Verordnung mit Rücksicht auf die besonderen Umstände, unter denen sie entstanden sind, heute meist nur locker gehandhabt. — Oberflächenformen (Abfuhrlage) und Holzberechtigungen sind somit die Hauptursachen für die niedrigeren Nutzholz-Prozentsätze im Gemeindewald und für den daraus zu erklärenden geringeren wirtschaftlichen Ertrag. Auf die Holzberechtigungen soll an anderer Stelle, im Zusammenhang mit der Frondearbeit, noch eingegangen werden. Der Einfluß der Oberflächenformen wird durch folgendes Beispiel verdeutlicht:

In den Gemeinden Schlierscheid, Henau und Kellenbach im Bereich des Kellenbaches sowie Hecken und Bruschied im Bereich des Hahnenbaches (alle FA Kirchberg) betrug im Forstwirtschaftsjahr 1955 der durchschnittliche Nutzholzanteil am Derbholzeinschlag nur 62 % gegenüber ca. 83 % im gesamten FA Kirchberg. Entsprechend lag der durchschnittliche Nutzholzpreis bei 63 DM je fm gegenüber 71 DM im ganzen FA Kirchberg und etwa 80 DM in den angrenzenden FÄ Büchenbeuren und Kastellaun. (Brennholzpreis: etwa 15 bis 20 Mark). Bei den genannten Gemeinden mögen Verkehrsentlegenheit und somit höhere Brikettpreise, zum anderen auch Holzberechtigungen mitbedingend sein, doch kommt hier der ungünstigen Abfuhrlage der Gemeindewälder an den Talhängen und damit den besonders hohen Rückerkosten zweifellos die entscheidende Bedeutung zu. Ähnlich ist die Situation beispielsweise auch in den Gemeinden Lindenscheid, Rhaunen und Weitersbach im Bereich des Hahnenbaches und seiner Nebenbäche (FA Rhaunen) sowie in Gräfendhron am Dhronbach (FA Morbach). Die Nutzholzanteile liegen hier durchweg niedrig; Angaben über Holzpreise waren nicht zu ermitteln.

Bei der Behandlung des Absatzes soll u. a. auch untersucht werden, wie groß der Anteil des Holzes ist, der zur Bearbeitung und Weiterverarbeitung innerhalb des Untersuchungsgebietes verbleibt und in welchem Maße hier die Möglichkeiten zu einer industriellen Verwertung ausgenutzt sind. — Absatzradius und Absatzrichtung sind bei den einzelnen Sortimenten unterschiedlich. Das Stammholz bleibt fast ausschließlich im engeren Bereich. Großenteils wird es von den Sägewerken im Hunsrück aufgenommen.

men, ferner auch von Betrieben im Nahe- und im Moselgebiet, auf die etwa ein Viertel bis ein Drittel des Stammholzes entfällt. Vor allem aus dem Soonwald geht ein großer Teil des Holzes an die südlich davon gelegenen Sägewerke. Ein wichtiger Holzabnehmer ist die schon erwähnte Fa. Kuntz in Kirn, vor allem für Nadelhölzer. Laubstammholz bleibt meist im Hunsrück selbst, wo es in der Holzverarbeitung, besonders in der Möbelindustrie, weitere Verwendung findet. — Stangen werden größtenteils von der Fa. Richtberg in Bingen aufgekauft, ferner von kleineren lokalen Firmen. — Grubenholz wird in den Sägewerken des engeren Bereichs — Hunsrück und Nahe — zugeschnitten und vor allem ins westfälische Kohlenbergbaugesamt abgesetzt; der Anteil des Saargebietes ist gering. Der Absatz erfolgt überwiegend über den lokalen Zwischenhandel, zum kleineren Teil auch direkt an die Vereinigten Holzgesellschaften in Essen. — Faserholz wird nach erster Bearbeitung im lokalen Bereich von auswärtigen Firmen unter Ausschluß des Zwischenhandels aufgekauft; kleinere Mengen werden ferner von zwei Holzwolffabriken in Hoxel am Idarwald und in Bacharach bezogen. Wichtigste Abnehmer sind die Fa. Lund in Hagen/Westf. und die Feldmühle in Düsseldorf, ferner die Aschaffenburgische Zellstoff A. G., die Fa. Zellstoff Mannheim-Waldhof und vereinzelt auch die Schwäbische Zellstoff A. G. in Ehingen/Donau. — Schwellen haben einen etwas geringeren Absatzradius als Gruben- und Faserholz. Hauptkäufer ist die Fa. Richtberg in Bingen. — Der Absatzradius des Brennholzes ist wesentlich kleiner als der des Nutzholzes. Der größte Teil bleibt für den Eigenbedarf im Hunsrück selbst, vor allem das Brennholz aus dem Gemeindewald. Aus den Staatswäldern des Soonwaldes geht ein größerer Teil in das Kreuznacher Gebiet und nach Rheinhessen, aus dem Bereich des Idarwaldes vor allem nach Trier. Käufer sind Holzhändler. — Besonders zu erwähnen ist noch die Herstellung von Weinbergspfählen. Die Produktion erfolgt zum Teil in kleinen handwerklichen Betrieben, zum Teil ist sie auch Sägewerken angegliedert. Absatzgebiete sind die angrenzenden Weinbaulandschaften von Mosel, Rhein und Nahe.

Es zeigt sich, daß nur ein Teil des eingeschlagenen Holzes zur gewerblichen Weiterverarbeitung innerhalb des Untersuchungsgebietes verbleibt, was jedoch vorwiegend in der Eigenart und Zweckbestimmung der Sortimente begründet liegt. Prozentangaben wären wenig sinnvoll, da der Grad der Be- und Verarbeitung vor dem endgültigen Absatz in andere Gebiete im einzelnen sehr unterschiedlich ist; er reicht vom einfachen Schälens und Zerschneiden bis zu den höheren Stufen der Weiterverarbeitung, z. B. in der Möbelindustrie. — Das mengenmäßig bedeutendste Sortiment, das Sägewerksholz, ist das einzige, das fast ausschließlich im engeren Bereich verbleibt und hier die Grundlage einer heimischen Industrie bildet. Eine weitere Vermehrung der Zahl der Sägewerke bzw. eine Vergrößerung bereits bestehender Betriebe ist kaum noch möglich, da schon heute die im Hunsrück anfallenden Stammholzmengen nicht mehr ausreichen, die vorhandene, in den Vor- und Nachkriegsjahren zu stark ausgeweitete Kapazität der Sägewerke voll auszulasten. — Die anderen Nutzholzsortimente — Grubenholz, Faserholz, Stangen, Schwellen, Weinbergspfähle —

verlassen entsprechend ihrer Zweckbestimmung als „Rohholz“ den Hunsrück. Die Eigenart dieser Sortimente macht einen höheren Grad der Verarbeitung innerhalb des Hunsrücks unmöglich, doch erfolgt die erste Bearbeitung — Zerteilung des Gruben- und Faserholzes, Schälen („Weißschnitzen“) beim Faserholz, Imprägnieren der Masten und Weinbergspfähle, bei letzteren auch das Spitzen — soweit wie möglich im Hunsrück selbst. Die gegebenen Beschäftigungsmöglichkeiten sind auch bei diesen Sortimenten weitgehend ausgenutzt. Durch das FA Kastellaun ist beispielsweise mit der Fa. Lund/Hagen die Vereinbarung getroffen worden, daß das Schneiden und Schälen des Faserholzes nur von einheimischen Arbeitern ausgeführt wird. Es handelt sich dabei um Waldarbeiter, die im Sommer nicht im Wald beschäftigt werden können. Das FA will verhindern, daß diese Arbeiter gezwungen sind, eine andere Beschäftigung zu suchen, da sie auf diese Weise unter Umständen der Forstwirtschaft ganz verlorengehen würden.

Wenn einerseits eine weitere Produktionssteigerung der Sägewerksindustrie aus den genannten Gründen kaum mehr erfolgen kann, so muß auf der anderen Seite betont werden, daß die Möglichkeiten zur Weiterverarbeitung des Holzes im Hunsrück noch nicht voll ausgenutzt sind. Ein großer Teil des in den Sägewerken produzierten Schnittholzes wird in andere Gebiete abgesetzt, überwiegend in das rheinisch-westfälische Industriegebiet, in geringerem Maße auch zur Saar und in den rhein-mainischen Raum. Dieses Holz könnte durchaus innerhalb des Hunsrücks einer weiteren Veredlung unterzogen werden und somit weiten Kreisen der Bevölkerung als Erwerbsgrundlage dienen. — Der Hunsrück ist auch in den letzten Jahren allgemeiner wirtschaftlicher Hochkonjunktur im ganzen gesehen ein Überschußgebiet an Arbeitskräften geblieben. Will man hier das Gewerbe fördern, so liegt es nahe, vom wichtigsten einheimischen Rohstoff, dem Holz, auszugehen. Möglichkeiten einer weiteren Ausnutzung des Holzes sind jedoch nur im Wege der Weiterverarbeitung gegeben. Gerade die weiterverarbeitende Industrie vermag es, im Gegensatz zur reinen Sägewerksindustrie, viele Arbeitskräfte an sich zu binden. Zwar ist die Holzverarbeitung im Hunsrück schon heute nicht unbedeutend, — sie steht nach der Beschäftigtenzahl an der Spitze aller Gewerbe —, doch sind Möglichkeiten zu einer weiteren Entwicklung dieses Industriezweiges sowohl von der Rohstoff- wie auch von der Arbeitsseite her durchaus vorhanden.

## **7. Die Waldarbeit in sozialgeographischer Sicht**

### **a) Beschäftigtenzahlen, Art der Arbeit, Einteilung der Waldarbeiter nach der jährlichen Beschäftigungsdauer**

Die Gesamtzahl der im Walde beschäftigten Personen beträgt innerhalb des Untersuchungsgebietes knapp 4 000, das sind bei ca. 43 000 Beschäftigten rund 9 Prozent. Der überwiegende Teil arbeitet jedoch nur einige Wochen oder Monate pro Jahr im Wald und ist in der übrigen Zeit meist in der Landwirtschaft tätig. Insgesamt sind es etwa 1 700 bis 1 800 Männer und 1 500 bis 2 000 Frauen und Mädchen. Hinzu kommt das Forstpersonal, das sich vor allem in den unteren Dienstgraden meist auch aus Einhei-

mischen zusammensetzt. Die Zahl der Waldarbeiter und Waldarbeiterinnen schwankt von Jahr zu Jahr entsprechend der unterschiedlichen Höhe des Einschlages, bedingt vor allem durch Kalamitäten, und infolge des in den einzelnen Jahren stärker differierenden Umfangs der erforderlichen Kulturarbeiten. — Die männlichen Waldarbeiter sind überwiegend im winterlichen Holzeinschlag tätig, ein kleinerer Teil auch während des Sommerhalbjahres, wo sie vor allem im Wegebau, bei Fuhrarbeiten (z. B. von Jungpflanzen, nicht in der Holzabfuhr) und bei schwereren Kulturarbeiten eingesetzt werden. Die jährliche Arbeitszeit der Waldarbeiterinnen ist meist kurz, vorwiegend sind sie bei den Pflanzarbeiten während des Frühjahrs beschäftigt. Die Arbeitszeit beträgt etwa sechs bis acht Wochen. Die Pflegearbeiten an den Kulturen — hacken, freischneiden u. a. — während des Sommers und Herbstes erfordern wesentlich weniger weibliche Arbeitskräfte. Die Zahl der Kulturarbeiterinnen hat in den letzten Jahren stark abgenommen, da der Nachholbedarf an Neupflanzungen als Folge der großen Nachkriegseinschläge inzwischen aufgeholt ist: 1949 gab es im Regierungsbezirk Koblenz im Staatswald noch 9,2 % Kahlfläche, im Gemeindewald 5,4 %. 1955 war in den beiden Besitzklassen der Normalstand von 1,2 % wieder erreicht.

Die Zahl der im Walde Beschäftigten pro Gemeinde ist sehr unterschiedlich; entscheidend sind die Größe des Gemeindewaldes und die Nähe größerer Staatswälder, ferner auch der Wille zur Waldarbeit bei der Bevölkerung, abhängig vom Vorhandensein oder Fehlen konkurrierender Wirtschaftszweige. Die Zahl der männlichen Waldarbeiter liegt im Durchschnitt etwa bei neun. Gemeinden, in denen infolge fehlenden Waldbesitzes und entfernter Lage von den Staatswäldern keine Möglichkeit zur Waldarbeit besteht, sind nur sehr vereinzelt anzutreffen. Die meisten Waldarbeiter innerhalb des Untersuchungsgebietes stellt das auf drei Seiten von großen Wäldern umgebene Allenbach südwestlich des Idarwaldes; die Zahl beträgt etwa 30<sup>35)</sup>. Gemeinden mit 15 bis 20 und teilweise mehr Waldarbeitern sind nicht selten; besonders gedrängt liegen sie an den Rändern des Idarwaldes (Hoxel, Morbach, Bischofsdhron, Hinzerath, Horbruch, Stipshausen) und des Soonwaldes (vor allem Mengerschied und Ellern), wo neben dem Vorhandensein großer Staatswälder auch der Waldreichtum der Gemeinden selbst als Grund hinzukommt. Die Staatswaldgebiete im Soonwald haben ihren Arbeitereinzugsbereich allerdings meist im Süden. Auf der Hochfläche sind es vor allem die walddreichen Gemeinden im Bereich des Mosel-Hunsrückes (Irmenach, Lötzbeuren, Peterswald, Löffelscheid, Mastershausen, Liesenich, Mittelstrimmig, Altstrimmig, Buch) und im Gebiet nordöstlich von Simmern (Laubach, Bubach, Horn, Kisselbach).

Nach der Dauer der Arbeit unterscheidet man in der forstwirtschaftlichen Statistik die ständig beschäftigten, die regelmäßig beschäftigten und die unständig beschäftigten Waldarbeiter. Als „Ständige“ werden im all-

---

<sup>35)</sup> In Abb. 6 sind bei Allenbach nur die Waldarbeiter des Idarwaldes berücksichtigt.

gemeinen diejenigen bezeichnet, die mehr als 200 Tage pro Jahr beschäftigt sind; „Regelmäßige“ sind 60 Tage und mehr, „Unständige“ weniger als 60 Tage im Wald tätig. Unter den männlichen Arbeitern sind rund 370 ständig, 850 regelmäßig und 550 unständig beschäftigt; die Gruppe der Regelmäßigen macht demnach den größten Anteil aus. Bei Frauen handelt es sich meist um unständig Beschäftigte; nur ein kleiner Teil arbeitet länger als 60 Tage im Wald. — Eine klare Abgrenzung der drei Gruppen ist nicht immer eindeutig gegeben. Wegen der Bedeutung der Begriffe in den folgenden Betrachtungen soll auf die Problematik etwas ausführlicher hingewiesen werden. Als Ständige werden bisweilen nur diejenigen bezeichnet, die unter Tarifvertrag stehen, Regelmäßige sind dann auch diejenigen, die länger als 200 Tage im Wald arbeiten, soweit sie keinen Tarifvertrag haben. Ob man die Arbeiter unter Tarifvertrag stellt, hängt einmal von den finanziellen Mitteln des Forstamtes ab, die allgemein sehr knapp sind, zum anderen von der Möglichkeit, die unter Vertrag gestellten Arbeiter wirklich auf längere Sicht ganzjährig zu beschäftigen<sup>36)</sup>. Die unterschiedliche Auffassung des Begriffes „Ständige“ bewirkt es, daß infolge verschiedener Auslegung die angegebenen Zahlen von Forstamt zu Forstamt bisweilen sehr stark differieren. Eine Vereinheitlichung der Gesichtspunkte in der forstwirtschaftlichen Statistik wäre sehr wünschenswert. — Auch die Abgrenzung regelmäßig — unständig ist mit einigen Unklarheiten behaftet. So kann in einer waldarmen Gemeinde ein fester Arbeiterstamm *r e g e l m ä ß i g* jeden Winter mit dem Holzeinschlag beschäftigt sein, jedoch wegen der geringen Arbeitsmöglichkeiten weniger als 60 Tage benötigen. Daneben ist in zahlreichen Gemeinden der Name „Unständige“ wirklich zutreffend, vor allem dann, wenn der Arbeitseinsatz an den einzelnen Tagen sehr unregelmäßig erfolgt. Oft bleiben die Gemeindearbeiter tagelang der Arbeit fern — das Forstamt kann infolge unzureichender Vollmachten nichts dagegen unternehmen — und erscheinen dann wieder in solchen Mengen, daß ein rentabler Arbeitseinsatz nicht möglich ist. In solchen Fällen kann der Stundenlohn pro Arbeiter unter einer Mark, im Extremfall bei 48 Pfennig liegen (Mitt. FA Büchenbeuren). Von den Forstbehörden werden in der Akkordarbeit Rotten von zwei Mann angestrebt, bisweilen ist jedoch die Anzahl der Arbeiter pro Rotte höher als zehn. Neben der unrentablen Einsatzmöglichkeit kommt noch eine negative Arbeitseinstellung in großen Rotten hinzu; der einzelne mißt dem Verdienstaufschlag der Rotte bei Ruhepausen usw. keine große Bedeutung zu. — In anderen Fällen erscheinen Waldarbeiter unter der Rubrik „Regelmäßige“, wenn sie sich fast den ganzen Winter im Wald aufhalten, die Arbeit jedoch bei vollem Einsatz in wenigen Wochen erledigen könnten. Bisweilen fehlt das Streben nach hohem Stundenverdienst, man zieht das gemütliche Beisammensein in freier Natur der Untätigkeit zu Hause

---

<sup>36)</sup> Der Tarifvertrag bietet den Arbeitern meist keine höheren Löhne, aber wegen der im Vertrag festgelegten Kündigungsbedingungen eine wesentlich sicherere Existenzgrundlage. In Anbetracht des vielfach akuten Mangels an ständigen Waldarbeitern wäre es erforderlich, der Forstwirtschaft ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, um genügend Tarifverträge abschließen zu können und so den Forstämtern einen festen Arbeiterstamm zu sichern.

vor. — Die hier genannten Mißstände sind jedoch auf einen relativ kleinen Teil der Gemeinden beschränkt.

Die Arbeitszeit der im Holzeinschlag regelmäßig beschäftigten Waldarbeiter beträgt im Normalfall etwa fünf Monate, meist von Ende Oktober oder Anfang November bis Ende März. Verlängerungen im Frühjahr ergeben sich, wenn durch Witterungseinflüsse, z. B. durch eine zu hohe Schneedecke, ein rentabler Arbeitseinsatz im Wald vorübergehend nicht möglich gewesen ist. — Die Arbeitszeit pro Tag beträgt acht Stunden, im Dezember und Januar wegen der Kürze der Tage einige Wochen lang nur  $7\frac{1}{2}$  Stunden.

*b) Lokale Unterschiede in der jährlichen Beschäftigungsdauer und deren Ursachen*

Verschiedenheiten ergeben sich einmal aus den Besitzverhältnissen, zum anderen aus der unterschiedlichen wirtschaftlichen Situation in den einzelnen Teilen des Untersuchungsgebietes. — Bei einer vergleichenden Betrachtung von Staatswald und Gemeindewald sollen die drei genannten Gruppen — Ständige, Regelmäßige und Unständige — zur Waldfläche in Beziehung gesetzt werden.

Auf einen Waldarbeiter entfallen innerhalb des Untersuchungsgebietes:

	bei Ständigen	bei Regelmäßigen	bei Unständigen	
im Staatswald	100—150	100—150	ca. 200	} ha Wald
im Gemeindewald	500—600	ca. 50	50—80	

Es sind nur grobe Angaben möglich, da die Zahl der Regelmäßigen und vor allem der Unständigen von Jahr zu Jahr schwankt. Zum anderen ist ein kleiner Teil der Arbeiter je nach Bedarf zeitweise im Staatswald, zeitweise im Gemeindewald tätig. Als weiterer Grund für die nur grob angenäherten Werte kommt der unklare Begriff vor allem der „Ständigen“ hinzu.

Trotz dieser Einschränkungen kann die oben gegebene Aufstellung dennoch ein einflußreiches Bild vermitteln: Im Staatswald sind im Verhältnis zur Waldfläche wesentlich mehr Ständige tätig als im Gemeindewald, während andererseits im Gemeindewald die Regelmäßigen und Unständigen gegenüber dem Staatswald stärker vertreten sind. — Ursache für die geringere Zahl der Ständigen im Gemeindewald ist vor allem der weitverbreitete Brauch, Waldarbeiter nur aus der eigenen Gemeinde einzustellen. Dadurch sind infolge der Kleinheit des Waldbesitzes der meisten Gemeinden oft nicht genügend Arbeitsmöglichkeiten für ständige Waldarbeiter vorhanden. Weiter kommt hinzu, daß die Gemeindevertreter, überwiegend selbst Landwirte, leicht dazu neigen, die Belange der Forstwirtschaft gegenüber denen der Landwirtschaft zu vernachlässigen; an der Bildung eines festen, ganzjährigen Waldarbeiterstammes besteht daher vielfach nur geringes Interesse.

Hinsichtlich des Anteils der Ständigen zeigt sich neben der Abhängigkeit von den Besitzverhältnissen auch eine regionale Differenzierung, die be-

dingt ist durch die in den einzelnen Gebieten unterschiedliche wirtschaftliche Gesamtsituation. Je schärfer die Arbeitsmarktlage angespannt ist, d. h. je knapper Waldarbeiter sind bzw. je größer die Gefahr, sie zu verlieren, desto höher liegt im allgemeinen der Anteil der Ständigen. Im Staatswald des Idarwaldes sind, vor allem wegen der Konkurrenz des Saargebietes, prozentual mehr Ständige beschäftigt als im Soonwald, in dessen Umgebung die Arbeitsmarktlage ruhiger ist. Eine ähnliche Erscheinung zeigt sich in den randlich auf der Hunsrück-Hochfläche gelegenen Wäldern der Moselgemeinden. Soweit hier Hunsrücker arbeiten, sind es meist Regelmäßige, bei den Waldarbeitern von der Mosel handelt es sich dagegen überwiegend um Ständige. Ein wichtiger Grund sind auch hier die zahlreichen Arbeitsmöglichkeiten im Moseltal. — Man ist bei starker Konkurrenz durch andere Wirtschaftszweige im allgemeinen bestrebt, den Arbeitern eine ganzjährige Beschäftigungsmöglichkeit zu bieten und sie auf diese Weise zu halten. Dabei ist man geneigt, alle jahreszeitlich nicht streng gebundenen Arbeiten auf den Sommer zu verlegen und die Arbeiter unter Umständen selbst dann zu behalten, wenn der Arbeitseinsatz nicht ganz rentabel ist. In Extremfällen kann es vorkommen, daß durch ständige Waldarbeiter trotz zahlreicher damit verbundener Nachteile der Holzeinschlag zum Teil im Sommer erfolgen muß (Mitt. Reg. FA Koblenz). — Die Tendenz, bei angespannter wirtschaftlicher Situation mehr Ständige einzustellen, ist nicht unwidersprochen. Man macht geltend, daß gerade bei denjenigen, denen es möglich ist, ganzjährig im Wald zu arbeiten, d. h. bei denen landwirtschaftlicher Besitz fehlt oder nur sehr klein ist, auch die Gefahr einer Abkehr von der Waldarbeit in besonders starkem Maße besteht, weil sie während des Sommerhalbjahres nicht durch die Landwirtschaft gebunden und somit an der Aufnahme einer gewerblichen Tätigkeit nicht verhindert seien. Auf der anderen Seite könne sich bei denjenigen, die infolge größeren landwirtschaftlichen Besitzes gerade an der saisonalen Winterarbeit interessiert sind, die Konkurrenz anderer Wirtschaftszweige weniger schädlich auswirken. Den regelmäßig Beschäftigten mit landwirtschaftlichem Besitz sei darum der Vorrang zu geben und die Sommerarbeiten auf ein erforderliches Mindestmaß zu beschränken. — In der Praxis schlägt man jedoch meist den ersteren Weg ein und versucht bei Schwierigkeiten in der Beschaffung von Arbeitskräften möglichst viele Ständige einzustellen. — Was die Verhältnisse im Hunsrück anbetrifft, so muß berücksichtigt werden, daß auch unter den Ständigen der Anteil der Waldarbeiter mit zumindest kleinem landwirtschaftlichen Besitz relativ hoch ist (vgl. Tab. S. 76). Diese Arbeitskräfte sind wegen der Kleinheit ihres Besitzes einerseits an ganzjähriger Arbeit interessiert und würden notfalls eine ständige Tätigkeit in der Industrie einer nur saisonalen Arbeit im Wald vorziehen, auf der anderen Seite geben sie jedoch meist der ganzjährigen Waldarbeit den Vorrang, da eine vorübergehende Freistellung in den arbeitsreichen Zeiten der Landwirtschaft (Heuernte, Getreideernte) hier leichter möglich ist als in der Industrie. Innerhalb des Untersuchungsgebietes dürfte somit bei angespannter Arbeitsmarktlage die Bevorzugung ständiger Waldarbeiter mit kleinem landwirtschaftlichen Besitz die richtige Lösung sein. Gerade im Idarwaldgebiet,

wo diese Probleme besonders akut sind, ist auch der Kleinbesitz in der Landwirtschaft besonders stark vertreten. Zusätzliche Arbeitskräfte für den winterlichen Holzeinschlag müssen natürlich in jedem Fall zur Verfügung stehen, doch ist deren Beschaffung bei der vorwiegend agrarischen Struktur der Bevölkerung meist nicht weiter schwierig.

c) Einzugsbereiche der Waldarbeiter

Der Anmarschweg der Waldarbeiter zum Arbeitsplatz ist im allgemeinen nur kurz; Entfernungen von mehr als 4 km sind selten, das Maximum liegt bei rund 7 km. Den Arbeitereinzugsbereich des Idarwaldes, gegliedert

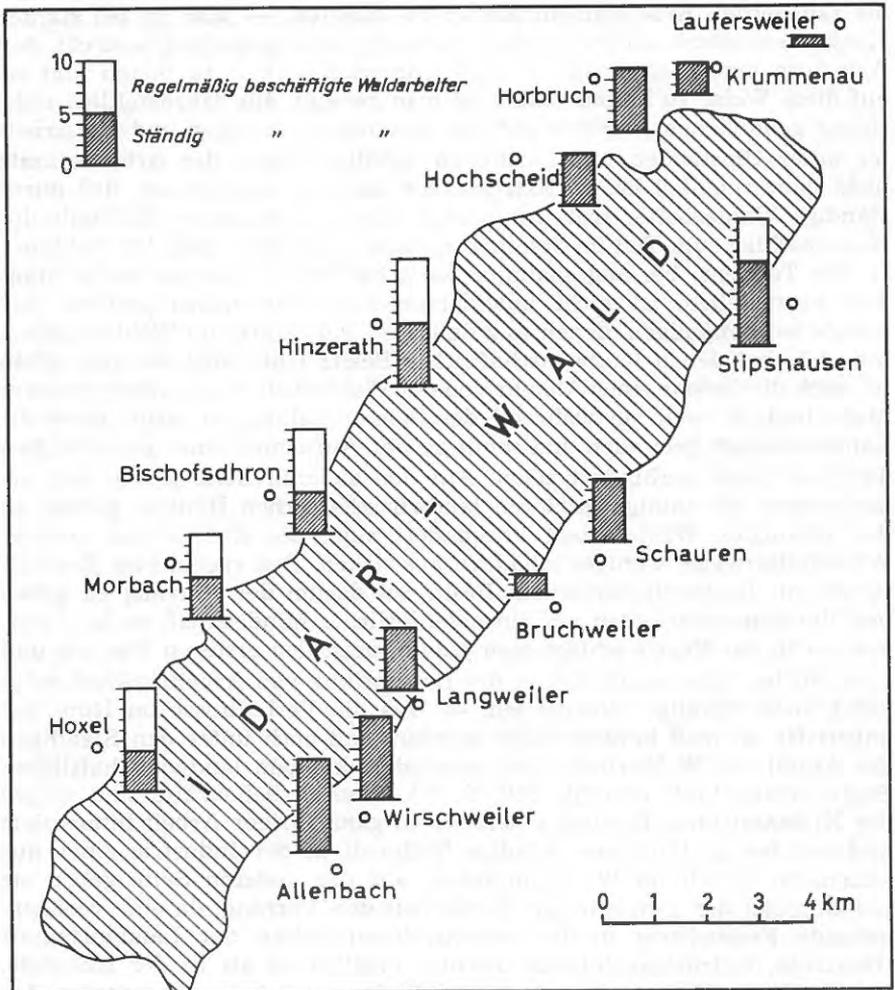


Abbildung 6

nach Ständigen und Regelmäßigen, zeigt die Abb. 6. Die Wohnplätze befinden sich fast ausschließlich in den nahe am Waldrand gelegenen Ortschaften. Der Einzugsbereich der Staatswaldgebiete im Soonwald liegt überwiegend im Süden (vgl. БОЕЦК, S. 181); der Grund liegt in erster Linie in dem breiten Streifen Gemeindewald, der sich im Norden an den Staatswald anschließt. Am West- und Nordrand des Soonwaldes gehören zum Einzugsgebiet des Staatswaldes die Orte Schwarzerden (fünf Ständige und Regelmäßige), Henau (fünf), Mengerschied (zehn), Riesweiler (sieben), Argenthal (einer), Schnorbach (einer) und Ellern (neun). Einige ständige Waldarbeiter wohnen auch im Innern des Soonwaldes in den Forsthäusern Wildburg und Thiergarten. — Auch im Gemeindewald sind die Anmarschwege kurz. Meist werden, wie schon erwähnt, für die Arbeit im Gemeindewald nur Arbeiter aus der eigenen Gemeinde eingestellt; bei Vorhandensein von Gewerbe und somit der Möglichkeit zu anderem Verdienst zeigt sich jedoch bisweilen eine Lockerung dieses überkommenen Brauches.

Auffallend ist der Unterschied zwischen den kurzen Anmarschwegen der Waldarbeiter und den weiten Einzugsbereichen der Industrie (vgl. Abb. 1, Saargebiet, und Karte 2, Holzindustrie). Die Ursache liegt einmal darin, daß die Forstbehörden an die Waldarbeiter Wegegelder zahlen müssen, von sich aus also nicht geneigt sind, Arbeiter aus weiterer Entfernung einzustellen, zum anderen sind auch die Waldarbeiter selbst nicht daran interessiert, weite Wege zum Arbeitsplatz zurückzulegen, da sie wesentlich mehr den Witterungsunbilden ausgesetzt sind als die Industriearbeiter, die sich häufig mit der Eisenbahn oder per Autobus zur Arbeit begeben können (z. B. Saargebiet, Flugplatz), daneben auch weil sie Arbeitsgeräte, Verpflegung u. a. mit sich führen müssen. Ein Teil des Weges im Walde muß auch dann, wenn man im Besitze eines Motorfahrzeuges ist, zu Fuß zurückgelegt werden.

Der Anteil der „Motorisierten“ hat in den letzten Jahren auch bei den Waldarbeitern stark zugenommen. Radfahrer und Fußgänger sind in der Minderzahl, Motorrad- und Mopedfahrer überwiegen, besonders unter den ständigen Waldarbeitern. In Ausnahmefällen erfolgt die An- und Abfahrt auch bereits mit Kleinautos.

Hunsrück-Waldarbeiter arbeiten vielfach auch in den auf der Hochfläche gelegenen Wäldern der Moselgemeinden. Wie schon gesagt, handelt es sich bei den Hunsrückern meist um regelmäßig Beschäftigte, bei den „Moselanern“ überwiegend um Ständige. Die weiten und beschwerlichen Wege von der Mosel sind neben den schon genannten Faktoren ein Grund auch dafür, daß der zahlenmäßige Anteil der Mosel-Arbeiter gering ist. Hunsrück- und Moselaner arbeiten getrennt in verschiedenen Kolonnen. Im Gebiet zwischen den Moselorten Dhron und Treis finden jeden Winter schätzungsweise 80—100 Waldarbeiter aus Hunsrückgemeinden in den Wäldern derjenigen Moselgemeinden Beschäftigung, die randlich auf der Hochfläche Wald besitzen. Hinzu kommen zahlreiche Frauen und Mädchen, die während des Frühjahrs und Sommers für Kulturarbeiten in diesen Wäldern eingesetzt werden. Besonders große Waldgebiete auf der Hunsrück-Hochfläche besitzen die Moselgemeinden Bernkastel, Enkirch, Briedel, Zell, Senheim und Treis. — Von den Forstbehörden sind die Huns-

rücker als Waldarbeiter im allgemeinen mehr geschätzt als die Arbeiter aus den Mosel-Orten. Zwischen beiden Bevölkerungsgruppen bestehen Mentalitätsunterschiede, die sich auch in der Qualität der Waldarbeit auswirken sollen. Vor allem ist nach Ansicht der Forstbeamten bei der Hunsrückbevölkerung die „Waldverbundenheit“, somit auch Lust und Liebe zur Waldarbeit, in wesentlich stärkerem Maße vorhanden.

**d) Berufliche Verbindungen mit Landwirtschaft und Baugewerbe**

Die vorwiegend saisonale Waldarbeit bedingt berufliche Verbindungen mit anderen Wirtschaftszweigen, vor allem mit der Landwirtschaft, in geringerem Maße auch mit dem Baugewerbe. Nachstehende Tabelle gibt eine zusammenfassende Übersicht über diese Verhältnisse. Die Zahlen bilden das Ergebnis einer Befragung in 24 mit Hilfe der Forstämter als typisch ausgewählten Revierförstereien im Kreis Simmern (FÄ Simmern, Kirchberg, Kastellaun).

**Landwirtschaftlicher Besitz, Sommerbeschäftigung im Baugewerbe und Flüchtlingsanteil bei Waldarbeitern**

	I Gesamt- zahl	II Es besitzen Land- wirt- schaft: <sup>37)</sup>	III Landw. Betriebsgrößen		IV Sommer- liche Arbeit im Bau- gewerbe	V Flücht- linge
			1 Ø der Waldarb. mit Ldw. <sup>38)</sup>	2 Ø aller Wald- arb. <sup>39)</sup>		
Ständige	44	25 = 57 %	3,5 ha	2,0 ha	5 = 11 %	4
Regelmäß.	170	142 = 84 %	5,8 ha	4,8 ha	34 = 20 %	3
Unständige	82	75 = 92 %	6,0 ha	5,5 ha	26 = 32 %	0
<b>Gesamt</b>	<b>296</b>	<b>242 = 82 %</b>	<b>5,5 ha</b>	<b>4,6 ha</b>	<b>65 = 22 %</b>	<b>7</b>

Die Gesamtzahl von 296 Waldarbeitern dürfte ausreichend sein, um ein typisches Bild zu vermitteln.

Das starke Überwiegen der Regelmäßigen gegenüber den Ständigen (Spalte I) erklärt sich aus dem Vorherrschen des Gemeindewaldes im Befragungsgebiet.

Insgesamt haben 82 % der Waldarbeiter landwirtschaftlichen Besitz, nur 18 % sind Nichtlandwirte. Daß diese Zahl als annähernd typisch angesehen werden kann, wird auch durch die Feststellungen von BOECK (S. 179) bestätigt, wonach im FA Entenpfehl, dessen Waldarbeiter vorwiegend in den

<sup>37)</sup> Einschl. erbender Söhne.

<sup>38)</sup> Wegen teilweise ungenauer Angaben wurden abweichend von Spalte II nur zugrunde gelegt: 23 Ständige, 96 Regelmäßige, 66 Unständige.

<sup>39)</sup> Die unter III, 1 errechneten Durchschnitte wurden für alle Besitzenden (II) als gültig angenommen und somit die unter II errechneten Prozentsätze verwertet.

südlich des Soonwaldes gelegenen Ortschaften wohnen, der Anteil der Nichtlandwirte 19 % beträgt. — Aus Spalte II ist zu ersehen, daß der Anteil der Landwirte von den Ständigen über die Regelmäßigen zu den Unständigen hin zunimmt. Es ist erklärlich, daß man ohne Existenzsicherung durch einen landwirtschaftlichen Betrieb im allgemeinen nicht geneigt ist, nur vorübergehende Beschäftigung im Wald anzunehmen; entsprechend ist der Anteil der Nichtlandwirte unter den Unständigen am geringsten, unter den Ständigen am größten. — Auch bei Betrachtung der durchschnittlichen Größe der den Waldarbeitern gehörenden landwirtschaftlichen Betriebe (Spalte III, 1) zeigt sich eine deutliche Gliederung nach Ständigen, Regelmäßigen und Unständigen. Ganzjährige oder fast ganzjährige Arbeit im Wald vermag im allgemeinen nur derjenige Landwirt zu verrichten, dessen Arbeitskraft infolge der Kleinheit des landwirtschaftlichen Betriebes auch im Sommer nicht voll durch die Landwirtschaft in Anspruch genommen ist. Die durchschnittliche Betriebsgröße liegt dementsprechend bei den Ständigen mit 3,5 ha wesentlich niedriger als bei den Regelmäßigen (5,8 ha) und Unständigen (6,0 ha). Ein Unterschied zwischen Regelmäßigen und Unständigen besteht hinsichtlich der Betriebsgröße kaum. Oft entscheidet, wie schon erwähnt, die Größe des Gemeindewaldes über die Dauer der winterlichen Arbeit. — Noch deutlicher zeigt sich der unterschiedlich große landwirtschaftliche Besitz bei den drei Gruppen der Waldarbeiter, wenn man auch die Nichtlandwirte bei der Errechnung des Durchschnittes mit heranzieht (Spalte III, 2).

Die Durchschnittsbetriebsgröße pro Waldarbeiter von 5,5 ha ( $\phi$  nur der Landwirte, Spalte III, 1) liegt über dem Kreisdurchschnitt (1925: 4,7 ha). Wenn auch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß gerade im Bereich der zur Befragung ausgewählten Revierförstereien die Betriebe überdurchschnittlich groß sind, so dürfte die Abweichung in der Hauptsache doch darin begründet sein, daß die Durchschnittsbetriebsgröße bei Waldarbeitern nicht derjenigen bei allen Landwirten entspricht, sondern darüber liegt. Besitzer von landwirtschaftlichen Kleinstbetrieben bevorzugen ganzjährige Beschäftigung im Gewerbe gegenüber der meist saisonalen Waldarbeit; unter den Waldarbeitern sind sie daher zahlenmäßig schwach vertreten, nur unter den relativ wenigen Ständigen machen sie einen großen Anteil aus. Auf der anderen Seite ist es auch Besitzern großer landwirtschaftlicher Betriebe durchaus möglich, während der Wintermonate im Wald zu arbeiten. Vollbauern mit einem landwirtschaftlichen Besitz von 10 ha und mehr sind unter den Waldarbeitern keineswegs selten. Es läßt sich allgemein feststellen, daß unter allen Landwirten die Besitzer mittlerer Betriebe den prozentual größten Anteil ihrer Gesamtzahl an die Waldarbeiterschaft stellen, gefolgt von den Besitzern großer Betriebe, während der Anteil der Waldarbeiter bei den Kleinstlandwirten relativ gering ist.

Entsprechend der verschiedenen Saison für Waldarbeit und Bauarbeit wechselt ein Teil der Arbeiter im Laufe des Jahres zwischen diesen Beschäftigungen. Insgesamt 22 % der Waldarbeiter sind während der wärmeren Jahreszeiten im Baugewerbe tätig (Spalte IV). Es zeigt sich eine Zunahme des Anteils der Bauarbeiter von den Ständigen über die Regel-

mäßigen zu den Unständigen. Bauarbeiter unter den Ständigen sind selten, aber auch anzutreffen, da „ständig“ nicht unbedingt mit „ganzjährig“ gleichzusetzen ist. Für den Unterschied zwischen Regelmäßigen und Unständigen können verschiedene Motive von seiten der Arbeiter maßgebend sein. Einerseits ist bei geringer Nebenverdienstmöglichkeit im Winter, d. h. bei kurzer möglicher Dauer der Waldarbeit (Einstufung als „Unständige“) die Notwendigkeit auch zu sommerlichem Nebenverdienst im Baugewerbe in stärkerem Maße gegeben als bei längerer Möglichkeit zur Waldarbeit (Einstufung als „Regelmäßige“). Auf der anderen Seite kann die Entscheidung über „regelmäßige“ oder „unständige“ Waldarbeit auch selbst getroffen werden, je nachdem, ob der Arbeiter in jedem Falle, d. h. unabhängig von der möglichen Dauer der Waldarbeit gewillt ist, im Sommer im Bau zu arbeiten. Dank technischer Fortschritte hat man in den letzten Jahren die Bausaison sehr weit ausdehnen können; es ergeben sich dadurch Überschneidungen mit der Waldarbeitsaison. Der größte Teil der sowohl im Bau wie im Wald beschäftigten Arbeiter bevorzugt dabei während der Überschneidungszeiten wegen der höheren Löhne die Bauarbeit; die verbleibende Zeit für die Waldarbeit ist häufig so kurz, daß die betreffenden Arbeiter als „Unständige“ eingestuft werden. Bisweilen zieht man in diesem Falle allerdings die Arbeitslosenunterstützung der Waldarbeit vor, soweit man nicht durch das Arbeitsamt zur Waldarbeit gezwungen wird, was sich jedoch nur selten ereignet. Ist andererseits der Wille zur Bauarbeit grundsätzlich nicht vorhanden, so wird die mögliche Arbeitszeit im Wald ganz ausgenutzt, es erfolgt in diesem Fall eine Einstufung unter „regelmäßig beschäftigt“. Einerseits kann also die mögliche Dauer der Arbeitszeit im Wald den Willen zur Bauarbeit beeinflussen, zum anderen kann auch ein grundsätzlich vorhandener oder nicht vorhandener Wille zur Bauarbeit darüber entscheiden, wie lange man im Winter im Wald arbeitet. Im Einzelfall ist es allerdings oft schwer zu entscheiden, ob der Wille zur Bauarbeit „grundsätzlich“ vorhanden oder von der möglichen Arbeitszeit im Wald abhängig ist. Eine mögliche Dauer der Waldarbeit von drei Monaten (bei Ausnutzung Einstufung unter „Regelmäßige“) kann z. B. zu kurz für einen Waldarbeiter sein, um auf zusätzlichen Verdienst im Baugewerbe verzichten zu können. Findet er dort Beschäftigung, wird er mit Wahrscheinlichkeit die Bausaison ganz ausnutzen und im Wald vielleicht nur „unständig“ tätig sein. Im anderen Falle könnte die dreimonatige Arbeitszeit im Wald ausreichenden Nebenverdienst bringen, z. B. bei genügend großem landwirtschaftlichen Besitz, eine zusätzliche Tätigkeit im Baugewerbe erfolgt aber dennoch und entscheidet somit über die Dauer der winterlichen Waldarbeit.

Bei denjenigen Waldarbeitern, die im Sommer im Baugewerbe tätig sind, handelt es sich nur zum Teil um Nichtlandwirte, was schon daraus ersichtlich wird, daß es unter den Regelmäßigen und Unständigen 60 Bauarbeiter, aber nur 35 Nichtlandwirte gibt. Nicht selten sind demnach Landwirte das ganze Jahr hindurch, bei saisonalem Wechsel der Beschäftigung, zusätzlich erwerbstätig: im Winter im Wald, in den wärmeren Jahreszeiten im Baugewerbe. Meist sind es Kleinlandwirte, die diesem zweifachen, jahreszeitlich wechselnden Nebenerwerb nachgehen. Aus den von den

Ständigen zu den Unständigen steigenden landwirtschaftlichen Betriebsgrößen (Spalte III, 1) und dem in gleicher Weise steigenden Anteil der Bauarbeiter (Spalte IV) darf nicht der falsche Schluß gezogen werden, daß der Anteil der Bauarbeiter unter den Waldarbeitern mit der landwirtschaftlichen Betriebsgröße steige, Bauarbeiter also meist Besitzer größerer landwirtschaftlicher Betriebe seien. Der Zusammenhang ist nur scheinbar, wäre wohl auch kaum zu erklären. Bei der Spalte III, 1 handelt es sich, wie angegeben, nur um Durchschnittswerte; Kleinlandwirte sind durchaus auch unter den regelmäßigen und unständigen Waldarbeitern zu finden.

Bei dem in Spalte IV enthaltenen Bauarbeitern handelt es sich zum Teil auch um die in der Tabelle als Landwirte miterfaßten erbenden Söhne von Landwirten. Bisweilen kommt es vor, daß Vater und Sohn im Winter gemeinsam im Wald arbeiten, der Vater sich dann im Sommer der Landwirtschaft widmet und der Sohn im Baugewerbe tätig ist. In diesen Fällen können unter Umständen auch bei Bauarbeitern die landwirtschaftlichen Betriebe relativ groß sein.

Die Zahl der Flüchtlinge unter den Waldarbeitern (Spalte V) ist gering. Da es sich durchweg um Nichtlandwirte handelt, machen sie den relativ größten Anteil unter den Ständigen aus (gemessen an deren geringer Gesamtzahl); unter den Regelmäßigen sind sie schwach, unter den Unständigen garnicht vertreten.

Vom Standpunkt der Forstwirtschaft wird der jährliche Beschäftigungswechsel zwischen Wald und Baugewerbe meist ungünstig beurteilt. Neben den bereits genannten arbeitstechnischen Schwierigkeiten (Überschneidungszeiten) ergeben sich auch psychologische Probleme, bedingt durch die Verschiedenartigkeit der Arbeit. Eine nicht selten zu beobachtende Entfremdung von der Waldarbeit kann für die Forstwirtschaft leicht zum Verlust von Arbeitskräften führen. Die hohen Löhne im Baugewerbe bewirken, daß auch die winterlichen Arbeitslosenunterstützungen für Bauarbeiter recht hoch liegen, wodurch die Versuchung, die Waldarbeit ganz aufzugeben, noch verstärkt wird. — Der Wechsel zwischen Waldarbeit und landwirtschaftlicher Tätigkeit wird dagegen sowohl von landwirtschaftlicher wie auch von forstwirtschaftlicher Seite sehr gerne gesehen und nach Möglichkeit gefördert. Die winterliche Arbeit im Wald bringt den Landwirten zusätzliche Geldeinnahmen, die meist wieder der Landwirtschaft zugute kommen und hier Gelegenheit zur Mechanisierung und Aufstockung der Betriebe bieten. Zum anderen wird auch die Auszahlung weichender Erben erleichtert, was einer Verschuldung und vor allem einer zu starken Zersplitterung der Betriebe entgegenwirkt. Was die psychologische Seite anbetrifft, so wird durch die Möglichkeit zu winterlicher Waldarbeit die Anhänglichkeit an den landwirtschaftlichen Betrieb gefördert; in negativen Extremfällen können allerdings auch übertriebene „Schollenkleberei“ und stark überhöhte Bodenpreise die Folge sein. Von Seiten der Forstbehörden wird landwirtschaftlicher Besitz der Waldarbeiter insofern gewünscht, als man gerade hierdurch für das naturgegebene Arbeitsmaximum zur Zeit des winterlichen Holzeinschlages Arbeitskräfte zur Verfügung hat, deren Beschäftigung im Sommer durch das Vorhandensein eines landwirtschaftlichen Betriebes gesichert ist, die somit der Forstwirt-

schaft nur schwer verlorengehen können. Der gegenwärtige Waldarbeitermangel, der noch besprochen werden soll, zeigt sich bei den nur im Winter beschäftigten Arbeitskräften in weitaus geringerem Maße als bei den ständigen Waldarbeitern. Gewisse Überschneidungszeiten ergeben sich zwar auch in der Arbeitssaison von Forstwirtschaft und Landwirtschaft, vor allem während der Hauptbestellzeit im Frühjahr — etwa von Ende März bis in die zweite Aprilhälfte —, was bisweilen ein frühzeitiges Abwandern von Waldarbeitern zur Folge hat, doch sind diese Überschneidungen im Vergleich zu denen mit der Bausaison relativ kurzfristig. Für eine berufliche Verbindung Forstwirtschaft — Landwirtschaft spricht von seiten der Forstbehörde weiterhin die Tatsache, daß Waldarbeit und Landarbeit sich in mancher Hinsicht ähneln. Obwohl zweifellos auch Forstwirtschaft und Landwirtschaft gewisse Verschiedenheiten in Arbeitseinstellung und Wirtschaftsgesinnung erfordern, sind dennoch Landwirte wie keine andere Berufsgruppe der Waldarbeit einerseits innerlich verbunden, zum anderen auch physisch gewachsen.

### e) *Nachwuchsfragen*

Die Frage des Nachwuchses an Waldarbeitern ist im allgemeinen kritisch; lokale Unterschiede ergeben sich aus der verschiedenen Möglichkeit zur Beschäftigung in anderen Wirtschaftszweigen. Am schwierigsten ist das Nachwuchsproblem bei ständigen Waldarbeitern, vor allem dann, wenn sie nicht unter Tarifvertrag gestellt werden können, da sich gerade bei denjenigen, die Interesse an ganzjähriger Arbeit haben, die Konkurrenz anderer Wirtschaftszweige besonders empfindlich bemerkbar macht, es sei denn, daß Bindung durch einen kleineren landwirtschaftlichen Besitz vorhanden ist. Im letzteren Fall wird wegen der größeren Elastizität der Forstwirtschaft gegenüber den Belangen der Landwirtschaft (vorübergehende kurzfristige Freistellung) unter Umständen der Waldarbeit der Vorzug gegeben, meist aber auch nur dann, wenn man unter Tarifvertrag gestellt wird. Durch Abschluß von Tarifverträgen kann in beschränktem Maße Abhilfe geschaffen werden, doch sind hierfür ausreichende Mittel auf seiten des Forstamtes oft nicht vorhanden<sup>40)</sup>. Hauptkonkurrenten auf dem Arbeitsmarkt sind das Saargebiet, der Flugplatz und auch das lokale Baugewerbe. Die Löhne liegen hier durchweg über denen in der Forstwirtschaft. Eine Erhöhung der Waldarbeiterlöhne, die in Anbetracht der schweren Arbeit durchaus gerechtfertigt wäre, könnte dem Waldarbeitermangel zumindest teilweise Abhilfe schaffen. Die Konkurrenz der lokalen Holzindustrie ist entsprechend den niedrigen Löhnen gering, sie kann höchstens als verstärkender Faktor hinzukommen. Beschäftigtenzahl und Zu-

---

<sup>40)</sup> Die schon erwähnte Tendenz, bei angespannter Arbeitsmarktlage die Einstellung Ständiger zu bevorzugen, auf der anderen Seite die Tatsache, daß es besonders schwierig ist, ständige Waldarbeiter zu bekommen, stehen nur scheinbar im Widerspruch zueinander. Von der Konkurrenz anderer Wirtschaftszweige werden vor allem Ständige ohne Tarifvertrag betroffen, während bei „bevorzugter Einstellung Ständiger“ der Abschluß von Tarifverträgen gemeint ist. Ein Beispiel dafür, wie wichtig eine begriffliche Trennung in der forstwirtschaftlichen Statistik und Umgangssprache wäre!

sammensetzung der Arbeiterschaft in den einzelnen Betrieben der Holzindustrie sind im Gegensatz zu den anderen genannten Wirtschaftszweigen auch relativ konstant. — Da das lokale Baugewerbe in seiner Wirkung relativ gleichmäßig über das ganze Gebiet verstreut ist, kommen für die Erklärung lokaler Unterschiede in der Waldarbeiter-Nachwuchsfrage vor allem der Einfluß des Saargebietes und des Flugplatzes bei Lautzenhausen in Betracht. Am ungünstigsten ist die Situation in den Idarwaldforstämtern Morbach und Kempfeld, d. h. im Einzugsbereich der Saar-Tagespendler — bei letzterem kommt noch der Einzugsbereich von Kirn und Baumholder hinzu —, zum anderen in der Umgebung des Flugplatzes im Forstamt Büchenbeuren. Etwas günstiger ist die Lage in den Forstämtern des Kreises Simmern und in den Soonwaldforstämtern sowie auch in den meisten Teilen des Forstamtes Rhaunen. Im Soonwaldforstamt Neupfalz ergibt sich allerdings eine etwas stärkere Beeinträchtigung durch die Industrie von Stromberg und Umgebung (Schweppenhausen, Waldalgesheim) sowie durch die Nähe von Bad Kreuznach.

Deutlich ersichtlich werden die Schwierigkeiten in der Nachwuchsfrage bei einer Betrachtung des Altersgruppenaufbaues der Waldarbeiter (Tab. S. 81). Eine Überalterung ist allgemein feststellbar; am stärksten tritt sie in den FÄ Morbach und Kempfeld in Erscheinung, wahrscheinlich auch im FA Büchenbeuren (wo jedoch ausreichende Statistiken fehlen, da die Erhebung nur im Staatswald erfolgt). Aber auch in den Gebieten, die heute noch günstiger gestellt sind, könnte die Überalterung auf längere Sicht Anlaß zur Sorge geben. Für die ständigen und regelmäßig beschäftigten Waldarbeiter im Staatswald gibt die folgende Tabelle eine Übersicht. Die FÄ Simmern, Büchenbeuren und Rhaunen wurden dabei wegen ihrer geringen Staatswaldflächen und der für eine Prozentberechnung zu geringen Waldarbeiterzahl nicht mitberücksichtigt. Eine genauere Aufgliederung der Altersgruppen war aus der forstwirtschaftlichen Statistik nicht zu entnehmen.

Altersgruppenverteilung am 1. 1. 1956 bei ständigen und regelmäßigen Waldarbeitern im Staatswald. Vergleich mit den Arbeitern der Holzindustrie.

Angaben in Prozent			
FA	I unter 20 J.	II 20 bis unter 45 J.	III 45 J. und mehr
Neupfalz	6	56	38
Entenpfehl	17	32	51
Kirchberg	13	52	35
Kastellaun	4	52	44
Kempfeld	1	37	62
Morbach	5	31	64
Gesamt	8	44	48
Arbeiter der Holzindustrie	16	67	17

In der Zusammenfassung der sechs FÄ — eine Mitberücksichtigung der anderen drei FÄ würde keine wesentliche Änderung des Gesamtergebnisses bringen — fällt der geringe Anteil der jungen Nachwuchskräfte (Gruppe I) einerseits, zum anderen das Überwiegen der Gruppe III gegenüber der Gruppe II auf. In der Holzindustrie ist die Nachwuchssituation wesentlich günstiger; die Gruppe II macht mit Abstand den größten Anteil aus, während die Gruppe III relativ unbedeutend ist. Gegenüber der Gruppe III der Waldarbeiter macht die Gruppe III der Holzindustrie-Arbeiter kaum mehr als ein Drittel aus. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß im Vergleich zu den Bauarbeitern und Saargängern auch die Belegschaft der Holzindustrie noch ein relativ hohes Durchschnittsalter aufweist. — Deutlich zu erkennen ist die unterschiedliche Situation in den einzelnen Forstämtern. Die kritischere Nachwuchsfrage in Neupfalz gegenüber Entenpfuhl zeigt sich in den unterschiedlichen Anteilen der Gruppe I; auf der anderen Seite ist allerdings in Entenpfuhl die Gruppe III stärker vertreten. In den FÄ der Hochfläche, Kirchberg und Kastellaun, ist die Nachwuchssituation günstiger; dem niedrigen Prozentsatz in Gruppe I beim FA Kastellaun ist wegen der auch hier noch geringen Gesamtzahl der Staatswaldarbeiter keine größere Bedeutung zuzumessen; nach Mitt. des FA sind genügend Nachwuchskräfte vorhanden. Das Maximum liegt in den Hochflächenforstämtern in der Mittelgruppe, doch ist auch die Gruppe III, beispielsweise im Vergleich zur Holzindustrie, ziemlich stark besetzt. Am krasssten zeigt sich die Überalterung der Waldarbeiter in den FÄ Kempfeld und Morbach, d. h. im Arbeitereinzugsbereich auswärtiger Wirtschaftszentren, vor allem des Saargebietes. Nachwuchs ist kaum vorhanden. Die Gruppe III macht fast das Doppelte (Kempfeld) oder sogar mehr als das Doppelte (Morbach) der Gruppe II aus.

Die gleichen Erscheinungen wie bei den männlichen Waldarbeitern zeigen sich auch bei den Kulturarbeiterinnen. Der Anteil der älteren, verheirateten Frauen hat gegenüber den Mädchen in den letzten Jahren erheblich zugenommen, letztere haben ihre Lebensansprüche allgemein gesteigert und bevorzugen vielfach die Arbeit als Hausangestellte in den Städten. Ganz besonders gefragt sind junge deutsche Hausgehilfinnen in Luxemburg; von den Auswirkungen werden wiederum die westlichen Teile des Untersuchungsgebietes am stärksten getroffen. Der heute größere Anteil an Frauen bedeutet höhere Lohnaufwendungen für die Forstwirtschaft, zumal es sich meist um Mütter handelt, für die hohe Sozialleistungen gezahlt werden müssen.

Die Frage nach den Ursachen des Nachwuchsmangels bei den Waldarbeitern kann im Rahmen dieser Untersuchung kaum erschöpfend beantwortet werden. Zweifellos muß man auch tieferliegenden psychologischen Faktoren große Bedeutung beimessen; wirtschaftliche Einflüsse alleine dürften zur Erklärung nicht ausreichen. Auffallend ist in diesem Zusammenhang, das das schwindende Interesse an der Waldarbeit und die in den letzten Jahren immer stärker werdende Tendenz zur Abwendung von der Landwirtschaft zeitlich parallele Erscheinungen sind, die sich in Ansätzen auch bereits in den Gebieten zeigen, die von den Einflüssen des Gewerbes noch relativ wenig berührt sind. Lohnerhöhungen bei Waldarbeitern und

Bereitstellung ausreichender Mittel zum Abschluß von Tarifverträgen könnten ohne Zweifel eine gewisse Besserung der Situation herbeiführen, würden letztlich aber doch wohl nur der Behandlung von Symptomen gleichkommen. Auch eine stärkere Mechanisierung der Waldarbeit, vor allem die Einführung der Motorsäge, von der man sich eine anziehende Wirkung auf jugendliche Arbeitskräfte verspricht, könnte nicht viel zu einer Änderung beitragen, zumal der Einsatz von Motorsägen nur begrenzt möglich und in seinem wirtschaftlichen Wert noch stark umstritten ist.

Das relativ hohe Durchschnittsalter der Waldarbeiter braucht auf der anderen Seite nicht in jedem Falle als alarmierendes Zeichen gewertet zu werden. Gerade der Mentalität jüngerer Leute sagt die Waldarbeit vielfach wenig zu. Sie wählen deshalb nicht selten zunächst eine andere Art der Beschäftigung, notfalls auch in entfernter liegenden Industriegebieten, die einträglicher und technisch interessanter ist, und wenden sich erst später der Waldarbeit zu, zumal dann, wenn sie inzwischen Erbe eines landwirtschaftlichen Betriebes geworden sind. Das zum gegenwärtigen Zeitpunkt abnorm hohe Durchschnittsalter, das zudem noch eine deutliche Abhängigkeit von der unterschiedlichen wirtschaftlichen Situation in den einzelnen Gebieten zeigt, kann natürlich nicht allein auf diese Weise erklärt werden.

#### *f) Die Frondearbeit*

Ein Teil der Waldarbeiten wird in Form der Fronde (Fron) ausgeführt. Im Holzeinschlag ist Frondearbeit heute verboten, dagegen ist sie bei Kulturarbeiten noch vielfach anzutreffen. In den letzten Jahren und Jahrzehnten ist die Bedeutung der Fronde stark zurückgegangen, vor allem während der nationalsozialistischen Zeit, als man aus wirtschaftspolitischen Gründen einen möglichst hohen Nutzholzanteil anstrebte; die mit der Fronde verbundenen Brennholzberechtigungen erwiesen sich vielfach als ein Hindernis bei diesen Bestrebungen. Heute ist diese Form der Arbeit noch in etwa 60 Gemeinden anzutreffen, im Durchschnitt somit in jeder dritten Gemeinde. Frondeverpflichtet sind meist die Alteingesessenen, doch haben auch Zugezogene die Möglichkeit, sich „einzukaufen“. Austritt ist im allgemeinen ohne weiteres möglich. Mit der Fronde ist meist das Recht zum Bezug von kostenlosem oder verbilligtem Brennholz aus dem Gemeindewald verbunden. Vorwiegend, allerdings nicht ausschließlich, sind es die armen Gemeinden, die von der Fronde Gebrauch machen; Hauptgesichtspunkt ist Kostenersparnis. Bei der Zuteilung von Brennholz gegen Frondeleistungen glaubt die Gemeinde sich finanziell besser zu stehen als bei der Auszahlung von regulären Waldarbeiterlöhnen. Nachteile, die von der Gemeinde oft übersehen werden, ergeben sich zunächst aus der Tatsache, daß unter Umständen wertvolles Nutzholz zu Brennholz eingeschlagen wird, damit die Gemeinde ihren Brennholzverpflichtungen nachkommen kann. Akut geworden ist dieses Problem durch die ständige Zunahme des Nadelholzanteils und den entsprechenden Rückgang des Laubholzes, durch den die als Brennholz geeignete Holzmenge sich immer mehr verringerte. Die Gemeinden, die vielfach zu schwerfällig waren, sich den veränderten Verhältnissen anzupassen, sahen sich nunmehr gezwun-

gen, auch wertvollere Laubholzsortimente als Brennholz zu verwerten. Vergleicht man den Preis von ca. 80 Mark (fm) für gutes Buchenstammholz mit dem Brennholzpreis von rund 15—20 Mark (rm = ca. 0,7 fm), so ergibt sich deutlich die finanzielle Einbuße, die die Gemeinde in diesem Fall erleiden kann. Ein weiterer Nachteil für die Gemeinde ist die oft negative Arbeitseinstellung der Frondeverpflichteten. Da keine Löhne gezahlt werden, ist man vielfach bestrebt, die Arbeit so schnell wie möglich hinter sich zu bringen, wobei man es mit der Sorgfalt nicht allzu genau nimmt. Ungünstig wirkt sich auch die von Tag zu Tag schwankende und für einen rentablen Einsatz oft zu große Zahl der Arbeiterinnen und Arbeiter aus. Auch diese negativen Erscheinungen finden letztlich im Haushalt der Gemeinden ihren Niederschlag. Insgesamt sind somit die Kostenersparnisse der Gemeinden bei Anwendung der Fronde in vielen Fällen nur scheinbar. Die Forstbehörden sind durchweg gegen die Fronde eingestellt, eine Beeinflussung der Gemeinden ist jedoch nicht leicht. Die zunehmende gewerbliche Entwicklung in einigen Gebieten und in geringerem Maße auch die Zunahme des Fremdenverkehrs bewirken allerdings ohnehin die Tendenz zur Aufgabe der Fronde. Die Möglichkeit zum gewerblichen Nebenerwerb neben der Landwirtschaft läßt die Frondeverpflichtungen — meist handelt es sich neben den Handdiensten auch um Spanndienste — als lästig erscheinen, weshalb ein Teil der Verpflichteten freiwillig aus der Fronde austritt. Meist schafft die Gemeinde, wenn sie Interesselosigkeit bei ihren Mitgliedern feststellt, die Fronde von selbst ab. Unter Umständen ist es jedoch in diesem Stadium der gewerblichen Entwicklung schon sehr schwierig geworden, bezahlte Arbeitskräfte als Ersatz für die Frondeverpflichteten zu bekommen. Günstigster Zeitpunkt zur Abschaffung der Fronde und zum Aufbau eines festen Arbeiterstammes ist die Anfangsphase der gewerblichen Entwicklung, wenn das Interesse an der Fronde zu schwinden beginnt, die Einstellung bezahlter Arbeitskräfte aber noch ohne Schwierigkeiten möglich ist. Meistens läßt man jedoch diesen „psychologisch richtigen Moment“ ungenutzt vorübergehen<sup>41)</sup>.

### **8. Die Bedeutung des Waldes für die Wirtschaft der Gemeinden**

Der Gemeindewald bildet für die meisten Gemeinden des Hunsrücks die wichtigste Einnahmequelle. Vor einer Betrachtung der damit verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen sei zunächst noch einmal ein kurzer Überblick über die Verbreitung walddreicher und walddarmer Gemeinden im Untersuchungsgebiet gegeben. — Von einigen Ausnahmen abgesehen, zeigt sich im ganzen deutlich ein Zusammenhang zwischen der Größe des Waldbesitzes und dem jeweiligen Alter der Besiedlung. In den altbesiedelten Teilen herrschen die walddärmeren Gemeinden vor, so vor allem im Raum Simmern-Kirchberg-Gemünden und in der Gegend um Kastellaun. Walddreiche Gemeinden dagegen finden sich vorwiegend in den

---

<sup>41)</sup> Die Berichte und Gedanken über das Problem der Fronde beruhen überwiegend auf Gesprächen mit Forstmeister GISELER, FA Büchenbeuren.

jünger besiedelten Gebieten: im Bereich des Mosel-Hunsrücks, zum Teil auch auf der Mosel-Nahe-Wasserscheide, ferner in den östlichen Gebieten der Hochfläche und an den Rändern von Soonwald und Idarwald.

Die teilweise hohen Einnahmen aus dem Wald finden in modernen Schulen, neuen Gemeindehäusern und gut ausgebauten Gemeindestraßen formal ihren Niederschlag im Landschaftsbild. Auch für den Bau von Waschanlagen, Gefrieranlagen, Wasserversorgung und Kanalisation ist vielfach der Wald die entscheidende Finanzierungsquelle. Der soziale und wirtschaftliche Wert der genannten Einrichtungen kann im Rahmen dieser Untersuchung nur angedeutet werden. So kann z. B. das Vorhandensein guter Schulen und guter Lehrerwohnungen bewirken, daß die betreffenden Gemeinden auf lange Sicht über besonders gute Lehrkräfte verfügen; Auswirkungen auf das Bildungsniveau innerhalb der Gemeinde und letztlich auch auf die wirtschaftliche und kulturelle Aufgeschlossenheit der Bewohner sind nicht zu verkennen. Gemeinden mit schlechten Schulen werden vor allem von häufigem Lehrerwechsel betroffen. — Gemeindehäuser bieten neben ihrer Bedeutung für das gesellige Leben des Dorfes den Bewohnern mancherlei Erleichterungen, vor allem dann, wenn auch Waschanlage und Gefrieranlage in das Gemeindehaus eingebaut sind. Die Gemeinschaftsräume ermöglichen Veranstaltungen und Zusammenkünfte, die das kulturelle Interesse der Bewohner zu fördern vermögen. Schließlich sind auch günstige Wirkungen auf das für die Landwirtschaft so dringend nötige genossenschaftliche Denken sicherlich nicht ganz von der

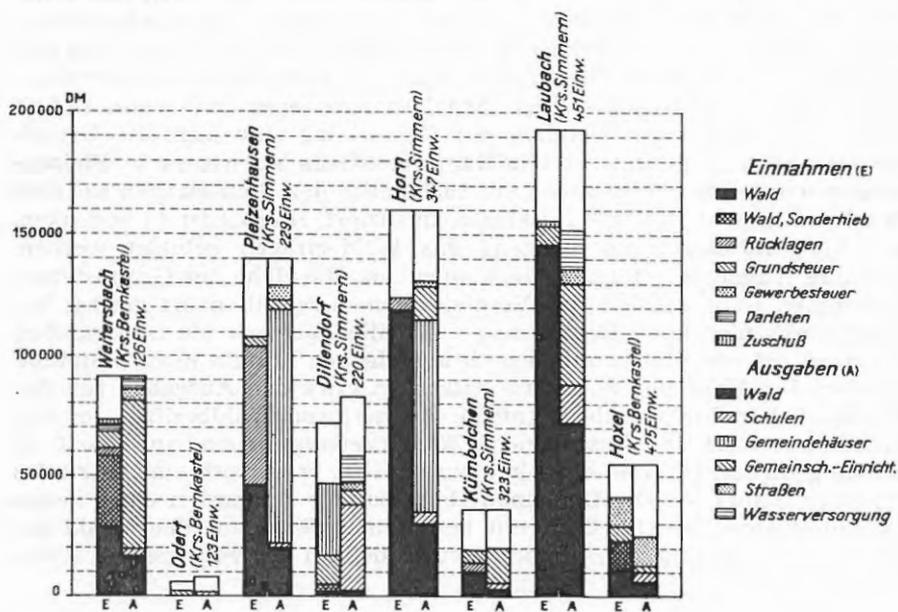


Abbildung 7

Hand zu weisen. — Kanalisation und Wasserversorgung vermögen über ihre Bedeutung für den Lebensstandard der Gemeindebewohner hinaus wichtige Voraussetzungen für die Belegung des Fremdenverkehrs zu schaffen. Das gleiche gilt auch für das Vorhandensein guter Straßen, die vor allem aber der entscheidende Faktor für die verkehrsmäßige und somit wirtschaftliche Erschlossenheit einer Gemeinde sind.

Am Beispiel der Haushaltspläne von acht Hunsrückgemeinden (Abb. 7) sollen die Verhältnisse etwas eingehender betrachtet werden. Die Gemeinden wurden so ausgewählt, daß jeweils eine walddreiche und ein walddarme Gemeinde mit annähernd gleicher Einwohnerzahl einander gegenübergestellt wurden. Bei der Auswertung der Haushaltspläne wurden nur die für die Betrachtung wesentlichen Posten berücksichtigt; auf die unausgefüllten Flächen verteilen sich kleinere Einnahmen und Ausgaben verschiedener Art. — Auffallend ist bei allen vier Gemeindepaaren die unterschiedliche Größe der Haushaltspläne. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß bei den walddreichen Gemeinden den hohen Einnahmen aus dem Wald auch ein entsprechend größerer Ausgabenposten gegenübersteht; bei einem sinnvollen Größenvergleich der Haushaltspläne dürfen daher nur die Stücke über der Obergrenze der Wald-Ausgaben betrachtet werden. — Die Gemeinde Weitersbach hat mit Hilfe eines Sonderhiebes eine Waschanlage und eine Gefrieranlage erstellt. Größere Sonderhiebe sind im allgemeinen nur in den Gemeinden möglich, deren Waldbesitz so groß ist, daß ein solcher außerplanmäßiger Eingriff keine Gefährdung für die kommenden Jahre bedeutet. Auf der Einnahmeseite ist neben den Holzträgen nur noch die Grundsteuer von einiger Bedeutung. Kleinere Ausgaben erfolgen für die Unterhaltung der Schule sowie für Straßenbau und Wasserversorgung <sup>42)</sup>. — Der Haushaltsplan der völlig walddlosen Gemeinde Odert bietet ein trauriges Bild, zumal er auch noch mit einem Defizit abschließt. Wegen der Kleinheit der Gemarkung sind auch die Grundsteuereinnahmen gering. — Der Bau eines Gemeindehauses in Pleizenhausen wurde für den Bauabschnitt 1956 neben den Reinerträgen aus dem Wald zum großen Teil aus Rücklagen finanziert. Hierbei ist zu bedenken, daß auch Rücklagen überwiegend aus Walderträgen gebildet werden. Kleinere Ausgaben erfolgten für Straßenbau. Die Höhe der Grundsteuereinnahmen ist gegenüber der Vergleichsgemeinde Dillendorf gering, bedingt durch niedrigere Hebesätze. — In Dillendorf war ein Schulneubau dringend erforderlich, konnte jedoch aus eigenen Mitteln nicht bestritten werden. Die Höhe der Zuschüsse entspricht etwa den Ausgaben für den Schulbau. Der Sonderhieb ist infolge des geringen Waldbesitzes der Gemeinde nur klein. Die Ausgaben für Wasserversorgung sind auf eine Tiefbohrung zurückzuführen; etwa in gleicher Höhe ergibt sich ein Defizit des Haushaltsplanes. — Die Gemeinde Horn hat die Baukosten eines neuen Gemeindesaales ausschließlich mit den Reinerträgen aus dem Wald gedeckt. Die Wald-Einnahmen machen einschließlich der verwendeten Rück-

---

<sup>42)</sup> Hohe Ausgaben für Feldwegbau blieben bei dieser Gemeinde unberücksichtigt, da eine zweckgebundene Finanzierung durch Zuschüsse erfolgte, für diese Betrachtung also unwichtig ist.

lagen gut vier Fünftel der gesamten Einnahmeseite aus Grundsteuern werden von den Gemeindebewohnern infolge der hohen Gelderträge aus dem Wald nicht erhoben. — Der Haushaltsplan von Kürnbergchen macht in seiner Größe nur einen Bruchteil des Haushaltsplanes von Horn aus. Nennenswerte Ausgaben erfolgten nur für Gemeinschaftseinrichtungen. — Laubach gehört zu den walddreichsten Gemeinden des ganzen Hunsrücks. Allerdings waren im Vergleich zu Horn im Jahre 1956 auch die Ausgaben für den Wald relativ hoch. Die Grundsteuererträge sind angesichts der Einwohnerzahl und der Größe der Gemarkungsfläche relativ gering. Die Ausgaben erfolgten vor allem für Gemeinschaftseinrichtungen, ferner für die Schule, für Wasserversorgung und Straßenbau. — Die waldarme Gemeinde Hoxel hat in Höhe der Ausgaben für Straßenbau einen Sonderhieb erhalten. Einen wesentlichen Posten auf der Einnahmeseite machen die Gewerbesteuern aus, Grund dafür ist eine in Hoxel ansässige Holzwollefabrik.

Bei den Einnahmen aus Gewerbesteuern ist, soweit es sich um Betriebe der Holzindustrie handelt, der Wald in direkter Weise ebenfalls beteiligt. Die Erträge können mitunter sehr hoch sein; in Sohren z. B. (Möbelfabrik Felke) belaufen sie sich auf über 100 000 Mark. Wenn auch gerade bei verarbeitenden Betrieben der Wald nicht der einzige bedeutende Standortfaktor ist, so wäre doch andererseits ohne den Wald die Existenz dieser Betriebe nicht möglich. — Auch an den aus den Haushaltsplänen ersichtlichen Grundsteuerbeträgen ist der Wald nicht unbeteiligt, da einmal für gemeindeeigenen Wald die Gemeinde an sich selbst Grundsteuern zahlt, soweit der Wald auf eigener Gemarkung liegt<sup>43)</sup>, zum anderen da häufig auch größere Staatswaldflächen auf der Gemarkung liegen, für die der Staat an die Gemeinde Grundsteuern zu zahlen hat<sup>44)</sup>. Im letzteren Falle ist die Gemeinde unter Umständen bestrebt, die Hebesätze für die Grundsteuer möglichst hoch anzusetzen. Hat die Gemeinde außerdem viel eigenen Wald, gibt es Mittel und Wege genug, die Bewohner, die ja von den hohen Grundsteuern auch betroffen werden, auf andere Weise zu entschädigen. Durch die Grundsteuererträge aus Staatswäldern sind in erster Linie die Gemeinden am Rand von Idarwald und Soonwald begünstigt. So nehmen z. B. die waldarmen Gemeinden Allenbach und Wirschweiler-Langweiler am Südrand des Idarwaldes jährlich je mehr als 20 000 Mark Grundsteuern aus dem Staatswald ein. Im walddreichen Argenthal am Soonwald liegt der Betrag noch wesentlich höher.

Nicht immer ist der Wohlstand einer Gemeinde gleichzusetzen mit dem Wohlstand der Bewohner. doch bestehen in beschränktem Rahmen Möglichkeiten zu einer Angleichung. Die Beschäftigung bei der Errichtung von gemeindeeigenen Gebäuden sowie der Straßenarbeiten bietet — neben der bereits besprochenen Waldarbeit — Gelegenheit zur Besserung der eigenen finanziellen Situation. Wichtiger noch ist jedoch die Möglichkeit der

---

<sup>43)</sup> Fremder Gemeindewald auf eigener Gemarkung und eigener Wald auf fremder Gemarkung gleichen sich im ganzen etwa aus; bei einzelnen Gemeinden können natürlich Differenzbeträge auftreten.

<sup>44)</sup> Gemarkungsfreien Staatswald gibt es im Untersuchungsgebiet nicht.

Gemeinde, durch niedrige Gemeindesteuern die Bewohner zu entlasten. Wichtigste Gemeindesteuern sind die sogenannten Realsteuern: Grundsteuer und Gewerbesteuer. Nach einem für das ganze Bundesgebiet einheitlich geltenden System werden durch Berechnung bestimmter Prozent- oder Promillesätze vom Ertragswert des Grundbesitzes bzw. von Gewerbeskapital und Gewerbeertrag eines gewerblichen Betriebes die Steuermeßbeträge ermittelt, zu denen die Gemeinden durch eigenen Beschluß die Steuerhebesätze in Anwendung bringen, die über die tatsächliche Höhe der zu entrichtenden Steuern entscheiden. Erhebt z. B. die Gemeinde für die Grundsteuer A 50 % als Hebesatz, so ist die Hälfte des Steuermeßbetrages zu zahlen, bei 400 % das Vierfache. Gegen zu hohe Hebesätze sind gesetzliche Vorkehrungen getroffen, andererseits ist ein völliger Fortfall der Realsteuern durchaus möglich. — Die Hebesätze werden jährlich neu festgelegt; im Verlauf der letzten Jahre zeigt sich allgemein eine steigende Tendenz. Bei einem Vergleich der einzelnen Gemeinden fällt jedoch auf, daß meist in waldreichen Gemeinden die Hebesätze niedriger liegen, da zur Deckung des Haushaltsplanes hier die hohen Einnahmen aus dem Wald mitverwendet werden können, während waldarme Gemeinden auf hohe Grund- und Gewerbesteuern angewiesen sind. In drei besonders waldreichen Gemeinden des Untersuchungsgebietes wird überhaupt keine Grundsteuer erhoben; es sind dies die Gemeinden Horn, Löffelscheid und Mittelstrimmig. In Horn entfällt auch die Gewerbesteuer.

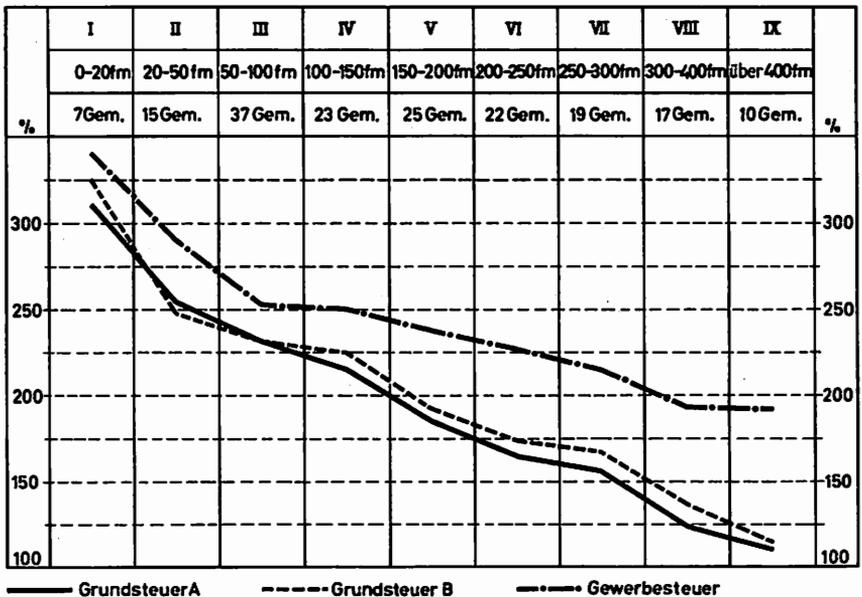


Abbildung 8

In der Abb. 8 sind die Gemeinden des Untersuchungsgebietes nach ihrem Waldreichtum in verschiedenen Gruppen zusammengestellt. Zur Bemes-

sung wurden die jährlichen Hiebsätze der Gemeinden herangezogen, die trotz gewisser Einschränkungen im Hinblick auf unterschiedliche Holzartenzusammensetzung, verschiedenes Alter des geschlagenen Holzes und verschieden gute Abfuhrlage dennoch den besten Aufschluß zu geben vermögen. Der Aussagewert der Reinerträge ist für ein einzelnes Jahr gering, da die Ausgabenseiten infolge Kulturmaßnahmen, Einrichtung von Betriebswerken u. a. von Jahr zu Jahr stark schwanken. Auch die Waldfläche ist als Maßstab für den Waldreichtum einer Gemeinde wenig geeignet, da in den ha-Zahlen Unterschiede hinsichtlich Niederwaldanteil, Alter der Bestände und Bodengüte nicht zum Ausdruck kommen, die Holzträge bei gleicher Waldfläche somit sehr verschieden sein können. — Nicht berücksichtigt wurden in der Darstellung die Städte und größeren Marktflecken, ferner auch die Flugplatzgemeinde Lautzenhausen. — Da die finanziellen Verpflichtungen einer Gemeinde sich zwar nicht genau, aber doch annähernd proportional zur Einwohnerzahl verhalten, wurde der Holzeinschlag (Hiebsatz) jeweils auf 100 Einwohner berechnet und die Gruppen entsprechend dem Hiebsatz pro 100 Einwohner zusammengestellt. Für die einzelnen Gruppen wurden die Durchschnittswerte der Steuerhebesätze für Grundsteuer A (land- und forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke), Grundsteuer B (bebaute Grundstücke) und Gewerbesteuer errechnet. Hiebsätze und Hebesätze gelten für 1956. — Es zeigt sich ein kontinuierliches Gefälle der Hebesätze von den waldärmsten (Gruppe I) zu den waldreichsten Gemeinden (Gruppe IX). Am deutlichsten zeigt sich die Abhängigkeit bei den Grundsteuern, doch ist sie auch bei der Gewerbesteuer unverkennbar; lediglich die Steilheit des Gefälles ist hier geringer.

In einem vorwiegend agrarischen Gebiet ist unter den drei eingezeichneten Realsteuern die Grundsteuer A bei weitem die wichtigste. Aus dem Bild ergibt sich, daß ein Landwirt der Gruppe I fast das Dreifache an Grundsteuern zu zahlen hat wie ein Landwirt der Gruppe IX, was bei größeren landwirtschaftlichem Besitz einen Differenzbetrag von mehreren hundert Mark jährlich ausmachen kann. Somit wirkt sich der Waldbesitz einer Gemeinde indirekt auch auf die wirtschaftliche Lage der Bewohner aus, am stärksten bei den Landwirten; er vermag die Situation in der Landwirtschaft, z. B. die Kapitalbildung, nicht unwesentlich zu beeinflussen. Hinsichtlich der Gewerbesteuern ist von Bedeutung, daß waldreiche Gemeinden bei der Neuansiedlung von gewerblichen Betrieben besonders günstige Steuerbedingungen bieten können, somit eine anziehende Kraft auf das Gewerbe ausüben. Auch die zusätzliche Gewährung von Krediten an neue Betriebe ist unter Umständen möglich. Die zur Zeit vorliegenden Angebote von Seiten einiger Gemeinden lassen diese Zusammenhänge deutlich erkennen.

Die Durchschnittswerte der Hebesätze bei den einzelnen Gruppen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß in Einzelfällen Abweichungen möglich sind. Bei waldarmen Gemeinden sind die Hebesätze fast immer hoch, doch brauchen sie auf der anderen Seite in waldreichen Gemeinden nicht überall niedrig zu liegen. Zunächst einmal entscheidet der Wille des Gemeindevorstandes, ob die Bewohner tatsächlich entlastet werden sollen. Weiterhin sind bei der Gewährung von Sonderhieben bzw. von Zuschüssen durch

Land oder Bund Mindesthebesätze vorgeschrieben, da man nicht in den Waldbestand eingreifen bzw. bei Zuschüssen Gelder aus der Staatskasse ausgeben will, solange sich die Bewohner der Gemeinde besonders niedriger Hebesätze erfreuen. Auf die Tendenz, bei Vorhandensein größerer Staatswälder auf der eigenen Gemarkung evtl. hohe Hebesätze festzulegen, wurde schon hingewiesen.

Schließlich ist auch zu bedenken, daß die Straßenbauverpflichtungen der einzelnen Gemeinden sehr verschieden hoch sein können; entscheidend sind Zahl und Länge der Ortsverbindungsstraßen, deren Unterhaltung zum Teil durch die Gemeinde, zum Teil durch den Kreis finanziert werden muß. — Wenn dennoch sich aus dem erläuterten Diagramm ein so eindeutiges Bild ergibt, so spricht das im ganzen gesehen umso mehr für die starke Abhängigkeit der Steuerhebesätze von den Erlösen aus dem Gemeindewald.

### **9. Forstwirtschaftliche Nebennutzungen**

Nachdem bei der Untersuchung der wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung des Waldes bisher vorwiegend das Holz im Mittelpunkt der Betrachtung gestanden hat, sollen im folgenden Teil einige sogenannte forstwirtschaftliche Nebennutzungen behandelt werden, die in ihrer Gesamtheit einen nicht unwesentlichen Faktor im Wirtschaftsleben des Hunsrücks bilden.

#### **a) Die Jagd**

Die wirtschaftliche Bedeutung der Jagd liegt vor allem darin, daß sich aus der Verpachtung des Gemeindewaldes — Staatswald wird kaum verpachtet — für die Jagdgenossenschaften zum Teil nicht unbedeutende Einnahmen ergeben. Die Jagdgenossenschaft ist meist identisch mit der Gesamtheit der Gemeindebewohner. — Bei der Jagdpacht unterscheidet man Hochwildjagden (Rotwild und Schwarzwild) und Niederwildjagden (einschließlich Rehwild); meist schließt die Hochwildjagd für das betreffende Gebiet die Niederwildjagd mit ein. Nach der Verbreitung des Rotwildes wird zwischen Rotwildkerngebieten, Rotwildrandgebieten und rotwildfreien Gebieten unterschieden. Rotwildkerngebiete sind vor allem der Soonwald und der Idarwald. Die Qualität des Rotwildes ist im allgemeinen nicht sehr gut; sehr schädlich, sowohl qualitativ wie auch quantitativ, wirken sich noch heute die starken Abschüsse durch die Besatzungsmacht in den Nachkriegsjahren aus. Die letzten Jagden gingen erst 1952 in deutsche Hände über. — In Rotwildrandgebieten taucht das Rotwild meist nur als Wechselwild auf. Einige größere, dem Soonwald und Idarwald nördlich vorgelagerte Waldkomplexe werden den Rotwildrandgebieten zugeordnet. Der größte Teil der Hochflächen ist jedoch rotwildfreies Gebiet. — Die Verbreitung des Schwarzwildes ist ähnlich wie die des Rotwildes; auf der Hochfläche ist es allerdings stellenweise etwas stärker vertreten. Während in den Jahren nach dem Kriege die Rotwildbestände stark dezimiert wurden, konnte sich das Schwarzwild in der gleichen Zeit bedeutend vermehren und wurde zu einer Plage, vor allem für die am Rande von Soonwald und Idarwald gelegenen Ortschaften. Teilweise mußten wald-

nahe Äcker in Wiesen umgewandelt, zum Teil auch der Kartoffelanbau in die nächste Nähe der Dörfer verlegt werden. Seit einigen Jahren ist jedoch der Schwarzwildbestand wieder normal. — Entsprechend der Verbreitung von Rot- und Schwarzwild werden im Soonwald und im Idarwald vorwiegend Hochwildjagden verpachtet, im Gebiet der Hochflächen dagegen meist Niederwildjagden. Da die Preise der Hochwildjagden ein Vielfaches der Preise für Niederwildjagden betragen, sind die Quarzit-Randgemeinden hinsichtlich der Jagdpachteinnahmen besonders günstig gestellt, die Einnahmen betragen hier mitunter mehrere tausend Mark jährlich (Ellern, Argenthal, Mengerschied, Hottenbach). Verpachtet werden nicht nur Waldflächen, sondern auch anschließendes offenes Wiesen- und Ackerland. Für die hier entstehenden Wildschäden zahlt der Pächter meist eine zusätzliche Pauschalsumme in Höhe von 10 % des Pachtbetrages an die Jagdgenossenschaft, die wiederum den einzelnen vom Wildschaden betroffenen Landwirt entschädigt. — Pächter der Hochwildjagden sind meist Personen aus Industrie und Handel aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet, aus dem rhein-mainischen Raum und aus dem Saargebiet, letztere jedoch vorwiegend in den südwestlichen, außerhalb des Untersuchungsgebietes liegenden Teilen des Hunsrücks. Im Idarwald sind — im Gegensatz zum Soonwald — auch einheimische Pächter stärker vertreten. Grund für diesen lokalen Unterschied ist nicht primär die Verkehrslage, sondern der Zeitpunkt der Freigabe der Jagden durch die französischen Besatzungsbehörden. Auch die verschiedene Höhe der Jagdpachten in diesen beiden Gebieten liegt hierin begründet. Indirekt ist allerdings auch die Verkehrslage mitverursachend, da wegen der größeren Entfernung von Mainz, dem damaligen Zentrum der französischen Verwaltung, die Jagden im Idarwald eher freigegeben wurden als im Soonwald. Zur Zeit der Freigabe der Idarwald-Jagden, etwa 1948—49, waren die Schwarzwildschäden noch besonders groß; die Verpächter legten deshalb Wert darauf, auch Pächter aus der näheren Umgebung zu bekommen, die infolge häufiger Anwesenheit der Schwarzwildplage schneller Herr werden konnten. Man war unter diesen Umständen auch bereit, niedrigere Pachtpreise hinzunehmen, als auswärtige Industrielle gezahlt hätten. Ein weiterer Grund für die gegenüber dem Soonwald niedrigeren Pachten liegt darin, daß zur Zeit der Jagdfreigabe im Idarwald infolge der damals verhältnismäßig geringen Nachfrage die Preise allgemein noch relativ niedrig lagen. Zur Zeit der Freigabe der Soonwald-Jagden, die sich bis 1952 hinzog, war die Schwarzwildgefahr bereits weitgehend beseitigt; die Pacht ging daher hier fast ausschließlich in die Hände höherbietender auswärtiger Personen über, die auch infolge der inzwischen stark gebesserten wirtschaftlichen Gesamtsituation wesentlich höhere Preise zahlten. Während die Pacht für Hochwildjagden im Idarwald durchweg heute nur 4—5 Mark pro ha und Jahr beträgt, liegt sie im Soonwald zwischen 6 und 23 Mark, im Durchschnitt etwa bei 10—15 Mark. Auch innerhalb des Soonwaldes ist der Zeitpunkt der Freigabe für die von Ort zu Ort unterschiedliche Pachthöhe entscheidend. So liegen z. B. die Preise in den Gemeinden Ellern und Tiefenbach heute wesentlich höher als im Argenthal, wo die Freigabe früher erfolgte. — Zu bemerken ist noch, daß Wildbesatz und Wildqualität in

Soonwald und Idarwald etwa gleich sind. — Nach Ablauf der derzeitigen Pachtverträge — für Hochwildjagden beträgt die Pachtdauer meist zwölf Jahre, für Niederwildjagden neun Jahre — dürften die augenblicklichen regionalen Unterschiede hinsichtlich Pachthöhe und Herkunft der Pächter aufgehoben werden; die Verkehrslage ist heute innerhalb eines so eng begrenzten Raumes kaum von Einfluß. — Die im Vergleich zur tatsächlichen Qualität der Jagden vielfach zu hoch erscheinenden Pachtpreise entspringen meist einem übertriebenen Repräsentationsdrang der Pächter; sie sind eine fragwürdige Begleiterscheinung des wirtschaftlichen Aufstiegs, bilden jedoch für die Gemeinden eine willkommene Bereicherung der Finanzen. — Bei den Niederwildjagden auf der Hochfläche beträgt die Pacht meist nur DM 1,50 bis 2,—; Pächter sind durchweg Einheimische.

### *b) Steinbruchnutzung*

Der Abbau von Quarzit erfolgt in mehreren größeren Brüchen in den Randgebieten des Soonwaldes, in geringerem Maße auch im Idarwald. Da die Brüche sich ausnahmslos im Wald befinden und die vom Steinbruchbetrieb beanspruchte Fläche der Holzwirtschaft vorübergehend verlorengeht, wird auch der Quarzitabbau den forstwirtschaftlichen Nebennutzungen zugerechnet; die Erträge, meist aus Verpachtung, erscheinen in der forstwirtschaftlichen Statistik. Der Pächter zahlt einmal eine Flächenpacht, zum anderen einen bestimmten Anteil vom Marktwert des gebrochenen Gesteins, auf m<sup>3</sup> berechnet. Dabei macht die zweite Form der Pacht, die als Umsatzpacht bezeichnet werden kann, die wesentlich höheren Beträge aus. Gepachtet werden die Brüche teils von Bauunternehmungen, zum Teil auch von Firmen, die nur Steinbrüche betreiben und den gebrochenen Stein an das Baugewerbe absetzen. Die Zahl der in den Quarzitbrüchen beschäftigten Arbeiter beträgt etwa hundert. Abgesehen von einer kurzen Winterpause sind sie fast das ganze Jahr hindurch tätig; während der Winterwochen wechselt ein Teil von ihnen zur Waldarbeit über. Verwendung findet der Quarzit einmal als Schotter im Straßenbau, zum anderen als Bruchstein im Häuserbau. Bei den meisten Neubauten in der weiteren Umgebung des Taunusquarzits wird der Häusersockel bis zu 1—2 m Höhe über dem Erdboden aus Quarzit-Bruchstein errichtet; der Oberbau besteht im allgemeinen aus Neuwieder Bims, häufig unverputzt, das Dach ist mit Hunsrückschiefer gedeckt. So sind gerade die neueren Bauten ein deutliches Abbild der geologischen Verhältnisse des engeren und weiteren Heimatbereiches. Am Südrand des Soonwaldes im Bereich des FA Neupfalz wird wertvollerer Quarzit abgebaut, der als feuerfestes Material in der Industrie Verwendung findet. Durch eine Bochumer Firma soll hier demnächst auch ein Untertagebau eröffnet werden. — Die größeren Brüche im Norden des Soonwaldes liegen durchweg im Gemeindewald; in den inneren Staatswaldgebieten wäre der Abbau aus Transportkostengründen unrentabel. Es sind also auch bei der Steinbruchnutzung wiederum die Quarzit-Randgemeinden, denen die höchsten Pächterlöse zufließen. Größere Steinbrüche befinden sich im Gemeindewald von Argenthal, Mengerschied, Gemünden, Gehlweiler, Henau und Bruschied (Lützelsoon); die jährliche Pachteinnahme beträgt oft mehrere tausend Mark. In der Ge-

meinde Henau waren es im Forstwirtschaftsjahr 1955 13 665 DM. — Die Brüche im Idarwald sind durchweg kleiner; meist liegen sie im Staatswaldgebiet. — Neben verpachteten Brüchen gibt es sowohl im Soonwald wie im Idarwald mehrere kleine forstamtseigene Steinbrüche; die Steine finden vor allem im Waldwegebau Verwendung. Einige kleinere Brüche im Gemeindewald werden nur für den Eigenbedarf der Gemeinde genutzt.

#### *c) Das Sammeln von Raff- und Leseholz*

Als Raff- und Leseholz bezeichnet man loses Holz, das auf dem Waldboden liegt. Im Gemeindewald ist das Sammeln meist frei; im Staatswald ist Genehmigung erforderlich, die sich nur auf eine Anzahl bestimmter Tage im Jahr erstreckt. Bei der Festsetzung der Tage meidet man die Zeiten erhöhter Waldbrandgefahr. Die Genehmigung erfolgt meist durch Ausgabe von Scheinen durch das Forstamt, für die eine geringe Gebühr zu zahlen ist. Meist sind es die armen Bevölkerungsschichten, die auf das Holzsammeln im Wald angewiesen sind. Entsprechend der heute allgemein verbesserten Wirtschaftslage ist die Bedeutung dieser Waldnutzung stark zurückgegangen. Im FA Morbach z. B. werden heute pro Jahr nur noch etwa 20 Scheine ausgegeben. In einigen Gebieten, vor allem in den FÄ Simmern und Kirchberg, ist man vom System der Scheinausgabe ganz abgegangen, weil kaum noch Nachfrage besteht. Man beschränkt sich darauf, einzelne infolge vorangegangener Holzeinschläge besonders ergiebige Flächen geschlossen zu versteigern.

#### *d) Die Waldstreuentnahme*

Die Bedeutung dieser Nutzungsform ist heute im Vergleich zu früheren Jahrhunderten nur noch gering. Entnahme von Waldstreu ist normalerweise nur auf Wegen, Feuerschutzstreifen und in Gräben möglich, bei über 50jährigen Waldbeständen im Abstand von zehn Jahren auch im Walde selbst. In Notjahren, wenn die Stroherträge in der Landwirtschaft besonders gering sind, können darüber hinaus durch die Forstverwaltung Ausnahmen gewährt werden.

#### *e) Das Sammeln von Beeren und Pilzen*

Heidelbeeren werden vor allem im südwestlichen Hunsrück gesammelt, Schwerpunkt ist das Gebiet um Hermeskeil. Innerhalb des Untersuchungsgebietes hat das Beerensammeln einige Bedeutung im Idarwald und in den nördlich des Idarwaldes gelegenen moselnahen Wäldern. Vor allem aus der Gemeinde Haag sind größere Pflückerkolonnen tätig. Die Abnehmer — Händler aus Trier, Koblenz oder auch aus dem rhein-mainischen Raum — fahren abends mit ihren Lastwagen direkt bis an den Wald, um die Ware abzuholen; die Bezahlung an die einzelnen Sammer erfolgt an Ort und Stelle. Die Gründe für die lokale Schwerpunktbildung in Haag liegen in den hier besonders günstigen Ernteerträgen, in der relativen Armut der Bevölkerung, verursacht durch kleinen landwirtschaftlichen Besitz und Verkehrsentlegenheit des Ortes, schließlich auch in der Nähe des bedeutenderen Heidelbeergebietes um Hermeskeil, die das Vorhandensein einer guten Absatzorganisation bedingt. Marktorientiertes Sammeln findet sich ferner noch in Stipshausen am Südrand des Idarwaldes, jedoch

bringen hier die Sammler ihre Ware selbst zum Markt, vor allem nach Idar-Oberstein, zum Teil auch nach Rhaunen. Im übrigen wird im Idarwald und in angrenzenden Waldgebieten heute nur für den Eigenbedarf gesammelt, desgleichen in den östlichen Teilen des Hunsrücks, hier jedoch in noch schwächerem Maße, was vor allem in der geringen Verbreitung der Heidelbeeren begründet liegt. — In den südlichen Soonwaldteilen werden auch Himbeeren und Brombeeren gepflückt, jedoch ebenfalls nur für den Eigenbedarf. — Das Sammeln von Pilzen hält sich in sehr bescheidenem Rahmen; Marktorientierung ist nirgends vorhanden.

#### f) *Das Sammeln von Moos*

Seit einigen Jahren wird im Gebiet des Idarwaldes, vor allem im FA Morbach, das Sammeln des sogenannten Weißmoses betrieben, das von Blumengeschäften für Staffage verarbeitet wird. Abnehmer ist eine Firma in Dorsten/Westf., die sich in den einzelnen Ortschaften je einen Arbeiter anheuert, der dann in der eigenen Gemeinde die Arbeit organisiert. Mit der Sammeltätigkeit sind vorwiegend Frauen und Kinder beschäftigt. Das Sammeln ist nicht streng jahreszeitlich gebunden; auf das sommerliche Arbeitsmaximum in der Landwirtschaft kann Rücksicht genommen werden; Hauptzeiten sind das Frühjahr und vor allem der Herbst.

#### g) *Gewinnung von Schmuckreisig*

Als Schmuckreisig finden vor allem die Äste und Zweige der Weißtanne Verwendung; die benötigten Mengen an Fichte und Douglasie sind gering. Vier kleinere Firmen sind mit der Gewinnung von Schmuckreisig beschäftigt, drei davon in Buch, nordwestl. von Kastellaun, ansässig, eine vierte in Spesenroth, südlich von Kastellaun. Alle Unternehmer haben ihre Tätigkeit im Hunsrück begonnen und später wegen der geringen Verbreitung der Weißtanne auch auf andere Gebiete des Rheinischen Schiefergebirges, vor allem aber auch auf den Schwarzwald ausgedehnt. Die Hauptarbeitszeit fällt in die Monate Oktober bis Dezember, bedingt durch die starke Nachfrage zu den Festtagen Allerheiligen, Totensonntag, Advent und Weihnachten, bildet somit eine günstige saisonale Ergänzung zur Arbeit in der Landwirtschaft. Eingesetzt werden von jeder Firma durchschnittlich 5—10 Personen aus dem eigenen Ort, meist Männer, die mit Fahrzeugen zum Arbeitsort gebracht werden. Auch bei den im Schwarzwald eingesetzten Kolonnen handelt es sich um Hunsrücker. Das Absägen der Äste — von stehenden Bäumen — erfolgt nach Vereinbarung mit den jeweiligen Forstämtern. Der Transport vom Ort des Einschnittes und der Absatz erfolgen mit eigenen Lastwagen oder mit Fahrzeugen vertraglich angeworbener Fuhrunternehmer. Hauptabsatzgebiet ist der rheinisch-westfälische Raum, in geringerem Maße auch Berlin. Verkauft werden meist nur die Reiser in unverarbeitetem Zustand, lediglich eine Zerkleinerung wird schon vor dem Abtransport vorgenommen. Eine Firma in Buch ist neuerdings auch dazu übergegangen, selbst Kränze zu binden, beschäftigt sind in der Kranzbinderei meist Frauen und Mädchen. Die zum Verkauf gelangenden Mengen an Schmuckreisig sind beachtlich, pro Firma beträgt der Absatz mehrere tausend Zentner im Jahr.

### *h) Grassamengewinnung*

Zur Gewinnung von Grassamen wird auf frischen Laubholz-Kahlschlägen Fiorin-Gras gesammelt. Abnehmer ist eine Firma in Miltenberg am Main, Vertreter im Hunsrück haben ihren Sitz in Simmern und in Hünzerath (b. Morbach). Das Sammeln erfolgt durch Frauen und Mädchen, ihre Zahl ist relativ gering. Neuerdings macht sich auch ein empfindlicher Mangel an Arbeitskräften bemerkbar. Der Grund liegt darin, daß die Tätigkeit in der arbeitsreichen Zeit der Landwirtschaft erfolgen muß und überschüssige Arbeitskräfte kaum noch zur Verfügung stehen. Das Gras wird von der Abnehmerfirma gedroschen; die Samen des Fioringrases gehen zum Teil ins Ausland, wo sie vor allem der Anlage von Golfplätzen dienen, ferner finden sie auch im Inland auf Sportplätzen und — im Gemisch mit Goldhafer — auf Autobahngrünstreifen Verwendung.

### *i) Nutzung von Waldwiesen*

Die Heunutzung der Wiesen im Inneren des Soonwaldes wurde schon im Rahmen des geschichtlichen Teiles erwähnt. Einige der Wiesen wurden schon früh als zusätzliches Grünland von den angrenzenden Dörfern aus angelegt (vgl. S. 20 f.), andere verdanken ihre Entstehung eingegangenen Glashütten (S. 33) oder Waldhütten (S. 35). Die Wiesen sind heute teils in staatlichem, teils in privatem Besitz. Die Heuerträge der staatlichen Wiesen werden durch die Forstämter versteigert. Neuerdings ist es schwer, Abnehmer zu finden, so daß häufig größere Heumengen verbrannt werden müssen.

### *k) Die Bedeutung der forstwirtschaftlichen Nebennutzungen in Abhängigkeit von der Wirtschaftslage*

Je nach der Art der Nutzung kann die Reaktion auf die Konjunkturlage unterschiedlich sein. Die meisten derjenigen Nutzungen, die durch die Bevölkerung selbst ausgeübt werden, erlangen in wirtschaftlichen Krisenzeiten erhöhte Bedeutung, so vor allem das Sammeln von Leseholz, Beeren und Grassamen. Auch zu der mit Mühe und Zeitaufwand verbundenen Heuabfuhr von den Soonwaldwiesen ist man in Notzeiten eher bereit. Insgesamt ist die Bedeutung aller dieser Nutzungsarten in der Gegenwart gering. Andere Tätigkeiten, wie die Gewinnung von Schmuckreisig und das Sammeln von Moos, scheinen sich gegenüber der konjunkturellen Situation weitgehend neutral zu verhalten, nicht zuletzt deshalb, weil eine gute Anpasung an den Arbeitsrhythmus in der Landwirtschaft möglich ist. Eine steigende Bedeutung in Zeiten guter Konjunktur zeigt sich schließlich bei denjenigen Nutzungsarten, bei denen die Ausübung nicht durch die einheimische Bevölkerung erfolgt. Es sind gleichzeitig die Nutzungen, deren Gelderträge nicht den einzelnen Bewohnern, sondern den Gemeinden zugute kommen. Die Jagdpachten liegen in wirtschaftlich guten Zeiten besonders hoch und auch der Abbau in den Steinbrüchen ist infolge der günstigen Situation im Baugewerbe besonders groß.

## **10. Der Fremdenverkehr**

Unter den zahlreichen Faktoren, die den Fremdenverkehr bedingen können, kommt landschaftlichen Schönheiten und damit auch dem Vor-

handensein von Wald zweifellos eine nicht geringe Bedeutung zu; eine kurze Behandlung des Fremdenverkehrs scheint deshalb in diesem Rahmen gerechtfertigt <sup>45)</sup>).

Als Ganzes gesehen ist der Hunsrück heute noch ein vom Fremdenverkehr relativ wenig berührtes Gebiet, Entwicklungsmöglichkeiten sind jedoch angesichts der landschaftlichen Schönheit mancher Teile und infolge der klimatischen Eignung durchaus vorhanden. Vorläufig fehlt es vielfach noch an geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten; die Bevölkerung beginnt erst langsam die Vorteile zu erkennen, die sich ihr aus dem Fremdenverkehr bieten können.

Lokale Schwerpunkte des Fremdenverkehrs sind die Umgebung von Kastellaun und einige Ortschaften an den Rändern von Soonwald und Idarwald. Ursachen für die Entwicklung des Kastellauner Fremdenverkehrsgebietes sind die günstige Verkehrslage an der Hunsrück-Höhenstraße, die landschaftlichen Schönheiten, namentlich des nördlich von Kastellaun beginnenden Mosel-Hunsrücks, vor allem aber auch eine sehr aktive und geschickte Werbung durch die Amtsverwaltung. Beinahe wichtiger als die Werbung nach außen war und ist die Werbung bei der einheimischen Bevölkerung, geeignete Unterkünfte bereitzustellen. Zunächst hat der Fremdenverkehr in Kastellaun eingesetzt, heute ist man dort jedoch vorwiegend auf den in den letzten Jahren ständig gestiegenen Durchgangsverkehr auf der Hunsrück-Höhenstraße eingestellt. Der eigentliche Erholungsverkehr hat sich auf die umliegenden Dörfer verlagert; Kastellaun selbst hat durch gute Restaurants, Cafés und Geschäfte sowie durch sein Kino zentrale Funktionen dieses kleinen Fremdenverkehrsgebietes übernommen.

Der Fremdenverkehr am Nordrand des Soonwaldes ist noch gering. Schwerpunkte sind Gemünden und Argenthal.

Am Nordrand des Idarwaldes, begünstigt durch die Lage an der Hunsrück-Höhenstraße, bildet Morbach das Zentrum des Fremdenverkehrs. Auch in benachbarten Ortschaften wie Hoxel und Hinzerath hat der Fremdenverkehr Eingang gefunden, wenn auch hier noch in sehr bescheidenem Maße. Am Südrand des Idarwaldes ist der Fremdenverkehr noch geringer, obwohl gerade hier die besondere Schönheit der Landschaft wesentliche Voraussetzungen bietet. Nachteilig wirkt sich vor allem die Verkehrsentlegenheit aus. An der Ostspitze bildet Rhaunen ein kleineres Zentrum.

Fast völlig unberührt vom Fremdenverkehr sind die wenig bewaldeten Gebiete im Raum Simmern-Kirchberg, ferner auch die westlich anschließende weitere Umgebung des amerikanischen Düsenjägerflugplatzes bei Lautzenhausen, wo einmal schon aus akustischen Gründen eine Erholung schwerfallen dürfte, zum anderen auch infolge der großen Nachfrage nach Wohnraum die Quartiere meist von gut zahlenden Dauermietern belegt sind. Die Mietpreise erreichen hier stellenweise Großstadtniveau.

Fast überall fällt der Erholungsverkehr in das Sommerhalbjahr. Etwas Fremdenverkehr während des Winters findet sich im Idarwaldgebiet, vor

---

<sup>45)</sup> Unter Fremdenverkehr ist hier immer der Erholungsverkehr zu verstehen.

allem in Morbach. Wenn zwar das Maximum auch hier eindeutig im Sommer liegt, so sind doch die saisonalen Schwankungen geringer, sowohl gegenüber den anderen genannten Gebieten wie auch gegenüber der Mosel. Morbach hat im Winter im allgemeinen mehr Pensionsgäste als Bernkastel. Die Besetzung des Erbeskopfes und eines größeren Waldgebietes nahe bei Morbach durch Militär wirken sich auf den Wintersport dieses Gebietes noch sehr hemmend aus.

Wochenendverkehr ist selten; überwiegend handelt es sich bei den Fremden um Dauergäste. Sie stammen größtenteils aus dem rheinisch-westfälischen und dem rhein-mainischen Raum. In Morbach sind vereinzelt auch Ausländer anzutreffen.

Das Überwiegen des Daueraufenthaltes unterscheidet den Hunsrück von benachbarten Fremdenverkehrsgebieten, vor allem von den großen Flußtäälern. Aber auch am Südrand des Soonwaldes hat der Wochenendverkehr — vor allem aus Kreuznach, Bingen und dem rhein-mainischen Raum — in den letzten Jahren stark Eingang gefunden; u. a. ist auch das Camping hier neuerdings stärker verbreitet. Am Soonwald-Nordrand dagegen herrscht der Daueraufenthalt vor. Er ist auch im Süden nicht unbedeutend, tritt hier jedoch, gemessen an der großen Zahl der Wochenendausflügler, weniger stark in Erscheinung. Dennoch ist die Entwicklung des Fremdenverkehrs am Nordrand des Soonwaldes teilweise auf die Überfüllung der Pensionen im Süden zurückzuführen. Während also hier ein wichtiger Anstoß zur Entwicklung des Fremdenverkehrs von außen her, d. h. durch ein benachbartes Fremdenverkehrsgebiet erfolgte, sind die anderen genannten Bereiche — Umgebung von Kastellaun, Randgebiete des Idarwaldes — vorwiegend selbständig gewachsen; die Beeinflussung von außen ist zumindest gering. Nur einige moselnahe Hochflächendörfer wie Raversbeuren und Tellig verdanken ihren geringen Fremdenverkehr in erster Linie dem Einfluß des Moseltales.

Die Entwicklung zeigt in den letzten Jahren eine ununterbrochen steigende Tendenz, so daß mit einer weiteren Zunahme des Fremdenverkehrs im Hunsrück gerechnet werden kann.

## IV. Die Holzindustrie

### 1. Allgemeiner Überblick

Die Holzindustrie ist heute der bei weitem wichtigste Gewerbebezweig des Hunsrück. Abb. 9 gibt einen Überblick über Verbreitung, Größe und Art der Betriebe.

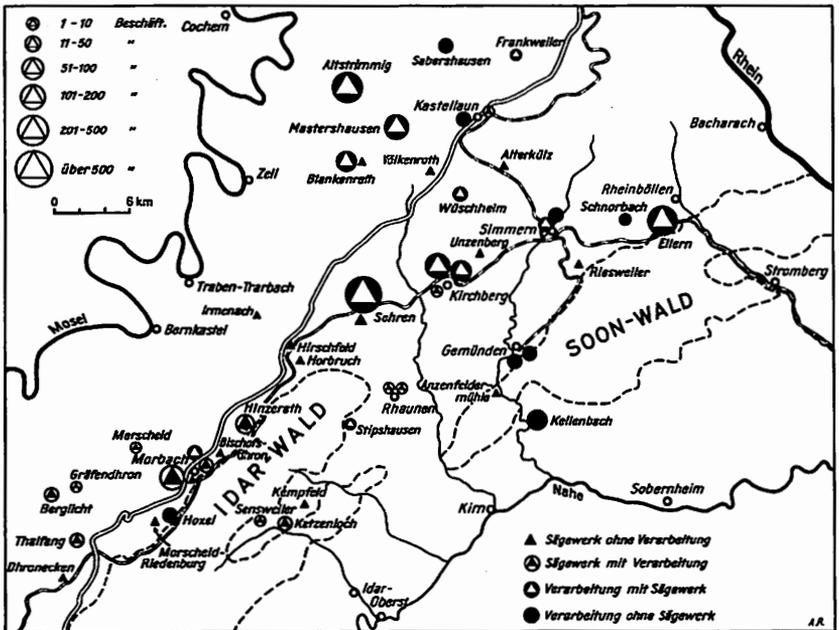


Abbildung 9

Die Werke mit mehr als hundert Beschäftigten seien hier namentlich genannt, da sie im Verlauf der folgenden Ausführungen noch von Bedeutung sein werden <sup>46)</sup>:

1. Fa. Felke, Sohren, Möbelfabrik, ca. 770 Besch.
2. Fa. Holzindustrie Hunsrück, Ellern, Stuhlfabrik und Sägewerk, ca. 220 Besch.
3. Fa. Holzindustrie Hunsrück, Kirchberg, Tischfabrik und Sägewerk, ca. 150 Besch.

<sup>46)</sup> Genaue Beschäftigungszahlen Juni 1957: vgl. Karte 2.

4. Fa. Theisen, Altstrimmig, Stuhlfabrik, ca. 220 Besch.
5. Fa. Steffen, Mastershausen, Möbelfabrik, ca. 160 Besch.
6. Fa. Kuntz <sup>47)</sup>, Morbach, Sägewerk, ca. 110 Besch.

Bis auf das Sägewerk in Morbach handelt es sich um Möbelindustrie; gemessen an der Beschäftigtenzahl steht dieser Gewerbezweig innerhalb der Holzindustrie an erster Stelle. Den Möbelindustriebetrieben sind Sägewerke angeschlossen, die teils den Bedarf des Betriebes an Schnittholz etwa decken (Fa. Felke), teils noch darüber hinaus selbständig für den Markt arbeiten (beide Werke der „Holzindustrie Hunsrück“), teils auch weniger produzieren, als der Betrieb für die Verarbeitung benötigt (Theisen, Steffen). — Unter den Betrieben mit weniger als hundert Beschäftigten sind noch von größerer Bedeutung die Firmen Thees in Hoxel (Holzwolle, ca. 40 Besch.), Mettler in Hinzerath (Sägewerk, ca. 75 Besch.), Andres und Maßmann in Blankenrath (Särge, ca. 80 Besch.), das Sohrener Sägewerk der Fa. Kuntz/Kirn (ca. 50 Besch.), die Fa. Kunz in Kirchberg (Möbel, ca. 70 Besch.) und die Fa. Hey in Katzenloh (Sägewerk, ca. 40 Besch.). Bei den „Sägewerken mit Verarbeitung“ ist die Verarbeitung meist nur auf niedrige Produktinsstufen beschränkt, sie bildet hier in erster Linie einen in Anbetracht der z. Zt. kritischen Situation der Sägewerke notwendigen Risikoausgleich.

Insgesamt sind in der Holzindustrie des Untersuchungsgebietes rund 2 250 Personen beschäftigt, das sind etwa 5,2 % aller Beschäftigten. Der Anteil der Frauen in der Holzindustrie ist gering; er macht ca. 5 % aus und entfällt ausschließlich auf die Möbelindustrie.

In der lokalen Verbreitung der Betriebe zeigt sich eine Bevorzugung der Standorte an den Eisenbahnlinien, vor allem zwischen Morbach und Rheinböllen. Abseits der Eisenbahn hat die Holzindustrie nur im Raum Altstrimmig-Masterhausen-Blankenrath größere Bedeutung. Im äußersten NO und O der Hochfläche sowie im Gebiet des Mosel-Hunsrücks südwestlich von Blankenrath ist sie am schwächsten vertreten; auch die Bedeutung anderer Gewerbezweige ist in diesen Teilen gering, so daß hier die Landwirtschaft noch heute die bei weitem wichtigste Erwerbsquelle für die Bevölkerung bildet. — Nach der Art der Betriebe zeigt sich insofern eine lokale Differenzierung, als sich vorwiegende Holzverarbeitung vor allem im Gebiet der nordöstlichen Hochfläche findet, während die Sägeindustrie mehr um den Idarwald anzutreffen ist, auch hier jedoch meist mit abgeschlossener Verarbeitung.

Das äußere Erscheinungsbild der Holzindustriebetriebe läßt ihre wirkliche Bedeutung für das Wirtschaftsleben des Hunsrücks kaum vermuten. Flache Gebäudeformen und das Fehlen stärkerer Rauchentwicklung bewirken es, daß dieser Industriezweig im Landschaftsbild nur wenig hervortritt. Mitunter ist es beim Betreten eines Dorfes kaum möglich zu erkennen, wo ein gesuchter größerer Industriebetrieb sich befindet; der dünne Blechschornstein des Sägewerkes ist oft der einzige Wegweiser.

---

<sup>47)</sup> Zweigwerk der Fa. Kuntz/Kirn.

## 2. Geschichtliche Entwicklung

Die Entstehung der ersten Sägewerke ist für das Untersuchungsgebiet zeitlich nicht genau festzulegen. 1322 wird in Augsburg die erste mechanische Säge erwähnt (JAHR, S. 4), die Begründung der ersten Sägewerke im Hunsrück dürfte im 14., spätestens im 15. Jahrhundert erfolgt sein (J. MÜLLER, S. 174). Es waren durchweg kleine Betriebe, die nur für den lokalen Bedarf arbeiteten. Der Antrieb erfolgte mit Wasserkraft, die Lage war somit an die Bäche gebunden. Vielfach waren die Werke mit Getreidemühlen kombiniert und wurden deshalb als Sägemühlen bezeichnet (vgl. SCHMITHUBER, S. 94). Von dieser alten Form der Sägewerke haben sich nur wenige Überreste bis in die Gegenwart gehalten. Wasserantrieb findet sich noch bei zwei kleinen Betrieben, von denen der eine in Morbach, der andere südlich von Gemünden gelegen ist, ferner teilweise auch im Sägewerk am Katzenloch, hier jedoch durch die besonders günstigen Wasserkraftverhältnisse bedingt. Eine Kombination zwischen Säge und Mühle ist an keiner Stelle mehr anzutreffen.

Die Holzindustrie in ihrer heutigen Ausprägung ist noch sehr jung. So ist z. B. in der ausführlichen Beschreibung des Kreises Simmern von J. F. A. E. HARDT (1864) bei der Behandlung der einzelnen Gewerbe die Holzindustrie noch mit keinem Satze erwähnt. Der Hauptaufschwung dieses Industriezweiges erfolgte, wie auch in anderen Teilen Deutschlands (vgl. SCHMITHUBER, S. 95), erst nach dem Eisenbahnbau. Die späte Erschließung des Hunsrücks durch Eisenbahnen hatte auch eine besonders späte Entwicklung der Holzindustrie zur Folge. An Nahe und Mosel konnte sich dieser Industriezweig schon früher entfalten, erlitt hier dann jedoch gegenüber der aufkommenden Holzindustrie des Hunsrücks einen relativen oder sogar, wie in weiten Teilen des Moseltales, einen absoluten Bedeutungsrückgang.

Während einer ersten Phase erfolgte vor allem die Gründung größerer Sägewerke, so 1888, im Jahre des Bahnbaues, in Ellern, ferner 1908 in Morbach und später, 1928, in Hinzerath. Begünstigt wurde die Entstehung dieser Werke auch durch den Verlauf der neuerbauten Bahnlinien entlang den Rändern der großen Waldgebiete von Soon- und Idarwald, was einen besonders günstigen Bezug des Rohstoffes Holz gewährleistete. Durch die Nutzbarmachung der Dampfkraft waren die Werke von ihrer Bindung an die Wasserläufe befreit worden und konnten nun an den günstigeren Standorten an den Bahnlinien errichtet werden, was wiederum einen Schnittholzabsatz über den lokalen Bereich hinaus und somit eine gegenüber den alten Werken wesentliche Vergrößerung der Betriebe ermöglichte <sup>48)</sup>.

Die Gründung der ersten großen Sägewerke erfolgte meist durch auswärtige Unternehmer, so vor allem in Ellern und in Morbach. Das Morbacher Sägewerk wurde als Zweigbetrieb der Firma Kuntz in Kirn errichtet. Das Hinzerather Werk dagegen, erst 1928 gegründet, ist aus einem älteren

---

<sup>48)</sup> Zum Antrieb wird neben Dampf heute auch vielfach elektrischer Strom verwendet.

einheimischen Betrieb hervorgegangen, der bis zu dieser Zeit nur Weinbergspfähle, Hopfenstangen und Baugerüst-Stangen hergestellt hatte, Produktionszweige, die auch nach der Gründung des Sägewerks aufrechterhalten wurden. Die Sägewerksgründung erfolgte zu einer Zeit, als schon allenthalben einheimische Hunsrücker Unternehmer die wirtschaftliche Entwicklung in die eigenen Hände zu nehmen begannen.

Eine zweite Phase der Entwicklung, die bis in die Gegenwart hinein reicht, begann nach dem ersten Weltkrieg, vor allem in den Zwanziger Jahren. Sie ist gekennzeichnet durch eine ständig zunehmende Tendenz zur Weiterverarbeitung des Holzes und somit durch ein starkes Ansteigen der Beschäftigtenzahlen. Die holzverarbeitende Industrie vermag in viel stärkerem Maße Arbeitskräfte an sich zu binden als die vorwiegend mit Maschinenkraft arbeitende Sägewerksindustrie<sup>49)</sup>. Als Arbeitgeber für die einheimische Bevölkerung ist somit gerade die weiterverarbeitende Industrie von Wichtigkeit; gegenüber der reinen Sägeindustrie kommt ihr im Rahmen einer wirtschafts- und sozialgeographischen Untersuchung die größere Bedeutung zu, da ihre Wirkung weiterreichend ist. — Die genannte Tendenz zur Weiterverarbeitung wurde u. a. auch dadurch gefördert, daß durch eine allmähliche zu starke Ausweitung der Sägewerksindustrie im Hunsrück die Lage der einzelnen Betriebe sich zu verschlechtern begann; die Kapazität der Werke konnte nicht mehr voll ausgenutzt werden. Verstärkt trat eine Entwicklung in den Jahren nach 1933 ein, als durch die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik die Entstehung neuer, vor allem kleinerer Sägewerke stark begünstigt wurde. Die Folge war, daß zahlreiche Werke sich weiterverarbeitende Produktionszweige angliederten, die in einigen Fällen zur Hauptproduktion des Betriebes wurden. Arbeitskräfte waren, bedingt durch die vielfach zu kleinen Betriebsgrößen in der Landwirtschaft, überall in ausreichendem Maße vorhanden, so daß eine Umstellung ohne weiteres möglich war. Ein typisches Beispiel für diesen genannten Wandel in der Produktion bietet das Ellerner Werk. Gegründet wurde es zunächst als reines Sägewerk, 1928 erfolgte die Angliederung der Stuhlfabrik, die in der Folgezeit zum wichtigsten Zweig des Betriebes wurde. Die Anregung zur Gründung der Stuhlfabrik erfolgte hier von forstlicher Seite, da für Laubholz, vor allem für Buchenholz, noch nicht genügend Verwendungsmöglichkeiten gegeben waren. — Reine Sägewerke kaufen aus Rentabilitätsgründen bevorzugt Nadelholz, während die weiterverarbeitende Industrie, vor allem die Stuhlindustrie, in stärkerem Maße Laubholz benötigt. Im einzelnen ist der Anteil des Laubholzes in den verarbeitenden Betrieben je nach der Produktionsart verschieden. In der Stuhlherstellung (Ellern, Altstrimmig) wird ausschließlich Laubholz verwendet, während in der Produktion von Wohnzimmern, Schlafzimmern und Küchen (Sohren, Mastershausen) und auch von Tischen

<sup>49)</sup> Wie groß gerade die Bedeutung der weiterverarbeitenden Holzindustrie für die Beschäftigung von Arbeitskräften ist, mag ein einfaches Beispiel aus der Stuhlfabrik in Ellern verdeutlichen: In einem Festmeter Holz sind nach Durchlaufen des Sägewerksprozesses rund 10 Mark an aufgewendetem Lohn enthalten, nach der Verarbeitung zu Stühlen jedoch etwa 200 Mark (mündl. Mitt. Herr TENHAEFF sen.).

(Kirchberg) das Nadelholz den größten Anteil ausmacht. Im ganzen gesehen ist jedoch die Holzverarbeitung nicht in so einseitiger Weise auf Nadelholz angewiesen wie die reine Sägewerksindustrie. Die Verknappung des Nadelholzes zwischen den Kriegen und verstärkt nach dem letzten Krieg — von den Franzosenhieben wurden in erster Linie Nadelholzbestände betroffen —, zum anderen die noch wenig angegriffenen Vorräte an Laubholz waren zumindest mitbedingend für die zunehmende Tendenz zur Weiterverarbeitung. — Der Zug zur Angliederung von verarbeitenden Betrieben an bereits bestehende Sägewerke hat sich bis in die jüngste Zeit hinein fortgesetzt. So wurde 1948 im Kirchberger Werk der heutigen „Holzindustrie Hunsrück“ die Tischfabrik gegründet; ein kleineres Sägewerk in Wüschheim, nordwestlich von Simmern, ging 1949 zur Herstellung von Särgen über. Andere Sägewerke gliederten sich — teils vor, teils nach dem letzten Krieg — Zweige mit niedrigeren Veredlungsgraden an, wobei neben der Herstellung von Weinbergspfählen auch die Produktion von Masten, Buchenparkettböden und Sperrholzplatten Bedeutung erlangte. Sägewerke ohne angeschlossene Verarbeitung sind, wie auch die Abb. 9 zeigt, heute kaum noch anzutreffen. Mitbedingend für die genannten Tendenzen sind in neuerer Zeit auch die stark schwankenden und insgesamt hohen Rundholzpreise, während die Schnittholzpreise, die für die Absatzsituation der Sägewerke entscheidend sind, infolge zollfreier ausländischer Einfuhren niedrig liegen.

Ein anderer Teil der heute bestehenden Holzverarbeitenden Betriebe ist nicht aus Sägewerken hervorgegangen, sondern war von vorne herein auf die Weiterverarbeitung des Holzes ausgerichtet; Sägewerke wurden meist erst später den Betrieben angeschlossen und arbeiten ausschließlich für den eigenen Bedarf, im Gegensatz zur erstgenannten Gruppe, in der — vor allem in Ellern und Kirchberg — die Sägewerke auch heute noch über den Bedarf des Betriebes hinaus an den Markt liefern. Als verarbeitende Betriebe begründet wurden vor allem die Werke in Sohren (1929), Altstrimmig (1926), Mastershausen (1938) und Blankenrath (1928).

Wenn man zu den hier genannten Daten noch das Jahr der Angliederung der Ellerner Stuhlfabrik (1927), ferner das der Gründung des Hünzerather Sägewerkes (1928) und des Kirchberger Sägewerkes (1926) hinzufügt, so zeigt sich deutlich, daß gerade die zweite Hälfte der Zwanziger Jahre für die Entwicklung der Hunsrücker Holzindustrie von entscheidender Bedeutung war.

Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß ältere historische Bindungen, etwa an die niedergehende Eisenindustrie des 19. Jahrhunderts oder an das einheimische Handwerk, für die Hunsrücker Holzindustrie kaum bestehen. Die weitgehend fehlende geschichtliche Verwurzelung des heutigen Wirtschaftslebens unterscheidet den Hunsrück von den meisten anderen Teilen des Rheinischen Schiefergebirges. An zwei Stellen hatte sich nach dem Niedergang von Bergbau und Eisenindustrie vorübergehend eine etwas bedeutendere handwerkliche Produktion von Holzgeschirr entfaltet, einmal in Löffelscheid, teilweise als Folge der Schwankungen und des insgesamt ständigen Rückgangs der Beschäftigtenzahlen im Altlayer Kupfer- und Zinkbergwerk, zum anderen in Damflos bei Hermeskeil,

außerhalb des Untersuchungsgebietes, hier als Folge der Schließung der Eisenhütte „Auf der Schmelz“ im Jahre 1770. In beiden Fällen ist die genannte Produktion nach relativ kurzer Zeit wieder eingegangen, ein Einfluß auf die spätere Entwicklung der Holzindustrie erfolgte nicht (vgl. HORN). Auch in dem Standort des Sägewerks am Katzenloch, an der Stelle des ehemaligen Katzenlocher Hammers, kann kaum eine bedeutsame historische Bindung gesehen werden, zumal zeitlich zwischen Hammer und Sägewerk hier mehrere Jahrzehnte lang eine Edelsteinschleiferei bestanden hat. — Eigenständige handwerkliche Traditionen, die in anderen Teilen der westdeutschen Mittelgebirge neben den Folgen des Niederganges der Eisenindustrie einen entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung des heutigen Wirtschaftslebens ausüben konnten, haben im Hunsrück nie große Bedeutung gehabt und sind für die Gegenwart wirkungslos geblieben. Eine historische Bindung der Hunsrücker Holzindustrie an das einheimische Schreinerhandwerk besteht nur insoweit, als aus diesem Handwerkszweig einige Unternehmerpersönlichkeiten hervorgegangen sind, die beim Aufbau der Holzindustrie, insbesondere der Möbelindustrie, entscheidend mitgewirkt haben, eine Erscheinung, die sich auch in anderen Teilen Deutschlands feststellen läßt (vgl. KLÖCKNER, S. 56).

In den Jahren zwischen den beiden Kriegen traten als Betriebsgründer überwiegend Einheimische hervor. Zwei Inhaber von heute bedeutenden Möbelfabriken — Felke in Sohren und Steffen in Mastershausen — waren ursprünglich Schreiner; die bestehenden Betriebe sind aus Schreinerwerkstätten hervorgegangen. — Der Gründer der Stuhlfabrik in Altstrimmig, Theisen, war und ist noch heute Landwirt. Mit der Herstellung von Stühlen wurde unter primitivsten Verhältnissen begonnen; die mit der Hand hergestellten Stücke wurden vom heutigen Firmeninhaber in stundenlangen Fußmärschen auf dem Rücken zur Mosel getragen und dort zum Verkauf gebracht. — Der Gründer der Holzwollefabrik in Hoxel, Thees, war ebenfalls ortsansässiger Bauer. Das Werk wurde schon 1913 gegründet, stellt somit als einheimische Betriebsgründung zeitlich eine Ausnahme dar. — Die Sargfabrik Andres und Maßmann wurde einer Maschinenhandlung angeschlossen. — Das Hinzerather Sägewerk (Fa. Mettler) hat sich, wie schon erwähnt, aus einer kleinen einheimischen Firma entwickelt, die ursprünglich in einfachen Produktionsverfahren Weinbergspfähle, Baustangen und Masten herstellte.

Wenn auch bei all diesen Betriebsgründungen — einschließlich der Angliederung von verarbeitenden Betrieben an bestehende Sägewerke — wie überall der Wille zum persönlichen Erfolg die treibende Kraft gewesen sein mag, so darf daneben doch nicht übersehen werden, daß nicht selten auch ein echtes Verantwortungsbewußtsein für die Menschen des Heimatdorfes und der umliegenden Ortschaften den Wunsch bedingte, durch eigene Initiative Beschäftigungsmöglichkeiten für andere zu schaffen und so zur Hebung des allgemeinen Lebensstandards beizutragen. Dieser Geist: Idealismus, gepaart mit nüchternem Unternehmersinn, lebt vielfach noch heute in den Betrieben weiter, auch dann, wenn die Leitung bereits an die Söhne übergegangen ist. Er ist es, der diesem Industriezweig erst seine

eigentliche Landschaftsgebundenheit verleiht und ihn zu einem untrennbaren Bestandteil des gesamten Hunsrückers Wirtschaftslebens macht.

Auf einige typische Entwicklungstendenzen der neueren Zeit sei im folgenden noch kurz hingewiesen. Zu erwähnen ist zunächst die Lösung der Standortbindung der Betriebe von den Eisenbahnen. Schon die Firmen Theisen in Altstrimmig und Steffen in Mastershausen waren bei der Gründung der Betriebe (1926 bzw. 1938) nicht mehr auf die Eisenbahn angewiesen; wenn auch die Verkehrslage sich gerade in den ersten Jahren noch hemmend auswirkte; erst nach dem Kriege, mit zunehmender Bedeutung des Lastwagenverkehrs, fielen diese Nachteile fort. Betriebsgründungen nach dem Kriege zeigen deutlich ihre standörtliche Unabhängigkeit von der Eisenbahn (z. B. Gemünden: nicht in Bahnhofsnähe; Kellenbach und Kempfeld: ohne Bahnanschluß). Die heutige flächenhafte Erschließung durch den LKW gegenüber der linienhaften durch die Eisenbahn dürfte auch einen Einfluß in Richtung auf eine Verringerung der Betriebsgrößen ausüben, wenn auch Abschließendes vorläufig sich noch nicht sagen läßt. Zumindest sind die Möglichkeiten zu einer stärkeren lokalen Streuung, die sich sowohl auf den Holzbezug als auch auf die Beschaffung von Arbeitskräften vorteilhaft auswirken kann, durchaus gegeben. Die Möbelfabrik Felke in Sohren hat mit ihren nahezu 800 Beschäftigten einmal unter innerbetrieblichen Aspekten, zum anderen auch gerade unter dem Gesichtspunkt der Beschaffung von Arbeitskräften heute weitgehend ihre mögliche Obergrenze erreicht. Kleinere Betriebe sind insofern günstiger gestellt, als Arbeiterpendelbewegungen über große Entfernungen im Bereich dieser Betriebe selten sind und insofern bei auftretender Konkurrenz anderer Wirtschaftszweige das Risiko des Verlustes von Arbeitskräften geringer ist.

Im Zusammenhang mit diesen Fragen steht auch die mehrfach anzutreffende Erscheinung, daß zwei oder drei Betriebe in einer übergeordneten Unternehmung zusammengeschlossen sind. Ob nun ein Zusammenschluß bereits bestehender Betriebe erfolgte, wie bei den Werken der „Holzindustrie Hunsrück“ in Ellern und Kirchberg, oder ob es sich um Zweiggründungen handelt, wie im Falle des Morbacher und des Sohrener Werkes der Fa. Kuntz/Kirn oder des neuerrichteten Hermeskeiler Werkes der Fa. Felke (ca. 200 Beschäftigte)<sup>50)</sup>: In jedem Falle wäre es falsch, hierin horizontale Unternehmungskonzentration sehen zu wollen. In erster Linie handelt es sich um betriebliche Dezentralisierungen, mit Rücksicht vor allem auf die schon genannten Faktoren: Rohstoffbezug und Beschaffung von Arbeitskräften.

Im Zuge der Entwicklung lag ferner der Übergang in fast allen Betrieben zu ganzjähriger gleicher Beschäftigtenzahl. Nur in einigen kleinen Sägewerken wird noch heute saisonal, d. h. vor allem während der Sommermonate gearbeitet; bei den alten Sägemühlen war die Saisonarbeit fast ausschließlich vorherrschend. Auch im Kirchberger Sägewerk der

---

<sup>50)</sup> Im südwestlichen Hunsrück gehören zur Firma v. Hammerstein Werke in Abentheuer, Reinsfeld und Thalfang.

„Holzindustrie Hunsrück“ waren früher im Winter wegen Stilllegung eines Gatters Arbeiterentlassungen nötig; nach Angliederung der Tischfabrik wurden innerbetriebliche Beschäftigungsfluktuationen und somit eine ganzjährig gleiche Beschäftigtenzahl möglich. Das gleiche gilt auch für das Sägewerk in Wüschheim, dem später eine kleine Sargfabrik angeschlossen wurde; die Herstellung von Särgen geschieht somit vorwiegend während der Wintermonate. — Auf der anderen Seite hat man in denjenigen Betrieben, die von vorne herein auf Weiterverarbeitung ausgerichtet waren, ursprünglich oft nur oder hauptsächlich während der für die Landwirtschaft arbeitsfreien Winterzeit gearbeitet, z. B. in der Firma Theisen in Altstrimmig, und ist erst später, mit Vergrößerung des Betriebes, zu ganzjährig gleicher Beschäftigung übergegangen.

Die jüngste Entwicklung der Hunsrücker Holzindustrie ist gekennzeichnet durch eine abermals verstärkte Tendenz zur Weiterverarbeitung des Holzes<sup>61)</sup>. Als Ursache wäre zunächst zu erwähnen die nach dem 2. Weltkrieg besonders kritische Lage der Sägewerke, bedingt einmal durch die starken Eingriffe in die Nadelholzbestände während der Nachkriegsjahre, ferner durch das gegenwärtige ungünstige Verhältnis zwischen Rundholz- und Schnittholzpreisen, schließlich auch durch die zunehmende Tendenz zur Abfallverwertung in den verarbeitenden Betrieben, die den Schnittholzbedarf dieser Betriebe etwas geringer werden läßt. So wurde in der Möbelfabrik Felke erst kürzlich ein Faserplattenwerk errichtet, das in erster Linie die früher meist ungenutzten Holzabfälle verwertet. Die Kapazität der Sägewerke ist heute nur ungenügend ausgelastet. 1952 betrug die durchschnittliche Kapazitätsausnutzung im Kreis Zell 80 %, im Kreis Bernkastel 55 % und im Kreis Simmern nur 40 % (Rheinland-Pfalz, Land der Reben und Wälder, S. 179). Neben diesen aufgeführten Gründen bewirkt auch die heutige Steuergesetzgebung vor allem hinsichtlich der Beförderungssteuern, zwangsweise eine Hinwendung zu höheren Veredelungsgraden in der Produktion. Auf diese Frage soll jedoch an anderer Stelle (Kapitel „Absatz“) eingegangen werden. Was die Zahl der Beschäftigten in Sägeindustrie und Weiterverarbeitung anbetrifft, so hat die zunehmende Automatisierung in den Sägewerken hier eine weitere relative und auch absolute Abnahme der Arbeiterzahl zur Folge. So sind in der Stuhlfabrik Theisen mit ihren ca. 220 Beschäftigten heute im modern eingerichteten Sägewerk, das den größten Teil des Betriebsbedarfes deckt, nur noch 7 Personen beschäftigt.

Bezeichnend für die aufgezeigten Tendenzen in Sägeindustrie und weiterverarbeitender Industrie ist die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen in beiden Zweigen seit den Jahren vor dem Kriege. So beträgt in der Möbelfabrik Felke die Zahl der Beschäftigten heute fast 800 gegenüber etwa 350 vor dem Krieg; im Sägewerk Mettler/Hinzerath dagegen sank sie in der gleichen Zeit von 150 auf 75.

Die genannte Entwicklung von der reinen Sägewerksindustrie zur holzverarbeitenden Industrie ist in den einzelnen Gebieten verschieden weit

---

<sup>61)</sup> Vgl. für den südwestlichen Hunsrück auch ACHTER, S. 58.

vorangeschritten. Während auf der nordöstlichen Hochfläche die Holzverarbeitung bedeutungsmäßig im Vordergrund steht, herrschen im Gebiet des Idarwaldes noch heute die Sägewerke vor (vgl. Abb. 9). Worin diese Unterschiede begründet sind, kann schwer eindeutig festgelegt werden. Von Einfluß dürfte einmal der im und um den Idarwald besonders hohe Nadelholzanteil sein, der die Notwendigkeit eines Abweichens von der einseitigen Schnittholzproduktion erst später spürbar werden ließ, zum anderen mag auch die Tatsache Bedeutung haben, daß enger besiedelte Gebiete hier gegenüber der nordöstlichen Hochfläche nicht in gleicher flächenhafter Ausdehnung vorhanden sind; die Möglichkeiten des einzelnen Betriebes, für die Holzverarbeitung Arbeitskräfte zu beschaffen, sind somit stärker beschränkt. Auch der Abzug von Arbeitskräften durch das Saargebiet dürfte die Entwicklung hemmend beeinflußt haben. Neben diesen Gründen, die zur Erklärung der Unterschiede zwischen den einzelnen Flächen sicherlich nicht ausreichen, darf auch der Faktor der vorhandenen oder fehlenden Unternehmerinitiative nicht übersehen werden. — Es sei jedoch bemerkt, daß auch um den Idarwald eine zunehmende Tendenz zur Weiterverarbeitung des Holzes durchaus zu erkennen ist.

### 3. Zum Standort der Betriebe

Bei einer groben Gliederung der möglichen Standorte in Rohstoff-, Absatz- und Arbeitsorientierung ist eine eindeutige Zuordnung der Holzindustriebetriebe des Hunsrücks nicht möglich. Die Sägewerke verdanken ihre Existenz in erster Linie dem Rohstoff Holz; begünstigt wurde ihre Entstehung jedoch auch durch den Verlauf der Eisenbahn, die einmal über große Strecken gerade die waldreichsten Teile in den Quarzitgebieten berührt und zum anderen eine günstige Verbindung zu den Absatzgebieten schafft. Bei den kleineren Werken, die vorwiegend für den lokalen Bedarf arbeiten, steht die Konsum-(=Absatz-)orientierung an erster Stelle, was schon aus der starken Streuung dieser Betriebe ersichtlich ist. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die Eisenbahn für die Standorte heute nur noch geringe Bedeutung hat. Gegenüber der verarbeitenden Industrie ist bei den Sägewerken der Zug zur Eisenbahn heute vielleicht noch etwas stärker vorhanden, da Gruben- und Faserholz vorwiegend auf dem Eisenbahnwege abgesetzt werden, doch erfolgten jüngere Gründungen (z. B. Kempfeld) auch bei den Sägewerken abseits der Eisenbahnlinien. — Hinsichtlich des Antriebs sind die Sägewerke heute — im Gegensatz zu früher, wo man auf die Wasserkraft angewiesen war — an keinen lokalen Standort streng gebunden; Dampftrieb durch Holzabfälle und Bezug von elektrischem Strom sind überall möglich. — Bei einer allgemeinen, über das Untersuchungsgebiet hinausgehenden Betrachtung zeigt es sich, daß der Standort der Sägewerke an der Rohstoffbasis keineswegs überall anzutreffen ist; konsumorientierte Sägewerke in Industriezentren, z. B. im Ruhrgebiet, sind durchaus keine Seltenheit. W. JAHR (S. 34 ff.) begründet die Möglichkeit beider Standorte folgendermaßen: Bei Vorhandensein von Eisenbahnen liege wegen der günstigen Transportbedingungen der Standort meist in den Rohstoffgebieten; in diesem Fall würde der Schnitverlust im Sägewerksprozeß Bedeutung erlangen. Für Konsumorientierung

sprächen bei Fehlen von Eisenbahnen in den Waldgebieten folgende Tatsachen: Der Einkauf von Holz sei sowohl räumlich wie zeitlich stärker konzentriert; pro Jahr würden meist nur einige Abschlüsse getätigt, die der Unternehmer selbst vornehmen könne. Die Notwendigkeit zu ständigem Kontakt mit den Holzlieferanten sei in weniger starkem Maße gegeben als auf dem Absatzmarkt die Berührung mit der Kundschaft. Der Verkauf des Schnittholzes sei räumlich und zeitlich sehr viel stärker zersplittert. Eine große Anzahl von Kunden erfordere eine große Anzahl jährlicher Abschlüsse; ständiger Kontakt sei nötig und zwingt zur Anwesenheit des Unternehmers und damit auch des Betriebes im Absatzgebiet, soweit man nicht Unkosten durch Vertreterprovisionen oder Händlerspannen in Kauf nehmen wolle. Die Verkaufsspesen wachsen nach W. JAHR mit der Entfernung vom Absatzgebiet wesentlich stärker als die Einkaufsspesen mit der Annäherung an das Rohstoffgebiet sinken. Voraussetzung für die Gedanken von JAHR ist die Ansicht ALFRED WEBERS, daß Holz durch die Sägewerksbearbeitung nur wenig an Gewicht verliere und somit unter dem Gesichtspunkt der Transportkosten keine zwingende Notwendigkeit zur Rohstofforientierung vorliegt. Unter dieser Voraussetzung können die von JAHR dargelegten Gedanken Bedeutung erlangen. — Hierzu ist zu bemerken, daß ein Schnitt- und somit Gewichtsverlust von immerhin rund 30 Prozent nicht ganz ohne Einfluß auf die Standortwahl ist und allgemein für eine Bevorzugung der Rohstoffgebiete spricht. Was die Ansichten von JAHR anbetrifft: Zur damaligen Zeit (1927) mögen sie Gültigkeit gehabt haben, heute jedoch sind sie weitgehend überholt, da einmal die Eisenbahnen ihre ursprüngliche Bedeutung verloren haben und bei der Flächenhaftigkeit des heute maßgebenden Straßennetzes die einzelnen Rohstoffgebiete weitgehend gleichgestellt sind, nach JAHR also überall eine Rohstofforientierung stattfinden müßte, zum anderen, da infolge der Holzknappeit heute auch der Rohstoffeinkauf stark zersplittert ist, wie u. a. auch aus der Abb. 10, in der der Rohstoffbezug der größeren Hunsrückbetriebe dargestellt ist, ersichtlich wird. Es ergibt sich daraus, daß gegenüber früher eine wesentlich größere Zahl von Geschäftsabschlüssen nötig ist; auch dieser Grund würde daher für eine in der Gegenwart verstärkte Rohstofforientierung sprechen. — Die Frage nach dem Standort der Sägewerke kann hier nicht erschöpfend beantwortet werden. Sicher scheint, daß die meisten Sägewerke, so auch die größeren Betriebe des Untersuchungsgebietes, vorwiegend rohstofforientiert sind, auf der anderen Seite kann die Existenz von Sägewerken in Absatzgebieten nicht übersehen werden. Inwieweit es sich im letzteren Falle allerdings, angesichts des heute verstärkten Zuges zu den Rohstoffgebieten, um bereits historisch gewordene Standorte handelt, sei dahingestellt. — Das Vorhandensein von Sägewerken in den Industriegebieten kann bewirken, daß in den Waldgebieten der Umgebung die Sägewerke weitgehend fehlen, so z. B. in weiten Teilen des Sauerlandes, da hier das gefällte Holz von den Werken der Absatzgebiete, im genannten Beispiel von den Sägewerken des Ruhrgebietes, aufgekauft wird. In denjenigen Gebieten dagegen, die etwas weiter entfernt von den Absatzzentren liegen — im Bereich des Rheinischen Schiefergebirges ist hier neben dem Hunsrück vor allem auch der Wester-

wald zu nennen — hat die Sägewerksindustrie größere Bedeutung. — Für die Sägewerke des Hunsrück bedeutet der nicht genügende Kontakt mit der Abnehmerschaft — von JAHR durchaus zu Recht als wichtiger Gesichtspunkt herausgehoben — zweifellos eine negative Beeinträchtigung. Für die Fa. Kuntz ist diese Schwierigkeit insofern weniger gegeben, als es sich bei den Werken in Morbach und Sohren um Zweigbetriebe des absatzgünstiger gelegenen Kirner Hauptwerkes handelt. Die übrigen Betriebe sind weitgehend auf feste Stammkundschaft angewiesen. Qualität der Ware und Vertrauen des Abnehmers in die Person des Unternehmers sind dabei wichtige Voraussetzungen. — Der Faktor Arbeitskräfte und Lohnniveau ist für die Sägewerke allgemein und damit auch für die Betriebe des Untersuchungsgebietes von geringer Bedeutung, da die reine Sägewerksindustrie im Gegensatz zur weiterverarbeitenden Holzindustrie relativ wenig Arbeitskräfte benötigt. —

Im Gegensatz zur Sägewerksindustrie ist der Standort der Holzverarbeitenden Industrie vorwiegend arbeitsorientiert, wenn auch im Untersuchungsgebiet ein Teil der Betriebe sich aus ehemals rohstofforientierten Sägewerken entwickelt hat. Die Möglichkeit des günstigen Rohstoffbezuges ist auch heute in der Holzverarbeitung kein unwesentlicher Faktor, doch kommt ihr gegenüber dem Arbeiterproblem die geringere Bedeutung zu. Wichtig ist vor allem das Vorhandensein einer genügend großen Menge von Arbeitskräften, im Hunsrück bedingt vor allem durch die schon genannten Verhältnisse in der Landwirtschaft, und, in Ermangelung ausreichender anderer, einträglicherer Arbeitsmöglichkeiten, durch die Bereitschaft, sich mit den relativ niedrigen Löhnen in der Holzindustrie zufriedenzugeben. Hinzu kommt noch als Vorteil für die Holzverarbeitenden Betriebe das relativ niedrigere Gesamtlohniveau des Hunsrücks, doch sind die Unterschiede von Ort zu Ort und von Gebiet zu Gebiet eines Industriezweiges heute allgemein relativ unbedeutend geworden. —

Die Frage, die bereits bei der Besprechung der Sägewerksstandorte berührt wurde, ob nämlich eine Bindung an den Absatzmarkt nötig und möglich ist, soll auch bei den Holzverarbeitenden Betrieben kurz behandelt werden. Die Möglichkeit des Standortes in Absatzgebieten ist durchaus gegeben; ein Beispiel hierfür bietet u. a. die württembergische Möbelindustrie (R. MACK). Absatzorientierung ist dabei vor allem bei der Produktion hochwertiger Möbel anzutreffen, die einmal einen besonders engen Kontakt mit der Käuferschaft und zum anderen die Möglichkeit der Beschaffung von qualifizierten Facharbeitern erfordert; letztere sind im allgemeinen in ländlichen Gebieten nicht in ausreichendem Maße vorhanden (vgl. auch Loose, S. 7). — Im Hunsrück ist infolge der relativen Entlegenheit des Gebietes eine engere Berührung mit der Käuferschaft nicht möglich, und auch die Beschaffung guter Facharbeiter trifft — bei einem gleichzeitig großen Angebot an ungelerten Arbeitskräften — auf große Schwierigkeiten. Für den letzten Umstand liegt die Ursache vor allem in dem meist niedrigen Niveau des einheimischen Schreinerhandwerks, aus dem sich — wie auch in anderen Gebieten — ein großer Teil der Facharbeiterschaft der Holzverarbeitenden Industrie rekrutiert. Die ungünstige wirtschaftliche Situation zahlreicher Familien verhindert in vielen Fällen eine

ausreichende Ausbildung (z. B. Schreiner-Gesellenprüfung, meist die Voraussetzung für die Einstufung als Facharbeiter in der Industrie), außerdem sind viele Schreinerbetriebe sehr klein und bisweilen nur selbst von Gesellen geleitet, so daß Gesellen weder ausgebildet noch beschäftigt werden können. Häufig fehlt es auch auf seiten der Arbeiter an Interesse, eine Ausbildung durchzumachen, da sie, vor allem wenn sie aus der Landwirtschaft stammen, die Arbeit im Industriebetrieb oft nur vorübergehend betreiben, um sich später ganz der Landwirtschaft zuzuwenden (vgl. АСНТЕР, S. 74). Die aufgezeigten Verhältnisse bewirken es, daß sich die Produktion der Hunsrucker Möbelindustrie zwangsläufig vor allem auf Massenware beschränkt. Am deutlichsten zeigt sich das bei der Fabrikation von Stühlen und Tischen, doch handelt es sich auch bei kompletten Wohnzimmern, Schlafzimmern und Küchen meist um einfachere Serienherstellung.

Die Verkehrslage ist für die lokalen Standorte der Hunsrucker Holzverarbeitenden Industrie nach Übernahme der meisten Transportfunktionen durch den Lastwagenverkehr und die damit verbundene flächenhafte Erschließung des Gebietes relativ unwichtig geworden. Allerdings finden sich, ebenso wie bei der Sägewerksindustrie, mehrere heute bereits historisch gewordene Standorte an den Eisenbahnlinien (Ellern, Kirchberg, Sohren). Die Hunsrück-Höhenstraße, die wichtigste Verkehrsader des Hunsrucks, ist als standortbedingender Faktor bisher noch kaum in Erscheinung getreten. Die geplante Moselkanalisierung dürfte sowohl hinsichtlich des Absatzes wie auch hinsichtlich des Bezuges ausländischer Hölzer die Lage für einen Teil der Betriebe (Altstrimmig, Mastershausen, Blankenrath) verbessern; allerdings fürchtet man hier zunächst, während der Zeit des Kanalbaues, einen stärkeren Abzug von Arbeitskräften.

In neuerer Zeit können für die Gründung eines Betriebes auch die Steuerhebesätze und die Möglichkeit einer Kreditgewährung durch die Gemeinde von Wichtigkeit sein. Auf den Zusammenhang mit dem Waldreichtum wurde schon hingewiesen.

Bei der Behandlung der verschiedenen Standortfaktoren darf schließlich auch der Faktor „Unternehmerinitiative“ nicht übersehen werden, der in der Entwicklung der Hunsrucker Holzindustrie und in der Erklärung ihrer heutigen Verbreitung eine große Rolle spielt. Vielfach entstanden die Betriebe dort, wo der jeweilige Unternehmer beheimatet war. So ist zum Beispiel der Standort der Sohrener Möbelfabrik auch daraus zu erklären, daß der Betriebsgründer, M. Felke, aus dem benachbarten Lauferweiler stammt und seinen Betrieb in Nähe seines Heimatdorfes errichtete. Die gleiche Ortsgebundenheit liegt auch bei den Werken in Altstrimmig, Mastershausen und Hinzerath vor.

#### **4. Die Produktion**

Auf die Produktion der einzelnen Betriebe wurde in den vorangegangenen Abschnitten schon verschiedentlich eingegangen; sie sei deshalb hier nur noch einmal kurz zusammenfassend dargestellt. Die Übersicht kann und will nicht den Anspruch der Vollständigkeit erheben, sie soll lediglich

dazu dienen, die wichtigsten Produktionszweige der Hunsrückler Holzindustrie hervorzuheben.

Neben der Schnittholzproduktion haben sich die meisten Sägewerke einfache Zweige der Weiterverarbeitung angegliedert. So ist fast im ganzen Hunsrück die Herstellung von Weinbergspfählen anzutreffen; nur in Ausnahmefällen (z. B. Schnorbach b. Simmern) fehlt bei diesem Produktionszweig die Bindung an ein Sägewerk. Die Weinbaugebiete an Mosel, Rhein und Nahe bieten günstige Absatzmöglichkeiten, die hier ansässigen Pfahlerstellerfirmen vermögen den Bedarf nur zum geringen Teil zu decken. Der Produktionsvorgang umfaßt vor allem das Zurechtschneiden, Spitzen und Imprägnieren der Pfähle. — Betriebe zur Herstellung von Masten, für die ebenfalls ein Imprägnierwerk erforderlich ist, finden sich vor allem in Hinzerath und in Kastellaun, in letzterem Falle ohne angeschlossenen Sägewerksbetrieb. Das bei weitem wichtigste Werk dieses Zweiges ist die Fa. Richtberg in Bingen. — Ziemlich weit verbreitet ist auch die Herstellung von Baugerüststangen. Verwendet werden hierfür vor allem die Wipfel der Bäume, die für die Produktion von Schnittholz ungeeignet sind. — Im Morbacher Werk der Fa. Kuntz werden für die Herstellung von Buchenparkettböden, Türen und Sperrholz im Kirner Hauptwerk eine Reihe von Vorarbeiten geleistet. Sperrholzproduktion findet sich auch in einer neugegründeten Firma in Kellenbach, Krs. Simmern, hier ohne Vorhandensein eines Sägewerkes. — Kleinere Sägewerke sind oft mit Schreinereien, Zimmereien und Holzhandlungen verbunden. Wichtige Zimmereiprodukte sind u. a. Treppen (Kastellaun, Kirchberg) und Holzböden (Simmern).

In den höheren Stufen der Holzveredelung hat die Möbelindustrie bei weitem die größte Bedeutung. Im Sohrener Werk der Fa. Felke werden z. T. täglich 60 Schlafzimmer, 60 Küchen und 40 Wohnzimmer produziert. Die Möbelfabrik Steffen in Mastershausen ist auf die Herstellung von Schlafzimmern und Kombi-Schränken (Wäsche-Kleiderschränken) spezialisiert. Durch die „Holzindustrie Hunsrück“ werden in Ellern Stühle, in Kirchberg Tische hergestellt. Die Fa. Theisen in Altstrimmig ist ebenfalls auf die Produktion von Stühlen, in geringerem Umfang auch von Tischen eingestellt. Möbelproduktion findet sich auch in einigen kleineren industriellen Betrieben, so in Kirchberg (Fa. Kunz), Gemünden (2 Betriebe), Simmern und Sabershausen, ferner auch in einigen handwerklichen Schreinereien. — Weiter zu erwähnen ist die Herstellung von Särgen in Blankenrath und Wüschheim sowie die Produktion von Holzwolle und Holzwolle-seide in Hoxel.

## 5. Rohstoffbezug

Für die sieben bedeutendsten Holzindustriebetriebe des Hunsrücks ist der Rohstoffbezug aus der Abb. 10 zu ersehen. Die Darstellung ist das Ergebnis mündlicher Befragungen der Betriebsleitungen. Da infolge der Holzknappheit bei den meisten Betrieben der Holzeinkauf in den einzelnen Forstämtern von Jahr zu Jahr größeren Schwankungen unterliegt, kann es sich bei den Angaben verständlicherweise nur um relativ grobe Durchschnittswerte handeln. Beim Morbacher Sägewerk bereitete auch die Tren-

nung vom Kirner Hauptwerk gewisse Schwierigkeiten. Trotz der Vorbehalte, mit denen man einer Darstellung dieser Art gegenüberstehen muß — eine exakte Erfassung wäre nicht in allen Betrieben möglich gewesen und hätte wohl auch kaum zusätzliche Erkenntnisse geliefert — können doch einige Tatsachen eindeutig daraus entnommen werden:

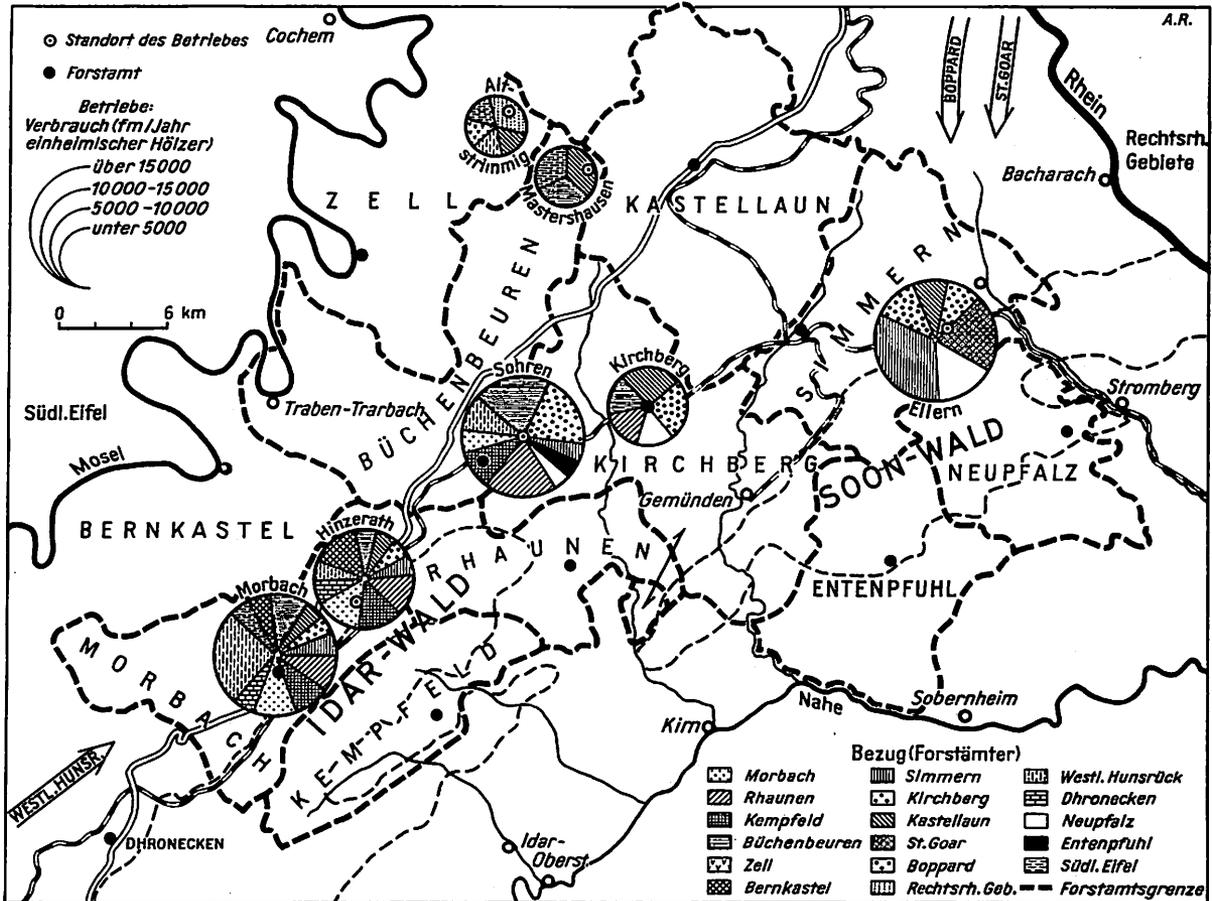
Der Holzbezug der Betriebe erfolgt zum weitaus größten Teil aus den Hunsrückforstämtern, jedoch greift der Einkaufsradius über den Bereich des Untersuchungsgebietes hinaus. Starken Anteil, vor allem bei den Sägewerken am Idarwald, hat der westliche und südwestliche Hunsrück einschließlich des an das Untersuchungsgebiet angrenzenden Forstamtes Dhronneck. Die FÄ Bernkastel und Zell, mit dem größten Teil ihrer Fläche zum Hunsrück gehörig, liefern größere Holzmenge ebenfalls an die Idarwald-Sägewerke sowie an die Stuhlfabrik in Altstrimmig. Für die Versorgung des Betriebes in Ellern sind die FÄ Boppard und St. Goar von Bedeutung, auch außerhalb des Untersuchungsgebietes gelegen und mit dem überwiegenden Teil ihrer Fläche dem Hunsrück zuzurechnen. — Der Holzbezug aus Gebieten außerhalb des Hunsrückes ist gering. Bei einigen Werken ist noch die südliche Eifel als Holzlieferant zu erwähnen, ferner bei der Stuhlfabrik in Altstrimmig die rechtsrheinischen Gebiete. Der letztgenannte Betrieb hat trotz des relativ geringen Holzverbrauchs einen auffallend großen Einkaufsradius. Ursache hierfür ist vor allem der Bedarf an besonders hochwertigem Buchenstammholz, das im engeren Bereich nicht in ausreichendem Maße vorhanden ist.

Auffallend ist der geringe Anteil der Soonwaldforstämter Neupfalz und Entenpfehl an der Versorgung der Hunsrückbetriebe. Diese FÄ sind in ihrem Absatz stärker nach Süden orientiert; sie beliefern in erster Linie die Holzindustrie des Nahegebietes, vor allem Werke in Bingen (Fa. Richterberg), Bad Kreuznach, Sobornheim, Kirn (Fa. Kuntz) sowie eine größere Möbelfabrik in Meisenheim am Glan (Fa. Gebr. Becker).

Deutlich erkennbar ist auch die bereits erwähnte starke Zersplitterung des Holzbezuges der einzelnen Werke. Ursache ist die gegenwärtige, durch die Überkapazität der Sägewerke und die Nachkriegseinschläge bedingte Holzknappheit. Das Sägewerk in Hinzerath, das heute fast aus dem ganzen Hunsrück sein Holz beziehen muß, hatte vor dem letzten Krieg einen Einkaufsradius von nur maximal 20 km, bei einem gegenüber heute wesentlich größeren Holzverbrauch.

Nicht berücksichtigt wurde bisher der Bezug von auswärtigen Spezialhölzern. So bezieht die Möbelfabrik Felke jährlich rund 5 000 fm überseeische Hölzer, die per Schiff bis Koblenz transportiert und von dort mit betriebseigenen Spezialfahrzeugen abgeholt werden. Es handelt sich vor allem um Okoume-, Abachi- und Limbholz aus Französisch-Westafrika, Britisch-Westafrika und Ghana, sowie um finnische Birke und kaukasischen Nußbaum. Verwendung finden diese Holzarten fast ausschließlich als Furnierhölzer. Die Tischfabrik in Kirchberg bezieht Ahorn aus Österreich und in stärkerem Maße Pappelholz vom Nieder- und Oberrhein sowie aus Luxemburg. Neuerdings hat sich die Betriebsleitung dieses Werkes auch zur Anpflanzung eigener Pappelkulturen auf ehemaligem Ackerland entschlossen; begünstigt wird diese Entwicklung durch die in Kirch-

Abbildung 10



berg besonders deutlich erkennbare Tendenz zur Abkehr von der Landwirtschaft und die dadurch bedingten günstigen Möglichkeiten des Land-erwerbes.

## **6. Absatz, Verkehrsfragen**

Trotz gewisser Übereinstimmungen hinsichtlich der Absatzrichtungen sind doch die Verhältnisse von Betrieb zu Betrieb so verschieden, daß eine kurze getrennte Behandlung notwendig erscheint. Zusammenfassend sollen anschließend die Hauptmerkmale hervorgehoben werden.

**Absatzgebiete einzelner Betriebe:**

1. Möbelfabrik Felke, Sohren: Ganze Bundesrepublik, Schwerpunkt Westdeutschland, ferner Saargebiet, Beneluxländer, nordöstliches Frankreich ohne Paris. — Der Absatzradius hat sich entsprechend der Betriebsvergrößerung stark erweitert. Vor dem Kriege wurden fast nur das Rheinland und die Pfalz beliefert.
2. Stuhlfabrik Theisen, Altstrimmig: Rheinland einschließlich Niederrhein, gleichrangig rhein-mainischer Raum, ferner ca. 10 % Holland.
3. Möbelfabrik Steffen, Mastershausen: Vor allem Westdeutschland, in geringerem Maße auch Süddeutschland und Luxemburg.
4. „Holzindustrie Hunsrück“, Stuhlfabrik und Sägewerk Ellern:
  - a) Stühle: Rheinland einschließlich Niederrhein, in geringerem Maße Westfalen, rhein-mainischer Raum, Pfalz, Süddeutschland, Luxemburg. Geringer, aber zunehmender Export in die Schweiz und nach Belgien.
  - b) Schnittholz: vor allem rheinisch-westfälisches Industriegebiet.
5. „Holzindustrie Hunsrück“, Tischfabrik und Sägewerk Kirchberg:
  - a) Tische: Rheinisch-westfälisches Industriegebiet und Niederrhein, mittelhheinischer Raum, in geringerem Maße rhein-mainischer Raum.
  - b) Schnittholz: vor allem rheinisch-westfälisches Industriegebiet.
6. Sägewerk Kuntz, Morbach: Fast ausschließlich rheinisch-westfälisches Industriegebiet, rhein-mainischer Raum nur unbedeutend.
7. Sägewerk Mettler, Hinzerath: Rheinisch-westfälisches Industriegebiet und Niederrhein, weit danach rhein-mainischer Raum. Das Saargebiet, früher sehr wichtig, gewinnt neuerdings wieder größere Bedeutung.
8. Holzwolffabrik Thees, Hoxel: Überwiegend rheinisch-westfälisches Industriegebiet, danach mittelhheinischer Raum und Saargebiet.
9. und 10. Sargfabriken Andres u. Maßmann, Blankenrath, und Adam, Wüschheim: Rheinisch-westfälisches Industriegebiet, mittelhheinischer Raum. Andres u. Maßmann auch Südwestdeutschland.

Die kleineren Werke arbeiten vor allem für den Bedarf der engeren Umgebung. Auch die großen Betriebe setzen einen Teil ihrer Produkte im engeren Bereich ab, doch ist dieser Anteil am Gesamtabsatz relativ gering.

Zusammenfassend zur Frage des Absatzes kann festgestellt werden: Unter allen Absatzgebieten steht das rheinisch-westfälische Industriegebiet, vor allem der rheinländische Teil desselben, mit Abstand an der Spitze. Der Absatz nach Westfalen ist geringer, vor allem bei Möbeln; bei Schnittholz ist der Unterschied weniger stark. Von Bedeutung ist im westfälischen

Teil die Konkurrenz der Lippischen Möbelindustrie und auch der Stuhlindustrie am Deister. — Der mittelrheinische Raum ist infolge seiner geringeren Bevölkerungszahl weniger bedeutend, desgleichen der nieder-rheinische Raum außerhalb des Industriegebietes. Der rhein-mainische Raum hat als Absatzgebiet größere Bedeutung nur für die Fertigwarenindustrie, vor allem für die Möbelindustrie, während die Schnittholzbelieferung hier vor allem von Süden her erfolgt, namentlich aus dem Schwarzwald. — Die geschäftlichen Beziehungen zum Saargebiet, die vorübergehend fast gänzlich gelöst waren, nachdem vor dem letzten Krieg dieses Gebiet für die Sägewerke am Idarwald den wichtigsten Absatzmarkt gebildet hatte und auch für die anderen Betriebe von Bedeutung gewesen war, zeigen heute wieder eine zunehmende Tendenz.

Der Absatz der Fertigwaren, vor allem der Möbel, reicht im allgemeinen weiter als der des Schnittholzes. Bei Möbeln erstreckt er sich einmal auch auf Süd- und Norddeutschland, wenn er auch hier im Vergleich zu Westdeutschland wesentlich geringer ist, zum anderen zeigt sich ein zunehmender Export in die Nachbarländer; Abnehmer sind vor allem die Beneluxstaaten, ferner auch Frankreich und die Schweiz.

Der Transport zum Abnehmer erfolgt überwiegend mit betriebseigenen Lastwagen, nur in Ausnahmefällen holt der Kunde die Ware selbst ab. Allein zum Fuhrpark der Fa. Felke gehören 13 Möbelwagen mit Anhänger; bei den anderen Firmen liegt die Zahl erheblich niedriger. Möbel, Säрге und Holzvolle werden ausschließlich mit werkseigenen Wagen transportiert, zum Absatz des Schnittholzes werden zum Teil auch Fuhrunternehmer herangezogen, die meist mit der betreffenden Firma in einem vertraglichen Verhältnis stehen. Diese Regelung dient vor allem dazu, die hohen Werksfernverkehrssteuern zu umgehen, die nach dem Gewicht des transportierten Gutes bemessen werden und daher das im Vergleich zu Möbeln weniger wertvolle Schnittholz besonders stark treffen. Da von den Bauunternehmern, den Abnehmern des größten Teils des Schnittholzes, im allgemeinen zur Bedingung gemacht wird, daß der Lieferant das Holz direkt bis an die Baustelle bringt, scheidet aus Kostengründen auch beim Schnittholz die Möglichkeit des Eisenbahntransportes meist aus, wie durch ein einfaches Kostenbeispiel aus dem Sägewerk Ellern leicht verdeutlicht werden kann: Der Transport einer Ladung Bauholz (15—16 t) ins Ruhrgebiet kostet sowohl bei Benutzung der Eisenbahn wie bei Benutzung eines nicht betriebseigenen LKW rund 400 Mark. Nicht berücksichtigt sind hierbei jedoch die Belade- und die noch mehr ins Gewicht fallenden Entladekosten, die beim Lastwagen erheblich niedriger liegen, da er den Vorteil bietet, daß er beim Beladen bis an das Material heranfährt und es zum Entladen direkt an die Baustelle bringt. Die Preisdifferenz zum Eisenbahntransport beträgt infolge dieser Vorteile rund 100 Mark. — Bei Möbeln sprechen neben Kostengründen gegen eine Beförderung per Eisenbahn auch die Gefahr von Beschädigungen infolge häufigen Verladens und die lange Beförderungsdauer. Der letztere Gesichtspunkt ist bei der Holzvolle, die wegen ihrer Sperrigkeit und der allgemeinen Lagerenge im Ruhrgebiet besonders schnell geliefert werden muß, von noch größerer Bedeutung. — Aus dem Gesagten wird deutlich, wie gering heute die Bedeutung der

Eisenbahn für die Holzindustrie des Hunsrücks geworden ist, nachdem sie noch vor wenigen Jahrzehnten den entscheidenden Anstoß zur Entwicklung dieses Industriezweiges gegeben hatte. Auch in anderen Wirtschaftsbranchen des Hunsrücks hat sich in neuerer Zeit deutlich eine Verlagerung des Gütertransportes von der Schiene auf die Straße ergeben.

In diesem Zusammenhang soll noch kurz auf die Auswirkung der Verordnungen eingegangen werden, die in den letzten Jahren im Rahmen des Verkehrsfinanzgesetzes erlassen wurden und im wesentlichen einer Stützung der Bundesbahn dienen sollen. — Besonders belastend für die Hunsrucker Holzindustrie sind die hohe Kraftfahrzeugsteuer und die Beförderungssteuer mit der Sonderform der Werksfernverkehrssteuer. Durch Bestimmungen dieser Art werden vor allem relativ verkehrsrentlegene Gebiete mit ungünstigem Eisenbahnanschluß betroffen, in erster Linie die Mittelgebirgslandschaften, deren Industrie meist in besonders starkem Maße auf den Lastwagenverkehr angewiesen ist. Im Untersuchungsgebiet haben sich diese Verfügungen am empfindlichsten bisher in der Holzwollefabrik in Hoxel ausgewirkt; die Produktion ist stark zurückgegangen. Holzwolle wird im Werksfernverkehr hoch besteuert, da sie bei relativ geringem Wert viel wiegt. Wegen der notwendigen schnellen Lieferzeiten ist andererseits der Werksfernverkehr unumgänglich\*). Die Möbelfabriken, die sich für den Absatz ausschließlich eigener Lastwagen bedienen und somit ebenfalls den Bestimmungen über den Werksfernverkehr unterliegen, sind wegen des höheren Wertes der transportierten Güter nicht in gleicher Weise hart betroffen, doch sind die Auswirkungen in diesem Wirtschaftszweig dennoch so stark, daß es zu wesentlichen Neugründungen von Betrieben in den letzten Jahren nicht mehr gekommen ist, obwohl die Förderung der Holzverarbeitung im Hunsrück in landesplanerischen Gutachten immer wieder gefordert wird (GMEINER; WIEGAND, 1951). Die starke Belastung des Lastwagenverkehrs steht im Hunsrück und auch in anderen vom Hauptverkehr abgelegenen Mittelgebirgslandschaften in ihren Auswirkungen in klarem Gegensatz zu den Prinzipien der Landesplanung. Zwar muß der mögliche Einwand berücksichtigt werden, daß durch die Bemessung der Werksfernverkehrssteuer nach dem Gewicht der Zug zur Weiterverarbeitung des Holzes gefördert werden könne, doch haben sich in der Praxis bisher eher lähmende als stimulierende Wirkungen gezeigt. Wenn den Zielen der Landesplanung Erfolg beschieden sein soll, wären lokale und nach Wirtschaftszweigen spezielle Sonderregelungen, die bisher noch nicht in ausreichender Weise getroffen worden sind, dringend erforderlich.

## 7. Arbeiterprobleme

Die Holzindustrie des Hunsrücks ist in den letzten Jahren zum weitaus wichtigsten gewerblichen Arbeitgeber für die einheimische Bevölkerung

---

\*) Nachtrag 1962: Seit der Rückgliederung des Saargebietes und dem dadurch bedingten Fortfall der Steuervergünstigungen infolge der Grenzland-Lage hat sich die Situation für diesen Betrieb noch verschärft. Laut schriftlicher Mitteilung wäre es dem derzeitigen Firmeninhaber ohne die Erlöse aus einem branchenfremden Großhandelsgeschäft kaum möglich, den Betrieb am Leben zu erhalten. —

geworden. Die Verhältnisse in der Landwirtschaft — häufig zu kleine Betriebsgrößen, die die Arbeitskraft des Besitzers und seiner Angehörigen nicht voll in Anspruch nehmen — sind eine wichtige Voraussetzung für die Existenz der Holzindustriebetriebe. So wie Landwirtschaft und Forstwirtschaft und auch Forstwirtschaft und Holzindustrie eine enge Bindung aneinander zeigen, so wäre auch die Holzindustrie in ihrer heutigen Form ohne die überschüssigen Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft nicht lebensfähig. Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Holzindustrie, die drei wichtigsten Faktoren im Hunsrücker Wirtschaftsleben, können angesichts der zahlreichen gegenseitigen Verflechtungen nicht getrennt voneinander betrachtet werden.

Die Bindung eines großen Teils der Arbeiterschaft an landwirtschaftlichen Besitz ist Ursache für die relativ weiten Entfernungen, die häufig zwischen Arbeitsplatz und Heimatort zurückgelegt werden. In der Karte Nr. 2 sind die Arbeitereinzugsbereiche der sieben größten Betriebe des Untersuchungsgebietes dargestellt. Es zeigt sich dabei zunächst, daß der weitaus überwiegende Teil der Beschäftigten seinen Wohnsitz im Hunsrück selbst hat; die Zahl der Pendler aus dem Moselgebiet (5) macht nur einen minimalen Anteil an der Gesamtzahl aus. Somit können auch von der Beschäftigtenseite her die Betriebe der Holzindustrie als reine Hunsrückbetriebe bezeichnet werden. — Das größte Arbeitereinzugsgebiet mit insgesamt 67 Ortschaften besitzt die Möbelfabrik Felke in Sohren. Die Größe dieses Einzugsbereiches, die vielfach auch begünstigt sein mag durch die relativ ausgeglichenen Oberflächenformen in diesem Teil des Hunsrücks, hat lokale Überschneidungen mit den Einzugsgebieten anderer Betriebe zur Folge. Die übrigen Betriebe haben untereinander, abgesehen von den Sägewerken in Hünzerath und Morbach, weitgehend getrennte Einzugsbereiche. Da in das Gebiet Hünzerath—Morbach auch noch das Einzugsgebiet der Fa. Felke hineinreicht, begünstigt durch Eisenbahn und Hunsrück-Höhenstraße, zeigt sich in diesem Teil eine relativ starke Zersplitterung hinsichtlich der Betriebszugehörigkeit der Holzindustrie-Arbeiter. — Unter den Ortschaften der einzelnen Einzugsgebiete stellen die Betriebsorte selbst fast überall einen besonders großen Arbeiteranteil; nur in Ellern ist die Zahl der Beschäftigten aus dem Ort selbst (46) im Vergleich zur Gesamtbeschäftigtenzahl (225) relativ gering. Die Anzahl der Arbeiter aus dem benachbarten Argenthal ist der von Ellern sogar gleich. Ein wichtiger Grund für die abweichenden Verhältnisse dieses Betriebes liegt darin, daß die heutige Stuhlfabrik erst später einem bereits bestehenden Sägewerk angegliedert wurde; letzteres wurde rohstoff- und verkehrsorientiert, nicht dagegen arbeitsorientiert gegründet. Bei der Umstellung auf Weiterverarbeitung fiel dann die Tatsache ins Gewicht, daß in Ellern die landwirtschaftlichen Betriebe besonders groß sind, das Angebot an Arbeitskräften aus dem Ort selbst somit begrenzt blieb und das Arbeitereinzugsgebiet sich stärker auf die umliegenden Ortschaften ausdehnte. Die hohe Beschäftigtenzahl aus Argenthal steht im Zusammenhang mit der ehemaligen Erzgrube Neufund. Nach Stilllegung der Grube im Jahre 1928 nahm ein großer Teil der aus Argen-

thal stammenden Grubenarbeiter die Beschäftigung in der neueröffneten Stuhlfabrik Ellern auf; zum Teil sind diese Arbeiter noch heute dort tätig, zum Teil sind auch die Söhne in den Beruf des Vaters eingetreten

Aus der Karte der Arbeitereinzugsbereiche geht weiter hervor, daß die Beschäftigungsmöglichkeit in der Holzindustrie in den südlichen Teilen der Hochfläche gegenüber dem Norden eine weitaus größere Rolle spielt. Entscheidend ist neben dem Vorhandensein der großen geschlossenen Waldgebiete von Soon- und Idarwald — ursprünglich vor allem für die Betriebe in Ellern, Hinzerath und Morbach von Bedeutung — der Verlauf der Eisenbahnen. Die Einzugsbereiche der Werke in Ellern, Kirchberg, Sohren, Hinzerath und Morbach bilden einen breiten zusammenhängenden Streifen, dessen Leitlinie die Eisenbahn Langenlonsheim—Simmern bzw. Simmern—Hermeskeil ist. Dieses Bild könnte jedoch zu falschen Schlüssen führen, denn eine tatsächliche Bindung an die Eisenbahn besteht zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum noch. Nicht nur im Güterverkehr, sondern auch als Personen-Beförderungsmittel hat die Eisenbahn stark an Bedeutung verloren; die Einzugsbereiche der einzelnen Betriebe lassen demzufolge nur wenig Abhängigkeit vom Verlauf der Bahnlinien erkennen. Erst bei Aneinanderreihung der einzelnen Einzugsgebiete zeigt sich der genannte scheinbare Zusammenhang, wobei ausschlaggebend jedoch die Standorte der Betriebe, nicht dagegen die einzelnen Einzugsbereiche sind. Doch auch bei den Betriebsstandorten ist die Bedeutung der Eisenbahn heute nur noch eine scheinbare, da sie als Standortfaktor im Gegensatz zur Zeit der Betriebsgründungen heute kaum noch von Wichtigkeit ist. Die erkennbare Vorherrschaft der Holzindustrie in den südlichen Teilen der Hochfläche mit den entsprechenden Wirkungen auf die Bevölkerungsstruktur dieser Gebiete ist somit nur zum geringen Teil ein Ergebnis gegenwärtig wirkender Kräfte, vielmehr zeigt sich hier im Landschaftsgefüge, trotz des geringen Alters der Holzindustrie, bereits der Niederschlag einer abgeschlossenen Phase der wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung. — Gegenüber den zusammenhängenden Einzugsgebieten im Süden haben die Bereiche der Werke in Altstrimmig und Mastershausen im Norden der Hochfläche mehr inselartigen Charakter, sie sind umgeben von Gebieten mit vorwiegend agrarischer Bevölkerung; nur in den weiter südlich und südwestlich gelegenen Ortschaften bedingt der Flugplatz bei Lautzenhausen einen höheren Anteil der gewerblich Tätigen. Insgesamt jedoch sind im Norden sowie auch in den östlichen Randgebieten der Hochfläche noch heute wenig Beschäftigungsmöglichkeiten neben der Landwirtschaft gegeben, zumal hier nicht nur die Holzindustrie geringere Bedeutung hat, sondern auch andere Industriezweige weitgehend fehlen. Bei einer Eintragung der Beschäftigten in den kleineren Betrieben der Holzindustrie würde sich in der Karte keine wesentliche Änderung des Gesamtbildes ergeben. — In diesem Zusammenhang muß auch die relativ geringe Bedeutung der Hunsrückhöhenstraße sowohl als Industriestandort wie auch für den Bezug von Arbeitskräften hervorgehoben werden. Für Betriebsneugründungen wären, da die Straße erst 1939 gebaut wurde, nur die letzten Jahre in Betracht gekommen, in denen jedoch Holzknappheit und die Nachteile der Steuergesetzgebung sich lähmend auswirkten. Die relativ geringe

Bedeutung für den Arbeitereinzug der Betriebe liegt nicht zuletzt darin begründet, daß auch der Zustand der kleineren Ortsverbindungsstraßen sich stark verbessert hat. — Bei dieser Betrachtung darf jedoch auf der anderen Seite nicht übersehen werden, wie groß die Bedeutung der Hunsrück-Höhenstraße für den Gütertransport ist, bei der Holzindustrie vor allem für den Absatz und teilweise auch für den Rohstoffbezug.

Einen nicht unwesentlichen Aufschluß über den Lebensstandard der Arbeiter eines Betriebes vermittelt die Betrachtung der Fortbewegungsmittel für den täglichen Weg zwischen Heimatort und Arbeitsplatz. Der größte Teil der Arbeiterschaft aus den Holzindustriebetrieben des Hunsrücks benutzt heute Motorfahrzeuge, vor allem Mopeds und Motorräder. Auch private Personenwagen sind neuerdings vereinzelt anzutreffen. Die Zahl der Radfahrer ist stark zurückgegangen. Fußgänger gibt es durchweg nur unter denjenigen, die im Betriebsort selbst wohnen; hier machen sie die Mehrheit aus. Ein typisches Beispiel bietet Mittelstrimmig, das nur etwa 1½ km von der Stuhlfabrik in Altstrimmig entfernt liegt: Unter den 36 in der Stuhlfabrik beschäftigten Personen befindet sich nicht ein Fußgänger, obwohl der Fußweg kaum mehr als eine Viertelstunde betragen würde. — Autobusse als Transportmittel für die Beschäftigten der Holzindustrie haben — im Gegensatz zum Saargebiet und zum Flugplatz mit ihren wesentlich weiteren Einzugsbereichen — kaum Bedeutung. Auch die Eisenbahn wird, wie schon erwähnt, relativ wenig benutzt, im Winter jedoch mehr als im Sommer. In den Betrieben in Sohren, Kirchberg und Morbach beträgt der Anteil der mit der Eisenbahn anreisenden Arbeiter im Jahresdurchschnitt rund 10 %, in Ellern und Hinzerath ca. 25 %. Berücksichtigt man nur die an der Bahn liegenden Ortschaften, so liegt der Anteil natürlich erheblich höher. — Das hier vermittelte Bild gilt nur für die letzten Jahre; die Änderung der Verhältnisse binnen kurzer Zeit ist beachtlich. Im Werk Ellern z. B. legten noch vor 30 Jahren manche Arbeiter bis zu drei Stunden Fußweg täglich zurück; die Fußgänger machten unter den Beschäftigten den größten Anteil aus. In einer späteren Phase trat dann das Fahrrad an die erste Stelle, das wiederum in neuester Zeit von Moped und Motorrad abgelöst wurde.

Auf den hohen Anteil der Arbeiter mit landwirtschaftlichem Besitz wurde schon hingewiesen. Insgesamt betreiben über 50 % aller Beschäftigten eine eigene Landwirtschaft, wobei nur die Besitzer und die erbenfähigen Söhne berücksichtigt sind. Zieht man alle übrigen Personen hinzu, die bäuerlichen Familien angehören, so liegt der Prozentsatz noch wesentlich höher. Der Anteil ist in den einzelnen Betrieben etwa gleich, nur in Kirchberg liegt er besonders niedrig, bedingt durch die mehr städtische Bevölkerungsstruktur dieses Ortes. — Für die Industrie ergibt sich aus dem hohen Prozentsatz der Landwirte einmal der Vorteil, daß man über einen relativ krisenfesten und seßhaften Arbeiterstamm verfügt, zum anderen ist es möglich, in Anbetracht der allgemein niedrigen Lebenshaltungskosten, mitverursacht durch den hohen Grad der Selbstversorgung, nur relativ niedrige Löhne zahlen zu brauchen. Für die Landwirte und deren Familienangehörige, deren Arbeitskraft auf dem eigenen Hof vielfach nicht voll ausgenutzt werden kann, bedeutet das Vorhandensein von

Industrie auf der anderen Seite eine wertvolle zusätzliche Verdienstmöglichkeit. Allerdings ergibt sich wegen der ganzjährigen Beschäftigung in der Holzindustrie nicht die gleiche günstige Ergänzung zur Landwirtschaft wie vergleichsweise bei der Waldarbeit. Die Bewirtschaftung eines größeren landwirtschaftlichen Besitzes ist dann, wenn auch im Sommer die Arbeitskraft an anderer Stelle benötigt wird, kaum möglich; die durchschnittliche Betriebsgröße liegt bei den Landwirtschaft besitzenden Holzindustriearbeitern daher niedriger als bei der entsprechenden Gruppe unter den Waldarbeitern. Der jahreszeitliche Rhythmus des Arbeitsganges in der Landwirtschaft ist allerdings dennoch auch in der Holzindustrie nicht ganz ohne Auswirkungen. Anpassungen sind hier insofern in beschränktem Maße möglich, als infolge der geringen Kapitalintensität eine gewisse Elastizität im Beschäftigungsvolumen keinen betriebswirtschaftlichen Nachteil bedeutet. So wird der Urlaub meist während der Hauptarbeitszeit in der Landwirtschaft genommen, vor allem während der Heu- und Getreideernte. Bei plötzlichem Eintreten von Schönwetterperioden wird im allgemeinen auch kurzfristig für einige Tage Urlaub gewährt. Die betriebswirtschaftliche Eigenart der Holzindustrie bringt es mit sich, daß eine Anpassung an die Bedürfnisse der Landwirtschaft innerhalb eines bestimmten Rahmens möglich ist. In der Stuhlfabrik in Altstrimmig konnte festgestellt werden, daß während des gesamten Sommerhalbjahres die Beschäftigtenzahlen geringfügig unter denen des Winters liegen.

Im Kirchberger Werk der „Holzindustrie Hunsrück“ konnten einige Fragen eingehender untersucht werden. Von den 139 Arbeitern des Betriebes (ohne Angestellte) sind 34 Besitzer landwirtschaftlicher Betriebe bzw. erbende Söhne; die Zahl aller mit der Landwirtschaft verbundenen Personen beträgt 64. Der Anteil ist im Vergleich zu anderen Betrieben niedrig. In Kirchberg selbst (ohne Ortsteil Denzen) sind von 57 im Betrieb tätigen Arbeitern nur 9 zur Landwirtschaft gehörig (im weiteren Sinne, s. o.); in dem an Kirchberg verwaltungsmäßig angeschlossenen, nur 1 km entfernten Dorf Denzen sind es dagegen 17 von 21. Die durchschnittliche Betriebsgröße der in diesem Betrieb arbeitenden Landwirte beträgt rund 4,5 ha, liegt also etwas unter dem Kreisdurchschnitt (ca. 5 ha) und unter dem der Waldarbeiter (ca. 5,5 ha). Der Grund dürfte vor allem in der ganzjährigen Beschäftigung in der Holzindustrie liegen, die vorwiegend nur den Besitzern kleinerer landwirtschaftlicher Betriebe möglich ist. Allerdings sind durchaus auch einige größere Landwirte mit einem Besitz von 7—10 ha unter den Arbeitern anzutreffen, vor allem in den Fällen, in denen genügend familieneigene Arbeitskräfte für die Landwirtschaft zur Verfügung stehen. — Auffallend ist der unterschiedliche Anteil der Landwirte in Sägewerk und Tischfabrik. Im Sägewerk, 1926 gegründet, sind etwa  $\frac{2}{3}$  aller Beschäftigten Landwirte, in der 1948 gegründeten Tischfabrik, die den größten Teil der Arbeiter beschäftigt, sind es dagegen nur rund 20 %. Auch die landwirtschaftlichen Betriebe sind bei den Landwirten des Sägewerkes im Durchschnitt größer als bei denen der Tischfabrik. Wenn auch durch das Hinzukommen von Flüchtlingen in der neugegründeten Tischfabrik — das Sägewerk besitzt einen alten Arbeiterstamm — die Unterschiede besonders scharf zutage treten, so zeigt sich doch auch bei

Außerachtlassung dieser Tatsache eine deutliche Tendenz: Es vollzieht sich offensichtlich eine allmähliche berufliche Trennung zwischen Holzindustrie und Landwirtschaft. Bei der Gründung des Sägewerkes waren es überwiegend junge Landwirte, die in den Betrieb eintraten. Der allgemein niedrigere Lebensstandard und die damals noch ungünstigere Ertragslage in der Landwirtschaft zwangen auch größere Landwirte zur Aufnahme der Arbeit im Industriebetrieb. Die Belegschaft des Sägewerkes hat sich seitdem nicht wesentlich geändert; das Durchschnittsalter liegt entsprechend hoch, der hohe Anteil der Landwirte ist geblieben. In der Tischfabrik, die erst nach dem letzten Kriege gegründet wurde, fanden neben einer Anzahl nicht zur Landwirtschaft gehöriger Personen aus Kirchberg und mehreren Flüchtlingen vor allem auch Söhne von Landwirten Beschäftigung, die die Landwirtschaft nicht erbten, die also ohne das Vorhandensein von lokalem Gewerbe abgewandert wären. Vollbauern waren andererseits an der Industriearbeit kaum noch interessiert.

Wenn auch die zuletzt aufgezeigte Entwicklung z. Zt. noch nicht für alle Teile des Hunsrücks zutreffen mag — für das Gebiet um die Stuhlfabrik Altstrimmig wurde sie von der Betriebsleitung zu Recht bestritten — so ist sie doch andererseits in der Mehrzahl der Betriebe nicht mehr zu verkennen. Die ursprünglichen Bindungen zwischen Landwirtschaft und Holzindustrie lockern sich: die Bedeutung der Holzindustrie liegt vor allem darin, den Bevölkerungsüberschuß des Hunsrücks, d. h. diejenigen Personen, die in der Landwirtschaft kein Fortkommen finden können, an sich zu binden und so die Abwanderung teilweise aufzufangen. Verdeutlicht wird diese Tendenz, wenn man die Entwicklung der Bevölkerungszahlen in einigen ausgewählten Ortschaften betrachtet. In einer ersten Gruppe wurden Ortschaften mit einer hohen Zahl von Beschäftigten in der Holzindustrie zusammengestellt <sup>52)</sup>, in einer weiteren solche, in denen keine oder nur wenige Holzindustriearbeiter ihren Wohnsitz haben.

	1905	1939	1950	1954
I. Ellern	475	466	578	615
Argenthal	851	849	1 023	1 084
Sohren	864	1 043	1 263	1 653
Laufersweiler	740	784	813	855
Mastershausen	724	764	822	839
Altstrimmig	356	342	328	352
Mittelstrimmig	424	447	443	447
Hinzerath	375	478	461	475
	4 809	5 173	5 731	6 320

<sup>52)</sup> Orte mit städtischem Charakter und wichtigeren zentralen Funktionen, wie Kirchberg und Morbach, wurden wegen der hier anders gelagerten Verhältnisse nicht mitberücksichtigt.

	1905	1939	1950	1954
II. Mannebach	148	133	144	151
Steinebach	127	120	128	139
Löffelscheid	282	274	278	301
Peterswald	491	358	362	372
Beuren	281	258	274	283
Raversbeuren	305	227	268	265
Rödelhausen	176	168	152	147
Oberkleinich	123	116	132	141
	1 933	1 654	1 738	1 799

In der Gruppe I zeigt sich von 1905 bis 1939 bereits eine Zunahme um 362, einmal bedingt durch die wachsende Bedeutung der Möbelfabrik Felke in Sohren, die vor dem Krieg bereits ca. 350 Personen beschäftigte, darunter auch zahlreiche Arbeiter aus dem benachbarten Laufersweiler, ferner auch durch das Wachstum der Beschäftigtenzahlen im Hinzerather Sägewerk, das vor dem Kriege 150 Personen beschäftigte. Die Einwohnerzahl Hinzeraths zeigt, entsprechend der Entwicklung des Sägewerkes, in der Folgezeit einen leichten Rückgang. — In der gleichen Zeit (1905—39) sank in Gruppe II die Bevölkerungszahl um 279, mitbedingt u. a. durch den starken Rückgang in Peterswald, dessen Einwohnerzahl in engem Zusammenhang mit der Entwicklung des Erzbergbaues bei Altlay stand. Doch auch in allen anderen Orten ist ein leichter Rückgang zu erkennen. — Die Zunahme bis 1950 — 558 in Gruppe I, 84 in Gruppe II — ist zum Teil mitverursacht durch die Flüchtlingseingliederung und zeigt sich entsprechend in beiden Gruppen, doch ist nicht nur absolut, sondern auch relativ die Zunahme in Gruppe I stärker, so daß auch hier die Entwicklung der Holzindustrie zweifellos mitgespielt hat. — Im Zeitraum von 1950 bis 1954 zeigt sich die Wirkung des Gewerbes noch deutlicher; einer Zunahme von 589 in Gruppe I steht eine Zunahme von nur 61 in Gruppe II gegenüber. Bei dem starken Wachstum der Einwohnerzahl von Sohren hat auch der Flugplatzbau eine Rolle gespielt, der sich jedoch auch in einigen Orten der Gruppe II ausgewirkt hat. — Auffallend ist in der Gruppe I, daß sich in Altstrimmig und Mittelstrimmig trotz des Vorhandenseins der Stuhlfabrik keine Auswirkungen auf die Bevölkerungszahl zeigen; das Gebiet um diesen Industriebetrieb nimmt somit deutlich eine Sonderstellung ein. — Insgesamt jedoch wird die genannte Entwicklung gut sichtbar; sie scheint auf eine allmähliche Zurückdrängung des sogenannten Arbeiterbauerntums hinzuwirken.

Die Ansiedlung der aus der Landwirtschaft ausgeschiedenen Holzindustriearbeiter erfolgt größtenteils im Heimatort; Umsiedlungen zum Betriebsort sind relativ selten. Mangelndes Kapital zum Erwerb einer Wohnung in Nähe des Arbeitsplatzes, bereits vorhandener Wohnraum im elterlichen Haus und daneben auch die Anhänglichkeit an den Heimatort dürften die Hauptursachen sein. Vom Bevölkerungswachstum wird somit nicht

nur der Betriebsort selbst betroffen, sondern, wenn auch in etwas geringerem Maße, ebenso die im Einzugsbereich des Betriebes befindlichen umliegenden Ortschaften. Im Zusammenhang damit steht die in allen Betrieben festgestellte Erscheinung, daß der Anteil der Landwirte unter den Arbeitern mit wachsender Entfernung vom Arbeitsort kaum zunimmt. Der Grund ist schon genannt: Aus der Landwirtschaft ausscheidende Personen wechseln ihren Wohnsitz meist nicht; Nichtlandwirte unter den Arbeitern sind somit auch in größerer Entfernung vom Betrieb in annähernd gleichem Zahlenverhältnis wie in der näheren Umgebung anzutreffen. Im Betriebsort selbst machen sie allerdings doch mitunter einen etwas größeren Anteil aus, wobei jedoch auch die Flüchtlingssiedlung und die Errichtung von betriebseigenen Arbeiterwohnungen (Fa. Felke in Sohren) von Einfluß ist.

Die Arbeitsmarktlage im Bereich der Holzindustriebetriebe des Untersuchungsgebietes wurde schon verschiedentlich angedeutet. Da das Angebot an Arbeitskräften aus der Landwirtschaft hoch ist und andererseits in den meisten Gebieten wichtigere andere Gewerbezweige fehlen, bereitet die Arbeitskräftebeschaffung im allgemeinen keine Schwierigkeiten; meist überwiegt das Arbeitsangebot die Nachfrage durch die Betriebe. Negative Auswirkungen durch den Flugplatz bei Lautzenhausen auf die Situation der Möbelfabrik Felke in Sohren haben sich bisher kaum ergeben, obwohl der Flugplatz gerade auf junge Arbeitskräfte eine starke Anziehungskraft ausübt. Etwas schwieriger ist die Lage der Sägewerke am Idarwald, wo die Konkurrenz der Saarpendinger sich etwas empfindlicher bemerkbar macht. Wenn auch noch kein direkter Mangel eingetreten ist, so zeigt sich doch bereits eine auffallende Überalterung der Arbeiterschaft, die sicher nicht nur auf innerbetriebliche Gründe zurückzuführen ist. — Nachstehende Tabelle gibt eine Übersicht über den Altersaufbau in den Betrieben <sup>53)</sup> <sup>54)</sup>.

#### Altersaufbau der Beschäftigten in den wichtigsten Holzindustriebetrieben des Untersuchungsgebietes

Firma	b. 20 J.		20 b. u. 45 J.		ü. 45 J.	
	Zahl	(%)	Zahl	(%)	Zahl	(%)
Felke, Sohren	194	(20)	670	(70)	90	(10)
„Holzindustrie Hunsrück“, Ellern	33	(14)	153	(68)	40	(18)
„Holzindustrie Hunsrück“, Kirchberg	20	(14)	86	(59)	39	(27)
Theisen, Altstrimmig	18	(10)	132	(70)	37	(20)
Steffen, Mastershausen	19	(13)	104	(68)	29	(19)
Mettler, Hinzerath	5	(7)	40	(55)	28	(38)
Kuntz, Morbach	12	(11)	42	(40)	51	(49)

<sup>53)</sup> Die Altersgruppeneinteilung wurde aus Vergleichsgründen der Forststatistik angepaßt (vgl. S. 81).

<sup>54)</sup> Die Zahlen für die Möbelfabrik Felke umfassen auch die ca. 200 Beschäftigten des Hermeskeiler Werkes; eine Trennung war nicht möglich.

Deutlich erkennbar ist der geringe Anteil der Nachwuchskräfte unter 20 Jahren sowie der besonders hohe Anteil der Gruppe über 45 Jahre in den Sägewerken in Hinzerath und Morbach. Im Morbacher Werk überwiegt sogar die letzte gegenüber der mittleren Gruppe. — Wenn einerseits darauf hingewiesen wurde, daß das Durchschnittsalter in der Holzindustrie erheblich niedriger liegt als bei den Waldarbeitern (S. 81), so muß doch andererseits betont werden, daß es über dem der Saarpendingler sowie der Bau- und Flugplatzarbeiter liegt. In den letztgenannten Wirtschaftszweigen reizt der höhere Lohn vor allem die jungen Leute, die die Nachteile des Arbeitsplatzrisikos<sup>55)</sup> sowie die weiten Anmarschwege dafür eher in Kauf zu nehmen bereit sind als ältere Personen. Wegen der letztgenannten Nachteile bilden diese Wirtschaftszweige im ganzen gesehen aber kaum eine wesentliche Konkurrenz für die Holzindustrie, nur von den Saarpendinglern gehen, wie die Altersaufbau-Tabelle zeigt, einige negative Wirkungen auch auf die Holzindustrie aus, obwohl von amtlicher Seite betont wird, daß mancher Saarpendingler bereit wäre, höheren Lohn und weiteren Anmarschweg gegen niedrigeren Lohn und kürzeren Anmarschweg einzutauschen<sup>56)</sup>. — Die niedrigeren Löhne der Holzindustrie sind bedingt durch den relativ geringen Schwierigkeitsgrad der Arbeit. Der Grundlohn beträgt z. Zt. (Sommer 1958) je nach der Zugehörigkeit zur Gruppe der Hilfsarbeiter, angelernten Arbeiter oder Facharbeiter DM 1,40 bis 1,60. In den meisten Betrieben wird jedoch im Akkord gearbeitet (bis auf die Werke in Hinzerath, Altstrimmig und größtenteils auch Kirchberg), so daß Stundenlöhne über 2,— DM nicht selten sind. Dennoch kann sich das Lohnniveau der Holzindustrie mit dem der genannten anderen Wirtschaftszweige nicht messen.

Wenn gesagt wurde, daß die Beschaffung von Arbeitskräften im allgemeinen keine Schwierigkeiten bereitet, so muß man dabei die Facharbeiter ausschließen, die meist nur schwer zu bekommen sind. Sie werden vor allem in der Verarbeitung benötigt, wo sie als Schreiner, Beizer, Spritzer, Lackierer, Polsterer und Maschinenführer tätig sind; den zahlenmäßig größten Anteil machen dabei die Schreiner aus. In der Sägewerksindustrie ist der Bedarf an Facharbeitern geringer, sie werden hier vor allem als Maschinenführer eingesetzt. Ein typisches Beispiel für die Aufgliederung der einzelnen Arbeitergruppen vermittelt die Belegschaft des Werkes in Ellern. Dort sind beschäftigt:

50— 60 Facharbeiter  
100—110 angelernte Arbeiter  
ca. 70 Hilfsarbeiter

Ein Teil der Facharbeiter muß von auswärts angeworben werden, aber auch die Beschaffung der meist aus dem einheimischen Handwerk hervorgehenden Schreiner-Facharbeiter ist im allgemeinen nicht leicht, da wegen des meist niedrigen Niveaus des Hunsrücker Schreinerhandwerks nur in einem Teil der Handwerksbetriebe Gesellen ausgebildet werden — die

---

<sup>55)</sup> Beispiel: Die Beschäftigungskrise im Baugewerbe im Sommer 1957.

<sup>56)</sup> Mitteilung Arbeitsamt Morbach.

Gesellenprüfung ist Voraussetzung für die Einstufung als Facharbeiter — und von diesen wiederum nur ein Teil den fachlichen Anforderungen der Holzindustrie genügt. Auch die neuerdings vielfach geschaffene Möglichkeit zur Facharbeiterausbildung in den Industriebetrieben selbst wird nicht in ausreichendem Maße wahrgenommen, einmal aus finanziellen Gründen, daneben aber auch deshalb, weil von manchen Arbeitern, vor allem von Bauernsöhnen, die den landwirtschaftlichen Betrieb später übernehmen, die Tätigkeit in der Holzindustrie nur vorübergehend ausgeübt wird und somit das Interesse an der Facharbeiterausbildung fehlt. — Die Einstellung von Meistern stößt ebenfalls auf Schwierigkeiten; meist handelt es sich um Nicht-Einheimische. Allerdings werden auch aus Gründen der Autorität mitunter auswärtige Kräfte vorgezogen.

## **8. Das Schreinerhandwerk und seine Beziehungen zur Holzindustrie**

Die Zahl der Schreinereibetriebe im Hunsrück ist im Verhältnis zur Einwohnerzahl relativ groß; so liegt z. B. im Kreis Simmern die Zahl der Holzverarbeitenden Handwerksbetriebe — meist handelt es sich dabei um Schreinereien — um 53 % über dem Landesdurchschnitt von Rheinland-Pfalz (UHLIG, S. 221). Es sind jedoch überwiegend kleine Betriebe; die Inhaber betreiben oft das Handwerk neben der Landwirtschaft und im Nebenberuf. Berufliche Spezialisierungen in Möbelschreinerei, Bau-schreinerei usw. sind selten anzutreffen. Die Betriebe zeigen eine starke lokale Streuung und damit eine Anpassung an den örtlichen Bedarf. Die fachliche und kaufmännische Bildung vieler Schreiner ist mangelhaft; eine Anzahl von Betrieben wird von Gesellen geleitet. Auf der anderen Seite gibt es einige größere Handwerksbetriebe, bei denen eine scharfe Abgrenzung gegenüber der Industrie schwer möglich ist. So könnten z. B. zwei möbelproduzierende Großschreinereien in Gemünden und eine weitere in Simmern mit je etwa 20 Beschäftigten, geringem Maschineneinsatz und einer Produktion vorwiegend für den anonymen Markt als halbindustriell bezeichnet werden. Die Zahl dieser Grenzfälle zwischen Industrie und Handwerk ist jedoch gering; im allgemeinen ist die Trennung ziemlich scharf.

Unter den verschiedenen Beziehungen und Verbindungen zwischen Schreinerhandwerk und Holzindustrie wurde der historische Zusammenhang schon erwähnt. Einige Industriebetriebe, so vor allem die Möbelfabriken in Sohren und Mastershausen, sind aus Schreinereien hervorgegangen. — Auch auf die Beschaffung von Schreiner-Facharbeitern aus dem Schreinerhandwerk durch die Industriebetriebe wurde schon hingewiesen. Allerdings geht der Facharbeiternachwuchs vorwiegend nur aus besonders gut angesehenen Schreinereien hervor. Neuerdings zeigt sich daneben bei den Holzindustriebetrieben in zunehmendem Maße die Tendenz, die Facharbeiter im Betrieb selbst auszubilden; alte Bindungen an das Handwerk beginnen sich hier in zunehmendem Maße zu lockern. — Schreinereibetriebe haben für die Industrie ferner Bedeutung als Abnehmer von Sägewerksholz, vor allem für die kleineren, vorwiegend auf den lokalen Bedarf eingestellten Sägewerke. — Ein Teil der Schreiner übernimmt neben der eigenen Produktion die Funktion des Möbelhändlers; die

Auswahl der Schreiner für diese Tätigkeit liegt weitgehend im Ermessen der Betriebsleitungen der Möbelfabriken. Als gut bekannte Schreinereien werden bevorzugt mit Händleraufgaben betraut. — Für einige spezielle Anfertigungen, die sich in den industriellen Produktionsgang nicht einfügen lassen, so z. B. für die Herstellung von Eckbänken, werden durch die Industriebetriebe Sonderaufträge an Schreiner vergeben; auch hier erfolgt eine Bevorzugung guter Schreinereien <sup>57)</sup>.

Insgesamt hat das Schreinerhandwerk, vor allem auf dem Gebiet der Möbelproduktion, unter der überlegenen Konkurrenz der Industrie stark zu leiden; die Zahl der Schreiner ist entsprechend im Rückgang begriffen. Während somit einerseits die Mehrzahl der Schreinereien durch das Vorhandensein der Industrie empfindlich getroffen und in ihrer Existenz gefährdet wird, erfolgt auf der anderen Seite eine Auslese durch Stützung besonders guter Betriebe, als Folge der Vergabung von Sonderaufträgen und der Übertragung von Händlerfunktionen. Meist handelt es sich dabei gleichzeitig um diejenigen Betriebe, aus denen die Industrie einen Teil ihres Facharbeiternachwuchses bezieht.

Eine kurze Betrachtung sei noch den Kunstschreinereien in Morbach gewidmet. Der bedeutendste Betrieb ist die Kunstschreinerei und Holzbildhauerei von Roland Mettler. Die Zeit der Entstehung ist ungewiß; die erste sichere Erwähnung findet sich erst aus dem Jahre 1864. Wahrscheinlich stand die Holzbildhauerei am Anfang der Entwicklung, während die Kunstschreinerei erst später angeschlossen wurde. Der stark in der Tradition verwurzelte und dabei in seiner heutigen künstlerischen Ausrichtung durchaus moderne Betrieb ist, soweit es sich zurückverfolgen läßt, immer im Besitz der Familie Mettler gewesen. Heute sind etwa 25 Personen in der Werkstatt tätig; ein zweiter Betrieb von etwa gleicher Größe befindet sich in St. Wendel im Saarland. Hergestellt werden vor allem Kircheneinrichtungen — Bänke, Kanzeln, Altäre, Holzplastiken —, ferner besonders wertvolle Möbelstücke, deren Anfertigung auf Spezialbestellung nach eigenen oder gegebenen Entwürfen erfolgt. Bei Inneneinrichtungen ist eine enge Zusammenarbeit mit Architekten vielfach unerläßlich. Der Betrieb steht, ebenso wie die aus ihm hervorgegangenen vier kleineren Kunstschreinereien in Morbach, künstlerisch auf einem hohen Niveau. Der Tätigkeitsbereich Mettlers erstreckt sich über ganz Westdeutschland, Teile von Norddeutschland, sowie auch über die westlichen Nachbarländer. Die Beschäftigten, fast ausschließlich gelernte Kräfte, setzen sich zum großen Teil aus Nicht-Einheimischen zusammen, vor allem aus Süddeutschen. Das Interesse der einheimischen Bevölkerung an der hier geleisteten Arbeit ist gering. Verbindungen mit der Möbelindustrie des Hunsrücks bestehen nicht, weder auf dem Gebiet des Möbelentwurfs, noch hinsichtlich der Ausbildung von Fachkräften für die Möbelindustrie.

---

<sup>57)</sup> Unter den Aufträgen, die durch die Industrie vergeben werden, muß auch die als Heimgewerbe betriebene Rohrflechtereil erwähnt werden, wobei es sich allerdings nicht um eine Beziehung zum Schreinerhandwerk handelt. Rohrflechtereil findet sich vor allem in und um Ellern, Auftraggeber ist die Stuhlfabrik. Betelligt sind etwa 20 Familien; die Arbeit erfolgt nach Feierabend.

## 9. Wirkungen des Gewerbes, insbesondere der Holzindustrie, auf die Verhältnisse in der Landwirtschaft

Die diesem wichtigen Themenbereich angehörenden Probleme, die einen wesentlichen Inhalt der modernen Sozialgeographie und auch anderer Wissenschaften bilden, können innerhalb des gesteckten Rahmens nicht erschöpfend behandelt werden, doch sollen die wichtigsten Erscheinungen, die als Folge der gewerblichen Entwicklung in der Landwirtschaft zu beobachten sind, so weit wie möglich aufgezeigt werden. Unter den Gewerbebezweigen sollen vor allem die Holzindustrie und die von ihr ausgehenden Wirkungen betrachtet werden, doch ist eine Isolierung gegenüber anderen Wirtschaftszweigen nicht möglich.

Die zunehmende gewerbliche Entwicklung und die hierdurch bedingte allgemeine Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung haben in neuerer Zeit ein vielfach schwindendes Interesse an der Landwirtschaft zur Folge gehabt. Am deutlichsten ist dieser Vorgang in der Umgebung der größeren Industriebetriebe zu beobachten, doch ist er auch in weiter entfernt liegenden Gebieten wirksam. Der Prozeß ist relativ jung; in der Hauptsache gehört er erst den Jahren nach dem letzten Kriege an.

Unter den zahlreichen Auswirkungen dieser Entwicklung ist zunächst eine Tendenz zur Verringerung der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe zu nennen; bei den verbleibenden Betrieben ergibt sich in der Folge eine Vergrößerung des Besitzes. Die Entwicklung setzte ansatzweise schon in den 20er und 30er Jahren ein, wie auch aus dem Beispiel der Gemeinde Buch (vgl. S. 13) hervorgeht, doch ist sie gerade in den letzten Jahren besonders schnell vorangeschritten. Die bestehenden Zusammenhänge zwischen Gewerbe und landwirtschaftlicher Betriebsgrößenstruktur sollen durch das folgende Beispiel verdeutlicht werden (S. 128).

Bei einem Vergleich der gewerblichen mit den agrarischen Gemeinden zeigt sich zunächst die wesentlich stärkere Betriebszersplitterung in der ersten Gruppe. Bei den gewerblichen Gemeinden liegt der größte Teil der Betriebe in der Spalte 2 (2—5 ha), bei den agrarischen Gemeinden dagegen in Spalte 3 (5—10 ha). Ausnahmen bilden einerseits Ellern und Argenthal, auf der anderen Seite Hunolstein. Wesentliche Unterschiede zwischen beiden Gruppen ergeben sich auch in der Besetzung der Spalten 1 (unter 2 ha) und 4 (10—20 ha). Nach Feststellung dieser Tatsachen und unter der Annahme eines Zusammenhanges mit der Industrie erhebt sich folgende Frage: Hat das Vorhandensein der Industrie die Betriebe verkleinert, da durch die gegebenen Verdienstmöglichkeiten eine Unterschreitung der Ackernahrung möglich wurde, oder hat sich die Industrie dort entwickelt, wo von vorne herein die Betriebe klein waren und aus diesem Grund ein besonders großes Angebot an Arbeitskräften bestand? Für den Hunsrück ist in der Mehrzahl der Fälle die zweite der gegebenen Möglichkeiten zutreffend. Betriebszersplitterung durch Gewerbe gehört im allgemeinen einer früheren Entwicklungsphase an; die Holzindustrie des Hunsrücks ist zu jung, als die Wirkungen dieser Art von ihr hätten ausgehen können. In den letzten Jahrzehnten, verstärkt in den letzten Jahren, haben sich die Verhältnisse meist ins Gegenteil verkehrt: Während man früher bei gewerblichem Nebenverdienst der Landwirtschaft verbunden blieb und es

so in Realteilungsgebieten zu einer starken Betriebszersplitterung kommen konnte, da wegen der fehlenden Notwendigkeit zur Erhaltung der Acker-  
nahrung alle Hoferben in der Landwirtschaft verbleiben, bringt heute der  
industrielle Nebenverdienst meist eine innere Entfremdung von der Land-  
wirtschaft mit sich, was bei einem Teil der Bevölkerung zu Aufgabeten-  
denzen und bei den verbleibenden Landwirten zur Betriebsvergrößerung  
führt. Die Frage nach den Ursachen dieses Wandels der Einstellung würde  
an dieser Stelle zu weit führen; maßgebend sind wahrscheinlich sowohl  
wirtschaftliche (gestiegene Industrielöhne) wie auch psychologische  
Gründe. Im Untersuchungsgebiet mag die starke Betriebszersplitterung  
in Rheinböllen und in Morbach teilweise eine Folge der früheren Phase  
sein, in Rheinböllen wegen des hohen Alters der Rheinböllerhütte, in  
Morbach vor allem wegen der schon früh entwickelten zentralen Funk-  
tionen mit zahlreichen Möglichkeiten zum Nebenerwerb. An allen Stellen  
jedoch, wo die Holzindustrie der entscheidende Faktor im gewerblichen  
Leben ist, hat sich keine Vergrößerung, sondern meist sogar eine Ver-  
ringerung der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ergeben. Sichere  
Zahlenunterlagen als Beweismittel fehlen, da in der öffentlichen Statistik  
aus der Zeit vor dem Kriege Angaben über die Zahl der landwirtschaft-  
lichen Betriebe pro Gemeinde noch nicht enthalten sind. Wegen des gerin-  
gen Alters der Holzindustrie war es aber leicht möglich, genaue münd-  
liche Erkundigungen über die Verhältnisse vor der Industrialisierung ein-  
zuholen. Es ergab sich dabei eindeutig, daß die Zahl der landwirtschaft-  
lichen Betriebe zu dieser Zeit in keinem Fall geringer, in den meisten  
Fällen dagegen höher war.

Bei den statistischen Angaben auf S. 128 wurde auch die konfessionelle  
Zusammensetzung der untersuchten Gemeinden mitberücksichtigt. H. HAHN  
konnte für den Hunsrück Zusammenhänge zwischen Konfession und land-  
wirtschaftlicher Betriebsgröße nachweisen. In der statistischen Aufstel-  
lung fällt auf, daß insgesamt in der Gruppe der gewerblichen Gemeinden  
mit durchschnittlich kleinerer Betriebsgröße der katholische Anteil höher  
liegt als in der Gruppe der agrarischen Gemeinden mit meist größeren  
Betrieben. Die Ausnahmen innerhalb der einzelnen Gruppen — Ellern  
einerseits, Hunolstein andererseits — zeigen dabei gerade wegen der Son-  
derstellung besonders deutlich, daß der primäre Zusammenhang nicht  
zwischen Industrie und Betriebsgröße, sondern in den meisten Fällen  
zwischen Konfession und Betriebsgröße besteht. Da die arbeitsintensive  
Holzindustrie, soweit sie nicht wie im Fall Ellern aus einem ursprünglich  
rohstoff- und verkehrsorientierten Sägewerk hervorgegangen ist, vorzugs-  
weise Orte mit starker Betriebszersplitterung und demzufolge hohem  
Arbeitsangebot aufsuchte, hat sich daraus ein sekundärer Zusammenhang  
zwischen Konfession und Industriestandort ergeben: Die Holzindustrie  
findet sich vorwiegend in Gegenden mit hohem katholischen Bevölke-  
rungsanteil; der Prozentsatz der Angehörigen der katholischen Konfession  
ist unter der Arbeiterschaft dieser Betriebe höher als vergleichsweise  
unter den Bewohnern des gesamten Untersuchungsgebietes.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß eine Verfolgung der zunächst nahe-  
liegenden Frage Industrialisierung — Betriebszersplitterung zu einem

Die Betriebsgrößenstruktur und ihre Änderungen von Mai 1949 bis Februar 1955 in je sieben stärker gewerblichen und vorwiegend agrarischen Gemeinden des Hunsrücks  
(Die Verhältniszahl nach dem Ortsnamen gibt das Verhältnis kath. : ev. im Mai 1949 wieder)

a) Gemeinden mit stärkerem gewerblichen Einschlag

		Betriebsgrößen 1949					Änderungen 1949—1955					Gesamtbetriebszahl		Änderung			
		1	2	3	4	5	1	2	3	4	5	1949	1955	abs.	rel. (%)		
1. Rheinböllen	(45 : 55)	29	49	23	4	1	—	6	—13	—	1	+1	+1	106	88	—18	—17
2. Ellern	(12 : 88)	7	20	47	4	—	—	2	—	2	0	—1	—	78	73	—5	—6
3. Argenthal	(45 : 55)	27	36	47	6	1	—	7	—	6	—	7	+5	117	102	—15	—13
4. Sohren	(55 : 45)	38	60	22	2	—	—	6	+	2	+	2	0	122	120	—2	—2
5. Mastershausen	(98 : 2)	8	90	34	1	1	—	11	—	28	+10	+1	0	134	106	—28	—21
6. Altstrimmig	(99 : 1)	11	30	16	1	—	—	7	+	5	+	4	—1	58	59	+1	+2
7. Morbach	(93 : 7)	57	76	12	2	1	0	—	23	—	1	+4	0	148	128	—20	—14

b) Vorwiegend agrarische Gemeinden

1. Steinbach	(35 : 65)	1	7	11	4	—	0	—	2	+	2	0	—	23	23	0	0
2. Wahlbach	(26 : 74)	—	6	25	5	—	—	—	3	+	1	+1	—	36	35	—1	—2
3. Womrath	(11 : 89)	—	3	26	19	—	+	2	+	6	—	9	+1	48	48	0	0
4. Sohrschied	(2 : 98)	3	—	13	10	—	—	2	+	1	—	6	+4	26	23	—3	—12
5. Raversbeuren	(2 : 98)	—	10	36	2	—	+	1	—	2	—	5	+5	48	47	—1	—2
6. Beuren	(2 : 98)	—	9	23	11	—	+	1	0	+	2	0	—	43	46	+3	+7
7. Hunolstein	(99 : 1)	11	33	13	—	1	—	4	—	10	+	7	+1	58	52	—6	—10

Betriebsgrößenklassen:

1	1949: 0,01—1,99 ha	3	5— 9,99 ha
	1955: 0,5 —1,99 ha	4	10—19,99 ha
2	2— 4,99 ha	5	20 ha und mehr

negativen Ergebnis führt. Die Zusammenhänge sind genau umgekehrt: Die Betriebsgrößenstruktur in der Landwirtschaft war von Einfluß auf die Standortwahl bei Gründung der Holzindustriebetriebe; zur Erklärung muß dabei die konfessionelle Bevölkerungszusammensetzung mit herangezogen werden. — Ein ganz anderes Bild ergibt sich, wenn man in den Vergleichsgemeinden nicht von den Betriebszahlen zu einem feststehenden Zeitpunkt ausgeht, sondern innerhalb eines bestimmten Zeitraumes die Veränderungen der Zahlen insgesamt und in den einzelnen Größenklassen betrachtet. In diesem Falle zeigt sich deutlich, daß ein nicht unwesentlicher Einfluß der Industrie auf die Betriebsgrößen in der Landwirtschaft erfolgt, und zwar durchweg in Richtung auf eine Betriebsvergrößerung bei Abnahme der Gesamtbetriebszahl. In dem statistischen Beispiel standen die Vergleichswerte von 1949 und 1955 zur Verfügung. Innerhalb der einzelnen Betriebsgrößenklassen zeigt sich dabei insgesamt eine Abnahme der Betriebe unter 5 ha, vor allem derjenigen zwischen 2 und 5 ha<sup>58)</sup>, eine Zunahme dagegen bei den Betrieben zwischen 5 und 10 und noch stärker bei denjenigen über 10 ha. Die Tendenzen sind aus den relativen Werten besonders gut zu ersehen; die Veränderungen in einem Zeitraum von knapp sechs Jahren sind dabei beachtlich. Die genannte Entwicklung zeigt sich weitaus stärker in der Gruppe der gewerblichen Gemeinden, doch ist sie auch in den vorwiegend agrarischen Gemeinden erkennbar. Die Industrie als alleinige Ursache für die Veränderungen in der Betriebsstruktur hinstellen zu wollen, würde sicher den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht, doch zeigt auf der anderen Seite das Beispiel deutlich, wie stark der Einfluß der Industrie bei den gegenwärtig in der Landwirtschaft sich vollziehenden Strukturwandlungen ist.

Dieser Einfluß kann vorläufig, solange noch genügend Kräfte in der Landwirtschaft verbleiben, als durchaus günstig gewertet werden. Er kommt auch der von offiziellen Stellen (Kulturämter, Landratsämter, Landwirtschaftsschulen) angestrebten Entwicklung zuhulfe, wonach bei Vollbauern eine Betriebsgröße von rund 12 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche als optimal angesehen wird. Der auf der anderen Seite geförderte Kleinstbesitz von unter 1 ha bei Arbeiterbauern ist dagegen bisher meist nur Wunsch geblieben; eine entsprechende Wirkung der Industrie ist im allgemeinen nicht zu erkennen. — Fraglich erscheint, ob sich die Industrie auf lange Sicht nicht selbst wesentlicher Existenzgrundlagen berauben könnte. Das Vorherrschen der Landwirte unter der Arbeiterschaft bedingt, worauf schon hingewiesen wurde, niedrige Lebenshaltungskosten, die es der Industrie ermöglichen, niedrige Löhne zu zahlen. Als weiterer Vorteil ergibt sich das Vorhandensein eines relativ krisenfesten Arbeiterstammes. Bei einer zunehmenden Trennung in Vollbauern mit ausreichendem Besitz und Industriearbeitern ohne Landbesitz würden diese günstigen Bedingungen entfallen.

---

<sup>58)</sup> Zur Größenklasse 1 gehörten 1949 die Betriebe von 0,1—2 ha, 1955 von 0,5—2 ha. Die Unterschiede fallen jedoch nicht stark ins Gewicht, da landwirtschaftliche Betriebe unter 0,5 ha sehr selten sind.

Die zu beobachtenden Betriebsvergrößerungen erfolgen durch Kauf oder Pacht, wobei die Pacht überwiegt. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, auch den Einfluß der Industrie auf die Boden- und Pachtpreise zu betrachten, da hierdurch wesentliche Voraussetzungen für den Wandel der Betriebsstruktur gegeben werden. — Allgemein liegen die Preise dort, wo Möglichkeit zum gewerblichen Nebenverdienst besteht, niedrig und begünstigen somit den Besitzwechsel landwirtschaftlicher Grundstücke <sup>59)</sup>. Das trifft auch für die Einzugsbereiche des Saargebietes, von Idar-Oberstein und Kirn zu. — Einige Beispiele für die Gestaltung der Bodenpreise unter dem Einfluß des Gewerbes: In den Jahren 1955—1957 betragen sie in:

Kirchberg	2 000—2 500 DM
Rheinböllen	ca. 2 000 DM
Ellern	ca. 4 000 DM
Dichtelbach (b. Rheinböllen)	ca. 2 000 DM

dagegen in

Wahlbach	über 8 000 DM
Horn	ca. 10 000 DM <sup>60)</sup>

Die beiden letztgenannten Gemeinden stellen kaum Beschäftigte an die Industrie. In Horn mag auch die Größe des Gemeindewaldes und die hierdurch gegebenen Verdienstmöglichkeiten eine Ursache für die besonders hohen Preise sein. Da Waldarbeit wegen ihres saisonalen Charakters die Bindungen zur Landwirtschaft nicht löst, sondern eher festigt, dürfte in diesem Falle sich eine steigernde Wirkung auf die Bodenpreise ergeben, da auf der Nachfrageseite größere Geldmittel zur Verfügung stehen. Genaue Aussagen können jedoch in diesem Zusammenhang nicht gemacht werden, da eventuelle Auswirkungen auf jeden Fall so gering sind, daß sie von anderen preisbildenden Faktoren überlagert werden und insofern nicht exakt erfaßbar sind. — Der unter den gewerblichen Gemeinden relativ hohe Bodenpreis in Ellern erklärt sich aus der trotz des Vorhandenseins der Stuhlfabrik noch stark bäuerlichen Struktur der Bevölkerung. — Weitere Beispiele aus anderen Teilen des Untersuchungsgebietes: In den vorwiegend agrarischen Gemeinden Beuren und Raversbeuren im Kreis Zell lagen die Bodenpreise 1957 ebenfalls bei rund 10 000 Mark <sup>61)</sup>, während sie in Kempfeld und den umliegenden Ortschaften (Nebenverdienstmöglichkeiten im Saargebiet und in Idar-Oberstein) nur rund 1 000 DM betragen <sup>62)</sup>. Der Einfluß auswärtiger Wirtschaftszentren ist im allgemeinen noch stärker als der des heimischen Gewerbes.

<sup>59)</sup> Noch gegen Ende des 19. Jahrhunderts waren die Verhältnisse oft umgekehrt. Nach HAMM (III, S. 18) lagen z. B. in Rhaunen die Bodenpreise wegen zahlreicher Nebenerwerbsmöglichkeiten besonders hoch. Das Interesse am Landbesitz blieb unbeeinträchtigt; die höheren Einkommen trieben die Preise in die Höhe.

<sup>60)</sup> Nach Unterlagen des Landratsamtes Simmern.

<sup>61)</sup> Mitteilung der Landwirtschaftsschule Büchenbeuren.

<sup>62)</sup> Mitteilung FA Kempfeld.

Der übliche starke Anstieg der Bodenpreise in nächster Nähe der wachsenden gewerblichen Orte als Folge der Baulandspekulation sei hier nur randlich erwähnt.

Die Unterschiede der Pachtpreise sind im allgemeinen noch größer als die der Verkaufspreise; die Zusammenhänge mit den Nebenerwerbsmöglichkeiten sind die gleichen. Einer genauen Erfassung waren die Pachtpreise nicht zugänglich. — Wie schon erwähnt, überwiegt die Pacht gegenüber dem Verkauf; Verkäufe sind relativ selten. Eine längere Zeit mit stabiler Währung und ruhiger politischer Lage würde hier zweifellos eine Änderung bewirken können.

In extremen Fällen kann es zur Sozialbrache kommen (W. HARTKE, 1953) und zwar dann, wenn Pachtland in größerer Menge zur Verfügung steht, sich aber nicht genügend Pächter finden, weil wegen der industriellen Verdienstmöglichkeiten kein Interesse besteht, bzw. bei Vollbauern der Betriebsvergrößerung infolge des Mangels an Arbeitskräften gerade in Nähe der Industrie Grenzen gezogen sind. Insgesamt ist das Ausmaß der Sozialbrache im Untersuchungsgebiet gering, wobei es wichtig ist, daß die Holzindustrie alleine bisher noch kaum nachweisbar zum Brachfallen von Flächen geführt hat. Bei den bescheidenen Ansätzen zur Brache in Sohren und Laufersweiler sowie in und um Rheinböllen sind wahrscheinlich die Einflüsse des Flugplatzes einerseits und der Rheinböllerhütte andererseits mit ihren gegenüber der Holzindustrie höheren Löhnen von entscheidender Bedeutung. Stärker verbreitet ist die Sozialbranche in den südwestlichen Teilen des Untersuchungsgebietes im Pendler-Einzugsbereich des Saargebietes und des Raumes Idar-Oberstein und Baumholder, wo Brachflächen von 10—30 ha pro Gemeinde keine Seltenheit sind<sup>63)</sup>. Auch hier ist die Holzindustrie alleine nicht die Ursache, sie kann höchstens als verstärkender Faktor hinzutreten. Die Gründe für die unterschiedliche Auswirkung der verschiedenen Gewerbebezüge dürften einmal im Lohnniveau zu suchen sein, zum anderen in der unterschiedlichen Länge der Anmarschwege und den sich entsprechend ergebenden Zeitverlusten, schließlich wohl auch darin, daß die Arbeit in der Holzindustrie gegenüber der Arbeit in der Landwirtschaft wahrscheinlich weniger krasse psychologische Umstellungen erfordert als die Tätigkeit in den anderen Gewerbebezügen. Auch die geringere physische Beanspruchung dürfte von Bedeutung sein. — Die Sozialbrache kann als ein negatives Extrem im Rahmen einer im ganzen als günstig zu beurteilenden Entwicklung angesehen werden. Im Bereich der Holzindustrie wird die günstige Entwicklung gefördert, die negativen Extreme dagegen wurden bisher weitgehend vermieden.

Unter den Einflüssen der Industrie auf die Verhältnisse in der Landwirtschaft sollen auch die formalen Auswirkungen auf das ländliche Siedlungsbild nicht unerwähnt bleiben. Veränderungen ergeben sich vor allem dadurch, daß die Abwanderung von Personen, die aus der Landwirtschaft

---

<sup>63)</sup> Mit zunehmender Annäherung an das Saargebiet wird der Anteil der Brachfläche immer höher; innerhalb des Untersuchungsgebietes ist er vergleichsweise noch gering.

ausscheiden, durch das Vorhandensein der Industrie aufgefangen wird und insofern der Anteil der Nicht-Landwirte steigt; auf diese Tendenzen wurde bereits hingewiesen. Die Folge ist, daß die Zahl der nichtlandwirtschaftlichen Wohngebäude in den Orten mit einem hohen Anteil von Industriearbeitern steigt. So hat vor allem Sohren seinen Charakter als ländliche Siedlung weitgehend verloren. Durch die Fa. Felke wurden hier u. a. auch werkseigene Wohnungen gebaut. In Altstrimmig sind es 25 Wohnhäuser, die in den letzten Jahren durch die in der Stuhlfabrik tätigen Arbeiter neu errichtet wurden. In anderen gewerblichen Orten sind die Verhältnisse ähnlich. — Im allgemeinen sind die Veränderungen des Siedlungsbildes jedoch vorläufig noch gering.

Als weitere günstige Auswirkung des Nebenverdienstes kann die Entschuldung vieler Höfe erwähnt werden. — Die Bedeutung für die Mechanisierung der Betriebe, meßbar vor allem an den in der Landwirtschaft eingesetzten Traktoren<sup>64)</sup>, ist demgegenüber gering. In gewerblichen Gemeinden, die meist einen großen Anteil von Kleinbetrieben haben, deren Besitzer zusätzlich in der Industrie tätig sind, ist die Zahl dieser Traktoren im allgemeinen wesentlich niedriger als in agrarischen Gemeinden, in denen größere landwirtschaftliche Betriebe vorherrschen. Entscheidend sind die Betriebsgrößen; sie geben für die Rentabilität des Traktoreinsatzes den Ausschlag. Auch in gewerblichen Orten sind die Besitzer von Traktoren meist Vollbauern, die keinen zusätzlichen Verdienst in der Industrie haben. Die Erträge aus der Landwirtschaft waren in den letzten Jahren so günstig, daß die Anschaffung von Traktoren bei größerem landwirtschaftlichem Besitz auch ohne zusätzliches Einkommen aus Industriearbeit möglich war. Der Gelegenheit zur winterlichen Waldarbeit dürfte in diesem Zusammenhang größere Bedeutung zukommen.

Eine weitere Folge der gewerblichen Entwicklung ist die Aufforstung von privatem Ackerland. Diese Erscheinung ist in größerer Nähe des Saargebietes, so im Raum von Hermeskeil und Birkenfeld, wesentlich stärker verbreitet; innerhalb des Untersuchungsgebietes ist sie vorläufig noch auf ein sehr geringes Ausmaß beschränkt. Meist handelt es sich um an den Wald angrenzende Ackerparzellen, die sich im Besitz von Arbeiterbauern befinden. Die Aufforstung von Flächen inmitten der Ackerflur ist seltener und wird auch von amtlicher Seite ungerne gesehen, aus der Befürchtung heraus, daß hier einmal an einer unter landwirtschaftlichen Gesichtspunkten ungeeigneten Stelle ein Hochwald entstehen könne. Im allgemeinen denkt man jedoch bei der Anpflanzung der fast ausschließlich verwendeten Fichten in kürzeren Produktionszeiträumen und strebt vor allem die Erzeugung von Weihnachtsbäumen an. Allerdings läßt es sich nicht mit Sicherheit sagen, ob man nicht später doch einen Teil der neu angepflanzten Bestände durchwachsen läßt. — Eine Beurteilung der Folgen dieser Aufforstungen für die Landwirtschaft, vor allem für die Betriebsgrößenstruktur, ist vorläufig noch recht schwierig. Einmal bietet sich der Vorteil,

---

<sup>64)</sup> Nur in der Landwirtschaft eingesetzte Traktoren erhalten verbilligten Dieselmotorkraftstoff; sie sind in den Landwirtschaftsschulen erfaßt. Dort konnten teilweise auch Auskünfte über die einzelnen Besitzer eingeholt werden.

daß weichende Erben leichter ausgezahlt werden können und somit die Realteilung weiter zurückgedrängt wird. Auf der anderen Seite ist es auch denkbar, daß gerade diejenigen Arbeiterbauern, die Flächen aufgeforstet haben, nicht geneigt sind, ihren Besitz an andere abzugeben, so daß sich unter diesem Gesichtspunkt die Aufforstung als hindernd im Rahmen der Betriebsvergrößerungstendenz erweisen könnte.

Es muß hervorgehoben werden, daß viele der äußerlich erfaßbaren Folgeerscheinungen der Industrialisierung nur Niederschläge tieferliegender psychologischer Umwandlungsprozesse sind, vor allem in den Fällen, in denen ein schwindendes Interesse an der Landwirtschaft feststellbar ist. Den Anstoß für diese Umwandlungsprozesse gibt sicher nicht die Industrie alleine, doch ist sie in entscheidender Weise beteiligt.

Wenn insgesamt das Ausmaß der im Gefolge der industriellen Entwicklung sich ergebenden Veränderungen in der Landwirtschaft innerhalb des Untersuchungsgebietes noch relativ gering ist (vgl. dazu W. HARTKE, 1953 und 1957), so liegt dieser Umstand nicht zuletzt darin begründet, daß die Beschäftigungsmöglichkeiten für weibliche Arbeitskräfte in der Industrie bisher noch sehr begrenzt sind, was zur Folge hat, daß vielfach in den Fällen, in denen der Mann einer gewerblichen Beschäftigung nachgeht, die Landwirtschaft von den Frauen weiterbetrieben wird. Die neuesten Entwicklungstendenzen zeigen jedoch einen ständig steigenden Anteil auch der Frauenarbeit, einmal bedingt durch den Übergang zu ständig weitergehender Verarbeitung in der Holzindustrie, vor allem aber durch Neugründungen von Industriebetrieben anderer Wirtschaftszweige, so z. B. der Lederindustrie (Gemünden, Rhaunen) und der Edelsteinschleiferei (Bruchweiler, am Südrand des Idarwaldes). Auch die Ansiedlung von Textilindustrie scheint nach dem derzeitigen Stand der Dinge nicht ausgeschlossen. Die genannten Tendenzen in der Landwirtschaft würden durch eine solche Entwicklung zweifellos verschärft werden \*).

\*) Nachtrag 1962: Es haben sich inzwischen im Untersuchungsgebiet mehrere Textil- und Industriebetriebe angesiedelt.

### Zusammenfassung

Forstwirtschaft und Holzindustrie bilden, zusammen mit der Landwirtschaft, die wichtigsten Pfeiler im Wirtschaftsleben des östlichen und mittleren Hunsrücks. Voraussetzung für das Verstehen der inneren Zusammenhänge ist die Kenntnis der Situation der Landwirtschaft; Hauptmerkmal ist eine starke Betriebszersplitterung bei Ungunst der natürlichen Verhältnisse und relativer Marktentlegenheit. Nach dem Niedergang der alten Eisenindustrie, bei deren Entstehung erstmals der Wald als Wirtschaftsfaktor eine über die Ergänzungsfunktion zur Landwirtschaft hinausgehende Bedeutung erlangt hatte, ist vorübergehend der Hunsrück in den Zustand einer fast reinen Agrarlandschaft zurückgefallen; im Gegensatz zu vielen anderen Teilen des Rheinischen Schiefergebirges fehlen somit weitgehend ältere historische Bindungen des heutigen gewerblichen Lebens. Der äußere Eindruck einer Agrarlandschaft hat sich bis in die Gegenwart weitgehend erhalten, doch sind in neuerer Zeit bedeutendere wirtschaftliche und soziale Wandlungen vor sich gegangen. Den Anstoß hierzu gab vor allem die in preußischer Zeit vorgenommene Intensivierung der Forstwirtschaft, die einmal einem großen Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung neue, zusätzliche Erwerbsmöglichkeiten im Walde eröffnete, die andererseits auch, neben der in der Landwirtschaft gegebenen Betriebs- und Bevölkerungsstruktur, eine Voraussetzung bildete für das Entstehen der Holzindustrie.

Wie in der geschichtlichen Entwicklung, so sind auch in der Gegenwart Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Holzindustrie in vielfacher Hinsicht eng miteinander verbunden. So bietet die für viele Landwirte gegebene Möglichkeit zur winterlichen Arbeit im Wald eine zeitlich gute Ergänzung zur sommerlichen Feldarbeit. Da häufig die Größe des landwirtschaftlichen Besitzes für die Existenz kaum ausreicht, sind diese zusätzlichen Einkünfte von hohem Wert. Durch Holzverkauf aus dem Gemeindewald ist darüber hinaus vielfach eine steuerliche Entlastung der Landwirte möglich. — Vom Standpunkt der Forstwirtschaft ist die Bindung der Waldarbeiter an die Landwirtschaft sehr erwünscht, da einmal gerade in der Zeit des höchsten Arbeitsbedarfes, im Winter, meist genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, zum anderen die Landwirte den physischen Anforderungen der Waldarbeit besonders gut gewachsen sind.

Für die Holzindustrie bieten sich relativ günstige Möglichkeiten des Rohstoffbezuges, wenn auch die gegenwärtige Holzknappheit, teilweise als Folge einer zu stark ausgedehnten Gesamtkapazität der Hunsrücker Sägewerksindustrie, in dieser Hinsicht gewisse Schwierigkeiten bereitet. Auf der anderen Seite sind für die Waldeigentümer die Absatzmöglichkeiten des Holzes günstig; das Vorhandensein lokaler Holzindustrie erlaubt es z. B. vielen Gemeinden, die infolge der Kleinheit der angebotenen Posten kein kompliziertes Verkaufssystem aufziehen können, das Holz an feste Abnehmer zu liefern.

Komplizierter und keineswegs in jeder Hinsicht harmonisch sind die Beziehungen zwischen der Holzindustrie und der Landwirtschaft. Für die

Industrie ist die gegenwärtige Struktur der Landwirtschaft zweifellos günstig: Arbeiter sind in ausreichendem Maße vorhanden und würden auch in eventuellen Krisenzeiten erhalten bleiben. Die allgemein geringen Lebenshaltungskosten, mitbedingt durch den hohen Grad der Selbstversorgung unter den Arbeitern, ermöglichen es, das Lohnniveau relativ niedrig zu halten, was gerade in Anbetracht der nicht sehr günstigen Verkehrs- und Absatzlage der Betriebe von großer Wichtigkeit ist. — Zwar bildet für die Landwirte das Vorhandensein der Industrie ebenso wie die Waldarbeit eine günstige Möglichkeit zu zusätzlichem Verdienst, doch stellt die gewerbliche Arbeit wegen der ganzjährigen Beschäftigung keineswegs eine ideale Ergänzung zur Landwirtschaft dar. Aus diesem Grunde und zum anderen wegen der psychologisch bedeutsamen Verschiedenartigkeit der Arbeitsbereiche, schließlich auch wegen der Auffangwirkung der Industrie auf die aus der Landwirtschaft ausscheidende Bevölkerung zeigt sich die Tendenz zu einer allmählichen beruflichen Trennung zwischen Landwirtschaft und Holzindustrie.

Zu den wichtigsten Aufgaben der kommenden Jahre gehört im Bereich der Forstwirtschaft vor allem die Erhaltung oder auch Neuschaffung eines festen Waldarbeiterstammes, der auch für die Sommermonate zur Verfügung steht. Die in den meisten Gebieten erkennbare Überalterung und der teilweise bereits auftretende Mangel an ständigen Arbeitskräften zeigt die Dringlichkeit des Problems. — Die zunehmende Verknappung des Rohstoffes Holz und das auf der anderen Seite in den meisten Teilen des Untersuchungsgebietes noch reichliche Angebot an gewerblichen Arbeitskräften weisen der Holzindustrie den Weg zu höheren Stufen der Weiterverarbeitung. Für die wirtschaftliche Lage der Betriebe wäre eine weitere Verbesserung der Verkehrssituation wichtig, einmal durch Schaffung neuer und besserer Verkehrswege — die Moselkanalisierung und der geplante Bau einer linksrheinischen Entlastungsstraße wären hier sicher nicht ohne Einfluß —, zum anderen auch durch eine der lokalen Situation angepaßte Gesetzgebung hinsichtlich der Besteuerung des Lastwagenverkehrs.

Die Arbeit versuchte zu zeigen, wie stark und in wie vielseitiger Weise der Wald das Wirtschaftsleben des Hunsrücks durchdringt und gestaltet. Sie wollte andererseits auch verdeutlichen, daß im Rahmen einer wirtschafts- und sozialgeographischen Untersuchung eine isolierte Betrachtung des Waldes nicht möglich ist, sondern daß der Wald stets als ein Teil des gesamten funktionellen Landschaftsgefüges gesehen werden muß, in dem er, abhängig von der speziellen Situation des jeweiligen Gebiets, eine mehr oder minder bedeutende Stellung innehaben kann.

Innerhalb des Untersuchungsgebietes kommt dem Wald entscheidende Bedeutung zu. Waldwirtschaft, Landwirtschaft und Holzindustrie bilden hier aufgrund ihrer zahlreichen Wechselbeziehungen eine untrennbare Einheit. Das Fehlen auch nur eines Teiles würde die Existenz der anderen Teile — zumindest in ihrer derzeitigen Ausprägung — weitgehend unmöglich machen. In ihrem Zusammenwirken geben sie jedoch der gesamten Wirtschafts- und Sozialstruktur des östlichen und mittleren Hunsrücks das charakteristische Gepräge.

### Literaturverzeichnis

1. ACHTER, Helmut: Wirtschaftliche und soziale Probleme eines Dauer-  
notstandsgebietes im westlichen Hunsrück, dargestellt an den Ver-  
hältnissen in zwei Amtsbezirken des Landkreises Trier. Landw. Diss.  
Bonn 1953.
2. BACH, Adolf: Die Siedlungsnamen des Taunusgebietes. — Rheinische  
Siedlungsgeschichte Bd. 1, Bonn 1927.
3. BACH, Ludwig: Aus der Geschichte der Hochwaldindustrie. — Blätter  
f. Mosel, Hochwald und Hunsrück 1922.
4. BACK, Friedrich: Das Kloster Ravengiersburg und seine Umgebungen.  
2 Bde., Coblenz 1841 und 1853.
5. BECK, Otto: Beschreibung des Regierungsbezirkes Trier. 3 Bde., Trier 1868,  
1869, 1871.
6. BERTSCH, Karl: Geschichte des deutschen Waldes. Jena 1951.
7. BIERAU, Ernst: Die Bauernhausformen zwischen Mosel, Nahe und Rhein.  
Diss. Frankfurt 1953.
8. BOECK, Walter, Die Wälder im Soonwald und nördlichen Nahebergland  
in geographischer Sicht. Phil. Diss. Mainz 1954.
9. BÖCKING, E.: Die Familie Stumm als Eisenhüttenbesitzer auf dem Huns-  
rück. Mülheim am Rhein 1902.
10. BÖMMELS: Aus der Geschichte der Eifeler Eisenindustrie. — Eifel-Hei-  
matbuch, Bonn 1924/25.  
Bd. 2, Paris 1933.
11. BÖTTCHER, Wolfgang: Die Niderlschäge im Rheinischen Schiefer-  
gebirge. — Beitr. z. Landesk. d. Rheinlande, H. 5, Bonn 1941.
12. BUSCHMANN, P.: Die Landwirtschaft auf dem Hunsrück. — Hochwald-  
u. Hunsrückführer, 16. Aufl., Trier 1953.
13. BRAUNMÜHL-RITTEL: Das Landesforstgesetz für Rheinland-Pfalz vom  
16. Nov. 1950. Kommentar. Siegburg und St. Goar 1952.
14. CAESAR, Heinz: Die Abhängigkeit der Lebensbedingungen des großen  
Fichtenborkenkäfers vom Klima und den Bodenverhältnissen auf dem  
Hunsrück in den Jahren 1948—1950. Nat.-math. Diss. Freiburg 1952.
15. CAROL, Hans: Die Wirtschaftslandschaft und ihre kartographische Dar-  
stellung. Ein methodischer Versuch. Geographica Helvetica 1946.
16. CHRISTALLER, Walter: Beiträge zu einer Geographie des Fremden-  
verkehrs. Erdkunde 1955.
17. Der Regierungsbezirk Coblenz. Coblenz 1817.
18. DANKELMANN: Gemeindewald und Genossenschaftswald. Zeitschr. f. d.  
Forst- u. Jagdwesen 1881. (Auszug vorh. im Reg.-Forstamt Koblenz).
19. DÉFFONTAINES, Pierre: L'homme et la forêt. Géographie humaine,  
Bd. 2, Paris 1933.
20. DIENER, Walter: Die Auswanderung aus dem Amte Gemünden (Huns-  
rück) im 19. Jahrhundert. Rhein. Vierteljbl. 1935.
21. DIENER, Walter: Die Auswanderung aus dem Kreise Simmern (Huns-  
rück) im 19. Jahrhundert. Rhein. Vierteljbl. 1938.
22. DIENER, Walter: Hunsrücker Volkskunde. Bonn u. Leipzig 1925.
23. DINIES, D. E.: Klima. — Hochwald- u. Hunsrückführer, 16. Aufl. Trier  
1953.
24. DINTELMANN: 100 Jahre Forstwirtschaft und Waldbau in der Rhein-  
provinz. — In: Ein Jahrhundert landwirtschaftliche Technik in der  
Rheinprovinz 1833—1933. Bonn 1934.

25. EBELING, Friedrich: Die Forst- und Holzwirtschaft des Saargebietes. Gießen 1922.
26. EBERTS, Heinrich: Forstgesetzgebung in Rheinland-Pfalz. Allg. Forstzeitschrift 6, 1951.
27. EDELMANN, Bernhard: Wirtschaftliche und soziale Wandlungen auf dem hohen Hunsrück. Wirtschaftsw. Diss. Frankfurt 1922.
28. Die Eisenerzvorräte des Deutschen Reiches. Archiv für Lagerstättenforschung 58, 1934.
29. ELS, Gustav: Hunsrücker Dorfbilder. — Heimatkalender für den Kreis Bernkastel 1956.
30. ERCKMANN, Gottfried: Der Binger Wald. Bingen 1930.
31. FABER, Karl-Georg: Siedlungsgeographie der Hunsrück-Hochfläche. Staatsexamensarb., Mainz o. J. (1954).
32. FABRICIUS, Wilhelm: Das Pfälzische Oberamt Simmern. Westd. Zeitschr. 18.
32. FICKERT, Hermann: Die Bevölkerungsdichtigkeit der Rheinprovinz. Diss. Halle 1919.
34. FIENE, H.: Morbach, ein Hort christlicher Kunst. Hunsrückkalender 1954.
35. FIENE, H.: Brücher und Hochmoore im Hochwaldgebiet. — Heimatkalender für den Kreis Bernkastel 1957.
36. FIRBAS, Franz: Spät- und nachsaiszeitliche Waldgeschichte Mitteleuropas nördlich der Alpen. 2 Bde., Jena 1949, 1952.
37. FLECK, Ingo: Wirtschaftliche und soziale Probleme eines landwirtschaftlichen Dauernotstandsgebietes im Hochwald, dargestellt an den Verhältnissen in den Verwaltungsbezirken Weiskirchen und Wadern im Saarland. Diss. Bonn-Poppelsdorf 1954.
38. FRÖHLICH, H.: Ein Lob der Heimat aus dem Jahre 1605. Rhein. Heimatblätter 1924.
39. GÄRTNER, Maria: Die Wirtschaftsfaktoren im Kreis Bernkastel. Wi.-so. Diss. Köln 1944.
40. GEIB, Karl: Der Wald unserer Heimat im Wechsel der Zeiten. Heimatblätter Kreuznach. (Beilage z. Öff. Anzeiger) Jg. 2, 1922, Nr. 3 u. 4.
41. Geschichtlicher Handatlas der deutschen Länder am Rhein. Mittel- u. Niederrhein, bearb. v. J. Niesen. Köln u. Lörrach 1950.
42. GMEINER, Helmut: Gutachten über die Möglichkeiten der Ansässigmachung von Industrie im Regierungsbezirk Trier. Trier 1949.
43. HABEL, W.: Der Wald und die Forstwirtschaft im Regierungsbezirk Koblenz. 1956 (vorh. im Reg.-Forstamt Koblenz).
44. HABEL, W.: Die Struktur der Jagd- und Holzwirtschaft im Landesforstamt Koblenz. o. J. (vorh. im Reg.-Forstamt Koblenz).
45. HABEL-RAUSCH: Die Forstwirtschaft im Regierungsbezirk Koblenz. 1955 (vorh. im Reg.-Forstamt Koblenz).
46. HAGEN, Otto von: Die forstlichen Verhältnisse Preußens. 3. Aufl., bearb. v. K. Donner. Berlin 1894.
47. HAGMANN, H.: Landwirtschaftliche Statistik für die Kreise der Rheinprovinz. Bonn 1929.
48. HAHN, Helmut: Der Einfluß der Konfessionen auf die Bevölkerungs- und Sozialgeographie des Hunsrücks. Bonn 1950.
49. HAMM, Franz: Hunsrücker Wirtschaftsleben vom frühen Mittelalter bis heute. 3 Teile, Trier 1909.
50. HARDT, J. F. A. E.: Chronik und Statistik des Kreises Simmern. Koblenz 1865.
51. HARTKE, W.: Die soziale Differenzierung der Agrarlandschaft im Rhein-Main-Gebiet. Erdkunde 1953.
52. HARTKE, W.: Sozialgeographischer Strukturwandel im Spessart. Die Erde 1957, H. 3—4.

53. HARTMANN, Bruno: Die wirtschaftliche Entwicklung im Gebiet des heutigen Landkreises Trier. Wi.-so. Diss. Köln 1929.
54. HENKELMANN, W.: Mittel und Wege zur Förderung der Landwirtschaft in den linksrheinischen Höhegebieten. Trier 1927.
55. HESMER, Herbert: Die heutige Bewaldung Deutschlands. Berlin 1938.
56. HOHN, Wilhelm: Hausindustrie und Heimarbeit in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier. — Schriften des Vereins für Sozialpolitik 1899.
57. HOPSTÄTTER, Helmut: Wo die Wälder rauschen. Ein Beitrag zur Hunsrück Heimatkunde. Kirchberg 1938.
58. HUBER, Alfred: Der Privatwald in der Schweiz. Diss. T. H. Zürich 1948.
59. Der Hunsrück — Land des Schiefers. — Heimatkalender für den Kreis Bernkastel 1956.
60. Vom Hunsrück Bauern (von einem Realisten). Zeitschr. f. d. kirchl. Praxis 1902, 03, 04, 05.
61. Hunsrück Heimat. Aus Vergangenheit und Gegenwart des Kreises Simmern. Düsseldorf 1928.
62. Hunsrück Zeitung. 1955, Nr. 51; 1956, Nr. 49, 61, 69, 209, 214.
63. IMMEL, Richard: Der Gemeindevald in Rheinland-Pfalz. Rheinisch-Pfälzisches Verwaltungsblatt 1948, 18.
64. JAHR, Walther: Die sächsische Sägeindustrie und ihre Standortbedingungen. Wirtschaftsw. Diss. Jena 1927.
65. JACOBS, Antonius: Chronik des ehemaligen Hochgerichts Rhaunen. Kirn 1913.
66. JANSEN, Willibald: Die Eifel als Wirtschaftsgebiet. Soziale Studienfahrten 4. Bd., M.-Gladbach 1912.
67. KELLER, August: Der Eisenhammer Birkenfeld. — Heimatkalender für den Kreis Bernkastel 1957.
68. KELLER, Reiner: Witterung und Lufttemperatur im Rheinischen Schiefergebirge. Math.-nat. Diss. Bonn 1944.
69. KLEIN, Heinrich: Der Hardtwald und die Mark Thalfang. Birkenfeld 1953.
70. KLEIN, Rudolf: Die Gehöferschaften im Regierungsbezirk Trier. Jur. Diss. Leipzig. Borna-Leipzig 1910.
71. KLEIN: Die Lebensverhältnisse auf dem vorderen Hunsrück vor 30 Jahren und jetzt. Boppard 1906.
72. KLEINMANN, Wilhelm: Die Hausindustrie des Hunsrücks. Wi.-so. Diss. Köln 1923.
73. KLÖCKER, Ernst: Die Entwicklungsbedingungen der deutschen Holzindustrie. Phil. Diss. Erlangen 1928.
74. KLÖREN, J. B.: Vom Gräfenbach. — Bl. f. Mosel, Hochw. und Hunsr. 1941.
75. KNICHEL, Josef: Die Entwicklungstendenzen in der Landwirtschaft im Kreise Simmern seit 1933. Diss. Bonn-Poppelsdorf 1938. Kirchberg o. J.
76. KNÖDLER, G.: Wirtschafts- und Siedlungsgeographie des nordöstlichen Schwarzwaldes und der angrenzenden Gäulandschaften. — Erdgeschichtl. und landeskundl. Abh. aus Schwaben und Franken, H. 11, Öhringen 1930.
77. Aus der Köhler- und Pottaschezeit auf dem Hunsrück. Bl. f. Mosel, Hochw. und Hunsrück 1937.
78. KOLBECK, H. L.: Das Nahegebiet und seine Wirtschaft. Wi.-so. Diss. Köln 1933.
79. KREUZBERG, P. J.: Heimatgeschichte der Rheinlande. Neuwied 1925.
80. KRON, Heinrich: Die Bodenverbesserungen im Kreise Simmern (Hunsrück) in wasserwirtschaftlicher, kulturtechnischer und betriebswirtschaftlicher Hinsicht. Diss. Bonn-Poppelsdorf. Bochum-Langendreer 1933.
81. KUNZ, A.: Der Kreis St. Goar. Neuwied u. Leipzig 1877.
82. LAER, Egon von: Die Forsten im Rheinland und ihre volkswirtschaftliche Bedeutung. Diss. Bonn-Poppelsdorf 1925.
83. LAER, Linda von: Die Siedlungsnamen des Hunsrücks (vorh. im Seminar f. Volkskunde in der Univ. Bonn).

84. LAMPRECHT, Karl: Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter. 3 Bde., Leipzig 1886, 1885, 1885.
85. Begründung zum Landesforstgesetz. Landtag Rheinland Pfalz, Drucksache Abt. II, Nr. 1412, 24. 2. 1950.
86. Die Landwirtschaft auf dem Hunsrück um das Jahr 1850. Hunsrückkalender 1955.
87. Die Landwirtschaft des Hunsrücks. — Feld und Wald 70, 1951, 36.
88. Landwirtschaft des Hunsrücks im Zeichen des Fortschritts. Feld und Wald 73, 1954, 25.
89. LEPPLA, A.: Zur Geologie des linksrheinischen Schiefergebirges. — Jb. d. preuß. geol. LA. 1895.
90. LEPPLA-BIRTHNER: Erdgeschichtliche Übersicht über den Hunsrück. — Hochwald- u. Hunsrückführer, 16. Aufl., Trier 1953.
91. LICHTI, Ernst: Die Standortverhältnisse der Eisengießereien in der linksrheinischen Pfalz und auf dem Hunsrück. Phil. Diss. Heidelberg 1923.
92. LOOSE, Kurt: Die deutsche Möbelindustrie in ihrem wirtschaftlichen Aufbau. Wi.-so. Diss. Köln 1924.
93. MACK, Roland: Die württembergische Möbelindustrie. Tübinger Wirtschaftswiss. Abh. H. 12, Stuttgart 1931.
94. MARTINY, R.: Kulturgeographie des Koblenzer Verkehrsgebietes. Stuttgart 1909.
95. MARTINY, R.: Kulturgeographische Wanderungen im Koblenzer Verkehrsgebiet. Stuttgart 1911.
96. MERSMANN: Wald und Wild. — Hochwald- und Hunsrückführer, 16. Aufl., Trier 1953.
97. MEYER, Fritz: Zur Kenntnis des Hunsrücks. — Forsch. z. dtsch. Landes- u. Volkskde., 11. Bd., H. 3, Stuttgart 1898.
98. MEYER, P.: Heimatkunde des Hunsrücks (unter besonderer Berücksichtigung des Kreises Simmern) 2. Aufl. Kirchberg 1924.
99. MICHEL, F.: Die Entwicklung und Verwaltung des kurtrierischen Forstwesens. (Auszug) (vorh. im Reg.-Forstamt Kobl.).
100. MÜLLER, Johannes: Die Industrialisierung der deutschen Mittelgebirge Jena 1938.
101. MÜLLER, Lothar: Die Landwirtschaft auf dem Hunsrück (unter besonderer Berücks. d. Kreises Simmern). Bonn 1906.
102. MÜLLER-WILLE, Wilhelm: Die Ackerfluren im Landesteil Birkenfeld. — Beitr. z. Landeskde. d. Rheinlande, Bonn 1936.
103. MÜLLER-WILLE, Wilhelm: Der Niederwald im Rheinischen Schiefergebirge. — Westf. Forsch. I, Münster 1938.
104. MÜLLER-WILLE, Wilhelm: Methoden und Aufgaben der waldgeographischen Forschung, mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Westfalen. Westfälische Forschungen I, Münster 1938.
105. MÜLLER-WILLE, Wilhelm: Das Rheinische Schiefergebirge und seine kulturgeographische Struktur und Stellung. Dtsch. Arch. f. Landes- u. Volksforschung, Jg. VI, H. 4.
106. Der Nahegau. Ein Heimatbuch des Kreises Kreuznach. Düsseldorf o. J. (1927).
107. NEUBRAND, J. G.: Reiseerinnerungen aus dem Taunus, dem Hunsrück und Odenwald. — Allg. Forst- u. Jagdzeitung 24, 1868.
108. NEUHOFF, Hans Walter: Die Wirtschafts- und Verkehrsverflechtung des Regierungsbezirks Trier. Rechts- u. wirtschaftsw. Diss. Mainz 1948.
109. OTREMBA, Erich: Allgemeine Agrar- und Industriegeographie. Stuttgart 1953.
110. OTREMBA, Erich: Allgemeine Geographie des Welthandels und Weltverkehrs. Stuttgart 1957.
111. PALM, Valentin: Bauliche Anlagen und wirtschaftliche Einrichtungen in Dorf und Gemarkung des südöstlichen Hunsrücks. Nat. Diss. Frankfurt 1944.

112. PALM, Valentin: Die Mariothen als Eisenkönige des Hunsrücks. — *Öff. Anzeiger Kreuznach* v. 25. 6. 1941.
113. PALM, Valentin: Der Soonwald als Naturlandschaft. *Mitteilungsbl. zur rheinhessischen Landeskunde* 2, 1953, H. 4.
114. PALM, Valentin: Der Soonwald als Weideland. *Rhein-Zeitung* IX (1954), Nr. 21.
115. PAFFEN, Karlheinz: Heidevegetation und Ödlandwirtschaft der Eifel. Bonn 1940.
116. QUITTER, Carl-Heinz: Ein Beitrag zur Morphologie des nördlichen Hunsrück. (Die Talgeschichte der Dhron und Dhrönchen). *Math.-nat. Diss.* F. U. Berlin 1953.
117. REUSCH: Wald und Waldwirtschaft im Regierungsbezirk Koblenz. — In: *Der Regierungsbezirk Koblenz*. Berlin 1929.
118. Lebendiges Rheinland. Landschaft, Volkstum, Wirtschaft. Düsseldorf 1940.
119. Rheinland-Pfalz, Land der Reben und Wälder. *Hersg. v. Min. f. Landw. — Weinbau und Forsten*, Mainz 1952.
120. Die gewerbliche Wirtschaft in Rheinland-Pfalz. Trautheim über Darmstadt und Mainz 1956.
121. *Wirtschaft und Verkehr im Lande Rheinland-Pfalz*. 1950.
122. RIEHL, W. H.: *Land und Leute*. Stuttgart 1861.
123. RITGEN: Der Wald in der Rheinprovinz. *Der deutsche Forstwirt* 1934.
124. ROTH, Ferdinand: Das Rotwild im Soonwald (gedr. Vortrag). Kreuznach 1956.
125. RUBNER, Konrad und REINHOLD, Fritz: Das natürliche Waldbild Europas. Hamburg und Berlin 1953.
126. SIMMER: Wirtschaftsstrukturelle Probleme des Gaues Koblenz-Trier und Vorschläge zu ihrer Lösung. *Der Grenzgau* 1936.
127. SOMBART, Werner: *Der moderne Kapitalismus*. 3. Aufl. 2 Bde., München und Leipzig 1919.
128. Zur Darstellung von Soziallandschaften auf der Grundlage einer Gemeindetypisierung. *Inf. d. Inst. f. Raumforschung* 42—43/51.
129. SCHMID, Friedrich: Die geographische und wirtschaftliche Bedeutung des Waldes und seine Rückwirkung auf die Volksdichte unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Oberelsaß. *Diss.* Straßburg 1913.
130. SCHMIDHUBER, Wilhelm: Die bayrische Holzindustrie. *Wi.-so. Diss.* Frankfurt 1926.
131. SCHMITHÜSEN, Josef: Zur räumlichen Gliederung des westlichen Rheinischen Schiefergebirges und angrenzender Gebiete. *Rhein. Vierteljbl.* 1936.
132. SCHMITHÜSEN, Josef: *Der Niederwald im linksrheinischen Schiefergebirge*. Bonn 1934.
133. SCHMITHÜSEN, Josef: *Rodungsfähiger Niederwald im Rheinischen Schiefergebirge*.
134. SCHUMACHER, Johannes: *Der Wald in der Eifel und seine wirtschaftliche Bedeutung*. Natur und Volk der Eifel, Heft 10, Köln 1931.
135. SCHUMACHER, Karl: *Siedlungs- und Kulturgeschichte der Rheinlande. Von der Urzeit bis ins Mittelalter*. 3 Bde., Mainz 1921, 1923, 1925.
136. SCHUMANN, Adolf: *Untersuchungen über die geographische und wirtschaftliche Bedeutung der Forsten des Westerwaldes für seine Bewohner und seine Einwirkung auf die Volksdichte*. *Phil. Diss.* Gießen 1922.
137. SCHWARZER, Aloys: *Das linksseitige Zuflußgebiet des Rheins zwischen Bingen und Coblenz*. *Beitr. z. Landeskde. d. Rheinlande*, H. 1, Leipzig 1922.
138. SCHWEICKERT, Erhard: *Form und Auswirkung der Vererbungssitte des selbständigen ländlichen Grundbesitzes auf dem Hunsrück*. *Diss.* Bonn, Boppert 1932.

139. SCHWERZ, J. N.: Beiträge zur Kenntniß der Landwirtschaft in der Gebirgsgegend des Hunsrückens. Möglinsche Annalen der Landwirtschaft 27, 1831.
140. SCHWICKERATH: Die Verfichtung des rheinischen Waldes. Decheniana Bd. 103, Bonn 1948.
141. SCHWIND, M.: Typisierung der Gemeinden nach ihrer sozialen Struktur als geographische Aufgabe. Ber. z. dtsh. Landeskd. 8/1950.
142. STEIN, v.: Der Kreis Zell. Düsseldorf 1929.
143. STEINER, Paul: Vorzeitburgen des Hochwaldes. Trier 1932.
144. STEINHAUSEN, Josef: Frühmittelalterliche Glashütten im Trierer Land. Trierer Zeitschrift, 14. Jhg., 1939.
145. STICHEL, R.: Zur Morphologie der Hochflächen des linksrheinischen Schiefergebirges und angrenzender Gebiete. Beitr. z. Landeskd. d. Rheinlande, H. 5, 1927.
146. STOLLFUSS, Wilhelm: Hunsrück-Wanderbuch. Bonn 1921.
147. Struktur und Entwicklung der rheinisch-pfälzischen Wirtschaft. Mainz 1954.
148. STUMM, August: Wirtschaftsleben im Kreise Bernkastel. Wi.-so. Diss. Würzburg 1922.
149. TERWEY: Betrachtungen über den Hochwald. Hunsrückkalender 1953.
150. THIEL, Nicolaus: Der Kreis Bernkastel. Leipzig 1911.
151. TROLL, Carl: Die geographische Landschaft und ihre Erforschung. Studium Generale 3. Jg., H. 4/5, 1950.
152. UHLIG, Harald: Landkreis Kreuznach. Speyer 1954.
153. VIERSCHILLING, Aloys: Die Eisen- und Manganzlagerstätten im Hunsrück und Soonwald. Zeitschrift f. prakt. Geologie 1910, Berlin 1911.
154. VOGTS, Hans: Das Bauernhaus des Hunsrückes. Rhein. Heimatpflege 1935, H. 2.
155. WAGNER, Karl: Simmern im Wandel der Zeiten. Simmern 1930.
156. Wandlungen im Hunsrücker Ackerbau. Rhein. Bauernzeitung Jg. 6, 1952, 30.
157. WEBER, Josef: Der Fremdenverkehr im Hochsauerland, seine Entwicklung und Bedeutung für die Sozial- und Wirtschaftsstruktur. Phil. Diss. Bonn 1955.
158. WERNER, Hans Helmut: Geologie des südlichen Hunsrückes zwischen Hahnenbach und Guldenbach Math.-nat. Diss. Bonn o. J. (1950).
159. WIEGAND, Johannes: Hauptverkehrswege in Rheinland-Pfalz; Entwicklungsplan für das Hauptfernstraßennetz. Inf. d. Inst. f. Raumforschung. 1955/20—21.
160. WIEGAND, J.: Raumordnerische Maßnahmen in den Notstandsgebieten des Grenzregierungsbezirkes Trier. Inf. d. Inst. f. Raumforsch. 1951/17.
161. WIEGELMANN, Günter: Natürliche Gunst und Ungunsten neuerer Wandlungen rheinischer Agrarlandschaften. Math.-nat. Diss. Köln 1957. (Manuskript)
162. Ein bedeutendes Wirtschaftsunternehmen (betr. Kirsch-Puricelli). Allg. Zeitung (Kreuznach) 21. 9. 1956.
163. WORRESCHKE, Ewald: Die Leder erzeugende Industrie an der Nahe. Wi.-so. Diss. Frankfurt 1926.

#### Karten

164. Meßtischblätter 1 : 25 000, Nr. 5909—5912, 6008—6012, 6108—6111.
165. Topographische Karte 1 : 100 000, Einheitsbl. 119, 120, 129.
166. Geologische Karten 1 : 25 000, mit Erläuterungen. Nr. 6008, 6009, 6108, 6109.
167. Geologische Karten 1 : 200 000, Nr. 136, 149, 150.
168. Mittlere Jahressummen des Niederschlages (mm) für das Gebiet der Bundesrepublik. 1 : 200 000. Deutscher Wetterdienst, Bad Kissingen 1955.
169. Die Verteilung der Niederschläge im Deutschen Reich. 1 : 1 000 000.
170. PAFFEN, KARLHEINZ: Übersichtskarte der natürlichen Landschaftsgliederung der Mittel- und Niederrheinlande. Remagen 1953.

171. KUPHAL, E.: Wald-, Kultur- und Siedlungskarte der Rheinprovinz 1801—1820. Bonn 1930. Blätter 53, 58, 59, 60, 64.

**Statistische Unterlagen**  
wurden an folgenden Stellen benutzt:

1. Forstwirtschaft:  
Regierungsforstämter Koblenz und Trier.  
Forstämter Simmern, Kirchberg, Kastellaun, Neupfalz, Entenpuhl,  
Büchenbeuren, Rhaunen, Morbach, Kempfeld.
2. Holzindustrie:  
Rheinischer Sägewerksverband, Koblenz.  
Einzelfirmen: „Holzindustrie Hunsrück“, Ellern und Kirchberg; Felke,  
Sohren; Theisen, Altstrimmig; Steffen, Mastershausen; Mettler, Hinze-  
rath; Kuntz, Morbach; Thees, Hoxel.
3. Sonstige Stellen:  
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems.  
Landesarbeitsamt, Koblenz.  
Arbeitsämter Simmern, Zell, Morbach.  
Landratsämter Simmern, Zell, Bernkastel.  
Landwirtschaftsschulen Simmern, Büchenbeuren.  
Firma Meier und Weichert, Rheinböllerhütte.

## ARBEITEN ZUR RHEINISCHEN LANDESKUNDE

Herausgegeben vom Geographischen Institut der Universität Bonn  
durch C. Troll und Karlheinz Paffen

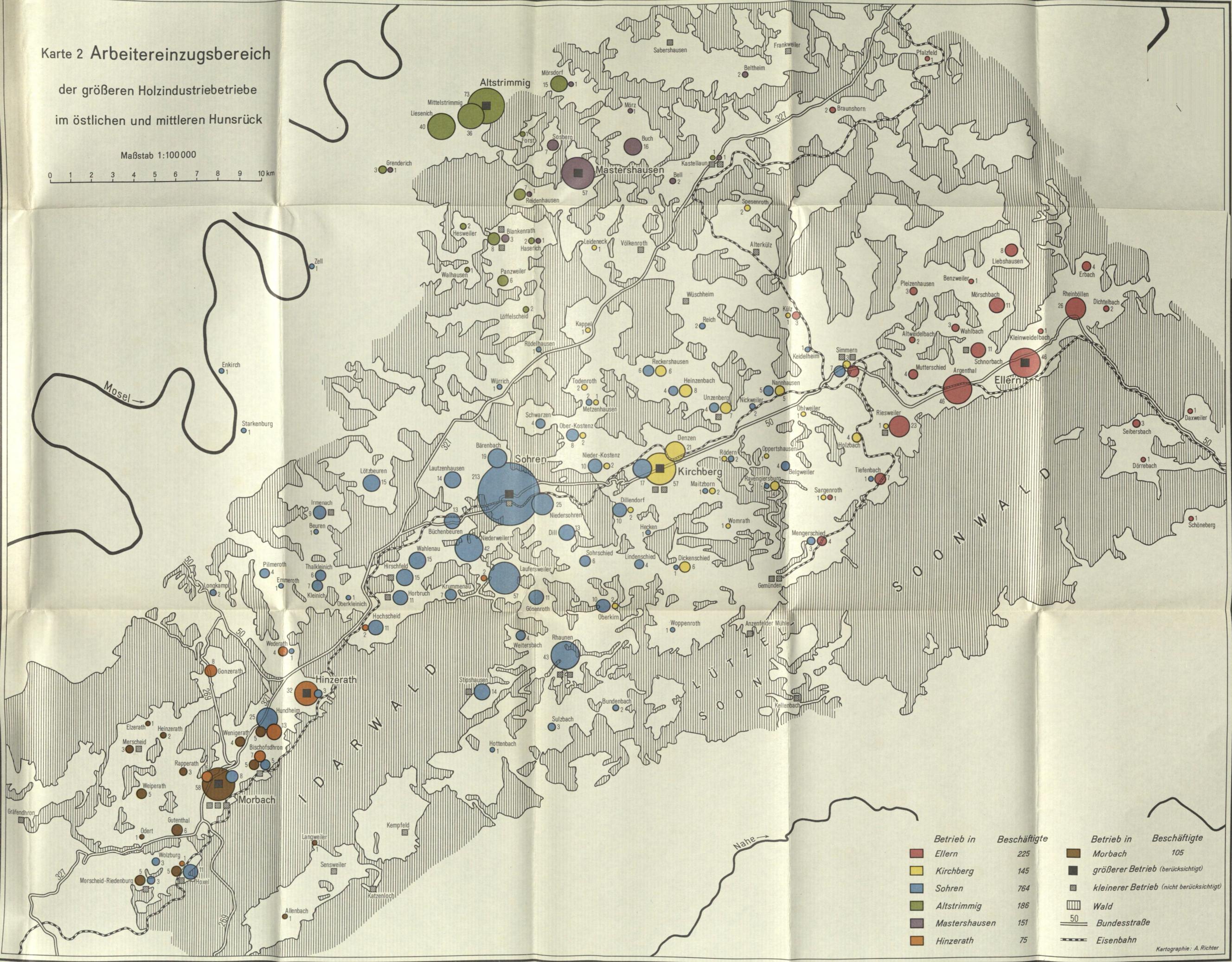
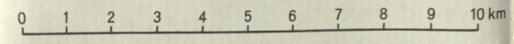
Schriftleitung Hans Voigt

- 
- Heft 1: *Straka, Herbert*: Zur spätquartären Vegetationsgeschichte der Vulkaneifel. 1952. 116 S., 7 Abb., 5 Tafeln und 23 Tabellen. DM 5,—
- Heft 2: *Kötter, Heinrich*: Die Textilindustrie des deutsch-niederländischen Grenzgebietes in ihrer wirtschaftsgeographischen Verflechtung. 1952. 86 S., 16 Abb. DM 3,50
- Heft 3: *Schwickerath, Hildegard*: Die Basaltindustrie zwischen Rhein, Sieg und Wied. 1953. 59 S., 13 Abb. und 1 Kartenbeilage DM 3,50
- Heft 4: *Sins, Gabriele*: Die Baumschulen des Rheinlandes mit besonderer Betonung der Verhältnisse von Meckenheim. 1953. 69 S., 14 Abb. und 2 Kartenbeilagen DM 4,—
- Heft 5: *Schneider, Matthias*: Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft im Gebiet der Erftquellflüsse (Nordeifel). 1953. 89 S. und 30 Abb. DM 5,—
- Heft 6: *Kremer, Elisabeth*: Die Terrassenlandschaft der mittleren Mosel als Beitrag zur Quartärgeschichte. 1954. 100 S., 28 Abb., 11 Profile, 5 Tab. und 2 Karten im Anhang. DM 5,—
- Heft 7: *Emonds, Hubert*: Das Bonner Stadtklima. 1954. 64 S., 35 Abb. und 6 Tabellen. DM 4,—
- Heft 8: *Barners, Ernst*: Landnutzung und agrargeographische Struktur des Bitburger Landes. 1955. 83 S., 40 Abb., 11 Tab. und 1 mehrfarbige Nutzflächenkartierung als Beilage DM 6,—
- Heft 9: *Kufferath-Sieberin, Günter*: Die Zuckerindustrie der linksrheinischen Bördenlandschaft. 1955. 44 S., 13 Abb. und 3 mehrfarbige Kartenbeilagen. DM 5,—
- Heft 10: *Heyn, Erich*: Zerstörung und Aufbau der Großstadt Essen. 1955. 149 S., 22 Abb., 15 Bilder im Anhang und 1 Kartenbeilage. DM 6,—
- Heft 11: *Herzog, Wilhelm*: Die Rieselfeldkulturen der Stadt Dortmund. Kulturgeographische Auswirkungen städtischer Abwasserwirtschaft. 1956. 58 S., 15 Abb., 12 Diagramme und 1 mehrfarbige Karte. DM 6,—
- Heft 12: *Ballensiefen, Willi*: Die Agrarlandschaft der Wittlicher Senke und ihrer Nachbargebiete. 1957. 137 S., 67 Abb. und 16 Tab. im Anhang, 2 Landnutzungskarten als Beilage. DM 8,—
- Heft 13: *Pley, Herbert*: Garten- und Feldgemüsebau am mittleren Niederrhein. 1958. 107 S., 6 Abbildungen und 1 Landnutzungskarte. DM 10,80
- Heft 14: *Bohling, Günther*: Die Rindviehwirtschaft in den Agrarlandschaften des nördlichen Rheinlandes. 1959. 93 S. 2 Abbildungen und 1 mehrfarbige Landnutzungskarte. DM 12,—
- Heft 15: *Panhuyzen, Helene*: Die Entwicklung der Agrarlandschaft im Raume Straelen seit 1800 unter besonderer Berücksichtigung des Gemüse- und Blumenanbaus. 1961. 107 S., 13 Abb., 6 Diagr., 2 Karten. DM 11,20
- Heft 16: *Arnold, Paul*: Die Kalkindustrie am Nordrand des Rheinischen Schiefergebirges. 1961. 112 S., 24 Abb., 7 Tab., 10 Karten. DM 9,60

In Kommission bei Ferd. Dümmlers Verlag, Bonn

# Karte 2 Arbeitereinzugsbereich der größeren Holzindustriebetriebe im östlichen und mittleren Hunsrück

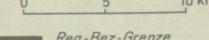
Maßstab 1:100 000



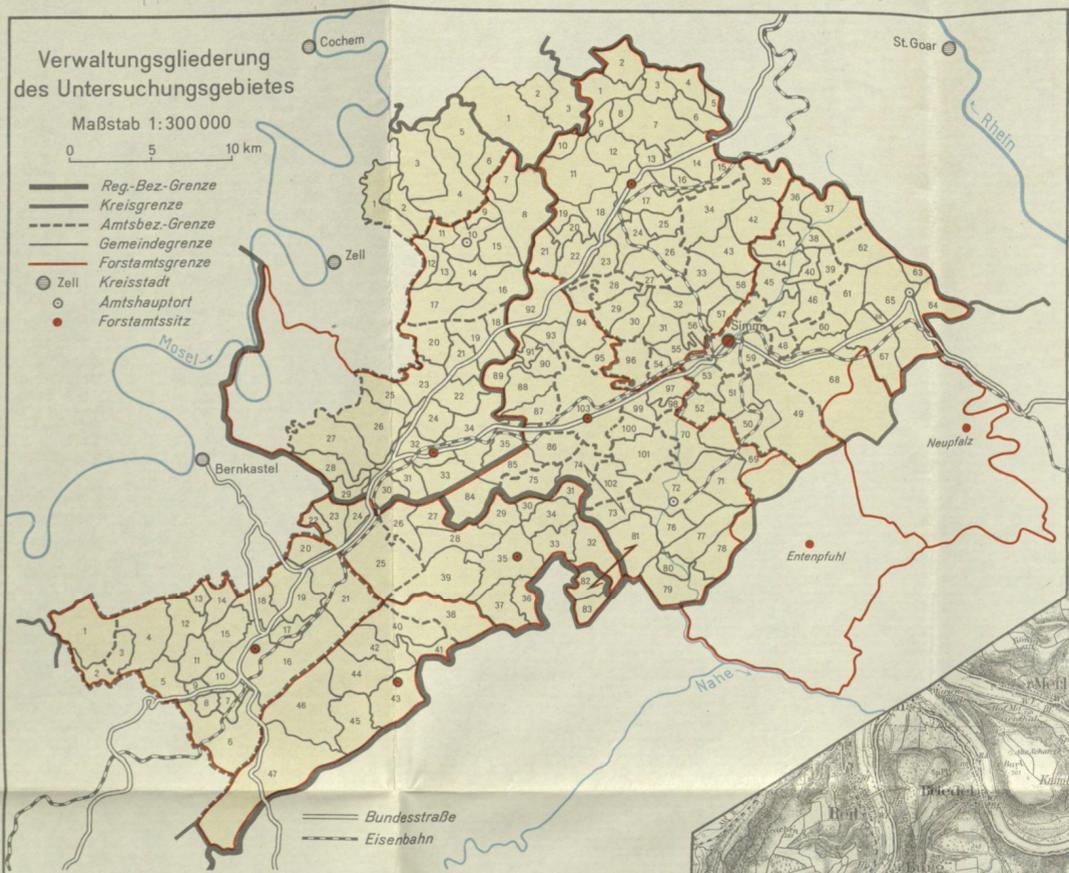
<span style="color: red;">■</span> Betrieb in Ellern	Beschäftigte 225	<span style="color: brown;">■</span> Betrieb in Morbach	Beschäftigte 105
<span style="color: yellow;">■</span> Betrieb in Kirchberg	Beschäftigte 145	<span style="color: black;">■</span> größerer Betrieb (berücksichtigt)	
<span style="color: blue;">■</span> Betrieb in Sohren	Beschäftigte 764	<span style="border: 1px dashed black; display: inline-block; width: 10px; height: 10px;"></span> kleinerer Betrieb (nicht berücksichtigt)	
<span style="color: green;">■</span> Betrieb in Altstrimmig	Beschäftigte 186	<span style="border: 1px solid black; display: inline-block; width: 10px; height: 10px;"></span> Wald	
<span style="color: purple;">■</span> Betrieb in Mastershausen	Beschäftigte 151	<span style="border-bottom: 2px solid black; display: inline-block; width: 10px;"></span> Bundesstraße	
<span style="color: orange;">■</span> Betrieb in Hinzerath	Beschäftigte 75	<span style="border-bottom: 2px dashed black; display: inline-block; width: 10px;"></span> Eisenbahn	

### Verwaltungsgliederung des Untersuchungsgebietes

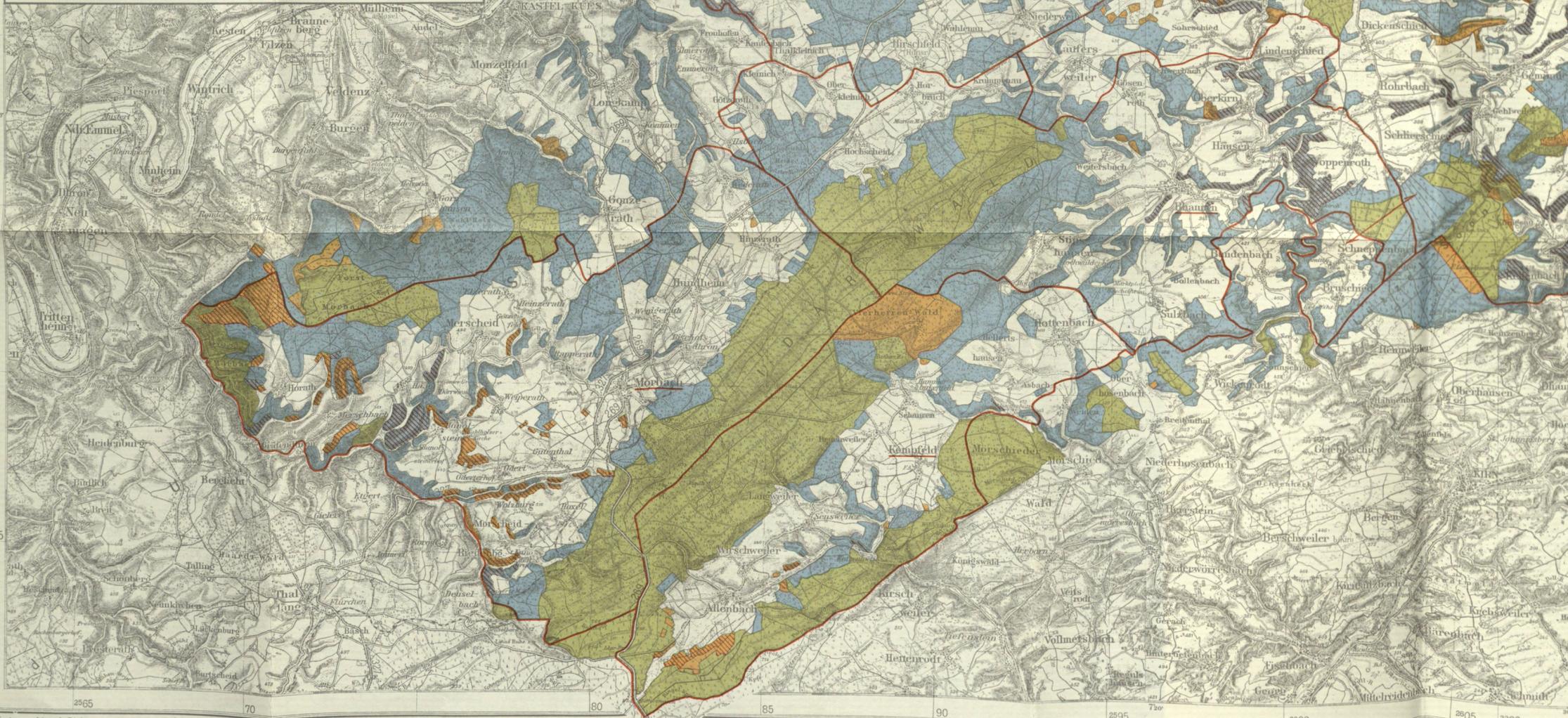
Maßstab 1:300 000

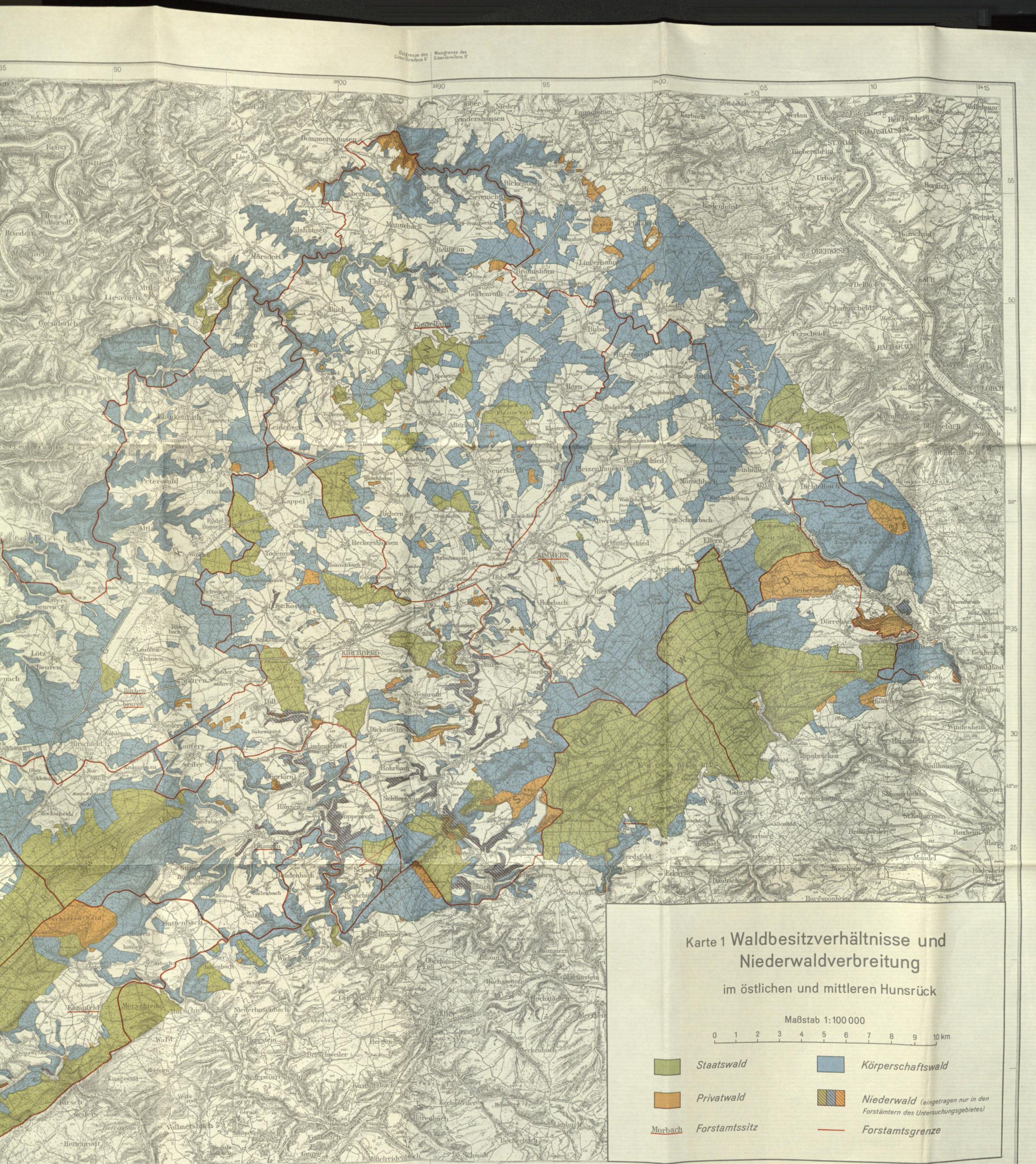


- Reg.-Bez.-Grenze
- Kreisgrenze
- - - - - Amtsbez.-Grenze
- Gemeindegrenze
- Forstamtsgrenze
- Zell
- Amtshauptort
- Forstamtsitz



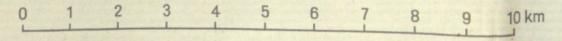
- |                                    |  |  |
|------------------------------------|--|--|
| <b>Regierungsbezirk Trier</b>      | <b>Regierungsbezirk Koblenz</b>                | <b>Amt Simmern-Land</b>                          |
| <b>Landkreis Berncastel</b>        | <b>Landkreis Cochem</b>                        | 28 Wüschheim 29 Raich 30 Biebern                 |
| 1 Amt Neumagen                     | <b>Amt Karden-Treis</b>                        | 31 Fronhofen 32 Kütz 33 Neuerkirch               |
| 1 Horath 2 Grafendron              | 1 Mörsdorf 2 Lahr 3 Zilshausen                 | 34 Laubach 35 Bubach 36 Reingeroth               |
| <b>Amt Morbach</b>                 | <b>Landkreis Zell</b>                          | 37 Kisselbach 38 Steinbach 39 Benzweiler         |
| 3 Miesbach 4 Haag                  | <b>Amt Senheim</b>                             | 40 Rayerschied 41 Budenbach 42 Horn              |
| 5 Hundstein 6 Morscheid-Riedenburg | 1 Orendrich 2 Moritzheim 3 Liesenich           | 43 Klosterkumbd 44 Bergenhausen 45 Pleizenhausen |
| 7 Hoxel 8 Wolburg                  | 4 Mittelstrimig 5 Altstrimig 6 Forst           | 46 Wahlbach 47 Altweidelbach 48 Mutterschied     |
| 9 Odel 10 Gutenthal                | <b>Amt Blankenrath</b>                         | 49 Riesweiler 50 Tiefenbach 51 Holzbach          |
| 11 Weiperath 12 Merscheid          | 7 Sosberg 8 Mestershausen 9 Reidenhausen       | 52 Belgweiler 53 Ohlweiler 54 Nickweiler         |
| 13 Elzerath 14 Heinschied          | 10 Blankenrath 11 Hesweiler 12 Schuren         | 55 Nannhausen 56 Kaldeheim 57 Kumböchen          |
| 15 Rappersath 16 Morbach           | 13 Walkhausen 14 Panzweiler 15 Haserich        | 58 Niederkumbd                                   |
| 17 Bischofsdron 18 Weningerath     | 16 Löffelscheid 17 Peterswald                  | 59 Amt Simmern                                   |
| 19 Hundheim 20 Wederath            | <b>Amt Büchenbeuren</b>                        | <b>Amt Rheinböllen</b>                           |
| 21 Hinzrath                        | 18 Rödelhausen 19 Belg 20 Altlay               | 60 Schnorbach 61 Mürschbach 62 Liebshausen       |
| <b>Amt Berncastel-Land</b>         | 21 Würich 22 Bärenbach 23 Hahn                 | 63 Erbach 64 Dichebach 65 Rheinböllen            |
| 22 Götzroth 23 Kleinich            | 24 Laufershausen 25 Raversbeuren 26 Lötzbeuren | 66 Kleimweidelbach 67 Eltern                     |
| 24 Oberkleinich 25 Hochscheid      | 27 Immersch 28 Bauran 29 Traubkeinsch          | <b>Amt Gemünden</b>                              |
| <b>Amt Rhauen</b>                  | 30 Hirschfeld 31 Wahlsau 32 Büchenbeuren       | 69 Sargenroth 70 Ravengiersburg 71 Mengerschied  |
| 26 Horbruch 27 Krummenau           | 33 Niederweiler 34 Schren 35 Niederschren      | 72 Gemünden 73 Rohrbach 74 Hecken                |
| 28 Weltersbach 29 Gosenroth        | <b>Landkreis Simmern</b>                       | 75 Sohrscheid 76 Gehlweiler 77 Hiersau           |
| 30 Schwertbach 31 Lindenschied     | <b>Amt Kastellaun</b>                          | 78 Schwarzerden 79 Kellenbach 80 Königau         |
| 32 Wippenroth 33 Hausen            | 1 Sabershausen 2 Dorweiler 3 Heyweiler         | 81 Schlierschied 82 Schoppenbach 83 Bruchried    |
| 34 Oberkin 35 Rhauen               | 4 Sevenich 5 Scheffelbach 6 Frankweiler        | <b>Amt Kirchberg-Land</b>                        |
| 36 Bollenbach 37 Sützbach          | 7 Beltheim 8 Mannebach 9 Korweiler             | 84 Laufersweiler 85 Dill 86 Dillendorf           |
| 38 Hottenbach 39 Sipshausen        | 10 Mörz 11 Buch 12 Uhier                       | 87 Nieder-Kostenz 88 Ober-Kostenz 89 Schwarzen   |
| <b>Amt Kempfeld</b>                | 13 Roth 14 Godesroth 15 Ebschied               | 90 Metzenhausen 91 Todenroth 92 Kappel           |
| 40 Heltershausen 41 Asbach         | 16 Hollnich 17 Kastellaun 18 Bell              | 93 Kludenbach 94 Reckershausen 95 Heinenbach     |
| 42 Schuren 43 Kempfeld             | 19 Wohnroth 20 Kastel 21 Leideneck             | 96 Unzenberg 97 Schönborn 98 Oppertshausen       |
| 44 Bruchweiler 45 Senweiler        | 22 Völkeroth 23 Hundheim 24 Hasselbach         | 99 Rödern 100 Maitzborn 101 Womrath              |
| 46 Wirschwiler-Langweiler          | 25 Speisenroth 26 Altkülz 27 Michelbach        | 102 Dickenschied 103 Amt Kirchberg               |
| 47 Allenbach                       |  |  |





Karte 1 Waldbesitzverhältnisse und  
Niederwaldverbreitung  
im östlichen und mittleren Hunsrück

Maßstab 1:100 000



- |  |   |
|--|---|
|  Staatswald                   |  Körperschaftswald   |
|  Privatwald                   |  Niederwald (eingetragen nur in den Forstämtern des Untersuchungsgebietes) |
|  <u>Morbach</u> Forstamtssitz |  Forstamtsgrenze   |

Grundlage: Zusammenkopie der Karte des Deutschen Reiches 1:100 000 Blatt Nr. 504, 505, 524, 525, 541, 542. Mit Erlaubnis des Landesvermessungsamtes Rheinland-Platz vom 10. 7. 1962, Az. Nr. 4062/325/62 vervielfältigt durch: Geographisches Institut der Universität Bonn. Beilage zu: Arbeiten zur Rheinischen Landeskunde, Heft 17

### Korrekturen

S. 27 3. Abschnitt, Zeile 5: Niederwaldwirtschaft

S. 50 Erläuterungen zu den Hinweisen

1) und 2) in der Tabelle:

1): nur Staubwald berücksichtigt

2): nur Hunsrückanteil berücksichtigt

S. 87 2. Abschnitt, Zeile 2: in indirekter Weise

S. 130 Bei den genannten Bodenpreisen handelt es sich um ha-Preise

S. 133 In der Fußnote muß es heißen: Textilindustriebetriebe